Nr. 15, September 1993

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Nichts gilt nach einem so gründlich verlorenen
Dreifrontenkrieg, was gestern hat gegolten. ... Vielleicht
stehen wir alle erst am Beginn. Wo steht geschrieben, daß wir
die I e t z t e Version sozialistischer Selbstverwirklichung
bereits in den Griff bekommen haben, weil eine vorletzte
soeben und so demonstrativ anschaulich in Fehlidealisierung
geborsten ist? Nichtsdestotrotz anfangen, anfangen damit, die
Steine zu ihrem Bau herbeizutragen, auch von weit her, die
Last nicht scheuend! Jeder an seinem und zu seinem Ort, sich
getrost wechselseitig über die Schultern guckend, sogar
diversen 'Andersdenkenden', und dabei lernen, lernen und
nochmals voneinander lernen! Nicht verzagen, sich etwas
einfallen lassen!"

Walter Markov, Revolutions- und Universalhistoriker (Graz, 5.10.1909 - Leipzig, 3.7.1993), Interview in: Neues Deutschland v. 6.8.1992, S. 11

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Nr. 15, September 1993

Preiss

Herrschaft, Metropolenkapitalismus

Gewerkschaften 60 Jahre danach: Vorwärts und vergessen!

Machtstrukturen:

Hayasaka - Japan/Seppmann - Krisenregulation/ Helms - Gebeutelte Stadt

Neue "Weltordnung": ,

Ruf - Entsouveränisierung/Berndt - Militarisierung der Außenpolitik

Macht und Recht:

Klenner - Menschenrechte und Grundrechte/Joseph - Macht und Rechtsstaat, Kritik an Habermas/
Dammann - Berufsverbote

Theoretische Lesarten:

Böke - Foucault und die Politik/Collmer - Marx und Adorno mit Lacan lesen

Alternative:

Herzog - Demokratisierung versus Modernisierung der Barbarei

Ferner: Beiträge von F.O. Wolf, J. Reusch, C. Stellmach, M. Grieger, L. Peter, N. Kotzias,

D. Boris, G. Fülberth, H. Jung u.a.

Programmauswahl zum Thema

"Macht und Herrschaft..."

Hans Kalt

Neubeginnen mit Marx

Die politische Ökonomie und die Veränderung der Welt 236 Seiten, DM 32,-ISBN 3-89438-058-6

Hans Kalt

Ist die Wirtschaft noch zu steuern?

Anatomie der Krise Etwa 140 Seiten, ca. DM 19:80 ISBN 3-89438-062-4 ET: Ende September '93

Matthias von Hellfeld

Die Nation erwacht

Zur Trendwende der deutschen politischen Kultur 183 Seiten, DM 24,80 ISBN 3-89438-055-1

Ludwig Elm / Dietrich Heither / Gerhard Schäfer (Ho.)

Füxe, Burschen, Alte Herren

Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute Zweite Auflage 370 Seiten, DM 24,80 ISBN 3-89438-050-0

Jürgen Kuczynski

"Nicht ohne Einfluß"

Macht und Ohnmacht der Intellektuellen 145 Seiten, DM 16,80 ISBN 3-89438-053-5 Gisela Preuschoff / Axel Preuschoff

Gewalt an Schulen

Und was dagegen zu tun ist Zweite Auflage 160 Seiten, DM 18,-3-89438-049-7

Caroline Thomas / Klaus-Peter Weiner (Ha.)

Auf dem Weg zur Hegemonialmacht?

Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung Etwa 180 Seiten, ca. DM 38,-ISBN 3-89438-063-2 ET: Ende September 93

In Vorbereitung weiter

Till Bastian

Frieden schaffen mit deutschen Waffen

Krieg als Mittel der Politik Etwa 140 Seiten, ca. 19,80 ISBN 3-89438-060-8 ET: Oktober 93

Karl-Heinz Heinemann (Hg.)

Ein langer Marsch

1968 und die Folgen Etwa 160 Seiten, ca. DM 19,80 ISBN 3-89438-061-6 ET: Oktober '93

Mehr Information erwünscht? Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

Alle Bücher über Ihre Buchhandlung oder zuzügl. Versandkosten gegen Rechnung direkt bei

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln Tel. 0221 / 44 85 45 u. 44 62 40, FAX 0221 / 44 43 05

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift 4. Jahrgang Heft 15 (September 1993)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff Prof. Dr. Ulrich Briefs

Prof. Dr. Dieter Boris

Prof. Dr. Frank Deppe

Monika Domke

Prof. Dr. Werner Goldschmidt

Prof. Dr. Horst Heininger

Prof. Dr. Jörg Huffschmid

Dr. Sabine Kebir

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling

Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. Reinhard Schweicher 4. Jahrgang

September 1993

Editorial

Hans Preiss:

Vorwärts und vergessen!

Die Gewerkschaften 60 Jahre nach ihrer Liquidierung durch die Nazis

Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus

Keizo Hayasaka:

Macht und Herrschaft in Japan heute

Werner Seppmann:

Ausgrenzung und Anpassung

Über die Formen psycho-sozialer Krisenregulation

Hans G Helms:

Die von High-tech- und Konjunkturwellen gebeutelte Stadt

Werner Ruf:

Die Vereinten Nationen zwischen Ordnungsmacht und Legitimationsverlust

Michael Berndt:

Macht als Grundparadigma

Zur Remilitarisierung deutscher Außenpolitik

Hermann Klenner:

Menschenrechte versus Grundrechte, Grundrechte versus Menschenrechte?

Klaus Dammann:

Berufsverbote, Einigungsvertrag und Abwicklung

Detlef Joseph:

Macht, Recht, Rechtsstaat

Kritisches zum Konzept von Jürgen Habermas

Henning Böke:

Macht und Dissidenz: Michel Foucault und die Politik 105

Thomas Collmer:

Zur Kritik narzißtischer Intersubjektivität als einer Kritik des Warenscheins

Marx und Adorno mit Lacan lesen

Rupert Herzog:

Demokratisierung versus Modernisierung der Barbarei! Notizen zu einer Konzeption der Demokratisierung

Die Renaissance des Nationalismus und die deutsche Linke

Frieder O.Wolf:

On the road - Deutschland Transit 137

Jürgen Reusch:

Nationalismus, Rassismus und die Linke Tagungsbericht

Claudia Stellmach:

Nachholbedarf: Rassismus-Theorien

Sammelbesprechung

Manfred Grieger:

Die Zitelmänner oder Vom Verschwinden der nationalsozialistischen Verbrechen

Lothar Peter:

Gibt es in den Betrieben noch Solidarität?

Berichte

Henning Böke:

Sozialismus-Konzepte: Marx und seine Zeitgenossen Tagung der AG Marx-Engels-Forschung am 12./13.Juni 1993

Diskussion, Kritik, Zuschriften

Holger Artus:

Kritik aus betrieblicher Sicht

Hermann Jacobs:

"Sozialistischer Kapitalismus?"

Klaus Weigle:

Wider den Gorbatschowismus

Nicos Kotzias:

SMK: Eine Gesellschafts- oder nur eine Monopoltheorie?

Buchbesprechungen, Annotationen

Eine werttheoretische Erklärung (Heinz Jung)

Weltanalyse und Weltprognose (Hans-Jörg Bieling)

Wandlungen im Parteien- und Gewerkschaftsverhältnis (Gert Siebert)

Erwin Eckert - Pfarrer und Kommunist (Fritz Krause)

Breitenau (Manfred Grieger)

Von der "demokratischen Elite" zur politischen Klasse (Heinz Jung)

Die politische Soziologie von Robert Michels (Dieter Boris)

Politisches System im Dünndruck (Jonas Dörge-Weidemann)

Staats- und Staatsgrenzenutopie jenseits des Nationalstaates (Heinz Jung)

Fortschreibung oder Verabschiedung? (Hans-Otto Rößer)

Ins Kritische gewendete Transformationsideologie (Heinz Jung)

Grenzen der Parteilichkeit (Georg Fülberth)

Publikationseingänge

Wir besprechen in dieser Rubrik: Hans Kalt, Paul Kennedy, Thomas Meyer/Helga Grebing, Friedrich-Martin Balzer, Thomas Leif u. Koll., Joachim Hetscher, Klaus von Beyme, Burkhard Wehner, Hans Jörg Sandkühler, WZHUB/Hans Wagner, Jürgen Kuczynski u.a.

- 4 Impressum
- 178 Vorschau
- 234 Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof Dr. Ulrich Briefs, Prof Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmidt, Dr. Sabine Kebir, Prof Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Heste) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelhest kostet DM 15,- Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Heste, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Franksurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 15.7.1993

Editorial

Wer Schwerpunktthemen formuliert und plant, ist immer wieder veranlaßt, sich einem Realisierungstest zu unterwerfen. Zuerst stellt die Redaktion natürlich fest, daß die Sache viel besser geworden wäre, wenn alles, was angefordert und auch zugesagt worden war, auch gekommen wäre. Aber des Schicksals Mächte greifen immer wieder ein und so bleibt dann nur ein Torso übrig. Aber, wenn gut geplant war, dann sollten auch am Torso die Hauptkonturen erkennbar sein.

"Macht und Herrschaft des Metropolenkapitalismus heute" ist wohl kaum hinreichend ohne die neuen Realitäten der Medien, des Konsumismus, der Okkupation der Kultur und Kommunikation durch das Kapital erfaßt, ganz abgesehen von den harten sozialökonomischen Strukturen, die traditionell eine Domäne marxistischer Analyse sind. Defizitanalysen sind gegenwärtig noch immer en vogue. Aber nicht darum geht es uns hier, sondern um die Benennung von Problemen, deren Erörterung sich Z in der Zukunft zu widmen haben wird. Wir eröffnen also mit diesem Schwerpunkt das Programm der nächsten Z-Jahrgänge.

Am Anfang von Z 15 steht der Beitrag von Hans Preiss zum Zustand der Gewerkschaften, eine Erörterung des Zentralbereichs des potentiell veränderungsmächtigen Subjekts - von der Hauptströmung der linken Intelligenz heute "abgehängt", aber als Tatsache immer wieder präsent.

Den eigentlichen Schwerpunkt beginnen wir mit einer Übersicht von Prof. Hayasaka über Japan, die nicht zuletzt auch die Leistungsfähigkeit der Stamokap-Konzeption demonstriert. Wir hoffen, daß wir in den nächsten Ausgaben analoge Beiträge über die USA und die BRD veröffentlichen können. Japan ist also auch in dieser Triade der dynamische Faktor und es wäre nur zu wünschen, daß sich in Zukunft eine engere Kooperation deutscher und japanischer Marxisten und Marxistinnen ergeben könnte.

Harte Strukturen behandeln die Beiträge von Seppmann und Helms. Ruf und Berndt gehen auf neue Züge der internationalen Herrschaft des Metropolenkapitalismus ein, die von höchster Aktualität sind. An ihnen, so unsere These, wird sich hierzulande eine neue kämpferische und konsequente Opposition formieren.

Wir freuen uns, daß wir unseren Leserinnen und Lesern mit den Darlegungen von Hermann Klenner über Grund- und Menschenrechte den Text eines der anregendsten Intellektuellen der früheren DDR und des heutigen Anschlußgebietes vorlegen können. In den Anmerkungen seines Kollegen Detlef Joseph zu Jürgen Habermas reflektieren sich die aktuellen Erfahrungen mit Macht und Herrschaft, in denen sich die Grundthesen marxistischer Staats- und Rechtstheorie bestätigt sehen können. Dammans Beitrag über die Berufsverbote ist geprägt durch das Bemühen des

Anwaltes der Betroffenen, der gegen autoritäre Herrschaft die Tendenz toleranten Verhaltens fördern möchte.

Böke und Collmer stellen die Lesarten bedeutender durch den Marxismus beeinflußter französischer Theoretiker zu unserem Thema vor. Es handelt sich um durchaus unterschiedliche und in der Konsequenz wohl auch gegensätzliche Ansätze zur Interpretation von Macht und Herrschaft. Hier sind die eigentlichen großen Themen vorgezeichnet, denen sich marxistisches Denken und das Bemühen um marxistische Erneuerung heute zu stellen hätten.

Wir schließen den Schwerpunkt mit einem Beitrag des progressiven österreichischen Sozialwissenschaftlers Rupert Herzog, der die reale Alternative im heutigen Metropolenkapitalismus in Anlehnung an Marx/Engels und Rosa Luxemburg auf den Punkt bringt.

Neben der Stellungnahme von Wolf wird die Fortsetzung unserer Nationalismus-Diskussion von Z 14 nun durch die "Logistik" bestritten: Ein Konferenzbericht (Reusch) und eine Sammelrezension (Stellmach) beleuchten das Terrain, das die Linke eingenommen hat.

Grieger zeigt die Konsequenzen der relativierenden Historikerdebatte über den Nazismus und bezieht vehement Position. Peters betriebssoziologischer Exkurs bringt Basisveränderungen zur Sprache. Seine Thesen verdienten in Zukunft besondere Beachtung.

Unsere Rubriken sind wieder vollständig. Wir hoffen, daß die Kritiken und Zuschriften zu weiteren Interventionen herausfordern. Dies macht Zeitschriften wie Z erst lebendig, obwohl der Vierteljahresturnus der Diskussion nicht unbedingt förderlich ist.

Unsere Rezensionsrubrik findet da und dort Anerkennung. Wir hoffen, daß wir auch in Z 15 unseren Kriterien (Publikationen von Marxistinnen und Marxisten und von linken Verlagen, Themen zur Linken und zur Arbeiterbewegung, Titel zum Schwerpunktthema, bedeutsame Titel der politischen sowie der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Diskussion) gerecht werden konnten.

Wir hoffen, daß auch die vorliegende Ausgabe von Z interessierte Leserinnen und Leser findet und Anregungen zur Bewältigung der Situation zu vermitteln vermag.

Am 19. Juni 1993 tagte zum zweiten Mal der Z-Redaktionsbeirat. Dabei wurden die Vorlagen der Redaktion für die nächsten Ausgaben gebilligt. Unerschiedliche Positionen artikulierten sich zum Thema "Was ist heute marxistische Erneuerung?" und wie wird Z ihren in der Plattform von 1990 formulierten Ansprüchen gerecht. Die Positionen reichten von der Ansicht, Erneuerung sei heute vor allem das Vermögen, den Marxismus zur Analyse der Realität anzuwenden, bis zur Meinung, daß die neuen Themen zur Neuformulierung der marxistischen Doktrin führen müßten. Wir hoffen, daß die Meinungen in der Rubrik Standpunkte vorgetragen und für

die Entwicklung von Z produktiv werden können. Wir fordern unsere Leser zur Beteiligung auf.

Sein durch berufliche Beanspruchung bedingtes Ausscheiden ist für uns Anlaß, unserem bisherigen Redaktionsmitglied Johannes Henrich von Heiseler für sein Engagement herzlich zu danken. Seinen Platz wird Reinhard Schweicher, Frankfurt/Main, einnehmen. Für den 5. Jahrgang, also ab 1.1.1994, haben die Herausgeber die Erweiterung der Redaktion beschlossen. Sie wird auch deshalb erforderlich, weil unser bisheriger Koordinator Klaus D. Fischer dieser Aufgabe nicht mehr nachkommen kann, gleichwohl aber Mitglied der Redaktion bleibt. Zur bisherigen Redaktion kommen hinzu Andre Leisewitz und Jürgen Reusch, die die Koordination übernehmen werden, sowie Henning Böke, Doktorand der Philosophie aus Frankfurt/Main. Über die Arbeitsteilung in der Redaktion werden wir in Z 16 berichten.

Über die Thematik von Z 16 informieren wir in der Vorschau. Für die Realisierung ist Heinz Jung verantwortlich. Der Schwerpunkt für Z-17, März 1994 ("Anthropologische Lücke im Marxismus?") wurde durch den Beirat und die Hrg. bestätigt. Vorbereitung und Realisierung haben Henning Böke und Klaus D. Fischer übernommen. Über die weiteren Themen für 1994 informieren wir in Z-16.

Der "hündische Kommerz" (Engels) ist unser ständiger Begleiter, was uns veranlaßt, alle säumigen Z-Bezieher eindringlich um die Begleichung noch offener Rechnungen zu bitten.

Wir müssen auch darüber berichten, daß es uns nicht gelungen ist, das Konzept einer Mengenkonjunktur zu verwirklichen und damit die steigenden Kosten abzufangen. Dies lag weniger an unserem Unvermögen, als an den derzeitigen sozialen und politischen Umständen. Z hatte auch beachtliche Umschichtungen ihrer Leserschaft zu verkraften, sodaß am Schluß nur eine leichte Abo-Zunahme verbucht werden konnte. Trotzdem konnten wir bis jetzt die Preise von 1990 halten. Jeder weiß, wie vor allem 1993 die Post zugeschlagen hat und die Kosten gestiegen sind. Wir sind deshalb zur Sicherung des Projektes veranlaßt, ab 1.1.1994 alle Z-Preise um 20 Prozent zu erhöhen (neuer Einzelheftpreis: 18.- DM, neuer Inlandsabopreis: 54.- DM, neuer Auslandsabopreis 60,- DM). Wir bitten unsere Bezieherinnen und Bezieher sehr herzlich um ihr Verständnis und ihre Akzeptanz.

Trotz unseres non-profit-Charakters sind wir in unserer ökonomisch-finanziellen Existenz also durchaus ein konformes Element dieser Gesellschaft. Dieses "Zwangsgesetz" wird nur mit einen Aufschwung der marxistischen Linken, der sich auch in zunehmenden Verkaufsziffern niederschlägt, zumindest partiell zu durchbrechen sein.

Vorwärts und vergessen!

Die Gewerkschaften 60 Jahre nach ihrer Liquidierung durch die Nazis

Am 15. April 1933 verordnet der ADGB seinen Mitgliedern Zwangsloyalität gegenüber dem von den Nazis inszenierten Spektakel zum 1. Mai 1933. Im Aufruf des ADGB heißt es u.a.: "Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat ... Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tag seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden ..."

Als der Sozialdemokrat Julius Leber im Untersuchungsgefängnis in Lübeck am 30. April 1933 von der Kapitulation der Arbeiterbewegung erfuhr, schrieb er am 4. Mai 1933 resignativ in sein Tagebuch: "Welch eine Heuchelei ... Nun haben sie die Gewerkschaften hinübergeholt."²

60 Jahre danach - 1. Mai 1993: Der DGB versendet - wie alle Jahre wieder - sein Musterreferat an die DGB-Kreise und Landesbezirke. Das nach einigen Querelen und Protesten beschlossene Motto lautet: "Für Gleichberechtigung, Toleranz und Gerechtigkeit". Kein Hinweis auf den 1./2. Mai 1933, auf Ursachen und Folgen der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Besetzung der Gewerkschaftshäuser, auf die Errichtung der ersten Konzentrationslager, zu Verfolgung, Haft, Folter und Mord. Vorwärts und vergessen! war die Devise der DGB-Zentrale zum 1. Mai 1993.

Diese Schwächung des historisch-politischen Immunsystems, mit der Folge einer Reduzierung der Inkubationszeit gegenüber den Viren der konservativen Restauration, löste bei vielen Mitgliedern in den DGB-Kreisen und Landesbezirken heftige Proteste aus. In der beschämenden Reaktion des DGB-Bundesvorstandes, Abt. Grundsatz und Politische Planung vom 21. April 1993 (!) heißt es: "Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aus Eurem Kreis sind Informationen zur Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erbeten worden. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die örtlichen Ereignisse von Euch recherchiert worden sind und darüber auch Publikationen bzw. andere Formen der Veröffentlichung geplant bzw. bereits erfolgt sind. Aus diesem Grund beschränken wir uns drauf, Euch einen kurzen Auszug aus 'Geschichte der Gewerkschaften - von den Anfängen bis

Preiss: Vorwärts und vergessen!

1945' (Hrsg. Ulrich Borsdorf) zur Verfügung zu stellen. Mit freundlichen Grüßen - Karl Feldengut (Abteilungsleiter)" - Fürwahr eine skandalöse "Beschränkung"!

Mit Blick auf das politische Umfeld hätte es dem DGB gut zu Gesicht gestanden, wenigstens 60 Jahre danach aus der Geschichte zu lernen und ein Zeichen des Widerstandes gegen Defätismus, Halbherzigkeit, Rassismus und politische Abstinenz zu setzen als Prävention gegenüber jener Generation, für die Wilhelm Hoegner, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsident aus dem Exil voller Bitterkeit bekannte: "Wir Alten sind erledigt, wir sind gewogen und zu leicht befunden worden, wir können nur noch Warnungszeichen auf dem Weg sein, auf dem Weg ins Nichts."

Drehbuch der Machterschleichung der Nazis und die Gewerkschaften

Wie konnte es dazu kommen? Eine Frage, die bis zur Stunde nur unzulänglich beantwortet wird. Das Drehbuch der Machterschleichung der Nazis gibt Antwort.

13. März 1920: Kapp-Putsch.

21. Juli 1922: 'Gesetz zum Schutz der Republik.'

20. Juli 1932: Papen-Putsch. Die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens mit Otto Braun wird abgesetzt. Nicht in der Machterschleichung Hitlers am 30. Januar 1933, sondern in der widerstandslosen Kapitulation einer verläßlichen Bastion der Arbeiterbewegung liegt die tiefere Ursache für die Niederlage der Arbeiterbewegung. Hoegner schreibt in seinen Erinnerungen: "Allerdings, selbst wenn es zu Blutvergießen gekommen wäre, die Opfer, die dem deutschen Volk auferlegt wurden, wären ihm möglicherweise durch einen bewaffneten Widerstand gegen Papen am 20. Juli 1932 erspart geblieben." Goebbels jubelte nach diesem Test: "Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder."

30. Januar 1933: Die Kamarilla um Hindenburg macht Hitler zum Reichskanzler.

7. Februar 1933: Reichstagsbrand. Die Weimarer Verfassung wird aufgehoben, die Hatz auf Andersdenkende freigegeben.

28. Februar 1933: Notverordnung zum 'Schutz von Volk und Staat.' ..

GZ (Gewerkschaftszeitung) 1933, S. 241,

Ingrid Bounin, 'Heraus zum Kampf', Lübeck 1987, S. 301.

Wilhelm Hoegner: 'Flucht vor Hitler', München 1977.

Ders., 'Der schwierige Außenseiter', 1959.

⁽Anm. Aufhäuser hatte sich auf der Sitzung des ADGB als einziger Gewerkschafter gegen ein weiteres Abwarten ausgesprochen: "Der 20. Juli (1932) sei schon eine große Enttäuschung gewesen, und wir dürften die Dinge nicht an uns herankommen lassen, da wir sonst den Zeitpunkt verpaßten, an dem wir etwas tun müßten. Wir müßten jetzt die Linie aufzeigen für den Abwehrkampf." (zit. nach Schulze, 'Anpassung oder Widerstand?', Anm. 69, S. 133).

5. März 1933: Die Nazis erringen im Bündnis mit Hugenberg die absolute Mehrheit.

24. März 1933: Das Ermächtigungsgesetz wird mit 444 Stimmen gegen 94 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die 100 Abgeordneten der KPD waren bereits verhaftet.

29. März 1933: Der ADGB übermittelt Hitler brieflich die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der SPD und verpflichtet sich zur Kooperation mit den Unternehmern.

4. April 1933: Gesetz über Betriebsvertretungen zur Aussetzung der Wahl bis zum 30. Sept. 1933. Der Kündigungsschutz nach § 84 des Betriebsrätegesetzes wird ausgesetzt, wenn die Kündigung mit dem Verdacht (!) staatsfeindlicher Gesinnung begründet wird.

15. April 1933: Aufruf des ADGB zur Beteiligung an der Nazi-Maifeier,

29. April 1933: Verbot der Publikationen der Arbeiterbewegung.

2. Mai 1933: Besetzung der Gewerkschaftshäuser.

Diese wenigen Ereignisse zeigen: Die Nazis haben systematisch ausgelotet, wie weit sie gehen konnten. Das zögerliche Verhalten der Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften war geradezu eine Einladung, die Repressionen Schritt für Schritt zu verstärken. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß die Usurpation der Macht durch die Nazis durch Einschränkung bürgerlicher Freiheiten, durch Wendepolitik oder/und Verfassungsänderungen immer mit der Projektion eines Notstandes begründet wurde. Folgerichtig trug deshalb auch die Verordnung von Hindenburg und Hitler, die nach dem Reichstagsbrand die Grundrechte abschaffte und die ersten Konzentrationslager einführte, den beziehungsreichen Titel 'Verordnung zur Behebung der Not von Volk und Reich.'

Zu Beginn des Jahres 1933 stößt der Anpassungs- und Tolerierungskurs der Gewerkschaften, der in dem Aufruf "Organisieren statt Demonstrieren" gipfelt, auf zunehmende Kritik der Mitgliedschaft. Am 22.01.1933 beruft der ADGB eine Betriebsrätekonferenz nach Berlin ein. Theodor Leipart rechtfertigt den Anpassungskurs mit der Erklärung: "Wir als Gewerkschaften müssen mit jeder Regierung rechnen, auch wenn sie gar nicht unser Vertrauen hat. Wir müssen, weil wir auf dem Posten an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, mit jedem Arbeitsminister über die Interessen der Arbeiterschaft verhandeln. Wir müssen mit jedem Wirtschaftsminister über unsere wirtschaftlichen Auffassungen verhandeln ... Und wenn das nicht genügt, mit diesen Ressortministern zu verhandeln, dann müssen wir auch zum Reichskanzler gehen."

Die Nazis honorieren diese Politik nicht, sondern sehen darin eine weitere Ermunterung, ihren Kurs beizubehalten. Bereits am 11. März 1933 berichtet das Organ des ADGB: "Aus mehreren Orten des Reiches sind dem

Bundesvorstand Überfälle auf Gewerkschaftshäuser und polizeiliche Durchsuchungen in den Häusern und Büros gemeldet worden ... ** Am 29. April 1933 kommentierte "Die Gewerkschaftszeitung", das offizielle Organ des ADGB mit Blick auf den von den Nazis verordneten 1. Mai 1933 als dem "Nationalen Feiertag der Arbeit": "Wir haben gesehen, daß sich von dem traditionellen Gedankengehalt des Maifestes der Arbeiterbewegung ausgehend ein Weg findet, der hinführt zu dem Sinn, den die Regierung dem neuen Volksfeiertag zu geben gedenkt. Wir sind daher, ... in Übereinstimmung mit zahlreichen Mitgliedern der Gewerkschaften der Meinung. das Maifest neuer Prägung wäre die Gelegenheit, diese Beziehung der überlieferten Werte der deutschen Arbeiterbewegung zu der neuen Ordnung des Lebens von Volk und Staat zu befestigen durch die Anerkennung dieser Überlieferung und ihrer Träger seitens der Regierung."7 "Die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, die Verhaftung der führenden Gewerkschafter und die Auflösung der Organisation am 2. Mai 1933 wurden durch die Bereitschaft der Gewerkschaften zur politischen Selbstaufgabe nicht verhindert - vielleicht aber erleichtert "

Diesen Tag und dann den Weg in die Emigration, Illegalität und Widerstand zu dokumentieren - dazu hatten die Gewerkschaften keine Möglichkeit mehr, alle Publikationen wurden am 29.4.1933 verboten. Einen letzten Versuch der Anbiederung unternahmen Franz-Josef Furtwängler, seit 1923 Sekretär beim ADGB-Bundesvorstand und Walter Pahl, ebenfalls Sekretär beim ADGB in der Gewerkschaftszeitung vom 29.4.1933. Die in beiden Artikeln gedrehten opportunistischen Pirouetten haben den beiden nicht geschadet. Furtwängler wurde nach 1945 erster Leiter der Akademie der Arbeit, Pahl Chefredakteur der "Gewerkschaftlichen Monatshefte".

Allerdings: Hitler war, auf die Reaktion der Gewerkschaften bezogen, immer voller Zweifel. Deshalb gibt es auch im Vorfeld der Machterschleichung nur spärliche Hinweise der Nazis gegenüber ihrer Haltung zu den Gewerkschaften. Selbst im Programm des Kabinetts Hitler wird die Gewerkschaftsfrage äußerst zurückhaltend behandelt. Es heißt: "Die Regierung erkennt hierbei die geschichtliche Aufgabe, die Millionenmasse der deutschen Arbeiter im Daseinskampf um ihre Lebensrechte zu stützen und zu fördern." Auch Robert Ley ist von dieser Unsicherheit befallen. Am Vorabend des 1. Mai 1933 schmeichelt er dem deutschen Arbeiter: "Ihr werdet sagen, was wollt ihr denn noch, ihr habt doch die absolute Macht. Gewiß wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk, dich, Arbeiter haben wir noch nicht hundertprozentig, und gerade das wollen wir, wir lassen dich nicht, bis du in aufrichtiger Erkenntnis restlos

⁵ GZ (Gewerkschaftszeitung) 1933, S. 32.

GZ 1933, S. 159.

GZ 1933, S. 258.

Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt/Köln 1977.

GZ 1933, S. 257/259 und: Quellen zur Geschichte der Gewerkschaften im 20. Jh., S. 975. GZ 1933, S. 197.

zu uns stehst. Du sollst auch von den letzten Fesseln marxistischen Denkens befreit werden, damit du den Weg zu deinem Volke findest." ¹¹

Dies waren alles für die Öffentlichkeit bestimmte Aussagen, um den deutschen Arbeiter - wie es hieß - mit dem System zu versöhnen. Intern ließ man aber die Katze aus dem Sack. In einer für den engeren Führungszirkel der Partei bestimmten Erklärung vom September 1931 ließ Hitler die Maske fallen. "In der deutschen Unternehmerschaft - so Hitler - wächst endlich die Einsicht, daß eine grundlegende Wandlung unserer Wirtschaftspolitik solange nicht von dauerhaftem Erfolg sein kann, wie die deutschen Gewerkschaften ihre Stärke erhalten und vor allem mit dieser augenblicklichen Ausschließlichkeit die Interessenverwalter der Arbeitnehmer bleiben. Eine wirksame Wandlung in der Wirtschafts- und Lohnpolitik wird sich daher sichern lassen, wenn man die Bedeutung der Gewerkschaften wesentlich zurückdrängt und das Interesse der Arbeitnehmer an den Gewerkschaften abschwächt."

Postwendend folgte diesem Ruf das Echo des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. In seiner Denkschrift vom September 1932 schallt es zurück: "(Erforderlich ist) eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuelle Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens..." Und weiter: "Gerade weil wir die Sozialversicherung erhalten wollen, halten wir es für unumgänglich notwendig, daß sie unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird." 13

Im Rückblick auf das Mai-Spektakel 1933 spottet Robert Ley am 2. Mai 1933: "Das, was die Gewerkschaften aller Richtungen, die Roten, die Schwarzen, die Christlichen und die 'Freien' auch nicht annähernd zustande brachten, was selbst in den besten Jahren des Marxismus nur ein Schatten, ein elender erbärmlicher Abklatsch gegenüber dem gewaltig Großen des gestrigen Tages war, der Nationalsozialismus schaffte es im ersten Anlauf." 14

Seit Januar 1933 verstärkte sich der offene Terror.

Bis zum März 1933 häuften sich die Meldungen über die Besetzung von Gewerkschaftshäusern. Aus 160 Orten kamen Hilferufe an den ADGB, der sich mündlich und schriftlich bei allen maßgeblichen Regierungsstellen um die "Wiederherstellung normaler Zustände" bemühte. Nun war es soweit. Die Testphase war abgeschlossen, die Generalprobe zufriedenstellend verlaufen und die Bürgermeister und Landräte konnten ihren Aufruf "Fahnen heraus zum 1. Mai" an die Einwohner richten.

Parallele 1: Aushöhlung der Tarifpolitik

Vor diesem Hintergrund gilt es, exemplarisch drei wichtige Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit zu durchleuchten, um erschreckende Parallelen zur konservativen Restauration 60 Jahre danach aufzuzeigen. Es sind dies die Tarifpolitik, die Sozialstaatsgarantie und der antidemokratische Virus eines neuen Faschismus mit all seinen Begleiterscheinungen.

Werfen wir nochmals einen Blick in das Drehbuch der konservativen Restauration: 1918 setzte die Arbeiterbewegung den 8-Stunden-Tag durch. Am 1.1.1925 setzten ihn die Unternehmer wieder außer Kraft. 1928 kommt es zum Ruhreisenstreik. Die Löhne werden um 7,5 Prozent gesenkt, die Zwangsschlichtung eingeführt und die Aussperrung in brutaler Weise praktiziert.

1930 will Reichskanzler Hermann Müller (SPD) den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 3,5 % auf 4 % anheben, um Kürzungen beim Arbeitslosengeld zu vermeiden. Die DVP lehnt ab, weil es sich dabei um eine unzumutbare Belastung der Unternehmen handele, die Lohnnebenkosten erhöhe und den Export gefährde. (!) Am 27.3.1930 tritt Hermann Müller zurück. Die SPD verläßt die Koalition.

Unter Brüning werden 1929/1930 die Sozialleistungen und Löhne eingefroren bzw. gekürzt. Am 4. September 1932 veranlaßt das Kabinett Franz von Papen den Reichspräsidenten Hindenburg, eine Notverordnung "Zur Belebung der Wirtschaft" zu unterzeichnen. Damit wurde die Regierung ermächtigt, die sozialen Einrichtungen "zu vereinfachen und zu verbilligen", in Aufbau und Leistungen der Sozialversicherung einzugreifen, gleichzeitig aber den Unternehmern einen Steuernachlaß von rd. 22 Milliarden Reichsmark zu gewähren. Mit der "Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" wurden die Arbeitgeber ermächtigt, bei Neueinstellungen unter Tarif zu zahlen und staatliche Schlichter wurden angewiesen, zur 'Erhaltung gefährdeter Betriebe' die gültigen Tarife zu unterschreiten. Das Ergebnis: Die durchschnittlichen Arbeiterlöhne sanken, ausgehend von der Basis 1928 gleich 100, auf 84.8 Punkte. Die Arbeitslosigkeit nahm zu!

Am 10. Oktober 1931 erklärte der ADGB: "Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten ... Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt." ¹⁵

Und heute? Trotz gleichlautender Erklärungen begegnen die Gewerkschaften der politischen Offensive von Regierung und Wirtschaftsverbän-

¹¹ Walter Hofer, Dokumente 1933-1945, Fischer Bd. 172, S. 60.

¹² Deutsche Führerbriefe, 8.9.1931.

¹³ Deutsche Allg. Ztg. 30.09.1931.

Walter Hofer, a.a.O., S. 60.

¹⁵ GZ 1933, S. 644.

den mit einer rein ökonomisch-betriebswirtschaftlichen Argumentation. Das Lufthansa-Modell scheint in der Tat ein Pilot-Modell zu werden.

Da ist zunehmend von Flexibilisierungs-, Differenzierungs-, Öffnungs- und Revisionsklauseln die Rede. Die bereinigte Bruttolohnquote am Volkseinkommen geht rapid zurück.

Sie sank von 75,5 % (1982) auf 65,9 % (1991) und vegetiert damit auf dem Stand von 1973! Dieser Zustand mit all' seinen gesellschaftlichen Verwerfungen wird kaum noch problematisiert. Die Sicherung des Reallohnes wird zunehmend als einzige tarispolitische Orientierung ausgegeben; der damit verbundene Skandal der Einkommens- und Vermögensverteilung verdrängt.

Auch das Eingeständnis von Franz Steinkühler, die Gewerkschaften hätten ihre Funktion als "Bollwerk gegen den Kommunismus verloren" und seien deshalb für Arbeitgeber nicht mehr nützlich (Main Echo 7.4.92), wurde weder registriert noch honoriert. Hatte er sich gar eine Erfolgsprämie erhofft?

Bei dieser Entwicklung verliert die Tarifpolitik ihre gesellschaftliche Funktion mit verheerenden Auswirkungen auf unser System der sozialen Sicherung.

Parallele 2: Abbau des Sozialstaats

Bezogen auf den zweiten Schwerpunkt - die Sozialpolitik - erklärte der Parteivorstand der SPD zur Initiative der Deutschen Volkspartei am 28. März 1930: "Der Vorstoß der deutschen Volkspartei richtet sich nicht allein gegen die Arbeitslosenversicherung. Er trifft die gesamte soziale Tätigkeit und damit die Existenzgrundlage der Arbeitslosen. Hier hat die Sozialdemokratie ein Haltesignal aufgerichtet. Ihre Bereitschaft zu gemeinsamer Arbeit hat dort ihre Grenze, wo die Interessen der werktätigen Volksschichten bedroht sind."16

Der ADGB zieht nach. Bereits im Aufruf zum 1. Mai 1931 heißt es: "Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung! Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Einrichtungen gerüttelt werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir leben nicht mehr im alten Obrigkeits- und Militärstaat. Soziale Gerechtigkeit ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahr: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein." 17 Und noch deutlicher: "Die deutschen Arbeitnehmer haben seither stärkste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu anderen Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise belastet zu werden." 18

Preiss: Vorwärts und vergessen!

Am 10. Oktober 1931 reagieren der ADGB, der Allgemeine Angestelltenbund und der Christliche Gewerkschaftsbund in einer gemeinsamen Erklärung zum Abbau sozialer Rechte. U. a. heißt es: "Die Spitzenverbände der Unternehmer haben in gemeinsamer Erklärung die Reichsregierung aufgefordert, die Wirtschaft von allen staatlichen und sozialen Bindungen zu befreien. Auf diese Weise soll der wirtschaftlich Schwache uneingeschränkt der Willkür des wirtschaftlich Starken ausgeliefert werden. Das würde den hemmungslosen Kampf aller gegen alle und die Auflösung ieder gesellschaftlichen Ordnung bedeuten." Und weiter: "Der Versuch, die ungeheuere Wirtschaftsnot der Gegenwart aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Überrationalisierung, Kapitalfehlleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit eineinhalb Jahren wird als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben ..."19

Unberührt von diesen papierenen Protesten wurde am 5. Juni 1931 die mit der irreführenden Überschrift versehene "Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" unterzeichnet. Die Tarnkappe 'Solidarpakt' war noch nicht bekannt. Hier nur einige Eckpunkte dieser Verordnung, um den Vorwurf des Plagiats - das heißt des Diebstahls geistigen Eigentums - gegenüber Kohl, Waigel, Lambsdorff & Co konkret belegen zu können: Arbeitslosenunterstützung: Der Anspruch für Jugendliche wird vom bisher 16. Lebensjahr auf das 21. Lebensjahr heraufgesetzt./ Verschlechterung beim Bezug des Kurzarbeitergeldes./Streichung der Zumutbarkeitsklausel für Arbeitslose./Jeder hat jede Arbeit anzunehmen./Generelle Kürzung der Arbeitslosenunterstützung./Einführung des Begriffs der Arbeitsunwilligkeit zur Begründung der Verlängerung der Sperrfrist./Verlängerung der Wartezeiten für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung./Anrechnung von Abfindungen auf Versorgungsansprüche./Rückerstattung von Krisenunterstützung bei hinreichendem Einkommen./Pflichtarbeit für Jugendliche./Beschränkung der Zuwanderung in die größeren Städte u.s.w.2

Die verdächtige Nähe zur 'Notverordnung' des Jahres 1993, die sich hinter dem Opfermythos 'Solidarpakt' verbirgt, ist frappant. Die Absicht ist klar:

¹⁶ Jahrbuch der SPD 1930, S. 277.

¹⁷ GZ 1931, S. 241.

¹⁸ GZ 1931, S. 129.

Peter Schulz, 'Nicht die Zeit, um auszuruhen', Hannover 1990, Dokument 119. 20 GZ 1931, S. 372.

Letztlich wird aus der mißbräuchlichen Reklamation unserer traditionellen Solidarität eine Solidarhaftung, d.h. eine gesamtschuldnerische Haftung für politische Entscheidungen, bei denen wir weder vorher gefragt, geschweige denn verantwortlich eingeschaltet wurden. Zur Erinnerung: Beim Solidarpakt handelt es sich um einen Begriff, der von der Bundesregierung eingebracht wurde. Eingebracht von den gleichen, die den 116er verfügten, Tarifforderungen als dumm und töricht bezeichnen, Demonstrationen als Druck der Straße diffamieren, das Nachtarbeitsverbot für Frauen eliminieren, das System der sozialen Sicherung torpedieren, die Karenztage suspendieren, die Tarifautonomie liquidieren, selbst aber kräftig kassieren und spekulieren.

Was die Sozialpolitik generell anbelangt, erhielt sie wesentliche Impulse durch Persönlichkeiten wie Walter Auerbach, Ludwig Preller, Otto Brenner, Helmut Rohde, Walter Dirks, Wolfgang Abendroth, Walter Schellenberg, Anton Storch und Hans Katzer. Sie lehrten: Sozialstaatlichkeit ist ein in Artikel 20 GG gesichertes Grundrecht. Sozialstaatlichkeit hat eine gesellschaftliche Dimension. Sozialstaatlichkeit ist ein kultureller Anspruch, der sich darauf bezieht, wie wir leben, wie wir wohnen und arbeiten. Bei den aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung geht es deshalb nicht um einen Umbau des Sozialstaates. Umbau ist ein positiv belegter Begriff. Es zeugt von politischem Dillettantismus, wenn dieser Begriff mehr und mehr auch von Spitzenfunktionär/Innen übernommen wird. Es geht nicht um Umbau, sondern vielmehr um die Zerstörung unseres Systems der sozialen Sicherung. Es geht um eine tiefgreifende kulturelle Restauration aller Lebensbereiche. Es geht um die Erosion des grundgesetzlich garantierten Sozialstaatsprinzips. Es geht um die totale Privatisierung unseres Systems der sozialen Sicherung. Nicht mehr 'Marktwirtschaft Sozial', sondern 'Marktwirtschaft Brutal' ist die Praxis der konservativen Restauration! Der sozialverpflichtete Staat wird zum Störfaktor. Seine sozialverpflichtende Funktion wird ausgehöhlt, ohne die Verfassung zu ändern. So gesehen, geht der Weg der konservativen Strategie nicht über die soziale Bändigung des Kapitalismus, sondern umgekehrt über seine Entfesselung aus staatlichen, arbeits- und sozialrechtlichen Bindungen.

Die Bundesregierung sondiert zur Zeit - so wie die Konservativen in den dreißiger Jahren - das Terrain für den umfassenden Angriff auf das Gesamtsystem sozialer Sicherung. Damit gibt sie der Opposition die Chance, sich in erboster Haltung zu profilieren, in dem trügerischen Gefühl, wieder einmal das Schlimmste verhindert zu haben.

Kapitalistische Gewalt wird letztlich dann noch als humane Wohltat empfunden.

Treffend bezeichnete Franz Steinkühler während der jüngsten Tarifauseinandersetzung die Kündigung des Stufentarifvertrags als "organisierten Rechtsbruch" und als einen "Arbeitgeber-Putsch gegen die Tarifautonomie und einen Anschlag auf die Demokratie" (Frankfurter Rundschau 5.4.93). Sollte es sich bei dieser Aussage nicht nur um einen verbalen und beifallheischenden Kraftakt handeln, dann gilt es eingedenk der historischen Erfahrung daran zu erinnern, daß fast in allen Satzungen der Gewerkschaften das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie die Sicherung und der Ausbau des sozialen Rechtsstaates festgeschrieben ist. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu Pflicht der Gewerkschaften, einer Aushöhlung grundgesetzlicher Normen und der damit verbundenen kulturellen Restauration zu widerstehen. Widerstand ist so gesehen weder antidemokratisch noch gegen die Verfassung gerichtet. Im Gegenteil: Er ist gewerkschaftlicher Satzungsauftrag gegenüber jenen, für die das Grundgesetz lediglich eine unverbindliche Aneinanderreihung von toten Buchstaben und nicht zwingender Auftrag ist, unsere Gesellschaft demokratisch und sozial zu gestalten.

Präziser war da schon Otto Brenner."

Preiss: Vorwärts und vergessen!

"Wir müssen - so Otto Brenner - im politischen Bereich genauso wirksam werden wie im tariflichen ... Das bedeutet, daß man zur Durchsetzung bestimmter Forderungen den politischen Streik nicht ausschließen darf. Das politische Streikrecht wurde deshalb ausdrücklich in unserer Satzung verankert."21 Statt sich nun in der praktischen Politik auf die Einlösung satzungsrechtlicher Grundlagen und programmatischer Grundsätze zu besinnen, muß das Widerstandsrecht emigrieren. 'Gegenwehr' heißt das neue Etikett, das eine Debatte - wie bereits in der Auseinandersetzung um den 116er - erst gar nicht aufkommen läßt.

Parallele 3: Formierung und Anwachsen des Rechtsextremismus

Zum letzten Punkt, dem Rechtsextremismus, der nach dem Fall der Mauer Strategie und Taktik des rechten Potentials neu definiert und vor offenem Terror nicht zurückschreckt.

Zur Erinnerung: Im März 1933 erreichte der blutige Terror gegen die Gewerkschaften einen ersten Höhepunkt. Allein am 13. März gingen beim ADGB-Vorstand Schreckensmeldungen aus über 20 Orten ein. Doch die Überfälle und Gewalttaten vermochten keine grundsätzliche Änderung der gewerkschaftlichen Politik herbeizuführen. Es blieb bei Beschwerden, angereichert mit den penetranten Bekundungen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Reichsregierung. Noch am 13. April 1933 diskutierten die Gewerkschafter Leipart, Grassmann und Wilhelm Leuschner mit Vertretern des NSBO die künftige Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung. Erst mit dem ultimativen Ansinnen der NSBO-Vertreter, der ADGB-Vorsitzende Leipart solle seinen Posten an einen Nationalsoziali-

Otto Brenner, Wir müssen auch für den politischen Bereich das Streikrecht in Anspruch nehmen', Wirtschaftswoche Nr. 12, 7.5.1971.

sten übergeben, war die Grenze der gewerkschaftlichen Anpassungsbereitschaft überschritten.

Ein beschämendes, personell intendiertes Beispiel der Kollaboration, so wie es sich auch heute zunehmend in Form einer pseudowissenschaftlich praktizierten Fraternität gegenüber den rechten Strömungen zeigt.

Auch nach 1945 bis zur Stunde haben die Gewerkschaften den Kampf gegen rechts bei unmißverständlicher Beschlußlage nur sporadisch und halbherzig geführt.

Lediglich bei Wahlerfolgen der Rechten, bei Terroranschlägen und anderen Aktivitäten wurden gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen diskutiert und Megatonnen von Papier produziert, ohne sich mit dem nötigen Beharrungsvermögen dieser wichtigen Aufgabe zuzuwenden. Jetzt geht die Saat der Vergangenheit in der Gegenwart auf. Wir haben sie durch Inkonsequenz gefördert! Schlimmer noch: Diejenigen, die immer wieder an diese politische Aufgabe erinnerten, sahen sich nicht selten Angriffen aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Mal war es die Kampagne einer sogenannten kommunistischen Unterwanderung, mal mußte die Phrase 'Bonn ist nicht Weimar' herhalten, um Initiativen und Aktivitäten - vornehmlich im Jugendbereich - zu diskreditieren.

Aber was nützt die Versicherung, daß alle Voraussetzungen fehlen, um das Drehbuch von 1933 noch einmal ablaufen zu lassen? Die Parallelen sind beängstigend! Es gibt nicht nur Brandstifter; es gibt auch Biedermänner im Nadelstreifen und mit Siegelring. Haben wir unser Gespür für Unrecht verloren, unseren Instinkt für die Anfänge von Unterdrückung, Demütigung, Rassismus und Gewalt? Trotz aller Lichterketten und Demonstrationen, die gut und richtig sind, muß unser Widerstandswille auch zur politischen Tat werden, um wenigstens jetzt noch die Gefahr eines neuen Faschismus zu bannen. Doch der Zweifel verdunkelt die Hoffnung.

Was soll man beispielsweise davon halten, wenn ein Mitarbeiter der IG Metall ausgerechnet in dem rechtsextremistischen Blatt "Junge Freiheit" dazu auffordert, "das Verhältnis zur Nation zu überdenken", Berührungsängste gegenüber dem rechten Spektrum abzubauen und den Antifaschismus als "ein totes ideologisches Konstrukt" bezeichnet, "das den Verhältnissen nicht mehr gemäß ist." Erschreckend: Viele intellektuelle Illusionäre huldigen - wie auch vor 1933 - heute wieder der längst brutal widerlegten Auffassung, man müsse die Rechte nur übertreffen, um die Rechte auszuschalten. Bedenklich scheint mir auch die jüngste, auf den Rechtsextremismus bezogene Erklärung von Vorstand und Beirat der IG Metall zu

sein, in der es heißt: "Deutschland und die deutsche Gesellschaft sind in eine gefährliche Situation hineingeschlittert". 23 Sind wir da wirklich nur hineingeschlittert? Gab es da keine Vorläufer?

In der Reichstagsdebatte am 26. Juni 1922 läßt Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum), an die Adresse Helferichs (Deutschnationale) gerichtet, keinen Zweifel: "Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!" 24 Sage keiner, er habe nichts gewußt!

1966: Der 7. DGB-Bundeskongreß fordert das Verbot der NPD.

21.10.1968: Der DGB gründet den Bundesausschuß 'Rechtsradikalismus' des DGB-Bundesvorstandes. Ihm gehören Vertreter des Vorstandes jeder Gewerkschaft und aller Landesbezirke des DGB an. Zweck des Ausschusses ist die Koordinierung der gegen den Rechtsradikalismus gerichteten gewerkschaftlichen Maßnahmen und der Austausch entsprechender Erfahrungen. Den Vorsitz führt Ludwig Rosenberg.

1969: Mit Beginn der neuen Ostpolitik werden aus Brandt-Sätzen Brandsätze mit Molotow-Cocktails. 'Brandt an die Wand'. 'Deutschlands Todesurteil ist unterschrieben.' 'Brandt schenkt Deutschland den Polen.' 'Brandt Kanzler des Ausverkaufs.'

Mai 1982: Der DGB-Bundeskongreß beschließt einmütig die Verstärkung der Aktivitäten gegen die Testamentsvollstrecker der Alt-Nazis. Beschlossen wird: Verbot und Auflösung aller faschistischen und neofaschistischen Organisationen. Verbot aller faschistischen Propagandamaterialien. Verstärkte Durchführung von antifaschistischen Aktivitäten. Verstärkung der Zusammenarbeit mit Widerstandskämpfern, um die historischen Erfahrungen auszuwerten und kennenzulernen. Umfassende Vermittlung des Zusammenhangs von Faschismus/Krieg und der Industrie. Erarbeitung und Initiierung von Ausstellungen, Broschüren und Ton-Dia-Schaus. Verstärkte Darstellung des Zusammenhangs zwischen Faschismus und Industrie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Konkrete Einarbeitung dieser Inhalte in unsere Bildungskonzeptionen.

Diese Forderungen schleppen wir unter ständiger Abschwächung und immer schwammigeren Formulierungen als Absolution erteilende Erinnerungsposten von Kongreß zu Kongreß, ohne daß das Wort zur Tat wird. Deutlich tritt zu Tage, daß die verhinderte Aufarbeitung unserer Geschichte die Trockenlegung des braunen Sumpfes nicht erleichtert hat. Mitverantwortlich sind hier auch die pseudo-wissenschaftlichen Kläranlagen für rechtsextremistische Fäkalien.

Nein, wir sind in diese Entwicklung nicht hineingeschlittert.

²² Kowalsky, Junge Freiheit 11/92. (In: 'Die neue Gesellschaft', Heft 1/93, S. 44 ff. charakterisiert Armin Pfahl-Traughber die 'Junge Freiheit' als "ein publizistischer Brückenschlag zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus." U.a. heißt es: "Politisch-ideologisch und strategisch steht die Redaktion - wie auch ihr Werbespruch verrät - offensichtlich in der Tradition der konservativen Revolution der Weimarer Republik, jener intellektuellen Vertreter eines antidemokratischen Denkens, die das parlamentarische System der damaligen Zeit überwinden wollten".)

Der Gewerkschafter, 1/1993, S. 5.

Lesebuch Weimarer Republik, Berlin/Wagenbach 1982, S. 28.

²⁵ DGB-Bundeskongreß, 16. - 21. Mai 1982.

Strauß und Dregger forderten, endlich aus dem 'Schatten Hitlers' herauszutreten. Da gab es - und gibt es immer noch - von A wie Abs über Carstens, Dregger, Filbinger, Globke, Jenniger, Kiesinger, Lummer, Vialon bis hin zu Zoglmann die konservativ-restaurative personale und politisch-in-haltliche Kontinuität: die Saat, die jetzt zur Ernte reift.

Z - Nr. 15 September 1993

Da gab es Bitburg und die Gleichsetzung von Opfern und Tätern.

Da verneigt sich Kohl an der Gruft des Preußen-Königs, meidet aber den Besuch der Konzentrationslager wie der Teufel das Weihwasser. Da gab es das Heidelberger Manifest zur Begründung des Ausländerhasses.

Und da gibt es den Historikerstreit als Flankenschutz bei der Entsorgung unserer Geschichte.

An die Adresse jener, die für eine Annäherung an das rechte Spektrum plädieren, die die Opfer des Faschismus schuldig und die Täter heilig sprechen, die den Kontakt zur Geschichte der Arbeiterbewegung verloren haben, sei gesagt: Auch unsere Generation muß eines Tages Rede und Antwort stehen. Dann werden uns keine Ausflüchte helfen, weil wir nicht an unseren Reden, sondern an unseren Taten gemessen werden. Deshalb darf es keinen Zweifel geben: Wenn wir die Nazis bekämpfen wollen, dann können wir nicht gleichzeitig mit der Reaktion Frieden schließen.

Herausforderung an die Gewerkschaften

Ziehen wir Bilanz: Die Stoßrichtung der Restauration richtet sich frontal gegen drei Bastionen freier, unabhängiger und verfassungsrechtlich geschützter Politikfelder der Gewerkschaften. In der Tarifpolitik droht die Liquidierung der Tarifautonomie durch gesetzliche Öffnungsklauseln, Lohnabbau und Zementierung der derzeitigen Einkommensverteilung. In der Sozialpolitik droht die Demontage des Sozialstaatsgebots durch die Aufkündigung des Generationsvertrages mit dem Ziel einer rigorosen Privatisierung des verfassungsrechtlich geschützten Systems der sozialen Sicherung. Im politischen Umfeld droht durch die Zunahme (neo)nazistischer Umtriebe und die halbherzige Reaktion darauf die Erosion der Grundlagen unserer freiheitlich-demokratisch strukturierten Gesellschaft.

In der Satzung des DGB, aber auch in den Satzungen aller angeschlossenen Gewerkschaften wird ein Bekenntnis zur Sicherung und dem Ausbau des sozialen Rechtsstaates und für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden und Abrüstung und Völkerverständigung abgelegt. In der Satzung der IG Metall wird dieser Anspruch wie folgt konkretisiert: "Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlichdemokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie die Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen."

(Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 5 GG). Und weiter heißt es: "Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen." Stellt man diese unveräußerlichen, die Gewerkschaften und den DGB verpflichtenden Positionen auf den Prüfstand gewerkschaftlicher Praxis, dann gewinnt wiederum Zweifel die Oberhand.

Machen wir uns nichts vor. Die Wende ist total. Jetzt wird der antifaschistische und parteiübergreifende Grundkonsens unserer Republik aufgekündigt. Radikaldemokratische und sozialistische Fragmente einer den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Achtung der Menschenwürde verpflichteten Politik müssen emigrieren. Die ungleichzeitige Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland führt im Westen zu seiner Parlamentarisierung und im Osten zu seiner Radikalisierung. Deutlicher: Nach der Straße hat die extreme Rechte nun auch die Parlamente erobert.

Es gibt neue Fahrgemeinschaften für die Rechtskurve. Die Mauer zwischen restaurativem Konservatismus und gewalttätigem Rechtsextremismus ist gefallen.

1932 gab es im Deutschen Reich 6,128 Mio Arbeitslose. Das war das Potential, das Hitler brauchte, um sich die Macht zu erschleichen. Im jüngsten Bericht des Sachverständigenrates heißt es: "Das Heer von inzwischen mehr als 5 Millionen offen oder verdeckt Erwerbsloser wächst weiter." Ieder Tag Massenarbeitslosigkeit bringt uns heute jener Vergangenheit näher.

Zugegeben, der Alltag fordert uns zur Zeit bis zu Erschöpfung. Orientierungslosigkeit, d.h. der Sprung in die Zukunft, ohne Bewältigung der Gegenwart, wird in die Irre führen. Trotz alledem: Wir haben eine Chance. Ob wir sie nutzen, hängt zwar auch von Umständen, mehr aber noch von uns selbst ab. Mit Teilantworten - hier ein bißchen Kritik an Helmut Kohl, dort ein bißchen Tarifkosmetik, ein Scheibchen Qualifikation, das Beklagen des falschen Bewußtseins, ein bißchen Frieden und den immer wieder zu hörenden Appell, wir müßten politischer werden - werden wir nicht weiterkommen. Ob wir unsere Zukunft gestalten, hängt vom politischen Willen und der Vision einer künftigen Gesellschaft der Freien und Gleichen und des Einsatzes jedes und jeder Einzelnen ab. Hier dürfen wir uns nicht verzetteln, geschweige denn spalten.

In der Verteidigung und dem Ausbau unserer demokratischen Grundordnung sollten wir uns von niemandem übertreffen, geschweige denn überrumpeln lassen. Das bedeutet aber auch, daß wir nicht ständig auf allerlei Hochzeiten tanzen, staatstragenden, und unsere Mitglieder ständig irritie-

²⁶ Satzung der IG Metall, 1.1.1990.

Frankfurter Rundschau 17.11.1992.

rende Schlagzeilen produzieren und die existenziellen Fragen einer freien gewerkschaftlichen Betätigung vernachlässigen.

Ich schließe mich Oskar Negt an, wenn er mahnt: "Was ist nicht alles postmodern, postindustriell, posthistorisch genannt worden, um traditionelle Denkweisen zu diskriminieren? Diese Beschleunigung im Wechsel von Moden und Konzeptionen trägt wesentlich dazu bei, daß keine neuen Orientierungen auf eine Konzeption der humanen Gesellschaft politische Gestalt annehmen können. Was in der alten Arbeiterbewegung vielleicht etwas zuviel vorhanden war, nämlich Beharrlichkeit, sich durch den unmittelbaren Situationsdruck nicht verwirren zu lassen, ist hier ins Gegenteil umgeschlagen. Nichts wird wirklich ausgetragen; wenn etwas in kurzer Zeit nicht klappt, wird es verabschiedet und man setzt auf ein neues Pferd." Nicht die inflationäre Durchführung von Zukunftskongressen, sondern nur die handfeste Einmischung in die Gegenwart wird unsere Zukunft sichern.

Der Widerstand der Arbeiterbewegung war 1932/33 so kraftlos, weil allzu viele Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften ihre politische Begabung und ihre von den Bedürfnissen der Mitglieder losgelöste staatsmännische Verantwortung meinten dadurch beweisen zu müssen, daß sie mit jeder Regierung über jedes Thema redeten, um niemand zu verärgern; mit Brüning über den Lohnabbau, mit Papen über den freiwilligen Arbeitsdienst und mit den Mittelsmännern Hitlers über die Eingliederung der Gewerkschaften in das System der Diktatur.

Nicht zuviel Prinzipienfestigkeit, sondern zuviel Anpassung - das war der entscheidende Fehler! Es bleibt die bittere Erfahrung: Verlegen Gewerkschaften ihre Hoffnungen ausschließlich auf staatliche Institutionen, dann schwächen sie sich unvermeidlich, da die Mitglieder und die breite Öffentlichkeit die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsfunktionen nicht mehr erkennen.

Die Arbeiterbewegung hat Hitler nicht verhindert, weil sie die faschistische Gefahr nicht rechtzeitig erkannte. Sie hat seinen Aufstieg nicht verhindert, weil die Gegensätze und die Verfeindung in unseren eigenen Reihen nicht überwunden wurden. Sie erkannte nicht das enge Bündnis zwischen Reaktion und Faschismus. Sie versäumte die richtige Stunde, als es noch möglich gewesen wäre, die Usurpation der Macht der Nazis zu verhindern. Daß nachher Tausende von Gewerkschaftern, Sozialisten, Kommunisten und Christen in den Widerstand gingen, hat unsere Ehre gerettet. Aber verhindern konnten wir den Weg in Krieg und Vernichtung nicht mehr.

Die Nazis erteilten der Arbeiterbewegung - und hier vornehmlich den Gewerkschaften - die Lektion, daß Gewerkschaften immer dann ihre organisatorische Widerstandskraft verlieren, wenn sie ihr politisches und programmatisches Profil preisgeben. Diese Erkenntnis trägt kein Verfallsdatum! Sie ist zeitlos!

Keizo Hayasaka

Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus: Japan¹

Mitte 1993, als in Japan eine seit über zwei Jahren andauernde tiefe Depression herrscht, erschüttern zwei politische Ereignisse das Land: Erstens der Skandal um den stellvertretenden Parteiführer der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), Shin Kanemaru, der gleichzeitig die tiefe strukturelle Verwachsenheit zwischen Politik und Finanzwelt an den Tag brachte, sowie das alte Lied von der "politischen Reform", das die Herrschaft der LDP durch Veränderung des Wahlgesetzes zu perpetuieren versucht; zweitens die Entsendung der Verteidigungsarmee nach Kambodscha und Mozambique, ein weiterer Schritt zur Aushöhlung des Friedensartikels der Verfassung. Das Vorhandensein der Verteidigungsarmee an sich ist schon unzweifelhaft verfassungswidrig, ihre Entsendung ins Ausland erst recht.

Die Analyse dieser beiden Ereignisse sagt etwas aus über den Staatsmonopolkapitalismus im allgemeinen, und über den "Kapitalismus der III. Generation", also den Kapitalismus, der auf die europäische und amerikanische Variante folgt, und dessen Charakteristikum in der engen Verbindung zwischen Staatsmacht und Bürokratie besteht, im besonderen. Zum Schluß analysieren wir das Verhältnis zwischen der staatlichen Abhängigkeit Japans von den USA und der Entwicklung einer eigenen Weltstrategie durch den japanischen Kapitalismus.

I. Struktur und Lebensform des Machtzentrums

Nach den Abmachungen der Finanzminister im Plaza Hotel in New York 1985, die hauptsächlich auf die Lösung des amerikanischen "Zwillingsdefizits" abzielten, entwickelte sich nach einer kurzen Depression die rasche "zügellose Karriere" (Engels) der "Schaumökonomie", deren Basis die Yen-Kurssteigerung, die künstliche Herabsetzung des japanischen Zinssatzes (bis zu 2,5 %!), ein hektischer Immobilien- und Aktienhandel und eine dadurch verursachte Anlageinvestition war. Eine entscheidende Rolle in der mit Schwindel, Spekulation, Korruption erfüllten Schaumökonomie spielten Aktienausgaben zu Marktpreisen und Ausgaben von Anleihen mit Wendungsvorrecht. Anfang 1991 krachte der Börsenmarkt

Oskar Negt, Die Herausforderung der Gewerkschaften, New York/Frankfurt/M. (Campus) 1989.

Der vorliegende Aufsatz entstand als Resultat einer Diskussion einer Forschungsgruppe an der Universität Iwate, Morioka. Wir danken Herrn Dr. Uwe Richter für seine Hilfe bei der Übersetzung. Die Literaturangaben, etwa 40 japanische Bücher und Aufsätze, entfallen wegen Platzmangel.

zusammen und gleichzeitig begann sich eine Überproduktion abzuzeichnen.

Im Augenblick zeigen sich aufgrund des revidierten Etats mit zusätzlichen Jahresausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden DM (Y 13 Billionen) und aufgrund des niedrigeren Diskontsatzes Symptome einer allmählichen Erholung der Wirtschaft. Aber das Niveau der Anlageinvestitionen, der Beschäftigungslage und des Konsums bleibt weiterhin unter dem des Vorjahres.

Das Platzen der "Schaumökonomie" enthüllte die chaotische Geschäftsführung vieler Firmen mit unbezahlt bleibenden Forderungen, ungeklärter Geldverwendung, illegalen Entschädigungen von Großaktionären für Verluste bei Aktienspekulationen usw.

Eine Strafanzeige wegen Treuebruch von einer der größten Transportgesellschaften, Sagwa-Kyübin, gegen ihren ehemaligen Präsidenten brachte ans Licht, daß nicht nur Kanemaru Steuern hinterzogen und riesige illegale Gelder angehäuft hatte, sondern daß auch von einer einzigen Firma über 100 Mrd. Yen für politische Spenden an 280 Politiker geflossen waren. Mit der Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 200 000 Yen (etwa 3 000 DM) sollte der Fall abgeschlossen sein, ohne daß die Hintergründe des Vorgangs, die illegalen Gelder bei den Wahlen des Gouverneurs von Tokio sowie eines lokalen Gouverneurs, die Beteiligung der Gangsterbanden sowie die ungeheuren Bestechungsgelder bei der Wahl des Parteiführers aufgeklärt worden wären.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit jedoch deckte das Hauptsteueramt Kanemarus undeklarierte Gelder von 4,3 Mrd. Yen auf und nahm ihn in Untersuchungshaft. Ein Untersuchungsausschuß begann in Sachen illegaler Absprachen von Großfirmen zu Zwecken des Subventionsbetrugs bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge zu ermitteln, bislang eine andere Geldhäufungsquelle Kanemarus: Geldspenden durch Großfirmen als Gegenleistung für öffentliche Bauaufträge.

Der Skandal war kein Einzelfall und nicht zufällig, sondern das Produkt einer jahrzehntealten Reproduktionsstruktur des Übels: des Politiker (LDP)-Bürokraten-Geschäftsleute-Komplexes (im folgenden: PBG-Komplex).

Obwohl Wolferen² (S. 62) diesen Komplex sieht, verneint er eine Beherrschung der politischen Entscheidungsprozesse durch die Industriekapitäne und die Rolle der LDP-Politiker und der Bürokraten als Strohmänner der Bosse der Wirtschafts- und Finanzwelt (zaikai). Er sieht den Komplex an als "ein Gleichgewicht zwischen mehreren halbautonomen Gruppierungen" (S. 19) und findet keinen faktischen Machthaber (S. 51). Seines Erachtens gibt es hier "keine oberste Institution mit letzter politischer Ent-

scheidungsgewalt" (ibid.). Doch, es gibt sie schon! Die Monopolkapitalgruppe selbst. Okumura charakterisiert die durch diese Gruppe beherrschte Gesellschaft als "Kapitalismus der juristischen Personen", d.h. von durch Aktienbesitz miteinander verwobenen Firmengruppen. Dies sei das besondere Charakteristikum japanischer Macht und Herrschaft.

In Japan gibt es bekanntlich sechs große korporative Gruppen (Mitsui-, Mitsubishi-, Sumitomo-, Fuyo-, Daiichi-Kangin- und Sanwagruppe). Jede von ihnen stellt ein Konglomerat großer Betriebe mit gegenseitiger Aktienbeteiligung dar: Banken, Versicherer, Großhandels-, Bau-, Automobil-, Petrochemie-, Elektronik-, Eisen- und Stahlfirmen usw. Gleichzeitig beherrscht jede dieser Großfirmen zahlreiche Tochterfirmen durch einseitige Aktienbeteiligungen (oft 100 %). Jede Tochter ihrerseits hat viele Enkel; die Enkel haben Großenkel usw. Daneben gibt es einige unabhängige große Industriebetriebe mit den sie umgebenden Firmengruppen, z.B. neun Elektrizitätsgesellschaften, NTT, Toyota-, Shinnittetsu-, Hitachi-Gruppe usw., die jeweils eine eigene Pyramide bilden. Die Toshibagruppe aber gehört Mitsui, Nissan gehört zu Fuyo, NEC zu Sumitomo.

Die wechselseitige Aktienbeteiligung durch juristische Personen war nach der Entflechtung der Konzerne in der unmittelbaren Nachkriegszeit der legale Weg zu deren faktischer Wiederherstellung. Und er war nötig für eine weitere stabile Herrschaft innerhalb der eigenen Gruppe, für gemeinsame Investitionsprojekte usw. Etwa 70 % der an der Börse notierten Gesamtaktien gehörten 1989 juristischen Personen. Denn mit je 3 - 5 % Aktienbeteiligung durch etwa 10 bis 20 Aktionäre juristischer Personen derselben Großfirmengruppe ist eine Firma ausreichend zu beherrschen.

Obwohl in verschiedenen Wirtschaftsbereichen heftige Konkurrenz zwischen diesen Gruppen stattfindet, gibt es zwischen ihnen im politischen Bereich aufgrund ihrer gemeinsamen Interessenlage enge Verbindungen. Jeder einzelne Industriebereich verfügt über eine Lobby, die zum einen für vorteilhafte oder günstige Verkaufsbedingungen der Produkte sorgt und zum anderen zusammen mit den Bürokraten über Fragen der Entwicklung neuer Techniken, Investmentpläne, Problemlösungen des Außenhandels usw. berät.

Darüber hinaus gibt es Dachverbände, wie z.B. den Dachverband der Geschäftswelt, den Japanischen Arbeitgeber-Dachverband, die Vereinigung der Geschäftsleute. Man nennt diese Organisationen Schattenkabinette. In der Tat haben sie aufgrund ihrer großen Kapitalkraft oft das letzte Wort in allen politischen, ökonomischen, kulturellen sowie ideologischen Bereichen. Aber letztendlich gehören Macht und Herrschaft nicht einzelnen Personen, sondern dem Kapital selbst, unter dem die individuellen Personen nur als Agenten oder Diener funktionieren. Das gerade ist die extremste Erscheinungsform der Fetischisierung des Kapitals, wie es schon Marx bezeichnete, und was sich auch in Wolferens Begriff "System" widerspiegelt. Dies kann erst für die Länder der III. kapitalistischen

Wolferen, Karel van: Vom Mythos der Unbesiegbaren: Anmerkungen zur Weltmacht Japan, München, Droemer Knaur, 1989.

Generation typisch sein, weil diese Gruppen von vornherein eine enge Beziehung mit dem Staat hatten und keine durchgreifende bürgerliche Revolution erlebt haben wie die früheren Generationen. Eine List der Geschichte.

Natürlich wird die Herrschaft nicht immer ungeschminkt ausgeübt und ist von der obersten Macht, den USA, abhängig. Überdies ist sie nicht immer stabil. Aber letzten Endes überlebt sie mit Hilfe verschiedener ergänzenden Organisationen sowie geschickter Manöver aufgrund der Konzeption der sog. "Krisenverwaltung".

Die Symbiose der Wirtschaftswelt mit der politischen Welt nimmt sehr verschiedene Formen an, aber ihre materielle Basis besteht in ungeheuren Möglichkeiten für Gewinne, die Großfirmen aus der Zusammenarbeit mit Regierungs- und Lokalbehörden ziehen können, wofür im Gegenzug politische Spenden gegeben werden, "die Muttermilch der Politik", wie van Wolferen sie nennt (S. 201).

Auf der höchsten Stufe finden regelmäßige Beratungen zwischen dem jeweiligen Premierminister und den wirtschaftlichen Spitzenfunktionären
statt. Dazu kommen verschiedene öffentliche oder private Beratungsgremien auf Regierungs- oder Ministeriumsebene, z.B. das Gremium für industrielle Struktur, für industrielle Planung, für Verwaltungsreform und
für sonstige Probleme wie Erziehung, Steuerwesen, Umweltpolitik usw.
Das Gremium für Verwaltungsreform spielte in den 80er Jahren eine
entscheidende Rolle dadurch, daß es die Regierung die Privatisierung der
Staatsbahn sowie die Verschlechterung der Sozialversicherungseinrichtungen durchsetzen ließ. Im Augenblick gibt es Anweisungen zur Reform des
Wahlsystems.

Die Politiker befassen sich normalerweise mit einem speziellen Bereich, wie z.B. Transport, Bauwesen, Finanzen, Verteidigung. Sie gehören Unterabteilungen der LDP und parlamentarischen Komitees an. Sie sind beim Entwurf und bei der Vorausberatung der Anträge sowie der Etats der entsprechenden Geschäftsbereiche zu Diensten, und bekommen "politische Spenden" als Entgelt dafür. Je mehr solcher Gelder ein Politiker sammeln kann, desto mehr Stimmen kann er bei der Wahl kaufen, desto mehr Anhänger kann er innerhalb der Partei sammeln, und desto einflußreicher wird er. Bei der Wahl des Parteiführers braucht er die höchstmögliche Summe, um die Mehrheit zu erlangen. Dieser Reproduktionsmechanismus der stabilen Herrschaft einer einzigen Partei kann ohne ungeheure Geldquellen nicht funktionieren, weshalb jeder LDP-Politiker nichts anderes sein kann als ein demütiger Diener bestimmter wirtschaftlicher Interessen.

Die Gesetzgebung zur Regulierung politischer Fonds von 1948, mitten im ersten Premierministerskandal der Nachkriegszeit, zeigt die lange Tradition dieser Skandale, und seither gibt es keine Anzeichen, daß sich die Situation gebessert hätte, obwohl das Beratungsgremium für das Wahlsy-

stem dreimal auf die Unerläßlichkeit des Verbots politischer Spenden durch Firmen sowie andere Körperschaften hingewiesen hat und 1975 das Gesetz schließlich "verbessert" wurde. Ein Urteil des obersten Gerichtshofs legitimierte 1970 diese Praxis politischer Spenden von Seiten juristischer Personen mit der merkwürdigen Begründung, juristische Personen hätten die gleiche Freiheit politischer Tätigkeit wie natürliche Personen, obwohl der große Bruder USA diese Freiheit nicht gewährt.

Wie steht es nun mit den Beziehungen zwischen Bürokratie und Geschäftswelt? Die Ministerien lassen über Ministerialerlasse und -verordnungen oder Bewilligungs- und Genehmigungskompetenzen den Großfirmen verschiedene Vorteile zukommen, mäßigen gesetzliche Schranken, gewähren z.B. Steuerermäßigungen zur Pflege bestimmter Industriezweige, Hilfsgelder und Sonderregelungen zum Antimonopolrecht.

Den Bürokraten werden diese Dienste vergütet mit der Übernahme in hohe Positionen der Wirtschaft nach ihrer Pensionierung. Dies ist auch für die Großfirmen von Nutzen, weil diese Bürokraten das Netz informeller Beziehungen innerhalb jedes Ministeriums am besten zu nutzen wissen. Nach einer Untersuchung der Gewerkschaft des Bauministeriums wurden 1993 128 Bürokraten durch 28 Großbaufirmen nach ihrer Pensionierung übernommen. Vom Finanzministerium und der Japanischen Bank sind 1991 170 Pensionäre in 141 Effektenfirmen und Banken übernommen worden. Umgekehrt senden die Banken und Großfirmen ihre Angestellten in die entsprechenden Ministerien. Auch im Parlament haben ehemalige Bürokraten großen Einfluß.

Da Japan "die vollständigste Garnitur demokratischer Verzierungen" (Wolferen, S. 54) besitzt, ist die Staatsanwaltschaft befugt, Untersuchungen zu politischen Delikten anzustellen. Trotzdem sind ihre Möglichkeiten begrenzt, seit 1954 die Verhaftung eines LDP-Generalsekretärs durch die Ausübung des Befehlsrechts des Justizministers untersagt wurde. Sie muß dessen Zustimmung einholen, bevor sie gegen einflußreiche Beamte, Minister, Abgeordnete oder lokale Regierungschefs vorgeht. Obwohl mindestens 13 von insgesamt 19 Premierministern der Nachkriegszeit in den Verdacht der passiven Bestechung geraten sind, wurde nur gegen zwei von ihnen Anklage erhoben. Die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft richtet sich meistens nicht gegen die Delikte der Hauptströmung innerhalb der Hegemonialpartei, sondern gegen Delikte der Nebenfraktionen oder der Oppositionsparteien. So funktioniert sie letzten Endes als Verteidiger des bestehenden Systems. Gegenüber der parlamentarischen Untersuchung spielt sie eher eine verdeckende als eine aufklärende Rolle.

Die Verteidigungsarmee, obwohl 1950 auf Anweisung der US-Besatzung verfassungswidrig gegründet, wurde seither jährlich vergrößert und bestens ausgerüstet. Sie wurde bisher noch nicht als Zwangsmittel des Staatsapparates eingesetzt. Als Reserve für die Polizei spielt sie jedoch eine potentiell entscheidende Rolle, um revolutionäre Umwälzungen zu unterdrücken.

Die Polizei funktioniert als Wahrer der öffentlichen Ruhe und Ordnung zwar erfolgreicher als in anderen Ländern, aber es ist kaum bekannt, daß sie, wie auch die Armee, einen während der Besatzungszeit aufgestellten Geheimdienst hat.

Dieser übt seither zusammen mit den Großfirmen eine Art Gedankenkontrolle über linke Arbeiter aus, um sie aus den Firmen hinauszusäubern. Mit den Gangsterorganisationen ist sie verwachsen und bei Bestechungsaffären der herrschenden Partei bei den Wahlen sowie bei Verbrechen der Großfirmen reagiert sie außerordentlich kulant. Aus der Polizeibürokratie stammende Politiker spielen eine maßgebende Rolle im Parlament.

II. Die Kräfte im Umkreis der Macht und Herrschaft

Die japanische Arbeiterbewegung hat eine sehr unglückliche Geschichte. Vor dem II. Weltkrieg war sie illegal. In der Nachkriegszeit stand sie unter dem starken Einfluß der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) und ihrer Fraktionen. 1949 erreichte der Prozentsatz der Gewerkschaftler innerhalb der Gesamtarbeiterschaft 55,8 %. Infolge der Kommunistenverfolgungen durch die damalige amerikanische Besatzungsmacht, die Regierung, die Unternehmer und die antikommunistischen Gewerkschaftsfraktionen fiel er dann schnell unter 35 %. Seit Anfang der 60er Jahre wuchsen die von den Unternehmerdachverbänden bewußt geförderten Alternativgewerkschaften, die die Neuorganisierung vom Standpunkt des Ausgleichs von Kapital und Arbeit gegen die relativ kämpferische sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung organisierten. Die ersteren unterstützten die Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP) und in einigen Großfirmen, wie Toyota, empfahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sogar einmütig ihre eigenen Gewerkschaftsvorsitzenden zu DSP-Kandidaten, um sie ins Parlament zu wählen. Die letztere verlor allmählich die Hegemonie im Privatsektor und entwickelte sich unter dem Einfluß der Sozialistischen Partei Japans (SPD) nach rechts.

In der Krise 1974-1975 wurde die schwierige wirtschaftliche Lage der Betriebe und die Loyalität zum Betrieb beschworen und damit den Arbeitern die erworbenen Rechte geraubt. Die zahmen Firmengewerkschaften leisteten keinen Widerstand, sondern förderten diese Tendenz und verfolgten oppositionelle Arbeiter und linke Gewerkschaftler zusammen mit den Unternehmern. Der oben erwähnte Prozentsatz sank danach noch unter 25 %. Die Robotisierung wurde beschleunigt und "Karoshi" (plötzlicher Tod aufgrund von Überarbeitung) wurde ein ernstes soziales Problem.

1987 wurde der japanische Gewerkschaftsbund des Privatsektors (Rengo) mit rund 5,5 Millionen Mitgliedern gegründet und darin mündete 1989 auch der des Behördensektors (also insgesamt etwa 7,5 Millionen), während die linke Gewerkschaft (Zenroren) rund 0,8 Millionen Arbeiter repräsentierte.

Die Bauern in Japan, die erst nach dem II. Weltkrieg aus dem semifeudalen Pachtsystem befreit wurden, standen danach weiterhin unter dem starken Einfluß konservativer politischer Kräfte. Zwar entwickelte sich die Landwirtschaft durch Zusammenlegung der Grundstücke, Technisierung, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und mit Hilfe staatlicher und lokaler Finanzierungen bis Anfang der 70er Jahre sehr stark, zugleich aber verursachten wachsende Schulden und die Liberalisierung der Agrarimporte ein oroßes Bauernlegen. Drei Schichten bildeten sich unter der Bauernschaft heraus: die relativ reichen Bauern, die mit der Erweiterung der Ackerländer sowie des Viehbestandes Erfolg hatten; die mittleren, die die kleinen komplexen Betriebe wie bisher erhalten wollen; ehemalige Bauern, die ihr Ackerland nicht mehr als Produktionsmittel, sondern einfach als Immobilienvermögen besitzen und als Lohnarbeiter oder in der lokalen Verwaltung arbeiten. Der Prozentsatz der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung verminderte sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Werktätigen absolut wie relativ: von 16 Millionen (44,6 %) 1950 auf 4 Millionen (6,2 %) 1990.

Das zeigt, daß die Agrarpolitik nichts weiter ist als eine Politik der Bedarfserzeugung für Bau-, Maschinen-, und Chemieindustrie. Für kleine Aufmerksamkeiten wie eine Exkursion zum Parlament bleiben die Bauern trotz allem weiterhin treue Anhänger der LDP.

Verbände und lokale Organisationen der Landwirtschaftskooperativen funktionieren als Hilfsorgane der Agrarbürokratie und der ländlichen Wahlkampfmaschinerie einerseits, und als ein Wirtschaftssystem von Groß- und Kleinhandel, Kreditinstitution, Lebens- und Eigentumsversicherungen, andererseits. Aber seit den 70er Jahren ändert sich die Situation. Die Kooperativen spielen in immer geringerem Maße die Rolle des Verkäufers der Produktionsmittel, des Aufkäufers der Produkte sowie des Geldgebers, weil die obere und die untere Bauernschicht ihre Dienste nicht mehr in Anspruch nehmen. Sie haben nun direkte Kontakte mit Großhandelsfirmen. Stattdessen wurden die Baufirmen für den ländlichen Wahlkampf wichtig, zudem sie Arbeitgeber der Bauern sind. Dies verdeutlicht die allgemeinen strukturellen Hintergründe des Kanemaru-Skandals. Dörfer werden wichtiger für das Baugeschäft als für die Landwirtschaft. Nur die mittleren Bauernschichten wollen nach wie vor am eigenen Kleinbetrieb festhalten und fangen seit kurzem an, gegen die Agrarpolitik zu kämpfen, teilweise vereint mit den örtlichen Kooperativen.

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, als es inmitten des Lockheed-Skandals der LDP eine seltene Chance gab, eine Mehrheit der Opposition im Parlament zu erreichen, gaben SPJ, DSP und Komeito es im wesentlichen auf, Opposition der LDP-Herrschaft zu sein. Seither hat Kanemaru, der damalige Vorsitzende des Parteikomitees der LDP für Parlamentsverhandlungen, mit den gesammelten politischen Geldern in großzügiger Weise auch die Oppositionsparteien bedacht, damit es mit den Vorlagen-

erörterungen klappe. Sein bester "Partner" dabei war Makoto Tanabe, der damalige Vorsitzende desselben Komitees der SPJ, der stets den prinzipienlosen Kompromiß mit der LDP suchte, obwohl er nach außen hin im Parlament immer als entschlossener Gegner der Regierungspartei auftrat. Die politischen Gelder sind besonders wirksam beider SPJ und der SDP, und für die Komeito ist die Erpressung mit Sokagakkai- (buddhistische Sekte und Hauptförderer der Komeito-Partei) Skandalen oft noch effektiver.

Die SPJ spielte bis Mitte der 70er Jahre eine fortschrittliche Rolle als "kämpferische Sozialdemokratie". Jetzt ist es aber offenbar geworden, daß sie als Resultat der Kanemaru-Tanabe-Koalition seither immer weiter nach rechts abgedriftet ist. Das Übereinkommen zwischen SPJ und Komeito 1980 war ein entscheidender Schritt hin zur Koalition mit der LDP und der DSP.

So ist es offensichtlich, daß die Plutokratie der eigentliche Kern der Macht und Herrschaft ist und daß die Oppositionsparteien mit Ausnahme der KPJ schon lange nichts anderes sind als Cliquen der LDP. Wie sehr sie auch nach außen Konfrontation mit der LDP demonstrieren: Am liebsten würden sie die LDP spalten und gemeinsam mit einem Teil von ihr eine "neue Partei" gründen. Alle tanzen sie auf der Hand des Kapitalfetischs.

Überall in den Gebäuden der zentralen und lokalen Verwaltungsbehörden. der Polizeiämter, der Interessensgruppen der Großfirmen und ihrer Dachverbände gibt es die Zimmer der "Reporterklubs". Sie sind Stützpunkte für Informationssammlung und zugleich Ankündigungsorte seitens dieser Organisationen. Die Zulassung ist meistens beschränkt, besonders gegenüber Journalisten von Lokalzeitungen, ausländischen sowie unabhängigen Journalisten. Diese Einrichtungen funktionieren als Informationskartell einerseits, und als Manipulations- und Kontrollorgan andererseits. So sind mehr als 80 % der Neuigkeiten einer Nachrichtenagentur sog. "offiziell veröffentlichte" Nachrichten. Kritische Analysen kommen kaum ans Licht. Noch bedenklicher ist das Verwachsen des Journalismus mit dem PBG-Komplex. Je tiefer ein gewandter politischer Berichterstatter ins "Objekt" eintaucht, desto intimer wird er meistens mit dem "Objekt" als dessen Vertrauter. Danach ist er ein "Insider" und schreibt keinen enthüllenden Bericht mehr trotz all seiner Kenntnisse. Nicht wenige Politiker haben eine derartige Karriere hinter sich.

Das japanische Erziehungswesen ist eines der wichtigsten Komponenten zur Reproduktion der Herrschaft des PBG-Komplexes, weil sein Hauptziel nicht darin liegt, souveräne Bürger auszubilden, sondern fügsame Schafe. Spontan zu denken und zu handeln, ist in Japan verpönt. Vor allem werden die Gesellschaftswissenschaften, besonders die marxistischen, und auch die für die Herrschaft ungünstigen Tatsachen vorsichtig, aber fast vollständig aus den Schultexten ausgeblendet. Dies geschieht über das sog. Genehmigungsverfahren, de fakto eine Zensur von Seiten des Kulturministeriums.

Die japanische Mafia hat in der japanischen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt.

Jeder Parteiführer der LDP, also jeder Premierminister, konnte nur durch Unterstützung der Gangster sowie der Rechtsradikalen an die Macht kommen oder sich dort behaupten. Diese Beziehung entwickelte sich in der revolutionären Situation der Nachkriegszeit, um das revolutionäre Potential zu beseitigen. Eine der ursprünglichen Geldquellen der Rechten war der Marinegeheimdienst. Mit diesen Geldern halfen sie bei der Gründung einer konservativen Partei und machten ihre Geschäfte. Wie z.B. beim Widerstand gegen den Sicherheitsvertrag 1960 verließ sich jede Regierung auf die Gangster als eine ergänzende Kraft der Polizei. Firmen, die etwas zu verbergen haben, benutzen sie, um ihre Aktionärsversammlungen reibungslos durchzuführen.

Das Bewußtsein der Massen ist leider noch nicht genügend entwickelt, um das Wesen des PBG-Komplexes zu durchschauen. Viele Leute finden nichts Schlimmes dabei, ihre Stimme gegen Geld zu verkaufen.

Wolferen charakterisiert die japanischen Intellektuellen als "Chamäleons", die besonders leicht die politische Färbung ihrer Umwelt annehmen und kaum auf Folgerichtigkeit bestehen (S. 353, 364). Diese Charakterisierung trifft besonders zu auf die Beziehung der Intellektuellen zu Macht und Herrschaft.

Bürgerinitiativen, die aus der Empörung über einen Skandal hervorgegangen sind, lassen sich oft entmutigen und neutralisieren, bevor eine effektive Organisation aufgebaut werden kann, die das angestrebte Ziel systematisch, geduldig und unter Hinzuziehung juristischer Mittel verwirklichen könnte.

Die Kritik der Plutokratie auf einer Gefühlsbasis führt so oft zu Gleichgültigkeit gegenüber der Politik, zur Flucht in den Autismus.

III. Die Abhängigkeit Japans von den USA verträgt sich mit seinen imperialistischen Zielen

Die Großfirmengruppen legen in Japan besondere Demut an den Tag, wenn es um die USA geht, weil sie in der Nachkriegszeit einmal durch Besatzungspolitik aufgelöst und danach dank deren Schwenk wegen der chinesischen Revolution von 1949 wiederbelebt wurden.

Nach dem Friedensschluß von 1951 blieb nicht nur die amerikanische Militärmacht aufgrund des Japan-USA-Sicherheitspaktes und -Verwaltungsvertrages erhalten, sondern auch die verschiedenen einseitigen Pflichten zur wirtschaftlichen "Kooperation".

Nach der Niederlage der USA in Vietnam forderten die Amerikaner verstärkt, ihre militärische Weltstrategie teilweise zu übernehmen. 1978 ebneten die "Richtlinien für die Verteidigungskooperation zwischen Japan

und den USA", de fakto eine Erweiterung des Sicherheitsvertrags, den Weg für umfassende gemeinsame Operationen im Kriegsfall und für Einschränkungen der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit. 1981 verabredeten der japanische Premierminister und der US-Präsident die Übernahme der Verteidigung von 1 000 Seemeilen Schiffahrtslinien durch die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte. Nach dem Ende des kalten Krieges ist ein Weltpolizeisystem unter der Führung der USA im Aufbau und als japanischer Beitrag dazu werden in großer Eile Expeditionen der Verteidigungsarmee ins Ausland unter dem Deckmantel eines "Beitrages für die UNO" vorbereitet.

Diese Bereitschaft, amerikanischen Forderungen nachzukommen, darf jedoch nicht als Altruismus von Seiten des PBG-Komplexes interpretiert werden. Z.B. waren die Reparationszahlungen für asiatische Länder in Form von Maschinen, Stahl, Schiffen usw. in der Nachkriegszeit Verwertungs- sowie Kapitalexportchancen für die japanischen Großunternehmen. OECF (Overseas Economic Cooperation Fund) und ODA (Official Development Assistance) haben ähnliche Funktionen.

Seit den 80er Jahren beschleunigte sich infolge der Aufwertung des Yen-Kurses der japanische Kapitalexport außerordentlich. Je schneller die Multinationalisierung der japanischen Großfirmen voranschritt, je lauter wurde deren Forderung, die eigenen Interessen im Ausland militärisch abzusichern. 1990 forderte ein gemeinsames Kommuniqué der vier Unternehmerdachverbände in aller Offenheit, die Beschränkungen der Verfassung und des Gesetzes zur Verteidigungsarmee aufzuheben, da dadurch der Privatwirtschaft in ihren Möglichkeiten im Nahen Osten übermäßige Beschränkungen auferlegt würden.

Die Zeitungen tun ihren Teil, um die Entsendung japanischer Soldaten ins Ausland als unvermeidlich darzustellen, und neue Umfragen zeigen, daß bereits eine Mehrheit die gegenwärtige Verfassung als nicht mehr zeitgemäß betrachtet.

Dies ist ein großer Erfolg der langfristigen Meinungsmache durch die Massenmedien sowie der Erziehungskontrolle, und er wurde durch die Änderung des SPJ-Programms noch beschleunigt. So könnten die "Richtlinien" ein großer Schritt sein in Richtung auf den Abbau des in der Verfassung niedergelegten Verzichts auf militärische Gewalt.

IV. Die Kräfte, die Veränderungen bewirken können und ihre Perspektiven

Mitten in die Arbeit zu diesem Aufsatz kam die Nachricht von der unerwarteten Auflösung des Parlaments. Diese Auflösung ist zwar ein Resultat der sich vertiefenden politischen Krise im Zuge des Kanemaru-Skandals, sie ist letzten Endes aber nur ein weiteres Zeichen für die inneren Verwicklungen und Hegemoniekämpfe der LDP. Die Annahme eines Mißtrauensantrags gegen das Kabinett sowie die Spaltung der Partei sind nichts Neues. Sie sind lediglich leicht dramatischere Varianten der Krisenverwaltung, als es die bisherigen waren. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, daß einige neue Parteien bei der Wahl viele Stimmen sammeln können und zusammen mit den ehemaligen Oppositionsparteien ein Koalitionskabinett bilden.³ Das würde aber keine echte Krise für die Großfirmensouveränität bedeuten. Es könnte im Gegenteil für sie sogar eine Chance sein, die Energie der empörten Massen der eigenen Politik nutzbar zu machen.

Es stellt sich die Frage, ob die Möglichkeit besteht, daß diese Energie den über 40 Jahre lang andauernden Reproduktionsmechanismus der Macht und Herrschaft beseitigt.

Die Angst vor dem Kommunismus, historisch gewachsen und von der Regierungspropaganda stets neu entfacht, das negative Image von Sozialismus und Marxismus, das sich im Zuge des Zusammenbruchs des realexistierenden Sozialismus herausgebildet hat, sind große Hindernisse. Aufgrund ihrer politischen Unabhängigkeit vom realexistierenden Sozialismus und ihrer äußersten Korrektheit, was Hilfsgelder von Firmen und Auslandsparteien wie z.B. der ehemaligen KPdSU betrifft, hat die KPJ weiterhin Erfolgschancen bei Wahlen und in verschiedenen Sozialbewegungen. Deshalb kann der Marxismus eine wichtige Rolle spielen als intellektueller Hintergrund für die einzige echte Opposition.

Die Nationale Einheitsfront für Frieden, Demokratie und Fortschritt (Kakushinkon), die 1981 als "Übereinkunft zwischen SPJ und Komeito" unter Befürwortung der KPJ gegründet wurde, vereinigt in sich Intellektuelle aus verschiedenen Richtungen und Politiker von SPJ, KPJ, Gewerkschaften und demokratischen Körperschaften. Ihre Mitgliederzahl belief sich 1991 auf etwa 2,5 Millionen. Eine ihrer Kernorganisationen ist der Allgemeine Gewerkschaftsverband (Zenroren), dessen Name auf den Verband zurückgeht, der während der Kommunistenverfolgung zur US-Besatzungszeit aufgelöst worden ist. Zenroren zielt ab auf die klassenbewußte und kämpferische Arbeiterbewegung und engagiert sich z.B. im oben erwähnten "Karoshi"-Problem, um mit Hilfe der demokratischen Ärzte- und Rechtsanwaltsverbände die Interessen der Hinterbliebenen gegenüber den Firmen zu vertreten. Obwohl er noch weniger als zwei % der gesamten arbeitenden Bevölkerung vertritt, erweitert sich sein Einfluß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung allmählich.

Viele junge Bauern haben ihre Entschlossenheit bekundet, die LDP nicht mehr zu wählen. Mit dem Aufbau von Konsumgenossenschaften versuchen sie, ihre Produkte direkt an den Verbraucher zu bringen.

Der Niedergang des Journalismus wird in letzter Zeit von ihm selbst kritisiert. "Für die Wiederbelebung eines Journalismus, vor dem sich die Staatsmacht fürchtet", ist die Devise. Seit den 70er Jahren gibt der

Der Beitrag wurde der Z-Redaktion am 13.7.93 per Fax übermittelt, d.h. kurz vor der Parlamentswahl.

Gewerkschaftsverband der Rundfunk- und Fernsehbeschäftigten eine zweimonatlich Zeitschrift, "Rundfunkreport", heraus, die durch scharfe selbstkritische Analysen der Massenmedien ziemlich an Einfluß gewonnen hat. So veröffentlichte sie eine Liste mit den Namen von 214 Journalisten, die in 109 von 212 Beratungsgremien der Regierung vertreten sind.

Die SPJ hat ihre "Erklärung 1989" eingefroren, weil mehrere ihrer Landesverbände darin eine Pervertierung des Parteiprogramms sehen: Billigung des Sicherheitsvertrages sowie der Verteidigungsarmee, Anbahnung einer Koalition mit der LDP oder mit einigen von deren Fraktionen, Aufgabe des Sozialismus usw.

Die Ergebnisse der Wahl zum Stadtparlament von Tokio waren symptomatisch für die politische Perspektive. Nur 50 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. In den Stimmengewinnen der neuen Parteien und den Stimmenverlusten der SPJ spiegelt sich das Dilemma der Massen wider, nämlich einerseits eine tiefe Enttäuschung über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse, andererseits die Unfähigkeit, eine echte Alternative zu finden.

Internationale Solidarität durch Austausch von Erfahrungen, wie z.B. den Erfahrungen der Wahlen in Italien sowie durch Gedankenaustausch zum Zweck des Neuaufbaus der internationalen linken Bewegung, ist nötig für neue Perspektiven in Japan.

Werner Seppmann

Ausgrenzung und Anpassung

Über die Formen psycho-sozialer Krisenregulation

Wirtschaftliche und soziale Katastrophenmeldungen haben Hoch-konjunktur. Wie am Vorabend der faschistischen Machtergreifung haben in Deutschland fast 6 Millionen Menschen keine reguläre Arbeit und wenn nicht alle Zeichen trügen, sind die aktuellen Krisensymptome nur die Vorboten einer längerfristigen Periode tiefgreifender ökonomischer und sozialer Umbrüche innerhalb des kapitalistischen Weltsystems.

Doch trotz Krise, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit findet sich die iibergroße Mehrzahl der Betroffenen mit dieser Situation offensichtlich ab und unterwirft sich in ihren alltäglichen Orientierungen und Handlungen freiwillig den herrschenden Anforderungen. Obwohl das Bild von der "Wohlstandgesellschaft" ins Wanken geraten ist und der "sozialstaatliche Kompromiß" von Seiten der Herrschenden aufgekündigt wurde, können legitimatorische Brüche (zumindestens vorläufig) nicht festgestellt werden. sind bestenfalls Keime des Widerspruchs und des Aufbegehrens zu erkennen. Nach den gängigen Erklärungen des Integrationsprozesses muß diese Entwicklung überraschen. Denn wenn gemäß der vulgär-soziologischen Interpretation im "Gleichgewicht zwischen normalisierter Beschäftigtenund aufgewerteter Konsumentenrolle ... [die] Legitimationsbedingungen der Massendemokratie" bestünden¹, könnte der Kapitalismus angesichts der aktuellen Entwicklungen seiner Massenbasis kaum mehr sicher sein. Doch das Gegenteil ist der Fall: Massenarbeitsosigkeit und Wohnungsnot. Lohnstagnation und schmerzhafte sozio-strukturelle Umbrüche werden von der übergroßen Mehrheit ohne nennenswerten Widerstand hingenommen.

Gegenüber dem vordergründigen Verständnis der ökonomischen Krisen als politische Bewährungsprobe für den Kapitalismus ist auf die differenzierte Auffassung bei Marx zu verweisen. Von der Beantwortung einer Reihe von Fragen ist es nach seiner Theorie des kapitalistischen Reproduktionsprozesses abhängig, welchen politischen Stellenwert eine Krise besitzt. Handelt es sich um temporäre Schwankungen oder um fundamentale historische Anpassungsschwierigkeiten, präsentiert sich also die Krise in der Form einer periodischen Überproduktionsphase oder sind Widerspruchstendenzen innerhalb der sozio-ökonomischen Grundlagen aufgebrochen? Auf keinen Fall setzt aber die Krise einen Veränderungsautomatismus in Gang, sondern ruft verschiedene Gegentendenzen hervor. Nur

J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt/M. 1981, Bd. II, S. 514.

in historischen Ausnahmesituationen sind Krisen der Beginn fortschrittlicher Umgestaltungsprozesse.²

Weil die Krise die Menschen verunsichert und die Organisationen der Arbeiterbewegung geschwächt werden, können bei ihrem "normalen" Verlauf aufgestaute Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals beseitigt und eine den veränderten Akkumulations- und Produktionsbedingungen angepaßte Regulationsform institutionalisiert werden.³ Realisierbar ist eine solche stabilisierende Wirkung der Krise aber nur bei abgesicherten Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die weltanschauliche und politische Hegemonie der herrschenden Klasse ist die Grundbedingung für eine Krisenregulation ohne nachhaltige Erschütterungen. Entstehendes Unbehagen kann solange kanalisiert werden, wie keine alternativen Politikkonzepte massenwirksam geworden sind: Spontanem Protest fehlt ohne einen solchen Orientierungshorizont die Artikulationsrichtung. Ungleichheit und Randständigkeit lassen sich unter diesen Bedingungen mit geringen politischen Reibungsverlusten neu strukturieren.

Verunsicherung und Disziplinierung

Durch ihre existenzielle Verunsicherung werden die Subjekte des Produktionsprozesses gefügig gemacht und über soziale Ausschlußmechanismen die "überzähligen" Individuen ins soziale Abseits gedrängt: Stigmatisierung und Marginalisierung sind die psycho-sozialen Reproduktionsformen in zugespitzten Krisensituationen, die einen sozialstaatlichen Interessenausgleich für alle ohne Gefährdung des herrschenden Akkumulationsmodells nicht mehr ermöglichen. Eine nach den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation zu niedrige Profitrate oder eine angesichts der internationalen Konkurrenz zu geringe Arbeitsproduktivität zwingen den nationalen Hegemonialblock zum Handeln. Er muß "Ballast abwerfen", wenn er die erreichte Weltmarktposition nicht gefährden will.

Durch die "moralische Degradation" (Marx)⁴ der arbeitenden Menschen, die Destruktion ihrer sozialen Identität und die Beschädigung ihrer kommunikativen Strukturen wird die Voraussetzung für eine langfristige Veränderung der ökonomischen Akkumulationsstrategie und der politischen Regulationsform geschaffen. Die krisenerzeugte Existenzangst zersetzt die Widerstandsbereitschaft und politische Handlungsfähigkeit der Individuen. Die dadurch möglich gewordene Umverteilung des Sozialprodukts zugunsten des Kapitals (bzw. bestimmter Kapitalfraktionen) ist eine Seite dieses Prozesses. Die andere und langfristigere ist die Umformung der sozialen und ideologischen Verhältnisse und eine Veränderung der psychischen

4 K. Marx. Das Kapital I, MEW Bd. 23, S. 675.

Dispositionen: Den durch die Krise verunsicherten Individuen können ungünstigere Arbeitsbedingungen und stagnierende Einkommen zugemutet werden. Es ändern sich die Einstellungen zur Arbeit und die Ansprüche an die Lebensverhältnisse. Die mühsam erkämpfte "sozialpartnerschaftliche" Gestaltung des Lohnarbeitsverhältnisses und das Niveau der sozialen Sicherung lassen sich revidieren.

Es wiederholen sich auf einer höheren Entwicklungsstufe und in anderen Formen kollektive Disziplinierungsprozesse, die in allen Phasen des Kapitalismus stattgefunden haben. Um die Menschen den jeweiligen Erfordernissen des Akkumulationsprozesses anzupassen, werden sie - früher mit direkter, heute mit strukturell vermittelter psychischer und ideologischer Gewalt - solange bearbeitet, bis sie die Leistungs- und Verhaltensstandards der jeweils höchstentwickelten Produktionsform verinnerlicht haben. Jenen, denen diese Anpassung nicht gelingen will, sind die Plätze im gesellschaftlichen Abseits reserviert.

Dieser gesellschaftliche Reproduktionsmechanismus könnte in Krisenzeiten nicht so reibungslos funktionieren, die "Selbststabilisierung" des kapitalistischen Systems nicht so unproblematisch verlaufen, wenn nicht schon wirkungsvolle soziale Anpassungs- und psychische Integrationsmechanismen vorhanden wären. Soziale Disziplinierung in der Krise ist die Fortsetzung des "gewöhnlichen" Indentifikations- und Integrationsprozesses mit anderen Mitteln.

Zu den prägnantesten Wirkungsfaktoren im Prozeß der ideologischen Selbsreproduktion des entwickelten Kapitalismus gehören die verinnerlichten Wertmuster, zu denen unter anderem das Leistungsbewußtsein zählt. Abgestützt wird dessen Herrschaftsfunktion durch die auf einer anderen Ebene angesiedelte identitätsprägende Funktion der Arbeit, Auch wenn von den Zeitgeist-Distributoren die "moralische Veräußerlichung und subjektive Belanglosigkeit der Arbeitssphäre" festgestellt⁵ oder die Behauptung in die Welt gesetzt wird, daß sich allmählich "die persönliche Identität aus der Berufsrolle herauszulösen" beginnt⁶ - mit der Realität entwickelter Industriegesellschaften und der Struktur ihres sozialen Reproduktionsprozesses haben solche Aussagen wenig zu tun. Zwar ist eine Veränderung der subjektiven Reflexionsformen der Arbeit zu beobachten, aber allen "postindustriellen" Konstruktionen zum Trotz reproduziert sich die moderne Gesellschaft in ihrer Gesamtheit durch menschliche Arbeit und auch die subjektiven Identitätsformen entwickeln sich durch die Orientierung auf Tätigkeit und Leistung.

Welche zentrale Bedeutung Arbeit für die psycho-soziale Stabilität der Menschen besitzt, zeigt sich schon bei einer nur oberflächlichen Kenntnis-

Vgl.:St. Aranowitz, The Chrisis in Historical Materialism, New York 1981 und W. Seppmann, Krise, Politik und Veränderung, in: Marxistische Blätter, H. 4/1993.

Vgl.:J. Hirsch/R. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986, S. 31ff.

K. Offe, "Arbeitsgesellschaft". Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/ New York 1984, S. 29.

U. Beck, Perspektiven einer kulturellen Evolution der Arbeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1984, S. 57.

nahme der persönlichkeitsgefährdenden Folgen der Arbeitslosigkeit. Psychische Destabilisierungen sind ebenso zu beobachten wie gesteigerte Existenzängste und eine quälende Perspektivlosigkeit. Zu individuellen Katasthrophen können sich "die moralischen Erschütterungen [entwickeln], die durch den Verlust des Glaubens der Arbeitslosen an ihre eigene Kraft und Selbstachtung, durch den Abbruch der sozialen Kontakte usw. drohen. Hierbei ist der Einfluß solcher Erschütterungen auf die Persönlichkeit um so stärker, je länger die Periode der Arbeitslosigkeit dauert."

Bleibt die Arbeiterklasse schutzlos den Zwängen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses mit seinen negativen Konsequenzen Krise und Arbeitslosigkeit ausgeliefert, zerfasert, wie Marx unterstrichen hat, das
"Selbstgefühl der Arbeiter" und führt zu gesteigerter Anpassungbereitschaft. Verstärkt wird der Prozeß der psycho-sozialen Regression in der
Phase des globalen Kapitalismus zusätzlich, weil die Individuen die für sie
nach wie vor gültigen sozialen Anspruchsnormen (in deren Zentrum das
Leistungsbewußtsein steht) oft nicht mehr realisieren können. Es entwickeln sich Schuldgefühle, die einerseits defensive Unterlegenheitsvorstellungen hervorrufen, aber andererseits zu aggressiven Kompensationsneigungen führen können. Besonders an den Reaktionsformen Angst, Unsicherheit und Scham wird deutlich, wie fundamental das aufgezwungene
Defizit "den ganzen Menschen und nicht nur ein lokalisiertes Interesse"
erfaßt.

Die durch die Kapitalkonkurrenz bewirkte Reduzierung der lebendigen Arbeit äußert sich für die Subjekte des Produktionsprozesses durch den Umschlag der sozialen und ökonomischen Widersprüche in eine psychischnormative und ideologische Krise. Sie ist aber nichts anderes als der alltagspraktische Ausdruck des entwickelten Widerspruchs zwischen der dynamischen Produktivkraftentwicklung und den bornierten Produktionsverhältnissen!

Gegenüber dem "mittelmäßigen Epigonentum" (Marx), das alle Jahre wieder einen fundamentalen "Wertewandel" konstatiert, muß die Langfristigkeit der Vermittlungsprozesse der herrschenden Verhaltensstandards und internalisierten Orientierungsmuster hervorgehoben werden. Ohne auf den durch die Industrialisierung in Gang gesetzten Disziplinierungs- und Selbstdiszipilinierungsprozeß näher eingegangen zu sein, hat Norbert Elias in seinen Studien "Über den Prozeß der Zivilisation" die Grundzüge eines allgemeinen Modells der psychischen Formierung entwickelt. Ordnungssinn und Leistungsbereitschaft, Zeitorientierung und Ausdauer gehören zu solchen tief in der mentalen Struktur verankerten Dispositionen, die gegen

kurzfristige Veränderungen weitgehend resistent sind. Was sich immer wieder verändert sind die Formen, in denen die Menschen ihre eigenen Orientierungs- und Verhaltensstandards reflektieren. Aus der Rationalisierung von Differenzen zwischen der psycho-kulturell verankerten Motivationstruktur und den aktuellen sozialen Anforderungen entwickeln sich jene veränderten "Einstellungen", die vom positivistischen Bewußtsein fälschlicherweise als "Wertewandel" interpretiert werden.

Wenn Selbstbestätigung scheinbar nicht mehr in der Erwerbsarbeit und der demonstrativen Leistung gesucht wird, dann nicht nur deshalb, weil sie in vielen Fällen dort nicht mehr zu finden ist, weil das enge Netz der Vorgaben und Restriktionen eine emotionale Befriedigung kaum mehr erlaubt; aber auch, weil die Perspektive, sich beruflich entfalten zu können, überhaupt unsicher geworden ist, werden Kompensationsmöglichkeiten verstärkt in der Reproduktionssphäre gesucht.

Doch mit dieser Verlagerung verliert die Leistungsorientierung als das wirkunsmächstigste Motiv der verinnerlichten Normen nicht ihren prägnanten Stellenwert. Denn sie ist nicht nur das Produkt eines langfristigen sozio-kulturellen Prozesses, sondern wird durch den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß permanent erneuert. Durch die Universalität der Konkurrenz und der von ihr provozierten Haltungen und Motivationen wird das Leistungsprinzip immer wieder zur Geltung gebracht: Das Leistungsbewußtsein ist die subjektive Antwort auf die elementare Kraft der Konkurrenz; nur wer leistungsbereit und durchsetzungsfähig ist, kann "seine" Chance im sozialen Positionskampf wahren. Und da das Konkurrenzprinzip auf alle Lebensbereiche sich auswirkt, spielt es auch in der Sozialisation der nachrückenden Generationen eine maßgebliche Rolle. Worin sollte auch die vorherrschend affirmative "Vorbereitung auf das Leben" bestehen, wenn nicht in der (konkurrenzfähigen) individualistischen Ausprägung der Begabungen und "Leistungspotentiale"? Das vielfach beschriebene Konkurrenzverhalten in der Schule ist ein Indiz mit welcher Gründlichkeit und Intensität die Leistungsorientierungen im Erziehungsprozeß weitergegeben werden.1

Nur scheinbar sind unter den Bedingungen der "Wohlstandsgesellschaft" durch die Konsumorientierung die Koordinaten verschoben worden, ist das Leistungsbewußtsein durch einen "systemüberschreitenden" Hedonismus abgelöst worden. Zwar sind mit dem Siegeszug der fordistischen Massenproduktion die Konsumchancen für breite Bevölkerungsschichten beträchtlich erweitert worden, doch ist die gesteigerte Konsumtionsfähigkeit zunächst nur ein "Nebenprodukt" dieser kapitalistischen Entwicklungsphase. Die "Konsumenten" sind unter den Bedingungen der Massenproduktion ein unverzichtbares Element des ökonomischen Kreislaufs; um den reibungslosen Absatz der massenhaft hergestellten Produkte zu

A. A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1986, S. 209.

K. Marx, Das Kapital I, a.a.O., S.683.

G. Simmel, Zur Psychologie der Scham, in: Schriften zur Soziologie, Frankfurt/M. 1983, S. 143.

Vgl. G. Grauer, Die Entwicklung des Leistungsstrebens, in: G. Hartfiel (Hg.), Das Leistungsprinzip, Opladen 1977, S. 82ff.

gewährleisten, müssen sie verstärkt ins Kalkül gezogen und der Genuß als erstrebenswertes Ziel propagiert werden. "So gesehen bedeutet Fordismus die Übertragung der Logik des Taylorismus auf die Sphäre von Freizeit und Konsum."

Insgesamt werden die Menschen aber stärker an den herrschenden Reproduktionsprozeß gebunden, denn die Realisierung der Konsumchancen wird durch den Zwang zur Askese im kapitalistisch organisierten Arbeitsprozeß erkauft. Dem Genuß geht die Leistung und der Verzicht voraus. Das Subjekt "emanzipiert" sich nicht von der "Arbeitsorientierung", sondern wird durch diese "Dialektik von Genuß und Askese" (Leo Kofler) noch massiver an den Prozeß der ideologischen Selbstreproduktion gebunden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Konsum selbst wiederum zu einer sozialen Norm geworden ist und einen unmittelbaren Indikator der subjektiven Leistungsfähigkeit darstellt. Sie besitzt dadurch auch eine zusätzliche identitätsabstützende Wirkung. Mit der Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben oder einer Statusreduktion reduziert sich die Konsumtionsfähigkeit, was als Verletzung einer weiteren "Identitätsnorm" erlebt wird.

Verdinglichung und Anpassung - Opfer- und Täterrolle

In dem Maße, wie die Menschen den ideologischen Herrschaftsstrukturen verständnislos ausgesetzt sind, funktionieren sie als Opfer und "Täter" in einer Person. Zur Absicherung ihrer psycho-sozialen Stabilität beteiligen sie sich "freiwillig" an institutionalisierten Unterwerfungsprozeduren. Um ein Mindestmaß an psycho-sozialer Stabilität zu realisieren, "identifizieren" sie sich mit der unbegriffenen und als bedrohlich erlebten "Wirklichkeit". Sie verinnerlichen deren repressive Orientierungen und unterwerfen sich den herrschenden Anforderungen, weil sie nur über diesen Weg den quälenden Spannungsdruck abbauen können, den eine dominante aber unverstandene soziale Umwelt auslöst.

Diese psychische Umsetzung, die Verinnerlichung der sozialen Anspruchserfahrung ist dann unvermeidlich, wenn die durch reale Interessen dominierten Sozialbeziehungen in der Gestalt entpersonalisierter Sachzwänge erlebt werden: "Das Geheimnisvolle der Warenform [und der aus ihr resultierende Vergesellschaftungsprozeß - W.S.] besteht ... darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ih-

11 J. Hirsch,/ R. Roth, a.a.O., S. 60.

nen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen" erscheint. 14

Die Destruktion der fetischisierten Bewußtseinsformen, die verständige Rückführung der verdinglichten Erfahrung des gesellschaftlichen Machtgefüges auf ein Verhältnis zwischen Menschen, die Auflösung der "fetischisierten Dingformen in Prozesse, die sich unter Menschen abspielen und sich in konkreten Beziehungen zwischen ihnen objektivieren", ¹⁵ will unter den entfremdeten Existenzbedingungen nicht gelingen. Deshalb erlebt das Alltagsbewußtsein seine soziale Situation als unveränderbar, als "Schicksal", dem es sich zwangsläufig unterwerfen muß. Denn nur durch die Hinnahme und Akkommodation sind Entlastung versprechende psychische Verarbeitungsformen möglich. Die ideologische Täuschung über die strukturellen Bedingungen seiner sozialen Existenz zwingen das Individuum, zur Bewahrung seiner personalen Identität sich den spontanen psycho-sozialen Regulationsformen zu überantworten.

Dieser hier skizzierte Vorgang von Verdinglichung und Anpassung ist gewissermaßen der gewöhnliche Prozeß der ideologischen Selbstreproduktion unter "normalen" konjunkturellen Bedingungen. Durch die Krise intensiviert sich die Bedrohungserfahrung und das Individuum muß ein größeres Maß "psychischer Energie" aufbringen, wenn es nicht zerbrechen, und gänzlich im sozialen Abseits landen will.

Gegen zunehmende soziale Unsicherheit oder aktuelle Arbeitslosigkeit lehnen die Individuen sich subjektivistisch auf. In dieser lebensgeschichtlichen Phase halten sich Verdrängung und Rationalisierung die Waage. Es entsteht eine Art vorkritischen Bewußtseins (an dem politische Aufklärung mit den richtigen Methoden erfolgsversprechend anknüpfen könnte!). Doch weil die stabilisierende Wirkung von spontanen klassenspezifischen Weltbildelementen (abstrakte Wut gegen die "Reichen" und die "Unternehmer", oder allgemein der Zorn gegen "die da Oben") ohne interpretative Unterstützung von "außen" (Lenin) sich schnell abnützten, werden, "um diese Angst, diese Schuld und Scham zu vermeiden oder wenigstens zu verringern, ... seelische Abwehrvorgänge von der Art der Verdrängung, der Verleugnung, der Projektion und andere mobilisiert."

Durch diese psychischen Reaktionsformen wird die soziale Distanzierung immer größer und die gesellschaftliche Wahrnehmungsfähigkeit immer geringer. Inmitten einer "signifikanten Großgruppe" vollendet sich die konkurrenzgesellschaftlich erzeugte "Individualisierung": Die Krisenopfer erleben sich als isoliert und von allen sozialen Handlungsmöglichkeiten abgeschnitten.

¹² L. Kofler, Soziologie des Ideologischen, Stuttgart 1975, S. 84; vgl. auch: die grundlegenden Arbeiten von Herbert Marcuse "Triebstruktur und Gesellschaft" (Frankfurt/M. 1966) und "Der eindimensionale Mensch" (Neuwied und Berlin 1967).

³ Vgl.: E. Goffmann, Stigma. Über die Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt/M. 1975, S. 161.

K. Marx, Das Kapital I, a.a.O., S. 86.

G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied und Berlin 1970, S. 271.

A. Mitscherlich/ M. Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern, München 1977, S. 27.

An diesem Punkt angekommen, prägt das Bild einer fetischisierten Welt das Bewußtsein total und provoziert den Rückzug der Individuen auf subjektivistische Vorstellungswelten. Weil die Differenz von innen und außen sich erlebnismäßig einebnet, zerbrechen die kollektiven Erfahrungsmomente, wird die politische Aktivierung immer schwieriger. Die Krisenopfer formieren sich zur "willenlosen" Dispositionsmasse des politischen Managements: "Indem die seelische Innenwelt infolge ihrer unbewußten Abhängigkeit von der Außenwelt total von deren fetischisierten und im seelischen Bereich zu morbiden und pathologischen Erlebnismomenten umgewandelten Tendenzen besetzt und bestimmt wird, wird diese Innenwelt unvermittelt zu einem Hebel der Selbstreproduktion des verdinglichten Prozesses, wird die so geartete Versubjektivierung des einzelnen zu einer wesentlichen Voraussetzung der Verdinglichung des Ganzen."

Aber noch in einem weiteren Sinne entwickelt sich die Symbiose einer gleichzeitigen Täter- und Opfer-Rolle, denn die Wirksamkeit sozialer Schuldzuweisungen ist an den psychischen Mechanismus der Selbststigmatisierung geknüpft. In diesem ideologischen Netz können sich nur Subjekte verfangen, für die das inhaltliche Raster, das dem Stigmatisierungsprozeß zugrunde liegt, selbst gültig ist. Nur durch die Existenz der verinnerlichten Erfolgs- und Leistungsorientierung fühlt sich das Subjekt für seine eigene Situation verantwortlich, entstehen die Schuld- und Schamgefühle, die die sozialen Rückzugs- und Kompensationshandlungen der Krisenopfer bewirken. Erst durch die Existenz des Gefühls, versagt zu haben, beherrscht die Opfer beispielsweise das (verbreitete) Bedürfnis, ihrer Umwelt dieses Schicksal zu verschweigen. Eine intensiv erlebte Scham "belastet die Person und verunsichert sie, Scham isoliert: Sich schämen macht einsam." ¹⁸

Weil auf diese Weise die Individuen an ihrer sozialen Ausgrenzung aktiv teilnehmen, können sie durch restriktive Formen der Sozialpolitik weiter gedemütigt und neutralisiert werden. Denn mit der Zuspitzung der Krise und seines ambitionierten Programms des Sozialabbaus verläßt sich der kapitalistische Staat nicht mehr auf den "gewöhnlichen Gang der Dinge", sondern hat durch ein Bündel von Maßnahmen für die Verstärkung der Selbststigmatisierung gesorgt. Die Kampangne zur "Sozialkriminalität" gehört ebenso zu diesen disziplinierenden Aktivitäten wie die Verschärfung der Kriterien für die Leistungsgewährung aus der Arbeitslosenversicherung. Die politischen Administratoren haben sich Mühe gegeben, daß immer mehr Anspruchsberechtigte diskriminierende Überprüfungspraktiken über sich ergehen lassen müssen und ihrem persönlichen Empfinden nach in den Status von schuldbewußten Bittstellern absinken. "Die schlecht Weggekommenen sollen an ihrem eigenen Leib schon glauben, daß sie es

mit Recht sind und bleiben müssen."²⁰ Je stärker der administrative Druck wird, um so reibungsloser funktionieren die Mechanismen der Selbstbezichtigung und der schamhaften Zurückhaltung; je intensiver mit den sozialen Zumutungen die Schuldzuweisungen werden, um so stärker reduziert sich die Auflehnungsbereitschaft.

Von Ausgrenzung und Marginalisierung zu Widerstand oder Ableitung?

In den Auseinandersetzungen über die Einführung von Karenztagen und der administrativen Verfügung der 40-Stunden-Woche wird sich zeigen. welche Gegenkräfte die Organisationen der Arbeitenden in Deutschland mobilisieren können. Prinzipiell sind sie noch stark genug, um krassen sozialen Regressionsformen Einhalt zu gebieten. Nur in Maßen kann über betriebliche Druckmittel die "Effektivität" von Produktion und Administration erhöht und in den Tarifauseinandersetzungen die Einkommenssicherung der abhängig Beschäftigten verhindert werden. Deshalb werden soziale Opfer im verstärkten Maße jenen "Randgruppen" abverlangt, die "individualistisch" existieren, d. h. aus gesellschaftlich wirksamen (beruflichen) Interessenorganisationen ausgeschlossen sind: Alte und Kranke, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Je größer die Zahl der Ausgegrenzten, der politisch-organisatorisch Entmündigten ist, um so grö-Bere Gestaltungsspielräume existieren für den Sozialabbau. Denn durch die Wirksamkeit der Ausschließungs- und Selbstausschließungsmechanismen bleiben gerade die unmittelbaren Krisenopfer in einer defensiven Grundhaltung gefangen. Unter den geschilderten Bedingungen verhalten die Opfer sich "besonders konform um weiterer Scham zu entgehen."²¹

In dieser inhaltlichen Strukturierung, der aktiven "Teilnahme" der Betroffenen am Ausgrenzungsprozeß, liegt auch der Unterschied zur Marginalisierung, deren Merkmal in der Diskriminierung bestimmter Gruppen und Individuen von "außen" besteht. Sie werden an den sozialen Rand gedrängt und aufgrund der "Definitionsmacht" der etablierten und integrierten Gesellschaftsschichten "von der Teilnahme am Leben ausgeschlossen"²², ohne sich auch nur subjektiv gegen das erlittene Schicksal aufzulehnen.

Marginalisierung wird dann zum Massenphänomen, wenn einer großen Zahl von Individuen durch den Ausschluß vom Arbeitsprozeß die Realisierung der sozial verbindlichen Normen verwehrt wird und sozio-kulturelle Anpassungsformen nicht zur Verfügung stehen oder wirkungslos geworden sind. Stigmatisierte Individuen verlieren, wenn durch eine lange Phase der Arbeitslosigkeit die psychischen Widerstandskräfte verbraucht sind, die

¹⁷ L. Kofler, Der asketische Eros. Industriekultur und Ideologie, Wien 1967, S. 214.

¹⁸ S. Neckel, Status und Scham, Frankfurt und New York 1991, S. 17.

¹⁹ Vgl.: K. A. Chassé, Armut nach dem Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. 1988.

²⁰ E. Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt/M. 1973, S. 95.

²¹ S. Neckel; a.a.O., S. 17.

G. Gekeler, Maginalisierung als "individuelles Schicksal", In: Autorengruppe Fulda, Portsmouth, Scheffield, Marginalisierung im Sozialstaat, Marburg 1986, S. 160.

Hoffnung, ihren alten Status wiederzuerlangen. Ihr Widerstand gegen den sozialen Abstieg wird schwächer, Lethargie und Gleichgültigkeit verstärken sich. Das defundierte Individuum ist damit hilflos den Marginalisierungstrategien ausgeliefert.

Ausgrenzung und Selbststigmatisierung ist nicht nur ein Schicksal der proletarischen Gesellschaftsschichten. Gerade in der aktuellen Krise werden im verstärkten Maße Angehörige der mittleren Gesellschaftssegmente mehrfachen Positionsgefährdungen ausgesetzt. Doch besitzen sie in der Regel eine größere Flexibilität in der Verarbeitung solcher Krisen als die Mitglieder der Unterschichten. Individuelle Katasthropen sind nicht ausgeschlossen, aber insgesamt sind ihre schichtenspezifischen Fähigkeiten, die sozialen und individuellen Beschädigungen zu verarbeiten oder zu kaschieren, differenzierter ausgebildet. Wenn der traditionelle Aufstieg erschwert ist und der vom sozialen Umfeld erwartete Erfolg unsicher wird, können verschiedene Wege zur Aufrechterhaltung des kleinbürgerlichen Selbstwertgefühls eingeschlagen werden. Für den jungen Menschen aus bildungsbürgerlichem Hause stehen, wenn die traditionellen Karrierewege verschlossen sind, verschiedene identitätsabstützende Orientierungsalternativen zur Verfügung. Eingeschlagen werden Nebenwege vom "kreativen" Zufallsjob bis zur "alternativen" Selbständigkeit, die aber im Laufe der Zeit für die überwiegende Mehrheit zu einem konventionellen Berufsstatus führen. Wer aber dieser ambivalenten Lebensposition nicht entrinnen kann, braucht sein "Scheitern" nicht einzugestehen, wenn er "post-materialistische" Wertmuster kultiviert. Der Abstiegstendenz werden ideologische Beschwörungsformeln wie "Selbstbestimmung" oder die falschen Metaphern des Wissenschaftsjargons ("Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen²³ beispielsweise) oder die Einrichtung in "lebensweltlichen" Subkulturen entgegengesetzt.

In gemäßigter Form sind auch solche Verarbeitungsmuster eine Form der Selbststigmatisierung auf der Basis objektiver Ausschluß- und Verdrängungsprozesse. Auch in diesen Spezialformen wird ein sozialpolitischer Stabilisierungseffekt erreicht: Die im Kampf um Status und Position neutralisierten Subjekte entlasten durch ihre mentale und habituelle "Flexibilität" die sozio-strukturelle Konkurrenzsituation.

Für Angehörige der Unterschichten, deren kultureller Horizont schmal ist und die nichts als ihre mangelhaft qualifizierte Arbeitskraft zu verkaufen haben, sieht die Situation wesentlich schlechter aus. Für sie stellt sich die berufliche Ausgrenzung als existenzielle Belastungsprobe dar - für die es in immer mehr Fällen offensichtlich keinen Ausweg gibt. Die Aussicht auf eine qualitative Zunahme der Lebenschancen als Ergebnis der soziostrukturellen Dynamik "moderner" Gesellschaften, die Theorie-Spekulanten als prächtige Rendite für die Anpassungsschwierigkeiten versprochen

²³ U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 122.

haben, erweist sich immer deutlicher als Illusion. Realität ist für den größten Teil der Bevölkerung die Zunahme sozialer Risiken, die beim Zusammenprall verschiedener "Gefährdungen" und Benachteiligungen auch in individuelle Katasthrophen umschlagen können.²⁴

Es setzt sich durch die krisenförmige Entwicklung forciert ein Wissensmodus durch, der nicht - wie die akademische Soziologie meint - "jenseits von Klasse und Schicht" angesiedelt, sondern durch die Abschwächung der subjektiven Erfahrbarkeit der Klassenstrukturen geprägt ist. Traditionelle Klassenmerkmale, wie beispielsweise die Unsicherheit der Lebensperspektive, bleiben bestehen, ohne daß den Angehörigen der Unterschichten in ausreichendem Maße die traditionellen sozio-kulturellen Orientierungsund Verarbeitungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die vielbeschworene "Auflösung traditioneller Milieus und Bindungen" versetzt die übergroße Mehrzahl nicht in die Lage, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sondern bindet sie noch fester an die repressiven Anforderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die Erfahrung der Unsicherkeit, Abhängigkeit von objektiven Mächten und Perspektivlosigkeit wird universal: "Nicht die Individuen sind frei gesetzt in der freien Konkurrenz; sondern das Kapital ist frei gesetzt." Ein anderes Moment der Klassenexistenz kann sich deshalb unter den Bedingungen des entfremdeten Sozialzusammenhangs und der fehlenden alternativen Orientierungsmöglichkeiten ungehindert durchsetzen: Das aggressive Konkurrenzverhalten zwischen jenen, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben und den kulminierenden Gefährdungen "verständnislos" ausgeliefert sind.

Die durch diese Lebenssituation aufgestauten Auflehnungsbedürfnisse entladen sich durch den Rückgriff auf die verschiedenen Formen des Irrationalismus und durch individualistische Renitenz. Ausgegrenzte Subjekte suchen ihre Opfer in Minderheiten und Randgruppen, um die eigene Identität zu stärken und ihr diffuses Auflehnungsbedürfnis zu befriedigen. Da ein Aufbegehren noch oben nicht möglich ist, sowohl weil es bei dem bestehenden Machtgefälle die eigene Position weiter schwächen würde, aber auch weil ein klares Ziel fehlt, werden die Opfer des Hasses "unten" gesucht. Bei dem hilflosen Bemühen, den sozial verursachten Leidensdruck abzumildern und psychische Entlastung zu realisieren, ist es leicht gegenüber den Subalternen sich abzusetzten, in die Richtung der

Vgl.: Sozialistische Studiengruppen, Rechtspopulismus. Aufstieg und Alternativen, in: Sozialismus, H. 5/1993, S. 14f.

Sozialismus, Fl. 5/1993, S. 141.

So beispielsweise: S. Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987 und D. Krause/G. Schäuble. Jenseits von Klasse und Schicht. Verteilung von Lebenschancen zwischen traditionellem Reduktionismus und aktueller Formenvielfalt, Stuttgart 1988. Kritisch dazu vgl.: K. Maase, Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald. Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise, Köln 1987 und W. Seppmann, Subjekt und System, Lüneburg 1993, S. 82ff.

Subjekt und System, Lüneburg 1993, S. 82ff.

K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 544.

Schwachen die Wut und den Haß zu kanalisieren. Rechtsextreme Ideologie und rechtsmotivierter Individualterror bedienen sich dieses psychischen Entlastungsmechanismus: "Das Leben ist hart, das Volk braucht neue Reize. Neu sind solche, die man aus dem Leben derer zieht, welche es noch schlechter haben. Schön ist bereits, arme Hunde so zu hetzen, wie es die Reichen mit einem selber tun."²⁷ Schon zu wissen, daß man nicht ganz unten steht, gibt ein Stück des verlorenen Stolzes zurück.

Die Verbreitung rechtsextremer Orientierungsschablonen führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Zunahme der Gewaltbereitschaft, denn die "beruhigende" Wirkung der "weltanschaulichen" Surrogate ist nicht von Dauer, Verschärft sich die soziale Krisensituation, treten die Angst- und Gefährdungsgefühle um so stärker auf. Die Abgrenzung von Schwachen und "Störenfrieden" muß nachhaltiger erfolgen, gerade, weil man selbst vom Abstieg in die Gruppe der Geächteten bedroht ist. Da es innerhalb der unteren Schichten, wegen der sozio-strukturellen Gleichförmigkeit der Positionen und Lebensumstände, gar nicht so einfach ist, den Abstand zu "definieren" (der Kleinbürger hat es da schon einfacher, sich vom Proletarier "abzusetzen"), müssen "handgreifliche" Kriterien als Unterscheidungsmerkmal herangezogen werden. Die auch in "normalen" Zeiten vorhandenen Ressentiments gegen "Ausländer" und "Asylanten" verdichten sich auf der Grundlage faschistischer Demagogie, aber auch als eine spontane Reaktion auf die im Kapitalismus alltäglich erlebte Existenzgefährdung. Orientierungslosigkeit, aber auch Haß und Gewaltbereitschaft entstehen in dieser Situation verschärften Konkurrenzverhaltens und zunehmender Entsolidarisierung. "In der Wirtschaftsflaute wird Arbeit noch unsicherer als vorher, der Türke wandelt sich vom Kollegen zum fremden Konkurrenten: 'Das kannst du in den Gesichtern lesen', sagt Cömert Hayder, Kraftfahrer bei der Müllabfuhr in Stuttgart. 'Früher war der Unterschied zwischen den Arbeitern nicht so groß', sagt er, 'jetzt sondern sich die Deutschen ab.' "28

Um die Bedrohung abzuwehren und Konkurrenten auszugrenzen, läßt sich der Haß leicht auf fremdländische Arbeitskräfte oder die in Ghettos zusammengepferchten Flüchtlinge richten. Sie sind durch ihr Aussehen und ihre kulturellen Besonderheiten als Gruppe identifizierbar. Und tatsächlich stellt der ausländische Arbeitskraft-Verkäufer auch eine Konkurrenz im Kampf um die knapper werdenden Arbeitsplätze dar. Ausgeblendet bleibt aber, daß dieses Konkurrenzverhältnis nicht aus seinem ethnischen Profil, sondern aus dem Konkurrenzverhältnis der Arbeitenden untereinander resultiert, das automatisch aus den Bedingungen der kapitalistischen Produktion erwächst.

Hans G Helms

Die von High-tech- und Konjunkturwellen gebeutelte Stadt¹

Selten - wenn überhaupt je zuvor - sind die dem marktwirtschaftlichen oder kapitalistischen System innewohnenden, stets von ihm neu produzierten Widersprüche klarer und unverdränglicher ans Licht getreten als seit jenem historischen Moment, da eine als Alternative konzipierte Gesellschaftsordnung - ausgehöhlt und korrumpiert vom Unverstand und Ehrgeiz, von der Selbstgerechtigkeit und Eitelkeit ihrer leitenden Kadersich selbst abgeschafft hat. Wie immer fehlerhaft, schwächlich, unentschlossen das sozialistische Experiment auch ausgebildet worden war, noch in seiner deformierten Gestalt wirkte es auf die kapitalistischen Gesellschaften, nach innen wie nach außen, als Korrektiv ein.

Seit dieses Korrektiv verschwunden und jegliche ideologische Camouflage sich erübrigt, treten die Widersprüche zusehends nackter und krasser in Erscheinung. In allen Gesellschaften - von der Ersten bis zur Dritten Welt - vermögen qualifizierte Minderheiten ihre Augen nicht mehr zu verschließen; sie beginnen peu à peu, die vom System erzeugten, oft verschärften, selten gemilderten Widersprüche in ihren Umrissen auszumachen und ihre zumeist desaströsen Konsequenzen zu erahnen. Doch die Komplexität ebenso wie die Brutalität der widersprüchlichen Prozesse läßt sie davor zurückscheuen, sie nach ihren Ursachen zu analysieren und aus der Analyse die zwingende Folgerung zu entwickeln: dieses im Kern unreformierbare System müsse politisch bekämpft werden.

Ob der sich ausbreitenden, aus falschen Ohnmachtsgefühlen entsprungenen Lethargie, die einer Epidemie gleich die meisten befallen zu haben scheint, ob welcher die demokratischen Entscheidungsprozesse vollends zu versumpfen drohen, triumphieren die Prinzipale des kapitalistischen Systems und trachten den Völkern zu suggerieren, die Endzeit sei angebrochen: das System habe irreversibel gesiegt. Fortan werde es - ohne jeden ernsthaften Widerstand durch systemkritische Gruppen - die Erde mitsamt elf Zwölftel der Menschheit profitmaximierend ausbeuten; hingegen werde das zur Realisierung des Mehrwerts unerläßliche eine Zwölftel vom großen Kapital mit einem lebenslangen streßvollen, aber ertragreichen Konkurrenzkampf um eitle, unnütze Konsumschätze belohnt werden.

²⁷ E. Bloch, a.a.O., S. 46.

²⁸ Der Spiegel, Nr. 23/ 1993, S. 19.

Referat beim 6. Internationalen Bauhaus-Kolloquium Weimar 1992.

Verschuldung und Verfall der großen Städte

Nirgends bricht das kapitalistische System krasser auf als in seinen urbanen Zentren und urbanisierten Ödländern, dort also, wo sich das System besonders widersprüchlich und folgenreich regeneriert. Manche Zentralund Bundesstaaten sind bis zum Mehrfachen ihres jeweiligen Bruttosozialprodukts verschuldet. Auf zahlreichen Kommunen lasten Schulden bis zu einer Höhe, in der ihr Steueraufkommen kaum mehr ausreicht, Zins und Zinseszins zu bezahlen. Nicht allein extrem belastete Metropolen wie Berlin, New York City, Manila oder Ciudad Mexico verstricken sich immer unauflöslicher in perennierender Finanznot; ohne finanztechnische Manipulationen und wachsende Anleihen auf den globalen Kapitalmärkten müßten sich auch vergleichsweise gut gestellte Kommunen wie München oder Milano, Barcelona oder Birmingham, Duisburg oder Antwerpen längst als bankrott erklärt haben; zu schweigen von den Kommunen in den Kolonialisierungsgebieten des deutschen und europäischen Ostens, deren Einkünfte kaum den Boden des Etattopfs bedecken, fallen sie nicht den durchs lockende Geld wieder entfachten gierigen nationalen Chauvinismen zum Opfer und werden - wie Sarajevo oder Ossijek - in Schutt und Asche gelegt.

Im Zeitalter der Kreditkarte haben die meisten Kommunen reichlich unverfroren und unbedacht auf Kredit gewirtschaftet, will sagen: gebaut. Im erbitterten Konkurrenzkampf miteinander um die Gunst der kleinen und großen Investoren haben sie - im Regelfall ohne stichhaltige Kosten-Nutzen-Analysen - unter dem Prätext der sozialen Fürsorge imageträchtige Großbauten errichtet, die immerhin die Wiederwahl der zuständigen, aber verantwortungslosen politischen Führungsriegen absichern halfen. Zu ihrem ewigen Ruhm haben sich Stadtväter und -mütter ehrfurchtgebietende Rathausburgen, imposante Museen, Theater oder Mehrzweckhallen erbauen, haben sie U-Bahnen und Autobahnen quer durch ihre Städte brechen lassen, haben sie sich beim Volk mit Schwimmbädern und Sportarenen beliebt gemacht. Allenfalls ein kleiner Teil der dafür aufgewendeten Mittel war im Haushalt vorhanden, der Großteil der verbauten Millionen und Milliarden wurde auf dem Kapitalmarkt durch Auflage zinsträchtiger und folglich kostspieliger Pfandbriefe und Obligationen aufgebracht. Dividenden steigen und sinken je nach Konjunkturlage, in einer Rezession können sie auch ganz ausfallen; hingegen verharren die Zinsen für mündelsichere Kommunalpapiere stets auf hohem Niveau, egal wie teuer das Geld gerade sein mag.

Mittlerweile haben etliche solcher städtebaulichen Repräsentationsobjekte bereits das Stadium des graduellen, progressiven Verfalls erreicht. Noch sind die Gestehungskosten nicht abgezahlt, noch sind Zinszahlungen zu leisten, doch sind inzwischen kaum mehr Haushaltsmittel verfügbar, um die dringendsten Reparaturen vorzunehmen, ohne sich neuerlich zu verschulden. Infolgedessen schreitet der Verfall munter fort.

In dieser desolaten Situation mutet Privatisierung wie ein wahrhaft magisches Verfahren an: es löst die staatlichen, regionalen und kommunalen Probleme scheinbar in Luft auf. Freilich bringt die Veräußerung kommunaler Liegenschaften gemeinhin bloß Bruchteile der realen Kosten ins Stadtsäckel zurück, und diese schmalen Veräußerungserlöse reichen selten hin, die vorzeiten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen zu liquidieren. Mit Sicherheit verteuert die Verschleuderung städtischer Immobilien deren künftige Nutzungen; denn die Käufer wollen - mit kapitalistischem Recht - satte Profite aus ihnen ziehen. Bleiben diese aus, so stehen in den Kaufverträgen gewißlich Kautelen, die den Käufern eine gewinnsteigernde, zweckentfremdende Umnutzung ihrer günstig erworbenen Immobilien oder gar deren Abriß mit anschließender Neubebauung gestatten. In halbwegs zivilisierten Staaten wie Dänemark, Holland, Frankreich oder der Schweiz mag eine solche Verschleuderung kommunalen Immobilienbesitzes noch die Ausnahme sein, in den USA, Canada, Großbritannien und nun auch in den neuen Bundesländern ist es gängige Praxis.

Der Privatisierung kommunaler Immobilien zur Ausfüllung von Etatlücken geht zumeist ein umfänglicher Stellenabbau voraus: von der Polizei über die Feuerwehr, die Straßenreinigung, das Bibliotheks- und Krankenhauspersonal bis in die unterschiedlichsten Amtsstuben werden die öffentlichen Dienste dezimiert, weil's den Kommunen an Geld für Löhne und Gehälter mangelt. So geschehen z.B. in New York während der frühen Jahre der Koch-Administration nach der Finanzkrise von 1975 und jetzt noch radikaler unter Oberbürgermeister Dinkins. Der Stellenabbau in den öffentlichen Diensten verschärft und barbarisiert die Rahmenbedingungen des Lebens und Treibens in der Stadt; er belastet den Haushalt fast ebenso stark, wie er ihn entlastet; er läßt die Armee der Arbeitslosen anwachsen, die ihrerseits den städtischen Etat aufs äußerste strapaziert.

Noch nie - nicht einmal in der Zeit der Großen Depression - hat es in New York City soviel Arbeitslose gegeben wie heute: 28,5 %. Das sind 2 Millionen der 7,2 Millionen Einwohner der Stadt. Noch nie - auch nicht zwischen 1890 und 1930, als große Mengen Einwanderer aus Ost- und Südeuropa in die Stadt drängten - haben derart viele Bürger New Yorks unterhalb der Armutsschwelle vegetieren müssen: über 25 % oder mehr als 1,8 Millionen Menschen. Den Ermittlungen des Wirtschaftsmagazins Business Week (18-05-1992) zufolge konzentriert sich der moderne Pauperismus in den "center cities": 42 %, nahezu die Hälfte aller Pauper der USA, hausen - oft ohne Obdach - in den großen Städten, in den nationalen und regionalen Metropolen. Das bedeutet: just die großstädtischen Haushalte werden durch Rezession und Massenarbeitslosigkeit über Gebühr belastet. Erstens büßen die Kommunen einen enormen Teil ihres Bruttosozialprodukts ein. der unerwirtschaftet bleibt; für sämtliche US-Kommunen veranschlagt ihn Business Week auf \$ 60 Milliarden. Zweitens entgehen den Kommunen die aus diesem nicht erwirtschafteten Bruttosozialprodukt ihnen zustehenden Steuern. Drittens haben sie Wohlfahrtsleistungen in Höhe von \$ 120

Milliarden aufzubringen. New York City muß gegenwärtig 1,2 Millionen Wohlfahrtsempfänger - 18 % seiner Bevölkerung - am Leben erhalten. Ähnlich die Situation in vielen anderen Kommunen der USA, West - und Osteuropas.

Wenn sich der Nord-Süd-Konflikt, als welchen man den globalen Krieg zwischen reich und arm um die Verteilung des Weltbruttosozialprodukts ebenso verharmlosend wie irreführend bezeichnet, jetzt mit brachialer Gewalt von beiden Seiten in den urbanen Zentren der Ersten Welt austobt - was sonst wäre der rezente ziellos selbstzerstörerische Aufstand der Schwarzen in den Ghettos von Los Angeles und anderen US-Metropolen oder der Aufruhr unter arbeitslosen Jugendlichen in Bristol, Huddersfield und sonstwo im United Kingdom -, dann ist dies nicht allein eine Folge der um sich greifenden Massen- und Dauerarbeitslosigkeit und Pauperisierung, es ist nicht minder eine Konsequenz des aus der Finanznot der Kommunen und des Desinvestments des Kapitals resultierenden Verfalls der Infrastrukturen und Immobilien der großen Städte.

Während die steuerzahlenden Mittelschichten mit ihren Arbeitgebern vor dem Verfall aus den "center cities" ins suburbane Umland flüchten, bleiben die Armen und Unterprivilegierten in den Kernstädten zurück. Gleichzeitig werden strategisch günstig situierte zentrale Stadtviertel gentrifiziert: dort verdrängen relativ hoch dotierte yuppies ihre schlechter gestellten Schwestern und Brüder in die ohnehin übervollen Elendsquartiere. Stadtflucht und gentrification, diese beiden interaktiven, aber gegenläufigen Prozesse spalten die Städte noch radikaler nach reich und arm und brutalisieren die urbanen Existenzbedingungen.

Ohnmacht der Stadtplanung

Unabhängig vom gesellschaftlichen System, in dem er vorangetrieben wird, obsolesziert der technische Fortschritt Produktionsanlagen, Distributionseinrichtungen, Kommunikationen, Verwaltungen, Dienstleistungen, Konsumplätze und die mit ihnen verbundenen Arbeitsplätze. Er obsolesziert folglich einen mehr oder minder umfangreichen Teil der Installationen einer jeden Stadt.

Im kapitalistischen System hat die Stadtplanung für die aus dem technischen Fortschritt resultierenden Nutzungsänderungen des städtischen Raums selten beizeiten organisatorische Vorsorge zu treffen verstanden, noch wäre es den Gesellschaften gelungen, den technischen Fortschritt in sozial wie urban verträgliche oder gar förderliche Bahnen zu lenken. Der Stadtplanung stehen die - trotz aller Konflikte und Widersprüche im Detail - als mehr oder minder kompaktes Kollektiv agierenden Kapital- und Immobilieninteressen im Weg, den Gesellschaften der unbeugsame Profitmaximierungswille des großen Kapitals. Infolgedessen hat die Stadtplanung auf den technischen Fortschritt zumeist bloß zögerlich, halbherzig, wo nicht grundfalsch reagiert.

Als im Gefolge des Zweiten Weltkriegs das Automobil in den 50er Jahren massenhaft in die Städte einbrach, um sie sukzessive zu unterjochen, bis endlich die letzte Robinie am Straßenrand ihre CO2-gesättigten Blätter verliert, da hätte es eine scharfsinnige Analyse des Automobilsystems nahegelegt, den Autoverkehr von vornherein einzudämmen, anstatt darauf zu warten, bis er sich - 40 Jahre später - selber funktional ad absurdum führt. Planvolle Dezentralisation innerhalb der gesellschaftlichen und urbanen Funktionsbereiche wäre anzustreben gewesen; stattdessen hat man einen Natur, Menschen und Städte zerstörenden planlosen urban sprawl um sich greifen lassen.

Als seit 1980 kraft der globalen Vernetzung der integrierten Computerund Kommunikationssysteme Produktion, Verwaltung, Dienstleistungen, Konsum und Wohnen zusehends stärker sich zu dezentralisieren begannen, da hätte eine konzise Analyse anempfohlen, die an Macht gewinnenden Dezentralisierungstendenzen zum Wohl der urbanen Kohärenz zu steuern, die Arbeitsplatzkonzentrationen in allen Funktionsbereichen dezentral zu verkleinern und somit die Güter- und Personentransportwege zu minimieren.

Nichts von alledem ist geschehen. Wie sich die kapitalistischen Gesellschaften damals dem Automobilsystem unterworfen und ihre Städte vermittels "autogerechten" Umbaus um Struktur und Kohärenz gebracht haben, so überlassen sie derzeit dem Kapital die Initiative, die verschiedenartigen integrierten Computer- und Kommunikationssysteme mitsamt ihren Peripherien nach vorgeblichen "Sachzwängen" und den Geboten der Profitmaximierung zu vernetzen und auszubeuten. Städtebauliche Folgen der rasant wuchernden Hochtechnisierung sind: fortschreitender urban sprawl zu amorphen, dezentralen Agglomerationen wie in London, Brüssel, Zürich oder Frankfurt/Main und zu strukturlosen Megakommunen vom Typus Houston oder Los Angeles. Vorsorgliche Planung desavouieren sie ebenso, wie sie nachträgliche Korrekturen kaum zulassen.

Auswirkungen des Militär- Wissenschafts-Industriekomplexes auf Städtebau und Regionalentwicklung

Vielzahl und Vielfalt der zum Auto verarbeiteten Materialien und Komponenten haben der vertikalen Konzentration, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in den Montan-, Chemie- und Elektroindustrien ihren Anfang genommen hatte, in den 20er Jahren erneut starken Auftrieb verliehen. Sie führte zur Monopolisierung ganzer Industriebranchen durch die Automobilkonzerne. Weil sie jedoch unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise die erforderlichen Investitionsmittel nicht zu erwirtschaften vermochten, trieben der zur vertikalen Konzentration benötigte Kapitalaufwand sowie die immensen Kosten der Entwicklung neuer Modelle und der Umrüstung der Produktionsanlagen auf neue Modellinien die Automobilkonzerne seit den 30er Jahren in die Abhängigkeit vom Finanzkapi-

tal. Ohne mittel- bis längerfristige Kreditgewährung sind Kraftfahrzeuge nicht massenhaft abzusetzen; infolgedessen mutierten die Automobilkonzerne seit 1950 nolens volens selber zu finanzkapitalistisch organisierten und orientierten Unternehmen.

Bereits im Ersten Weltkrieg hatte der Militärapparat diese Prozesse nach Kräften gefördert, um schnell an immer größere Mengen des heiß begehrten Mord- und Zerstörungsgeräts zu gelangen; im Zweiten Weltkrieg trieb das Militär sie entschieden weiter voran. Außerdem usurpierte es das Regime über die destruktions-, steuerungs- und kontrollrelevanten Wissenschaften und erzwang deren üppige Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, gefällig und eigennützig aufgebracht und zur Verfügung gestellt vom Finanzkapital. Das Ergebnis dieser mittlerweile intensivierten Kooperation zwischen Finanzkapital, Militär, Rüstungsindustie und Wissenschaften ist der die kapitalistischen Gesellschaften steuernde und prägende Militär-Wissenschafts-Industriekomplex unter der Ägide des Finanzkapitals. Zu den Produkten dieser liaison dangereuse gehören: Automobilsystem, Luftund Raumfahrt, Atombombe, Kernenergie, Computer, Automation, Biound Gentechnologien.

Die Auswirkungen dieser unheiligen Allianz auf Städtebau und Regionalentwicklung sind dermaßen umfassend und radikal, komplex und widerspruchsvoll, daß sie simpler Darstellung sich entziehen. Nichtsdestoweniger müssen einige von ihnen reflektiert werden, will man die Ursachen jener Prozesse ins Visier bekommen, die Städte und urbanisierte Regionen nachgerade zu Kunstgebilden devastieren, die ohne menschliches Eingreifen funktionieren und allmählich unbewohnbar werden. Dabei camouflieren die postmodernen Luxus- und Hochglanzfassaden jene anti-sozialen Elemente und Prozesse, die die urbanen Gefilde in electronic battlefields, in computergesteuerte Spielwelten, für retortengezüchtete zombies zu verwandeln drohen.

In finanzkapitalistisch organisierten und vom Finanzkapital kontrollierten Industrien dominiert das Profitmaximierungsmotiv in einem Maß, daß sie sich im Zustand permanenter Reorganisation befinden. U.a. äußert diese sich in zahlreichen simultan stattfindenden Kapitalkonzentrations- und dekonzentrationsprozessen, in Fusionen zwischen Konzernen mit nachfolgender Veräußerung kleinerer und größerer Konzernteile, die den Profiterwartungen der Konzernleitungen nicht entsprechen, und in anderen Formen der Kapitalumschichtung. Fast jede dieser Transaktionen hat gravierende Rationalisierungseffekte im Gefolge. Auf die betroffenen Kommunen und Regionen wirken sie sich konkret in Gestalt von Zusammenlegung von Konzernzentralen, Belegschaftsabbau, Betriebsstillegungen oder -verlagerungen aus.

Ein Beispiel. Mit der Einführung der Computersteuerung beim Entwurf (CAD) und ein wenig später bei der Produktionsplanung und Produktion (CAM) setzte in den 60er und 70er Jahren in dem vom Militär besonders

liebevoll umsorgten Flugzeug- und Raketenbau ein Prozeß ein, der die bis dahin in der Branche übliche Produktionsweise und Arbeitsteilung völlig umstülpte, bis die verwandelten Einzelprozesse Anfang der 80er Jahre zum CIM (Computer Integrated Manufacturing) integriert werden konnten. Im Verlauf dieser Entwicklung wurde die äußerst arbeitsteilige Differentialbauweise durch die weit minder arbeitsteilige Integralbauweise abgelöst. Das bedeutet: statt einer großen Zahl einfacher Werkstücke, die in einem arbeits- und zeitaufwendigen Montageprozeß zusammengenietet, -geschraubt, -gelötet, -geschweißt wurden, nun eine ungleich kleinere Zahl überaus komplexer Bauelemente, die in High-tech-Verfahren chemisch "verschweißt" oder zusammengeklebt werden.

Die als CIM organisierte computergesteuerte Integralbauweise, die sich inzwischen in etlichen anderen Branchen wie Automobilbau und Elektronik ausbreitet, schließt den Menschen als Produktivkraft weitgehend aus und hat neben umfangreichem Personalabbau eine nicht minder heikle Dequalifikation (nebst entsprechenden Lohnsenkungen) der verbleibenden Arbeitskräfte zur Folge. Ferner verringern sich Zahl und Dimensionen der für ein Produkt (wie etwa den Airbus A 320) erforderlichen Produktionsstätten. Endlich gebietet sie eine völlig andersartige Logistik und modifizierte Kriterien für die Standortwahl.

Ein anderes Beispiel. Ob nach Tonnen gemessen oder nach Kilogramm strategische Metalle und sonstige Grundmaterialien der hochtechnologischen Industriebranchen werden im Regelfall weder am Ort ihrer Gewinnung oder Erzeugung noch in traditionellen Großbetrieben verarbeitet, sondern dort, wo sich der Produktion optimale Bedingungen anbieten und/oder sich die Konsumenten der aus ihnen fabrizierten Endprodukte ballen. Die Verarbeitung geschieht in kleinen oder mittleren Produktionsanlagen in mit High-tech-Infrastruktur ausgestatteten großstadtnahen industrial oder technology parks. Da Gebäude und Maschinenparks vielfach geleast sind, verfügen sie über genügend Mobilität, um mit dem rapiden Wandel der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen wie der nationalen und globalen Märkte aus einem Technologiepark in einen anderen umzuziehen.

Städte und Regionen im Zugriff von High-tech-Kapitalfabriken und raumfressenden Produktionsprozessen

Wohnen diesen Prozessen schon starke, kontradiktorische Zentralisierungs- und Dezentralisierungsmomente inne, umso mehr den integrierten Computer- und Kommunikationsnetzen und den von ihnen regulierten Zentralbereichen: der computergesteuerten Automation in der Produktionssphäre und der computerkontrollierten Informationsaufbereitung (Datenverarbeitung) in den Sektoren Verwaltung, Verteilung und Dienstleistungen. Zentralisierung wie Dezentralisierung verlangen den öffentlichen Händen - Staat und Kommunen - gewaltige Investitionen ab. Die öf-

fentlichen Hände suchen sich dieser intolerablen Belastungen zu entledigen, indem sie gewisse Infrastrukturelemente - wie Telekom, Autobahnbau, Teile der Eisenbahnnetze, Energie- und Wasserversorgung - privatisieren.

Während die weltweit aktiven Finanzkapitalkonzerne an den primären und sekundären Kapitalhandelsplätzen - New York, London, Tokio bzw. San Francisco, Frankfurt, Zürich oder Hongkong - in logistisch optimal situierte, voluminöse High-tech-Kapitalfabriken - wie das New Yorker World Financial Center - umziehen, verlagern sie zugleich einen Teil ihrer Hauptverwaltungen, das back office nämlich, aus der teuren City ins preis-, lohnkosten- oder auch steuergünstige Umland: in New York von Manhattan entweder über den East River nach Brooklyn oder über den Hudson in die Ufergemeinden New Jerseys; in Frankfurt aus dem Westend in die Nordweststadt oder in die strukturlos suburbanisierten Gebiete der angrenzenden Landkreise.

Beide Vorgänge - Neubau von High-tech-Kapitalfabriken in den Innenstädten wie Auslagerung des back office - hinterlassen in den Cities große Mengen überflüssiger und womöglich nie wieder vollwertig nutzbarer Büroflächen, ohne daß sich die kommunalen Infrastrukturaufwendungen reduzierten; im Gegenteil: sie wachsen weiter an.

Für die unter seiner Kontrolle stehenden Industrie- und Handelskonzerne hat sich das Finanzkapital von der Wissenschaft militärisch getestete und erprobte Organisationsmodelle maßschneidern lassen. Das eine Modell optimiert die konzerninterne Reorganisation nach profit centers und gebietet die Veräußerung all jener Konzernteile, die unterhalb der von der Konzernleitung kalkulierten Profitschwelle bleiben. Das andere Modell reorganisiert die Produktion nach den Prinzipien des just-in-time und des outsourcing resp. subcontracting.

Die ehemals in den Automobilkonzernen - und in geringerem Maß in den Elektro-, Flugzeug- und Raketenbaukonzernen - vertikal konzentrierte Werkstück-, Komponenten- und Zubehörfertigung wird konzernfremden Herstellern überantwortet, zwischen denen ein hoch brisantes Konkurrenzverhältnis um Erhalt und Acquisition von Zulieferaufträgen herrscht. Nicht bloß schreibt der auftraggebende Konzern die konstruktiven Details der zu liefernden Werkstücke und Komponenten vor; regelmäßig bestimmt er auch, an welchem Tag und zu welcher Stunde welche Stückzahlen der verschiedenen Werkstücke und Komponenten zu welchen Preisen anzuliefern sind.

In wie verheerender Weise just-in-time-Produktion und outsourcing/subcontracting komplette Kommunen und Regionen umgestalten und deformieren, das läßt sich gegenwärtig mit aller gebotenen Klarheit an den von westdeutschen und US-amerikanischen Automobilkonzernen in den Neuen Bundesländern erkorenen Standorten Eisenach und Zwickau verifizieren. Am westlichen Stadtrand Eisenachs und nördlich des Dörfchens Mosel bei Zwickau werden Tallandschaften mit Montageanlagen nahezu komplett versiegelt. Die Zulieferbetriebe - fast alle Werke bzw. Tochterunternehmen transnationaler Monopolisten wie Bosch, GKN, JCA, MAN oder Siemens - lassen sich in der Nähe nieder, wo immer es ihnen gelingt, einer Kommune mit dem Versprechen auf ein paar Arbeitsplätze und ein schmales Steuereinkommen billiges Bauland und die Verpflichtung zu entlocken, sie gratis mit der für ihre Geschäfte unverzichtbaren Infrastruktur zu versorgen.

In einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung (30-09-1991) hat der Betriebsleiter von VW in Mosel einige der Bedingungen benannt, die erfüllt sein müssen, ehe ein Zulieferer mit einem Auftrag von VW rechnen darf: Bei 65 % aller Werkstücke und Komponenten darf die Fertigung nicht weiter als 50 km von Mosel entfernt stattfinden; anderenfalls sei eine pünktliche Anlieferung nicht gewährleistet und die Montage drohe ins Stocken zu geraten.

Die Implikationen liegen auf der Hand: in einem Radius von 50 km um Mosel/Zwickau (und Analoges gilt für Eisenach) werden die Täler planlos, doch ziemlich gleichmäßig dicht mit halb- bis vollautomatischen Produktionsstätten zugedeckt. Diese Zulieferbetriebe werden sich vergrößern, sobald VW die Stückzahlen erhöht, und sie werden als Ruinen zurückbleiben, falls VW den Standort Mosel wieder aufgeben sollte. Innerhalb des 50-km-Radius wird das Straßennetz trotz ständigen Ausbaus bis an die jeweilige Kapazitätsgrenze belastet sein. Aber der Gewinn für die von VW und seinen Trabanten rücksichtslos ausgebeuteten Kommunen wird sehr bescheiden sein: insgesamt ein paar tausend mittelfristig sichere Arbeitsplätze auf niedrigem Lohnniveau und geringe Steuereinkünfte zu Lasten eines unverantwortlich hohen Investitionsaufwands der öffentlichen Hände und eines ökologischen Desasters.

Städte als globales electronic battlefield der Börsenspekulation

Die wohl schlimmsten Verheerungen drohen den Kommunen freilich von den immer gewaltiger sich auftürmenden Konjunkturwellen. Seit um 1980 die Computer- und Kommunikationstechnologien jene Entwicklungsstufe erreicht haben, auf der ihre Kapazitäten wie ihre allseitige Integrationsfähigkeit und Vernetzbarkeit es der haute finance erlauben, sie universell anzuwenden, betreiben die großen Kapitalhandelshäuser die Börsenspekulation wie ein globales electronic battlefield, wie ein computergesteuertes, auf sämtlichen Finanzmärkten simultan ausgefochtenes Kriegsspiel.

Mit computergesteuerten Börsendeals werden in Sekundenschnelle Milliardenwerte umgeschichtet. Beim ebenso einträglichen wie hoch riskanten program trading profitieren die Börsenjobber von den minimalen Differenzen zwischen den effektiven und tendenziell möglichen Kursen, ohne sich um die realen Grundlagen der hinundhergeschobenen Wertpapierpakete im geringsten zu scheren. Konzernfusionen werden erzwungen, bei denen von vornherein feststeht, daß sie jeder betriebswirtschaftlichen Logik Hohn sprechen. Das Lieblingsspiel der Börsenyuppies sind jene an der Grenze zur Kriminalität durchgepeitschten leveraged buy-outs (lbos) spekulative Konzernaufkäufe, bei denen die Bilanzwerte des aufzukaufenden Konzerns als Sicherheiten für die im Grunde wertlosen junk bonds fungieren, mit denen arglose Kapitalanleger düpiert werden. Lbos verfolgen das Ziel, die in der Bilanz verborgenen Werte des Opfers bis auf den letzen Heller zu realisieren, indem man den Konzern in seine Bestandteile zerlegt und diese meistbietend zu verhökern trachtet. Nur wenn dies gelingt, können die junk bonds partiell oder zur Gänze eingelöst werden. Es gelingt selten genug.

Kraft dieser und anderer High-tech-Finanztransaktionen hat sich das weltumspannende Börsengeschäft unendlich weit vom real erwirtschafteten globalen Bruttosozialprodukt und von den inhärenten Werten der Unternehmen und Immobilien abgehoben; es hat sich jeder Kontrolle entzogen und droht, die gesamte Weltwirtschaft ins Chaos zu stürzen. Bereits im Frühjahr 1987 warnte der Vorstandsvorsitzende der Bank of Montreal (Annual Report 1987): "Der Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen beläuft sich im Jahr auf etwas mehr als \$ 3 Billionen, das ist aber bloß ein Zehntel des gesamten Devisenhandels und ein Fünfundzwanzigstel des Eurodollargeschäfts. Infolgedessen haben mehr und mehr Finanztransaktionen keinen Ursprung mehr in der Produktion, im Handel, in der Wertschöpfung oder in der Beschäftigung."

Der Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 - heraufbeschworen durch inflationäre Kurssteigerungen der Börsenpapiere, die in deren etwaigen real erwirtschafteten Wertzuwächsen nicht verankert waren, und ausgelöst durch exzessives program trading - versetzte dem Finanzkapital einen heftigen, auf sämtlichen Kapitalmärkten gewaltig nachbebenden Stoß. Die Wertpapiere verloren binnen weniger Stunden im Schnitt ein Viertel ihres inflationierten Handelswerts.

Der Börsencrash ruinierte Tausende Unternehmen: Mit dem Kursverfall der Aktien verkümmerten Märkte und Kredite. Er vernichtete die Arbeitsplätze von Millionen Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten. Millionen Senioren betrog der crash um ihre ein Leben lang mühselig zusammengesparte, vermeintlich sicher angelegte Altersversorgung. Hunderttausende Finanzyuppies verjagte er aus dem Schlaraffenland der Erfolgsprämien und gentrifizierten Luxusheime in die rauhe Wirklichkeit der gemeinen Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit. Allein die Generäle und Obristen der global operierenden Herrscherhäuser der haute finance zogen aus alledem keine Lehren. Seit Oktober 1987 haben sie die Aktienkurse wieder um reichlich 50 % hochgetrieben. Wie aber California mit großer Wahrscheinlichkeit ein schweres Erdbeben bevorsteht, so mehren sich die un-

übersehbaren Anzeichen für einen baldigen neuen crash. Manches spricht dafür, daß er nicht annähernd so glimpflich verlaufen wird wie der letzte.

Welch katastrophale Auswirkungen eine schrankenlose Börsenspekulation im Zusammenspiel mit einer schweren Rezession auf die Metropolen minder spektakulär, obzwar kaum minder ruinös auf kleinere Kommunen und urbanisierte Regionen - zeitigt, das läßt - neben zahlreichen anderen Immobilien- und Unternehmensdebakeln - der rezente Kollaps der canadischen Terraingesellschaft Olympia & York (O&Y) deutlich erkennen.

Mit ihren auf \$ 20 Milliarden taxierten gewerblichen Immobilien in Canada und den USA galt O&Y, die führende Terraingesellschaft der Welt, nicht bloß als ein erzsolides, sondern auch als ein mit viel Umsicht und Weitblick planendes Unternehmen. Ehe O&Y ein Großprojekt anging wie First Canadian Place in Toronto oder das World Financial Center in New York -, hatte es dessen künftige Hauptmieter bereits unter Vertrag. Dann aber packte die Gier auch die Brüder Reichmann, die geheimnisumwobenen Eigentümer des Familienunternehmens Olympia & York. Sie beteiligten sich am Ankauf von zwei der größten US-Kaufhauskonzerne, Allied Stores und Federated Department Stores. Beide Einzelhandelskonzerne hielten den bei der Durchführung der leveraged buy-outs an ihrer Kapitalbasis vorgenommenen Manipulationen nicht stand: Am 15. Januar 1991 mußten sie Bankrott anmelden.

Die durch diesen Bankrott erlittenen Verluste - an Kapital, doch gewichtiger noch an Vertrauen - trafen O&Y schwer und in einer ohnehin prekären Lage. Der 1988 als reines Spekulationsobjekt unternommene Bau von Canary Wharf auf Londons Isle of Dogs - mit 450 000 m2 Nutzfläche der gewaltigste Bürokomplex in einer Hand - hatte den Reichmanns äußerste Raffinesse bei der Finanzierung der auf \$ 7 Milliarden kalkulierten Baukosten abverlangt. Und wider ihre Gepflogenheiten hatten sie bei Baubeginn noch keine Hauptmieter unter Vertrag.

Als 1990 die Büromärkte weltweit in eine tiefe Krise abrutschten, stagnierten die Mieteinnahmen, um später zurückzugehen. Obendrein geschah das Malheur mit dem Bankrott der beiden Kaufhauskonzerne. O&Ys filigrane Finanzierungskonstruktion erwies sich als gefählich labil. Nachdem im Frühjahr 1992 etwa \$ 4,5 Milliarden in Canary Wharf verbaut waren und Überbrückungskredite benötigt wurden, um diverse Finanzierungslücken zu schließen, zögerten die rund hundert involvierten Banken, die den Reichmanns bisher stets Kredit gewährt hatten. Während in den Bankenkonsortien über O&Ys Kreditbegehren verhandelt wurde, schälte sich heraus, daß auf der canadischen Terraingesellschaft etwa \$ 20 Milliarden Schulden lasteten. Daraufhin verweigerten die Banken den Kredit, die Bauarbeiten an Canary Wharf kamen zum Stillstand.

Kurz vor der Immobilienkrise angefangen, hat sich O&Ys Megaprojekt auf der abseits gelegenen Isle of Dogs trotz milliardenschwerer Infrastrukturinvestitionen des britischen Staats und der Stadt London als ein Riesenflop erwiesen. Die Büroräume hinter den Glitzerfassaden sind nur zu 60 % vermietet, werfen aber nichts ab, weil O&Y potente Nutzer nur mit mehrjähriger Mietfreiheit hat ködern können. Die geplante Infrastruktur ist nur bruchstückhaft realisiert worden: noch immer fehlen der von Mrs. Thatcher fest versprochene Anschluß ans Londoner U-Bahnnetz und der Themsetunnel mit der Anbindung ans Autobahnnetz. So ist Canary Wharf zwar für einzelne Architekturtouristen erreichbar, nicht aber für Tausende von Arbeitskräften.

Wegen Canary Wharf und etlicher anderer, nicht so voluminöser, doch nicht minder üppiger High-tech-Kapitalfabriken (wie das Lloyds Building oder das seit seiner Fertigstellung des ersten Mieters harrende Alban Gate) stehen in der Londoner City Millionen Quadratmeter Low-tech-Büroflächen leer. Die ehemaligen Nutzer sind in Neubauten umgezogen, haben die City verlassen, ihre back offices ausgelagert oder sind pleite. Ähnlich wie an den meisten Finanzplätzen liegt auch in London der Immobilienmarkt im Koma. Er wird sich schwerlich allzubald erholen. Die fortschreitende Automation vieler Finanztransaktionen und die unaufhörlichen Zusammenschlüsse großer und mittlerer Finanzinstitute lassen das Personal ebenso zusammenschmelzen wie den Bedarf an prime space in der City. Verbrauchte Autos kann man verschrotten. Die obsoleten Büropaläste drohen, die Innenstädte selber in Schrottplätze zu verwandeln.

Die Fortexistenz der uns so verteufelt lieb und bequem gewordenen, von High-tech- und Konjunkturwellen gebeutelten Städte und verstädterten Landschaften ist - politökonomisch betrachtet - ohne grundsätzliche Eingriffe und erhebliche Einschränkungen eine schiere Unmöglichkeit. Schon seit längerem brechen die urbanen Strukturen auseinander, versinken die noch halbwegs intakten Bruchstücke in dem amorphen Brei unorganisierbarer Agglomerationen. Aus Lethargie werden wir unsere Kommunen und urbanisierten Regionen bis zum totalen Kollaps in der ach so vertrauten widersprüchlichen Manier weiternutzen und weiter auspowern,

solange die Menschen es sich gefallen lassen, daß Finanzkapital und Militär Wissenschaft, Technik, Ökonomie und Städtebau nach ihren Interessen betreiben;

solange die Wähler den für diese Rahmenbedingungen mitverantwortlichen Parteien ihre Stimmen geben oder Wahlabstinenz üben;

solange sich die Gewitterwolken der Finanzspekulation über den Gipfeln der Hochhauspaläste nicht als Hurricans über uns entladen und mitsamt den inflationierten Heißluftballons der Börsendeals das kapitalistische System hinwegfegen, dem wir diesen unhaltbaren Zustand verdanken, und auch die Produktionsstätten, in denen unser aller Bruttosozialprodukt erarbeitet wird, und nur das steht wirklich zur Verteilung;

bis sich die Erde wehrt gegen die tödlichen Hiebe, die wir ihr seit Beginn der industriellen Revolution mit stets wachsender Wucht zu versetzen für opportun und legitim halten. Werner Ruf

Die Vereinten Nationen zwischen Ordnungsmacht und Legitimitätsverlust

Die Organisation ruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder. (Art. 2, Abs. 1 Charta der Vereinten Nationen)

Seit dem Ende von Bipolarität und Systemgegensatz hat sich auch die Rolle der Vereinten Nationen - präziser: des UN-Sicherheitsrats - fundamental gewandelt. Diese epochale Zäsur manifestierte sich in den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zum Konflikt zwischen Irak und Kuweit und in dem im Auftrag des Sicherheitsrats von der US-geführten Allianz unternommenen Krieg gegen den Irak. Während seither im überwiegenden Teil der Presse und der politischen Publizistik davon die Rede ist, daß "die Vereinten Nationen" nun endlich "handlungsfähig" geworden seien, während euphemistisch die Vereinten Nationen - denn gemeint ist abermals nur ihr Sicherheitsrat - als "Weltregierung", ja "Weltgewissen" bezeichnet werden, stellt sich immer akuter die Frage, inwieweit jüngste Beschlüsse und Aktionen dieses seither unipolar geführten Sicherheitsrates ein völkerrechtliches Dilemma heraufbeschwören, indem sie gegen Geist und Buchstaben der UN-Charta verstoßen, zugleich aber selbst neue völkerrechtliche Normen setzen.

Weitreichende Konsequenzen hat diese radikale Veränderung des Internationalen Systems für die Länder des Südens. Zunächst eine Anmerkung zur Begrifflichkeit: Nach dem Verschwinden der sogenannten Zweiten Welt macht es nicht mehr viel Sinn, von einer "Dritten Welt" zu reden: Die neue Polarisierung verläuft entlang der Nord-Süd-Achse, wobei allenfalls noch unklar ist, wo eine Vielzahl der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion einzuordnen sein wird. Gravierend sind diese Konsequenzen nicht nur wegen der sich nun plötzlich zeigenden "Handlungsfähigkeit" des UN-Sicherheitsrats, sondern auch wegen des Verlusts marginaler autonomer Handlungsspielräume, die den Staaten der vormals sogenannten Dritten Welt zur Verfügung standen, da sie sich durch die Wahlmöglichkeit stärkerer Anlehnung an den Westen oder an den Osten gewisse Vergünstigungen und einen, wenn auch relativen, Grad außenpolitischer Handlungsfreiheit sichern konnten. Voraussetzung hierfür war der Respekt der Souveränität auch der Staaten des Südens, selbst wenn die Auto-

Siehe den großartigen Entwurf für die zukünstige Weltführungsrolle der USA von Charles Krauthammer: The unipolar moment; in: Foreign Affairs, Bd. 70, 1990/91, Nr. 1, S. 23-33.

Vgl. Ruf, Werner: Von der Chaos-Macht zum Ohnmachts-Chaos: Die sogenannte Dritte Welt nach dem Ende der Bipolarität; in: Z, Nr. 8 (Dez. 1991), S. 53-62.

nomie dieser Staaten durch Weltwirtschaftssystem und IWF begrenzt waren und sind. Und selbst wenn das Souveränitätsprinzip im engeren Einflußbereich der beiden Vormächte wie z.B. in Lateinamerika oder in der CSSR durchbrochen wurde, so waren dies Ausnahmen, die für die Großmächte zumindest "klimatisch" nicht folgenlos blieben.

Mehr noch als der Verlust (teil-)autonomer Handlungsspielräume - und dies ist die zentrale hier zu verfolgende These - laufen die Resolutionen des Sicherheitsrats und die auf ihrer Grundlage unternommenen Aktionen unter Führung der großen Mächte darauf hinaus, wesentliche Teile der Souveränität der Länder des Südens außer Kraft zu setzen. Dieser vom Sicherheitsrat initiierte Prozeß der Entsouveränisierung macht das Völkerrecht in seiner Anwendung beliebig, verstößt gegen die in der Charta festgelegten und vom derzeitigen Generalsekretär der Vereinten Nationen³ immer wieder betonten Prinzipien von der Unverletzlichkeit der Souveränität aller Staaten. Letztlich jedoch läuft dieser Erosionsprozeß des bestehenden Völkerrechts darauf hinaus, Gewalt - und Gegengewalt - zu legitimieren, kurzum, bestehende rechtliche Normen im Internationalen System zunehmend außer Kraft zu setzen.

In der Tat besteht ein Dilemma darin, daß die UN-Charta in ihrem Wortlaut bereits die Begriffe "Nation" und "Staat" als wesensgleich setzt. Die meisten Konflikte dieser Zeit jedoch sind Armutskriege, also Bürgerkriege. Hieraus ergibt sich ein Dilemma: Das absolute Souveränitätsprinzip der UN-Charta gerät in Konflikt mit dem Prinzip der Menschenrechte, welches in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen erwähnt wird, deren Durchsetzung jedoch nicht Gegenstand der vom Souveränitätsprinzip ausgehenden Charta ist.

Erstmalig durchbrochen wurde dieses Prinzip durch die Resolution Nr. 688 des UN-Sicherheitsrats⁷, in der der Sicherheitsrat "verlangt, daß Irak als Beitrag zur Beseitigung der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Region diese Unterdrückung (der kurdischen und schiitischen Bevölkerung) sofort einstellt, und bringt ... die Hoffnung zum Ausdruck, daß ein offener Dialog stattfinden wird, der sicherstellt,

Boutros-Ghali, Boutros: Agenda für den Frieden, Bericht des UN-Generalsekretärs vom 17. Juni 1992 gemäß der am 31. Januar 1992 vom Gipfeltreffen des Sicherheitsrats verabschiedeten Erklärung; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 9/1992, S. 1130-1150, in der Boutros-Ghali in 7 Artikeln auf die Unverletzlichkeit des Prinzips der Souveränität aller Staaten hinweist.

Siehe ausführlicher hierzu: Ruf, Werner: Die Neue Welt-UN-Ordnung, Lit-Verlag Münster (in Vorbereitung).

Vgl. hierzu: Roberts, Adam: The United Nations and International Security; in: Survival, Bd. 35, Nr. 2 (Sommer 1993), S. 3-30.

"Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, ... den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an die Würde und den Wert der menschlichen Person, an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und großen und kleinen Völkern erneut zu bekunden ..."

Text der Resolution in: Vereinte Nationen, H. 2/1991, S. 77.

daß die Menschenrechte und politischen Rechte aller irakischen Bürger respektiert werden" (Abs. 2). Der Rat "besteht darauf, daß Irak den internationalen humanitären Organisationen sofortigen Zugang zu allen hilfsbedürftigen Personen in allen Teilen Iraks gewährt ..." (Abs. 3).

Diese Resolution wurde folgerichtig von der US-Regierung nahestehenden Völkerrechtlern aber auch von der Bundesregierung als innovatives und "präzedenzloses" Ereignis gefeiert, da nunmehr (auswärtige) bewaffnete Einheiten die Handlungen humanitärer Hilfsorganisationen beschützen könnten. Zur Interpretation wird verwiesen auf eine Feststellung des früheren Generalsekretärs Peres de Cueillar, wonach elementare Menschenrechte Vorrang haben sollten vor willkürlich auf einer Karte gezogenen Grenzen. In konsequenter Fortsetzung des Arguments wird sodann die "fundamentale Re-Evaluierung" traditioneller Begriffe betreffend die Souveränität gefordert und die Schlußfolgerung gezogen, "daß Prinzipien, die sich auf staatliche Souveränität und inländische Jurisdiktion beziehen, ihren privilegierten Status verloren haben, insbesondere, wenn sie in Konflikt geraten mit dem Schutz fundamentaler Menschenrechte" 11.

So begrüßenswert die Resolution Nr. 688 und ihre hier referierte weitgehende Interpretation auf den ersten Blick manchen erscheinen mag, so ergibt sich hieraus doch ein grundsätzliches Problem, zum einen für die Gültigkeit des in der UN-Charta festgelegten Souveränitätsprinzips, zum anderen für die Art und Weise des Umgangs mit der extrem schwierigen Kategorie "Verletzung der Menschenrechte". Angesichts der weltweiten Verletzung von Menschenrechten und der relativen Vagheit des Begriffs, werden Interventionsforderungen, die sich hierauf beziehen, notwendigerweise selektiv - ganz abgesehen von der Tatsache, daß sie ja nach wie vor, wo etwa die Interessen der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates betroffen sind (im Falle Nordirlands oder Korsikas?), durch das Veto blockiert werden können.

Siehe exemplarisch: Gallant, Judy A.: Humanitarian intervention and Security Council resolution 688: A reappraisal in light of a changing world order; in: The American University Journal of International Law and Policy, Bd. 7, Nr. 4, (Sommer 1992), S. 881-920, hier S. 882f. Im gleichen Sinne hatte auch Bundesaußenminister Genscher diese Resolution bewertet: "Die Resolution 688 hat historische Bedeutung. Sie hat erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Mißachtung der Menschenrechte den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht. Sie kann nicht mehr nur als innere Angelegenheit eines Staates behandelt werden. Das ist eine wichtige Fortentwicklung des Völkerrechts." (Erklärung des Bundesaußenministers vor dem Bundestag am 17. April 1991, zit. n. Europa-Archiv vom 10. Mai 1991, S.D 238.

Judy Gallant paraphrasiert hier die Rede von Peres de Cueillar auf dem Annual Meeting of the Conference on Washington Representatives on the United Nations vom 6. Aug. 1991, S. Gallant a.a.O. S. 883.

Siehe Gallant, a.a.O., S. 883.

¹¹ Gallant a.a.O., S. 883f (Übersetzg. aus dem Englischen W.R.).

Dieses "humanitäre Interventionsrecht", welches erstmals im Irak praktiziert wurde und (rein zufällig?) jene Regionen im Süden und im Norden des Irak umfaßt, in denen die irakische Erdölproduktion liegt, wurde für die "humanitäre Intervention" in Somalia zur Handlungsmaxime, wobei der letztere Fall in der Tat dadurch kompliziert wird, daß sich in Somalia das staatliche Gewaltmonopol de facto aufgelöst hatte.

Der Weg der Entsouveränisierung

Dennoch gerät der Sicherheitsrat durch diesen ins Beliebige und schier Endlose ausweitbaren Interventionsanspruch in eine Vielzahl von Dilemmata: Bereits im Falle "klassischer" zwischenstaatlicher Konflikte wie aber auch seitdem er sich für Menschenrechtsfragen zuständig erklärt, hat sich der Sicherheitsrat bisher äußerst inkonsequent und offenkundig parteilich verhalten, was nicht zuletzt aus der Dominanz der USA im Internationalen System bereits vor Ende der Bipolarität und erst recht seither resultiert. So hat er, um nur wenige Beispiele zu nennen, sehr unterschiedlich auf durchaus ähnlich gelagerte Konflikte reagiert:

- Den Angriff Iraks auf Kuweit und die spätere Annexion beantwortete der UN-Sicherheitsrat mit jener Resolution Nr. 678, die "die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung Kuweits kooperieren (ermächtigt), ... alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 und allen später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen ..."

Nach Beendigung der Kampfhandlungen gipfelte der Konflikt in der Verabschiedung der Resolution 688, die eine teilweise Entsouveränisierung des Irak zur Folge hatte.

- Völlig anders verhält sich der Sicherheitsrat im Falle Israels, das - trotz der Sicherheitsratsresolutionen Nr. 242 und 338 - seit über einem Vierteljahrhundert das Westjordanland und den Gaza-Streifen besetzt hält und völkerrechtswidrig die Golanhöhen und Ostjerusalem annektiert hat. Seit Ende des Zweiten Golfkriegs wird über diesen Konflikt zwar verhandelt. Jedoch ist wohl allen Beteiligten ebenso wie allen Beobachtern klar, daß, sollte überhaupt ein Verhandlungsergebnis erreicht werden, dies keinesfalls den Forderungen der erwähnten Resolutionen des Sicherheitsrats entsprechen wird. A. Roberts spricht daher zu Recht von der Gefahr, daß der Sicherheitsrat Gefahr läuft, unterschiedliche Standards zu setzen.

- Ähnlich eklatant verletzt der Sicherheitsrat seine eigenen Resolutionen im Falle der von Marokko seit fast einem Vierteljahrhundert besetzten und annektierten ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara: Nur Bruchteilen des Personals, das ein Referendum über die völkerrechtliche Zukunft des Gebietes überwachen soll, wurde von König Hassan die Einreise in das

Voller Wortlaut wiedergegeben in: Ruf, Werner (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, Münster 1991, S. 207.

13 Siehe Roberts, a.a.O., S. 23f.

Gebiet gestattet. Das UN-Personal ist nunmehr fast zwei Jahre vor Ort, die etwa 6 Monate nach Beginn der UN-Operation vorgesehene Volksabstimmung konnte bis heute nicht stattfinden; stattdessen hat der König sowohl in Marokko wie in der Westsahara Kommunal-, Regional- und Parlamentswahlen durchführen lassen und damit unter den Augen der UNO seine Souveränitätsansprüche demonstrativ dokumentiert. Der UN-Sicherheitsrat, der andernorts (Irak, Somalia) zum Schutz der Menschenrechte militärisch interveniert, hat seinem in der Westsahara stationierten Personal untersagt, Sahrauis zu schützen, die sich vor Verhaftung und Folter in die Stützpunkte des UN-Personals flüchten wollen. 14

In Angola wurden Ende September 1992 unter Aufsicht des UN-Sicherheitsrats Wahlen durchgeführt, die mit einem eindeutigen Sieg der regierenden MPLA endeten. Die von Jonas Savimbi geführte UNITA nahm nach dieser Wahlniederlage ihren Kampf gegen die Regierung wieder auf, das Land versinkt derzeit in Terror und Bürgerkrieg, ohne daß der Sicherheitsrat das Morden der UNITA beenden und dem eindeutigen Wahlergebnis zum Durchbruch verhelfen würde.

- Weiteres Neuland betrat der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution Nr. 731 vom 21. Januar 1992¹⁶, in der Libyen aufgefordert wurde, auf Ansuchen Großbritanniens und der USA Staatsbürger an deren Gerichte auszuliefern, die von den beiden Staaten verdächtigt werden, am Attentat auf das PANAM-Flugzeug über Lockerbie beteiligt gewesen zu sein. Die Nichtbefolgung dieser Resolution durch Libyen wurde am 31.3.1992 durch die - am 15.4.1993 verlängerte - Resolution Nr. 748¹⁷ sanktioniert, die Libyen mit einem totalen Waffen- und Luftverkehrsembargo belegt. Zutreffend stellt der Völkerrechtler Knut Ipsen zur Resolution Nr. 731 fest: "Das Ansuchen des Sicherheitsrats an einen Mitgliedstaat, zwei eigene Staatsangehörige zum Zwecke der Strafverfolgung an andere Mitgliedstaaten zu übergeben, berührt den Wesensgehalt der inneren Souveränität, nämlich den nach dem Territorialitätsprinzip primär der Gebietshoheit entfließenden Ermittlungs-, Verfolgungs- und Strafanspruch eines Staates auf seinem Hoheitsgebiet." ¹⁸

Auf die Aufführung weiterer Fälle wie beispielsweise Ost-Timor oder Zypern oder Somalia, auf das noch zurückzukommen sein wird, soll hier verzichtet werden. Der Weg, den der UN-Sicherheitsrat in den drei Jahren seit dem Überfall des Irak auf Kuweit zurückgelegt hat, ist weit und impli-

FAZ, 4. Jan. 1993; vgl. Bericht des UN-Generalsekretärs an den UN-Sicherheitsrat vom 26. Jan. 1993, UN Doc. S 25170, Abs. 24 und 25.

Vgl. u.a. Libération, 5. Okt. 1992.

¹⁶ Siehe Text in: Vereinte Nationen, Nr. 2/1992, S. 67.

Text in: Vereinte Nationen, H. 2/1992, S. 68f.

¹⁰ Ipsen, Knut: Auf dem Weg zur Relativierung der inneren Souveränität bei Friedensbedrohung - Zu den Libyen-Resolutionen des Sicherheitsrats; in: Vereinte Nationen, H. 2/1992, S. 41-45.

ziert eine Vielzahl von Konsequenzen. Er begann an jenem Punkt, ab dem die neue unipolare Weltordnung. sich zu etablieren begann, in der Vor-Phase des Zweiten Golfkriegs: "Konnte man im Oktober (1990) noch davon sprechen, daß der Sicherheitsrat Herr der Lage und seiner Sanktionsmittel war, so fand dies spätestens mit der Resolution 678 sein Ende: Kein Wort über Art und Ausmaß der Mittel, vollkommener Verzicht auf Einschaltung des Generalstabssausschusses (Art. 47) und damit auf die strategische Leitung und eventuelle Begrenzung des Unternehmens. Im Gegenteil, die USA hatten von vornherein angekündigt, ihre Truppen unter keinen Umständen einem UNO-Oberkommando zu unterstellen. Damit hatten sie faktisch Artikel 46 außer Kraft gesetzt."

Dilemmata des Sicherheitsrates

Das Zurücktreten des Sicherheitsrats zu Gunsten von "Beauftragten", die ihre Handlungsspielräume nach eigenem Gutdünken definieren, die extrem ungleiche Behandlung von gleich oder ähnlich gelagerten Konflikten je nach "Enge" der Beziehungen der beteiligten bzw. betroffenen Akteure zu der den Sicherheitsrat dominierenden Macht und die fallweise praktizierte "Weiterentwicklung" des Völkerrechts in Richtung auf die partielle Entsouveränisierung von Staaten eröffnen eine bisher unbekannte Spielbreite selektiver Handhabung eben dieses Völkerrechts. Dies dürfte zumindest solange der Fall sein, wie die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats diesbezüglich Einigkeit erzielen. Die Entscheidungen und das Verhalten des Sicherheitsrats während der vergangenen drei Jahre führen zu der Gefahr, daß Völkerrecht nicht mehr kalkulierbar, sondern beliebig wird oder, schärfer ausgedrückt: daß es zu einem beliebig anwendbaren Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Nordens gegen den Süden verkommt.

Im folgenden soll nun hingewiesen werden auf weitere Probleme, die sich aus den jüngsten Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats für die Zukunft des Internationalen Systems (so dieses dann noch diesen Namen verdient) ergeben:

1. Die Überschreitung der Grenze, die durch strikte Anwendung des Souveränitätsprinzips gegeben ist, führt den Sicherheitsrat oder seine Auftragnehmer geradewegs in die Einmischung in innere Angelegenheiten, denn in Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Situationen wird es na-

hezu unmöglich, die in der Charta verankerten Prinzipien und Regeln der Konfliktvermeidung und -lösung zu respektieren, da sie hierfür überhaunt nicht gedacht sind. Die Bürgerkriegsparteien selbst erfahren, sei es als Partner oder Gegner, durch die Aktionen der VN eine Anerkennung und Aufwertung im Sinne von Völkerrechtssubjekten. Jenseits der Unoleichbehandlung von bürgerkriegsähnlichen Konflikten impliziert dies das Problem, daß die Vereinten Nationen bzw. ihr Sicherheitsrat selbst Konfliktpartei werden, also nicht mehr als neutraler und übergeordneter Schlichter auftreten können. Am eklatantesten ist dies derzeit im Falle Somalias gegeben, wo plötzlich eine der Bürgerkriegsparteien zum Gegner der UN-Aktion erklärt wurde und somit die Truppen der "humanitären Intervention" der UN selbst Kriegspartei sind. Das in der UN-Satzung zwar nicht vorgesehene, aber inzwischen etablierte Instrument der "Blauhelme", die im Einverständnis aller Konfliktparteien zwischen den Fronten konfliktmindernd wirken sollten, wird in solchen Konflikten unbrauchbar.

2. In dem Maße, in dem die vom Sicherheitsrat, in seinem Namen oder Auftrag entsandten Truppenteile selbst kriegführende Partei werden, stellt sich auch für sie die Frage der Einhaltung des Kriegsvölkerrechts: Zu Recht stellt Roberts²¹ in diesem Zusammenhang die Frage, ob internationale Streitkräfte, die im Auftrag der Völkergemeinschaft handeln, gleichfalls dem Kriegsvölkerrecht zu unterwerfen sind, wie dies für "gewöhnliche Kriegführende" gilt: Bereits im Krieg gegen Irak verletzten die USA das Kriegsvölkerrecht²², noch eklatanter ist dies der Fall bei der Intervention in Somalia, die inzwischen in wachsendem Maße zivile Opfer fordert. Nicht zuletzt: Wo wäre die übergeordnete juristische Instanz, die über etwaige Verletzungen des Kriegsvölkerrechts in solchen Fällen zu befinden hätte?

3. Der immense reale Machtunterschied zwischen den Mitgliedern der Vereinten Nationen, der außerdem durch die Konstruktion des Sicherheitsrats noch unterstrichen wird, wirft formal ein weiteres juristisches Problem auf und untergräbt die sich auf eine internationale Moral berufende Akzeptanz der UN-Operationen. Bereits beim Zustandekommen der Sicherheitsratsresolution Nr. 678 hatten die USA darauf bestanden, daß die Operationen unter ihrer militärischen Führung und nicht unter der Führung des nach Artikel 47 der UN-Charta vorgesehenen Generalstabsausschusses durchgeführt würden. Der Finanzschwäche der Vereinten Nationen einerseits steht andererseits gegenüber das Interesse (oder Desinteresse) der großen Mächte an einem Konflikt: Nur wenn die Perzeption des nationalen Interesses eine wie auch immer im Namen oder Rahmen der UN definierte Intervention lohnend erscheinen läßt, dürfte

Diese Diagnose impliziert keineswegs, daß der Verfasser der Ansicht sei, daß das Internationale System von nun an und längerfristig durch Unipolarität gekennzeichnet sei. Ganz im Gegenteil scheinen sich die Zeichen zu mehren, die auf die Herausbildung einer Tripolarität hindeuten. Vgl. Ruf, Werner: Deutschlands neue Rolle in der Welt; in: Z, Nr. 10 (Juni 1992), S. 17-24.

Paech, Norman: Die Vereinten Nationen und ihr Krieg - Vom Umgang mit dem Völkerrecht; in: Ruf, Werner (Hrsg.): Vom Kalten Krieg zur heißen Ordnung, Münster 1991, S. 62-73.

²¹ Roberts, A., a.a.O., S. 22.

²⁴ Siehe Clark, Ramsey: Wüstensturm - US-Kriegsverbrechen am Golf, Göttingen 1993, insbes. S. 97-128.

eine solche Aktion zustande kommen. Hierin mag das unterschiedliche Verhalten der großen Mächte - allen voran der USA - in der Ungleichbehandlung von Konflikten wesentlich zu suchen sein. Auch dieser Prozeß trägt mittel- bis langfristig zur Aushöhlung der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrats als eines neutralen, unparteiischen und supranationalen Konfliktlösungsinstruments bei. Schließlich ist kaum zu erwarten, daß Staaten sich der Handhabung des überaus kostspieligen Instruments Militär zu Gunsten einer sich ihrer Kontrolle entziehenden supranationalen Organisation begeben werden. Hier dürfte auch der schwächste Punkt der "Agenda für den Frieden" von Boutros-Ghali liegen, wenn er die Einrichtung stehender Verbände unter dem Kommando des Generalsekretärs und eines Generalstabsausschusses des Sicherheitsrates einfordert.²³

4. Ein bisher weder von Völkerrecht noch von Politikwissenschaft hinrejchend angedachtes Problem ergibt sich aus der Tatsache, daß beide Disziplinen auf der Ebene des Internationalen Systems "Staat" und "Nation" weitestgehend synonym verwenden.²⁴ Dies impliziert einerseits, daß "Staat" als Repräsentant von "Nation" angesehen wird, andererseits jedoch ist das Internationale System als Staatengemeinschaft konzipiert und verregelt. Mit der Wiederauferstehung der Nationalismen und Separatismen scheint dieses System brüchig zu werden. Andererseits ist bisher eine internationale Gemeinschaft kaum vorstellbar ohne den Staat als intermediärem Akteur zwischen dem Staatsvolk und den übrigen (National-)Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft. Erst das Souveränitätsprinzip legte das Fundament für das moderne Völkerrecht wie auch für die politikwissenschaftliche Disziplin der Internationalen Beziehungen. Es erscheint kaum vorstellbar, wie eine supranationale Organisation agiert bzw. mit wem sie interagiert, wenn der Staat als intermediärer Akteur zwischen einem Kollektiv von Individuen und der internationalen Gemeinschaft zu existieren aufhört. Dies zeigt sich exemplarisch am Beispiel Kroatiens, wo die frühe Anerkennung eines sich "ethnisch" definierenden Staates bei ungeklärten ethnischen Zugehörigkeitsgefühlen der Bevölkerung mehr Probleme geschaffen haben dürfte als diese Anerkennung gelöst hat.²⁵ Die unter dem Stichwort der "humanitären Intervention" praktizierten Eingriffe in innerstaatliche Angelegenheiten ebenso wie der partielle Entzug der inneren Souveränität (Fallbeispiel Libyen) beleuchten eine völlig neue Problemlage des Internationalen Systems - welches dann möglicherweise diesen Namen nicht mehr verdient - wenn nämlich das System kollektiver Sicherheit, welches die Vereinten Nationen sind, vor Konflikten steht, die sich aus der Auflösung staatlicher Souveränität (Somalia) ergeben, oder

wenn es selbst entsouveränisierend in die Angelegenheiten der dieses System tragenden Subjekte eingreift.

5. Ein letztes und wesentliches Problem ergibt sich aus der Frage nach der Rechtmäßigkeit von Interventionen im Namen, im Rahmen oder im Auftrag des UN-Sicherheitsrats unter dem Gesichtspunkt der Rechtstaatlichkeit. Auf rechtstaatliche Legitimation der Entscheidungen des Sicherheitsrats verweisen nicht nur Begriffe wie "Weltregierung", Rechtstaatlichkeit wird auch dadurch suggeriert, daß die Entscheidungen und Handlungen des Sicherheitsrats mit dem Völkerrecht konform gehen. Daß dies seit drei Jahren mehr als problematisch geworden ist, wurde oben aufgezeigt. Zusätzlich erhebt sich jedoch die Frage, wo - im Sinne der Basis von Rechtstaatlichkeit auf der Grundlage einer Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative - jene Instanz sei, die die Rechtskonformität der Entscheidungen des Sicherheitsrats ebenso überprüfen könnte wie die Umsetzung der Entscheidungen in konkrete Handlungen durch iene, die "im Auftrag" oder "im Rahmen" des Sicherheitsrats tätig werden. Weder hat die UN-Vollversammlung die Möglichkeit einer Art narlamentarischer Kontrolle über den Sicherheitsrat, noch hat der Internationale Gerichtshof die Kompetenz einer Normenkontrollinstanz gegenüber dem Sicherheitsrat. Parteien vor dem Internationalen Gerichtshof sind die Mitglieder der Vereinten Nationen, nicht aber der Sicherheitsrat selbst (s. Kap. XIV der UN-Charta). Die Blockade einer Entscheidung des Sicherheitsrats kann allein in diesem selbst erfolgen, entweder durch mindestens ein Veto eines Ständigen Mitglieds oder durch das "kollektive Veto" der Nichtständigen Mitglieder, wenn diese eine absolute Mehrheit erreichen.

Die partielle und selektive Aufhebung des Prinzips der nationalstaatlichen Souveränität wird ganz offensichtlich nur angewendet gegenüber den schwachen Staaten des Südens, für die, wie Paech sehr richtig feststellt, "die Souveränität oft der einzige verbliebene Schutzschild gegen den politischen, ökonomischen und militärischen Zugriff des Nordens (ist)"²⁶. Die von Paech logisch gefolgerte Konsequenz, daß sich Zwangsmaßnahmen und Interventionen folgerichtig auch auf Fälle der Umweltgefährdung und der Entwicklung und Produktion von Massenvernichtungsmitteln (wie dies im Irak ja geschieht!) beziehen müßten, ist angesichts der realen Machtverhältnisse in der sogenannten neuen Weltordnung wohl eher illusorisch und unterstreicht die Willkür dieser Art der Fortentwicklung des Völkerrechts.

Völkerrechtlich verkleidete Machtpolitik des Nordens gegenüber dem Süden, von Fall zu Fall willkürliche Anwendung des "neuen" Völkerrechts und ebenso willkürliche Unterlassung der Anwendung überkommener Grundsätze wie beispielsweise des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Siehe oben, Anm. 3.

vgl. Roberts, Anm. 5.

Zametica, John: The Yugoslav Conflict, Adelphi Paper Nr. 270, London 1992; vgl. auch Schmidt, Peter: The Special Franco-German Security Relationship in the 1990s, Institute for Security Studies, Chaillot Papers Nr. 8, Paris, Juni 1993, insbes. S. 27-31.

Paech, Norman: Eine kopernikanische Wende des Völkerrechts? Oder: Welches Recht in welcher neuen Weltordnung? In: Sicherheit und Frieden, H. 1/1992, S. 11-15, hier S. 15.

sind mehr als ein juristisches Problem. Sie sind direkter Aussluß der seit Ende der Bipolarität neu entstandenen globalen Machtverhältnisse, und sie werden zunehmend zum Instrument einer Legalisierung von Herrschaft des Nordens über den Süden. Daß diese Art selektiver und arbiträrer Anwendung des Völkerrechts im Süden als legitim empfunden wird und Akzeptanz weckt, darf bezweifelt werden, Ganz im Gegenteil erscheint diese Völkerrechtspraxis als die Kodifizierung des Rechts des Stärkeren. Als willkürlich empfundene und von Fall zu Fall eher beliebig praktizierte Gewalt produziert Gegengewalt. Der Fall Somalia dürfte hierfür nur ein erstes Beispiel sein. Auf dem Spiel steht jedoch mehr: Die Glaubwürdigkeit jenes Systems kollektiver Sicherheit, als das die Vereinten Nationen geschaffen worden sind. Schwindet dort das Prinzip der Gleichbehandlung und der Überparteilichkeit, so kann nicht erwartet werden, daß Konfliktparteien weiterhin einem System kollektiver Sicherheit Vertrauen entgegenbringen, welches sich selbst zunehmend zu einem unkontrollierbaren Interventionsinstrument denaturiert.



1/93: EG ★ 3/93: Bevölkerungspolitik 40 S., DM 6,50 zzgl. Porto **DRITTE WELT 2/1993**

UNO

- ★ Blauhelme für Frieden und Menschenrechte?
- ★Sprungbrett für die Bundeswehr
- ★ Der UNO-Skandal in der Westsahara
- ★UN-Mission in Angola endet im Krieg
- ★ Kambodscha -Ende gut? Alles gut?
- ★Perverse Folgen des Irak-Embargos
- ★ Somalia "rein humanitäre" Intervention? Außerdem: El Salvador -FMLN I Kuba - Wirtschaft I Ägypten - Fundamentalisten

DRITTE) WELT Liebigstr. 46, 35037 Marburg

Michael Berndt

Macht als Grundparadigma - Zur Remilitarisierung deutscher Außenpolitik¹

1. Einleitung

Mit der Ratifizierung des 2+4-Vertrages durch alle Vertragspartner ist Deutschland ein völkerrechtlich vollständig souveräner Staat. Ein wesentliches Ziel bundesdeutscher Außenpolitik ist also erreicht; Deutschland ist Gleicher unter Gleichen. Doch diese rechtliche Gleichstellung reicht der Bundesregierung nicht aus. Mit der Zielsetzung, daß Deutschland nun endlich zu einem normalen Staat gemacht werden muß, wird daran gegangen, dem außenpolitischen Instrumentarium die Mittel hinzuzufügen, die als normal angesehen werden - im Sinne von: Was die anderen tun, muß auch Deutschland tun können. Nun ist allerdings die Bundesrepublik nicht 40 Jahre lang in der Weltpolitik abstinent gewesen. Durch Diplomatie, Außenwirtschaftspolitik u.a. hat sie es sehr wohl geschafft, ihre Interessen nicht nur zu verdeutlichen, sondern auch durchzusetzen. All diese normalen Mittel konnten dabei genutzt werden, bis auf eins: das Militär. Dies unterlag Beschränkungen, die es allerdings erst ermöglichten, überhaupt eigenes Militär aufzubauen. Mit den Emanzipationsbestrebungen Westeuropas gegenüber den USA und schließlich mit dem Ende von Ost-West-Konflikt und Bipolarität wurden aber viele der Beschränkungen hinfällig:

- Die WEU, die 1954 angetreten war, die deutsche Rüstung zu kontrollieren, wurde 1984 unter bundesdeutsch-französischer Führung mit dem Ziel reaktiviert, eine genuin europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität zu schaffen. Dabei paßten die Kontrollfunktionen gegenüber der Bundesrepublik nicht mehr in das Konzept, die letzten wurden aufgehoben.²
- Die NATO, die angetreten war, den Westen gegen die angenommene östliche Bedrohung zu verteidigen und dabei außerdem noch die Bundesrepublik innerhalb des Westens militärisch einzubinden und zu kontrollieren, hat mit dem Ende der WVO und der UdSSR ihren Gegenpart verloren. Solange es diesen Gegenpart gab, war es für die Bundesrepublik

D.h., bis auf das Verbot der Herstellung und des Besitzes von ABC-Waffen. Darauf verzichtete die Bundesrepublik allerdings 1990 im Rahmen der 2+4- und der VKSE-Verhandlungen einseitig.

Vgl. dazu auch: Berndt, Michael; Deutsche Soldaten in alle Welt? Zur zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland; In: Sozialist; 1/ Januar/Februar; 1993; S. 26-28. Während ich mich dort verstärkt mit dem Verhältnis zwischen Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigte, soll es hier primär um die der Außenpolitik zu Grunde liegenden Paradigmen gehen.

schwierig, gegen die nahezu vollständige NATO-Assignierung ihrer Streitkräfte zu argumentieren.³ Und solange bei dieser Bedrohungslage - angenommener Angriff aus dem Osten - Verteidigung Landesverteidigung hieß, war es für die Bundesrepublik schwierig zu argumentieren, daß die Bundeswehr auch außerhalb dieses geographischen Rahmens zur Verteidigung eingesetzt werden solle. Nachdem nun diese Bedrohung nahezu verschwunden ist⁴, wird aus Verteidigung zunächst Bündnisverteidigung, und das Einsatzgebiet der Bundeswehr wird über die Landesverteidigung hinaus ausgeweitet. Und mit dem Umbau der NATO-Militärstruktur und den Regelungen für die bundesdeutschen Streitkräfte auf dem Territorium der ehemaligen DDR erscheint es möglich, verstärkt auch unter rein nationalem Kommando stehende Streitkräfte aufzubauen, zumindest aber Streitkräfte, die nicht mehr direkt der NATO assigniert sind.⁵

Die Bundesrepublik scheint also im europäisch-militärischen und im NATO-Rahmen das Erreichbare erreicht zu haben (vgl.: Berndt; 1991). Geblieben sind der Instrumentalisierung des Militärs im Rahmen der Außenpolitik drei wesentliche Probleme:

die Frage, inwieweit die anderen westeuropäischen Staaten, besonders Frankreich und Großbritannien, diese Politik Deutschlands als verstärkt nationalistisch interpretieren und damit ihre Interessen gefährdet sehen;

- die Frage, inwieweit das Grundgesetz das Einsatzgebiet der Bundeswehr beschränkt;
- die Frage, wie Militär als Mittel der Außenpolitik gerade für Deutschland legitimiert werden kann, ohne als Willen zur Intervention interpretiert werden zu können.

Gerade diese letzte Frage ist von entscheidender Bedeutung. Gelingt es der Bundesregierung, Militär als normales Mittel der Außenpolitik und damit eben auch der bundesdeutschen Außenpolitik sowohl nach innen wie auch nach außen zu begründen und dann auch Militär wie ein "normaler Staat" zu gebrauchen, dann hat dies nicht nur Folgen für die konkrete Form der europäischen Integration - denn es wäre schließlich eine Re-Nationalisierung der Militär- und Außenpolitik Deutschlands -, sondern gerade auch für zukünftige internationale Konflikte und die gesamten internationalen Beziehungen - wenn Deutschland nach rein nationalen Kriterien diese "normale" Option nutzt.

Diese Remilitarisierung bundesdeutscher Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der verwendeten Terminologie soll hier das Thema sein. Die Frage ist also, was über die formale Gleichheit hinaus mit der Zielformulierung, ein "normaler" Staat zu werden, tatsächlich angestrebt werden soll und warum dabei Militär ein Mittel sein muß. Diesbezüglich gilt es zunächst zu fragen, welches die Paradigmen sind, mit denen von bundesdeutscher Seite die internationalen Beziehungen rezipiert werden, und welche Schlüsse daraus für die eigene Außenpolitik gezogen werden. Danach gilt es, dies einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, um a) die möglichen Folgen abschätzen zu können und b) mögliche Alternativen aufzuzeigen.

2. Das "neue" Paradigma deutscher Außenpolitik: Macht

Gregor Schöllgen⁶ beschreibt Deutschlands neue Rolle folgendermaßen: "O Deutschland (befindet sich) nach den dramatischen Umbrüchen der Jahre 1989/90 zweifellos in einer potentiellen Großmachtposition" (Schöllgen; 1993; S. 18). Die Entwicklungen in Europa "bedeuteten eine weitere relative Aufwertung des deutschen Gewichts innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft" (ebenda). "Die Potenz für eine aktive Großmachtpolitik (ist) vorhanden, () die (...) Voraussetzungen für gezielte Machtentfaltung (sind) gegeben" (ebenda). "Vor allem aber geht (die neue Rolle) mit Erwartungen und Ansprüchen einher, die von außen an die neue, die größere Bundesrepublik gestellt werden. (...) Die Bundesrepublik wird sich diesen zu stellen haben" (ebenda; S. 19). Einerseits "(darf) eine deutsche Großmacht () nicht immer und unbedingt das tun, was andere als 'normal' betrachten und für sich als selbstverständlich in Anspruch nehmen" (ebenda), andererseits "verbieten" sich aber "gerade den Deutschen jene politischen Sonderwege und nationalen Profilierungseskapaden, zu denen eine Großmacht naturgemäß neigt" (ebenda; S. 20). Aber "für den Augenblick (ist) nicht absehbar, ob, wann, wie und mit welchem Ziel die Großmacht Bundesrepublik ihre Macht einsetzen und nutzen wird" (ebenda; S. 18).

Macht also als Grundparadigma. So fordert Baring (1991; S. 164), daß es für die deutsche Politik gerade jetzt gelte, "etwas so Elementares wie Macht, Machtpolitik wieder für uns zu entdecken", und Schwarz schon 1985 (S. 156), daß sich die Bundesrepublik von einer "rein deklamatorische(n) Prinzipienpolitik" abwenden und zukünftig eine "verantwortliche Machtpolitik (betreiben muß/M.B.), um die eigene Unabhängigkeit und das eigene Überleben inmitten des europäischen Spannungssystems und in einem von Machtpolitik erschütterten Weltstaatensystem zu gewährleisten,

Was allerdings dem Ausbau der bundesdeutsch-französischen Militärkooperation außerhalb des NATO-Rahmens und dem Aufbau der bundesdeutsch-französischen Brigade – mit Bundeswehreinheiten, die nicht der NATO assigniert waren – nicht entgegenstand. Doch der Teil der Bundeswehr, der nicht der NATO assigniert war, und auf den somit die NATO keinen direkten Einfluß hatte, blieb unter militärischen Effektivitätskriterien gering.

Dies wird selbst in den Verteidigungspolitischen Richtlinien anerkannt (Bundesminister der Verteidigung; 1992; S. 5-6).

Vgl. zu den sich daraus ergebenden Optionen: Berndt; 1991.

Schöllgen ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen. Er leitet außerdem im Auftrag des Auswärtigen Amtes die historische Ausbildung für den höheren Auswärtigen Dienst.

aber auch, um den Zusammenbruch der labilen internationalen Ordnung zu verhindern".

Macht - "eines der beunruhigendsten Grundphänomene menschlicher Existenz", wie sie Schwarz (1987; S. 50) bezeichnet - wird so zur zentralen Kategorie wissenschaftlicher Analyse und Maßgabe für politisches Handeln. Die immanente Logik scheint dieser Sicht zunächst nicht absprechbar zu sein, wenn von Weltpolitik als Machtpolitik ausgegangen wird. Diese immanente Logik läßt sich schließlich auf folgendes reduzieren:

Mehr Macht heißt mehr Gewicht. Mehr Gewicht heißt mehr Verantwortung. Mehr Verantwortung heißt mehr Macht usw. Alle Staaten streben nach Macht, also ist der Schluß der bundesdeutschen regierungsnahen Politikwissenschaft und -beratung, dann müsse Deutschland dies auch tun verantwortlich, versteht sich.

Nach der Vereinigung ist festzustellen, daß diese Paradigmen der Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen (vgl.: Kindermann; 1984) auch verstärkt wieder von bundesdeutschen Politikern herangezogen werden. Dies geschieht zwar zunächst nicht, um direkt eigene Großmachtansprüche zu formulieren, doch ist mit der Heranziehung dieser Paradigmen zunächst eine Neudefinition Deutschlands in den internationalen Beziehungen möglich. So formuliert Kinkel (1992b; S. 2/Hervorhebung M.B.), daß "(sich) die Machtquellen und Strukturen der internationalen Beziehungen () von Grund auf (verändern)", und daraus folgend, "unsere Absage an Nationalismus und Machtpolitik alten Stils"7. Der neue Stil ist nach Kinkel eher mit "Verantwortungspolitik" (ebenda) zu beschreiben. Diesbezüglich gilt es aber eben genau für Rühe (1992; S. 17)8, eine "verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik" zu betreiben, "die Machtauch militärische Macht - nicht als verwerflich, sondern als notwendiges Instrument ethisch begründeter Politik versteht". Wenn außerdem Kohl (1991; S. 62) feststellt, daß "mit der Wiedergewinnung der vollen Souveränität () uns Deutschen nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zu(wächst)", so steht dies schließlich in der nahezu naturgesetzlichen o.g. Logik. Auch hier: Indem die internationalen Beziehungen als Beziehungen zwischen Mächten, deren Medium Macht ist, interpretiert werden, scheint es nahezu zwangsläufig, ja naturgegeben, selbst Macht zu benutzen und also Machtpolitik - neuen Stils?- zu betreiben verantwortlich, versteht sich auch hier.

Doch diese "Versöhnung mit der Kategorie Macht" (Ziebura, Bonder, Rötter; 1992; S11) verstellt nicht nur die Möglichkeit, andere Interpretationen der Internationalen Beziehungen zur Kenntnis zu nehmen, sondern

sie birgt auch noch zwei wesentliche Optionen in sich. Zum einen ist es gerade mit diesem Vokabular möglich, die "Normalität" zukünftiger bundesdeutscher Außenpolitik vorzubereiten, - ja, dieses Vokabular ist zwangsläufig für eine bestimmte "Normalität" - und zum anderen besteht gerade diese "Normalität" aus der Option, zukünftig auch bundesdeutsches Militär weltweit einsetzen zu können. Ja der Wille zu dieser "Normalität" ist damit gerade auch der Wille, diese Option gegebenenfalls zu nutzen.

Mit der Kategorie Macht¹⁰ die "Normalität" anzuzielen, bietet letztlich die Möglichkeit, das zu verschweigen, worum es tatsächlich geht. In einer Welt, die geprägt ist von der Krise des Kapitalismus und einem zunehmenden Konkurrenzkampf und zunehmender Interessendivergenzen innerhalb der Triade Europa-USA-Japan (vgl.: Menzel; 1990/Deppe; 1991/Garden; 1993/Kennedy; 1988) - wo sich "(t)rotz prinzipieller Übereinstimmung () die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken (werden)" (Bundesminister der Verteidigung; 1992; S. 3) -, sollen verstärkt die selbst definierten nationalen Eigeninteressen durchgesetzt werden. Unter Heranziehung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs (vgl.: Daase; 1991), der die Basis für einen in Konzipierung begriffenen erweiterten Verteidigungsbegriff abgibt (Mey; 1992), wird schließlich eine Re-Militarisierung deutscher Außenpolitik vorangetrieben. Macht, Gewicht und Verantwortung als "Normalität" heißt hier aber letztlich auch Re-Nationalisierung der nun sicherheitspolitisch begründeten Außenpolitik¹¹, denn "(d)ie nationale Interessenlage ist (...) Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates. Sie ist

gleichbedeutend war mit der Politik der 'großen Mächte'. Inhalt der Außenpolitik war das Streben nach Gebietsgewinn und Einflußsphären, war das Streben nach Hegemonie und die Sorge, sich gegen das Hegemoniestreben anderer durch das Eingehen von Koalitionen und die Erhaltung des Kräftegleichgewichts zu sichern. Außenpolitik war Machtpolitik." (Genscher; 1985; S. 178-179/Hervorhebungen i.O.) "Die neue Situation der Interdependenz erfordert nicht mehr und nicht weniger als eine Revolution des außenpolitischen Denkens und der außenpolitischen Doktrinen. Nach der traditionellen Logik der Machtpolitik ist der Gewinn des einen Staates der Verlust des anderen. Jetzt aber werden Situationen typisch, in denen entweder alle Staaten gewinnen oder keiner, in denen sich Ziele nur mehr gemeinsam verwirklichen lassen. Dies bedeutet nicht, daß es bei der Interdependenz keine Interessenkonflikte mehr gäbe. Ja, da auch weit entfernte Staaten immer mehr zu 'Nachbarn' werden, nehmen auch die Möglichkeiten zu Interessenunterschieden zu. Jedoch was sich ändert, ist die Natur dieser Konflikte. Sie werden zu Verteilungskonflikten. Auch derjenige, der seinen Anteil am gemeinsamen Gewinn vergrößern will, muß Sorge tragen, niemals soweit zu gehen, daß er das Entstehen dieses Gewinns gefährdet." (ebenda; S. 180).

Deren Inhalte allerdings politikwissenschaftlich noch nicht klar umrissen werden können (vgl.: Albrecht/Hummel; 1990; S. 106), was aber Albrecht/Hummel nicht davon abhält festzustellen: "Macht kann als ein Schlüsselbegriff für die Analyse internationaler Beziehungen angesehen werden" (ebenda; S. 90).

Was ja nicht heißt, daß es zukünftig keinen deutschen Nationalismus und keine deutsche Machtpolitik neuen Stils geben soll.

⁻ Unter Rückgriff auf Schwarz; 1985.

So stellte noch 1978 Genscher, damals Außenminister der sozial-liberalen Koalition, fest: "Wir haben die Erfahrung einer geschichtlichen Periode, in der internationale Politik

So wird auch klar, daß für Stercken, MdB/CDU und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, "Außenpolitik ein integrierter Bestandteil der Sicherheitspolitik ist" (Stercken; 1991; S. 17), denn wenn letztlich jegliche auswärtige Politik dem Ziel der erweiterten Sicherheit folgt, dann kann die Reihenfolge nur dergestalt sein. Die Frage ist allerdings, was dann keine Sicherheitspolitik ist? Genau dies scheint allerdings ein wesentlicher Bestandteil der sich "verantwortlich" darstellenden Machtpolitik neuen Stils zu sein.

Maβstab für die Beurteilung der Risiken und der Handlungserfordernisse zur Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwicklungen" (Bundesminister der Verteidigung; 1992; S. 3/Hervorhebung i.O.).

Macht und Militär, Macht und Gewalt hängen geradezu zwangsläufig zusammen. 12 Wenn Weber (1984; 89) Macht definiert als "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht", dann heißt für die Bundesregierung jede Chance eben auch jede Chance. Wenn also. was ja unbestreitbar ist, gegenwärtig in den internationalen Beziehungen auch mit militärischen Mitteln Politik betrieben wird, so scheint in diesen Kategorien zwangsläufig, daß auch Deutschland die Chance besitzen muß, dies gegebenenfalls unter Abwägung des Für und Widers zu tun. 13 "Verantwortlich" heißt dann allerdings nur, daß die Abwägung nach der eigenen Interessenlage stattfindet. Militär wird nicht nur nicht hinterfragt. militärische Macht wird ganz im Sinne des o.g. Rühe-Zitates geradezu zum Inbegriff von "Normalität" 14. Doch Inbegriff von gegenwärtiger "Normalität" ist eben auch Krieg, und mit der Vorbereitung auf diese "Normalität" ist schließlich auch die Kriegsvorbereitung verbunden (vgl.: Mutz; 1992). Die Option, Krieg führen zu können und der bösen Macht gute Gegenmacht (Schwarz; 1985; S. 102) gegenüberstellen zu können, heißt letztlich aber auch, dies gegebenenfalls beweisen zu müssen, also die Option zu nutzen. Mit einem weiten Spektrum von globalen Interessen, die sich für die Bundesregierung aus einem weiten Sicherheitsbegriff ableiten, der letztlich jegliche Form von Macht als böse Macht interpretierbar erscheinen läßt, wird die Nutzung der Option wahrscheinlicher.

Remilitarisierung der Außenpolitik und zunehmende Gewaltbereitschaft derselben ist zwangsläufig bei einem Denken in diesen realistischen Kategorien - verstanden als: So ist die Welt nun mal,

3. Macht als Analyseinstrument / Macht als Politikkonzept

Als Analyseinstrument der Politikwissenschaften hilft die Kategorie Macht nicht weiter, denn sie gibt vor, einerseits das zu analysieren und zu erklären - z.B. Machtpolitik -, was sie andererseits voraussetzt - nämlich Macht. 15 Politisch ist dies allerdings dann wesentlich, wenn es darum geht, bestehende Strukturen zu legitimieren und zu festigen. Wenn das aber im Mittelpunkt steht, dann muß "Macht" nicht als Analyseinstrument, sondern als Politikkonzept verstanden werden, als ein Politikkonzept, das unter dem Schlagwort der "Stabilität" einem Fortschritt innerhalb der Politik und der Politikwissenschaft entgegensteht. Macht sagt letztlich nichts aus, spiegelt aber vor, daß die verschiedenen Macht-Arten (militärische Macht, politische Macht, wirtschaftliche Macht u.a. (Nye; 1990)) kompatibel sind. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, mit dem Medium Macht z.B. auf wirtschaftliche oder demographische Entwicklungen militärische Antworten zu oeben. Dadurch werden vielleicht die Entwicklungen gebremst, nur Lösungsmöglichkeiten für Probleme werden dadurch nicht eröffnet. Wenn es also allein um die nationalen Interessen geht, scheint Macht ein effektives Medium zu sein, Probleme möglichst lange vom eigenen Land fern zu halten, doch wenn von den gleichen Politikern und Politikberatern, die einerseits in Macht-Kategorien denken und handeln, andererseits die Realität einer mehr oder weniger voneinander abhängigen Staatenwelt erkannt wird (Kinkel; 1992a/Czempiel; 1991), dann ist dies ein Widerspruch in sich, wenn er in dem Ziel gipfelt mit nationaler (verantwortlicher) Machtpolitik internationale Probleme zu lösen.

Die Frage, die sich die Bundesregierung stellen müßte, ist die, welcher Art die konkreten gegenwärtigen Probleme sind und wie sie gelöst werden können. Erst daraus kann schließlich eine Definition der Mittel abgeleitet werden. Doch der Weg, den regierungsnahe Politikwissenschaft und Regierungspolitik beschreiten, ist ein anderer. Mit dem Schlagwort "Normalität schaffen", wird eine Realität konserviert, die gerade Ursache dieser Probleme ist. Bestehende Strukturen werden dadurch verfestigt. Mit ReNationalisierung und Re-Militarisierung der deutschen Außenpolitik reiht sich Deutschland ein in das Spiel der großen "Mächte" um Einfluß und Macht und trägt damit dazu bei, die gegenwärtige Konfliktträchtigkeit der internationalen Beziehungen zu zementieren. Diese kann im Rückschluß wieder zur Legitimation der eigenen Politik-Konzepte unter dem Stichwort "Sicherheit" genutzt werden. Diese Realität schafft sich ihre eigene

¹² So letztlich auch Krippendorff (1985; S. 10/Hervorhebungen i.O.): "Die Frage lautete also nicht, >warum Krieg<, sondern WARUM MILITÄR als das zum Krieg unverzichtbare Mittel? Und weiter: Wessen Mittel ist es, wer oder was wird da, und warum, geschützt und verteidigt? So kam ich notwendig auf den eigentlichen Gegenstand der Kriegsfrage, nämlich die militärisch, d.h. aus der Gewalt entstandene und mit monopolisierter Gewalt gesicherte Herrschaft, DEN STAAT." Leider verbleibt Krippendorff dann aber auch in den Kategorien der Macht, nicht nur im Rahmen der Darstellung, sondern im wesentlicheren Rahmen der Analyse.

Dieses Für und Wider richtet sich allerdings, z.B. bei sogenannten humanitären Einsätzen, bis hin zu "vorbeugender Hilfe und (...) konfliktverhindernde(r) Hilfe, auch gegen den Willen einer Konfliktpartei" (Naumann; 1993; S. 11-12/Hervorhebungen M.B.), nicht unbedingt und ausschließlich nach den Interessen des "Hilfesuchenden", sondern vor allem nach den Interessen Deutschlands. Wenn es bündnispolitisch oder aus anderen Gründen opportun erscheint, nichts zu tun, dann muß die Verantwortung für den "Hilfesuchenden" hintanstehen.

Und Kohl muß, verfangen im Denken in Macht-Kategorien, selbst einen deutschen "Sonderweg" der Beschränkung der bundesdeutschen Beteiligung an UNO-Maßnahmen auf Blauhelme " für völlig inakzeptabel" halten (Kohl, 1992; S. 2), bedeutet er doch Unnormalität.

Da liegt m.E. auch der Trugschluß bei Albrecht/Hummel (s.o). Daß die Politikwissenschaft es noch nicht vermocht hat, eine schlüssige Macht-Theorie zu formulieren, liegt am Gegenstand. D.h. Machtpolitik mit Macht zu erklären erscheint so, wie in eine Kaffeemaschine Kaffeepulver zu füllen und sich danach zu wundern, daß unten Kaffee heraus kommt. Macht kann also nicht die zentrale Kategorie der Internationalen Politik und der Außenpolitik sein, auch nicht, wenn sie scheinbar ihr "Medium darstellt" (Czempiel; 1991; S. 17), um auch Czempiel zu widersprechen, der ebenda formuliert, daß Macht die zentrale Kategorie ist, weil sie das Medium ist.

Wirklichkeit. Ein Entkommen ist nur möglich durch "eine Revolution des außenpolitischen Denkens und der außenpolitischen Doktrinen" (Genscher: 1978; S. 180)¹⁶. Diese Revolution, dieses neue Denken in den internationalen Beziehungen und in der Außenpolitik muß sich auf Politik und Politikwissenschaft erstrecken, denn auf einem alten, morschen und für die Lösung der globalen Probleme unbrauchbaren theoretischen Unterbau kann keine neue Politik vollzogen werden. Wenn dies demnach versucht wird, bleibt sie letztlich doch alte Machtpolitik in nur neuem Gewand. Wissenschaft und Politik sind gefordert, neue Wege und gegebenenfalls auch Sonderwege zu gehen, um tatsächlich dem Frieden in der Welt zu dienen.

4. Resümee

Wenn die internationalen Beziehungen im wesentlichen als Machtpolitik interpretiert werden, dann ist es für die Bundesregierung, mit dem Ziel "Normalität schaffen", geradezu zwangsläufig, sich in dieses Spiel einzureihen, "Macht" als Kategorie politischen Handelns zu begreifen und selbst Machtpolitik zu betreiben. Bei einer derartigen Betrachtung der Realität bedeutet "Macht" aber eben gerade auch militärische Macht. So wird einer Re-Militarisierung der Außenpolitik der Weg bereitet. Gefordert ist ein grundsätzlich neues Denken bei der Analyse der internationalen Beziehungen und im außenpolitischen Handeln, um die sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme der Welt einer Lösung näher zu bringen und Interessendivergenzen auf friedlichem Wege auszugleichen. Dies heißt aber sowohl im Denken wie im Handeln eine Abkehr von der Macht.

Literatur

Albrecht, Ulrich/Hummel, Hartwig (1990); "Macht"; In: Rittberger, Volker (Hrsg.); Theorien der internationalen Beziehungen. Politische Vierteljahresschrift (PVS) Sonderheft 21: S. 90-109.

Baring, Arnulf (1991); Deutschland was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler.

Berndt, Michael (1991); Das Eine tun und das Andere nicht lassen. Der Golfkrieg und die militärpolitische Emanzipation der Bundesrepublik Deutschland; In: Ruf, Werner (Hrsg.); Vom Kalten Krieg zur Heißen Ordnung. Der Golfkrieg: Hintergründe und Perspektiven; S. 114-129.

Bundesminister der Verteidigung (1992); Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung; Bonn 26.11.

Czempiel, Ernst-Otto (1991); Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand, Forschungsabsicht; In: Knapp, Manfred/Krell, Gerd (Hrsg.); Einführung in die Internationale Politik; S. 2-25.

Daase, Christopher (1991); Bedrohung, Verwundbarkeit und Risiko in der neuen Weltordnung; In: antimilitarismus information; 7/S. 13-21.

Deppe, Frank (1991); Jenseits der Systemkonkurrenz.

Garden, Jeffry E. (1993); Der kalte Frieden. Amerika, Japan und Deutschland im Wett-

Genscher, Hans-Dietrich (1985); Perspektiven deutscher Politik in den Vereinten Nationen: In: Genscher, Hans-Dietrich; Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974-1985; 1985; S. 178-197.

Kennedy, Paul (1988), The rise and fall of the great powers.

Remdt: Remilitarisierung deutscher Außenpolitik

Kindermann; Gottfried-Karl (1984); Realistische Schule; In: Boeckh, Andreas (Hrsg.); Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd.5, Internationale Beziehungen; S. 402-410.

Kinkel, Klaus (1992a); Vereinte Nationen - 47. Generalversammlung. Rede von Bundesaußenminister Kinkel am 23.8.1992 (Auszug); In: Stichworte zur Sicherheitspolitik; 10/: S. 2-5.

Ders. (1992b); Leitlinien der Außenpolitik des vereinten Deutschland: In: Stichworte zur Sicherheitspolitik; 11/; S. 2-4.

Kohl, Helmut (1991); Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag. Unsere Verantwortung für die Freiheit. Deutschlands Einheit gestalten - Die Einheit Europas vollenden - Dem Frieden der Welt dienen; In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.); Bulletin Nr. 11/31.1.; S. 61-76.

Ders. (1992); Bundeskanzler Helmut Kohl in der parlamentarischen Debatte über den Bundeshauhalt 1993 am 25.11.1992 zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands (Auszug); In: Stichworte zur Sicherheitspolitik; 12/; 2-3.

Krippendorff, Ekkehart (1985); Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft.

Menzel, Ulrich (1990); Jenseits des Ost-West-Konflikts. Heißt die neue Trilaterale USA-Japan-Deutschland?; In: PROKLA 84 Nr. 3; 1991; S. 400-416.

Mey, Holger H. (1992); Zur Begründung für die Notwendigkeit von Streitkräften in einem neuen politischen Umfeld. In: Der Mittler-Brief. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik; Nr. 3.

Mutz, Reinhard (1992); Kontroverse Standpunkte der Friedensforscher zur künftigen Rolle der Bundeswehr; In: Frankfurter Rundschau; 9.7.; S. 16.

Naumann, Klaus (1993); Fähig und bereit zu Hilfe und Kampf. Neuer Abschnitt im strategischen Denken; In: Information für die Truppe; 1/; S. 4-15.

Nye, Joseph S. (1990); Bound to Lead, The Changing Nature of the American Empire.

Rühe, Volker (1992); Die Zukunft der Bundeswehr in einem veränderten Europa; In: Stichworte zur Sicherheitspolitik; 7/; S. 13-17 und 31-33.

Schöllgen; Gregor (1993); Bewährungsprobe: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung; In: NATO-Brief; 2/; S. 15-22.

Schwarz, Hans-Peter (1985); Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit.

Ders. (1987); Der Faktor Macht im heutigen Staatensystem; In: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter; Weltpolitik. Strukturen-Akteure-Perspektiven; Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 217; S. 50-73.

Stercken, Hans (1991); Die Außen- und Sicherheitspolitik des souverän gewordenen Deutschland (Auszug); In: Stichworte zur Sicherheitspolitik; 9/; S. 16-18.

Weber, Max (1984); Soziologische Grundbegriffe.

Ziebura, Gilbert/Bonder, Michael/Rötter, Bernd (1992); Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen.

Wie Genscher allerdings dies konkret meinte, bleibt offen, allerdings zumindest wohl als eine Abkehr von Machtpolitik (s.o.).

Menschenrechte versus Grundrechte, Grundrechte versus Menschenrechte

Sinn nachfolgender Skizze ist systemimmanente Kritik an der bundesrepublikanischen Rechtsordnung. Da diese Kritik an einem fundamentalen Punkt ansetzt, ist zu vermuten, daß sie als Brücke zu systemtranszendenter Kritik an dieser Rechtsordnung dienen kann. Eine auch und besonders an Marx geschulte Kritik hat diese stets als ein interessegeleitetes und vernunftbegründetes Ensemble immanenter und transzendenter, falsifizierender und verifizierender, komparativer und historischer Bewertungen zu verstehen.

Im Konkreten geht es um das Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, das laut seinem Art. 146 seine Gültigkeit an dem Tage verlieren soll, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Dieses Grundgesetz, also das bis zum heutigen Tag geltende Verfassungsprovisorium, enthält gleich in seinem Artikel 1 einen Widerspruch, sei es bloß terminologischer, sei es substantieller Art, der ein Problem signalisiert, über das es sich nachzudenken wahrlich lohnt. Da heißt es nämlich gleich im Artikel 1:

- (1) "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht".

Diese nur schlicht scheinenden drei Absätze stecken offensichtlich voller Probleme. Um nur drei zu nennen: Wenn die Würde des Menschen unantastbar ist und die Menschenrechte unverletzlich sind, warum sollen sie dann noch vom Staat geschützt werden, da doch eine unantastbare oder unverletzliche Sache, wenn Worte noch einen Sinn haben, vor Antasten oder Verletzungen nicht geschützt zu werden brauchen? Gehört ein deutscher Staatsangehöriger, der sich nicht zu den Menschenrechten als Grundlage jeder Gemeinschaft bekennt (und solche gibt es doch), dann nicht zum Deutschen Volk? Und in welchem begrifflichen Verhältnis stehen "Menschenrechte" und "Grundrechte" zueinander, sind sie Synonyme, Komplemente oder gehören die einen zu einer Teilklasse der anderen? Man mißverstehe Fragen solcher Art nicht als Fehlgeburten einer spitzfindigen Hermeneutik. Von deren Beantwortung hängen nämlich Art und

Richtung des Tätigwerdens oder Untätigbleibens der Staatsgewalten ab wie auch das Widerstandsrecht zu außerparlamentarischen Aktionen. Zudem gehören die drei zitierten Absätze von Art. 1 des Grundgesetzes zu dessen hartem Kern, d.h. die in ihnen enthaltenen Grundsätze sind durch Art. 79 III GG jeder Abänderung entzogen, auch durch ein etwa einstimmig beschließendes Parlament.

Von hier aus leuchtet wohl ein, daß die in der Literatur tatsächlich vertretene Meinung, daß es sinnlos sei, aus der grundgesetzlichen Anfangsbehauptung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde andere Sätze mit Verpflichtungscharakter abzuleiten¹, den Nerv der ganzen Rechtsordnung trifft: Dann gründete sich der angeblich harte Kern im wesentlichen auf einem bloß poetisch-musikalischen, also Illusionstext! Verfassungswortlaut als Märchenstunde? Das hatten wir doch schon einmal? Aber da schrieben wir das Jahr 1933!

Was nun die drei im vorigen Absatz genannten Probleme anlangt, so sind zwei von ihnen inzwischen so ziemlich geklärt: wie auch der Diebstahlsparagraph des Strafgesetzbuches ("Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen wegnimmt ..., wird mit Freiheitsstrafe ... bestraft") so seien auch die deskriptiv formulierten Sätze des Grundgesetzes präskriptiv gemeint, also nicht als Beschreibungen eines Zustands, sondern als Vorschreibungen von Verhaltensweisen. Wie StGB § 242 so verstanden werden soll, als ob es hieße: "wer stiehlt, soll bestraft werden", so sei Art. 1 GG zu lesen als ob es hieße: "die Menschenwürde soll unantastbar sein". Nicht um Aussagen, um Aufforderungen handele es sich wie beim Recht im allgemeinen, so auch beim Verfassungsrecht im besonderen. Wenn die Menschenrechte im Art. 1 II GG als unverletzlich bezeichnet werden, so sei das nur "eine pathetische Ausdrucksweise für das Gebot, sie nicht zu verletzen². Anders ausgedrückt: Die ersten beiden Absätze des ersten GG-Artikels seien "keine schönfärberische Verklärung der Wirklichkeit", sondern "eine aktuelle Norm des objektiven Rechts"³. Verstünde man den Satz von der Unantastbarkeit der Menschenwürde als Aussage, wäre er, da die Menschenwürde nicht nur unantastbar ist, sondern auch millionenfach angetastet wird, wie ja auch die Menschenrechte nicht weniger verletzbar sind und verletzt werden, eine Fehlaussage, eine paragraphierte Lüge. Versteht man ihn aber als Gebot, als Norm, dann statuiert er die rechtsverbindliche Pflicht "aller staatlichen Gewalt", durch Tun wie durch Unterlassen dazu beizutragen, daß Menschenrechte und Menschenwürde nicht angetastet oder verletzt werden. Nur wenn man Art. 1 I und II statt als (billig zu markierende Falsch-) Aussagen als ernsthafte Rechtsnormen

Waldemar Schreckenberger, Rhetorische Semiothek. Analyse von Texten des Grundgesetzes, Freiburg/München 1978, S. 87.

Christian Stark (u.a.), Das Bonner Grundgesetz. Kommentar. Bd. 1, München 1985, S. 73.

Ernst Benda, in: Handbuch des Versassungsrechts, Berlin/New York 1983, S. 108, 110.

versteht, berechtigt ihre behauptete Verletzung jedermann (und jede Frau!) sich gemäß GG, Art. 93 I, Nr. 4a, mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden, wenn auch zumeist erst nach Erschöpfung des Rechtsweges (Bundesverfassungsgerichtsgesetz, § 90). Im Unterschied zur sogenannten Normenkontrolle, bei der das Bundesverfassungsgericht sich über die Mehrheitsmeinung des vom Volk (unter welchen Bedingungen auch immer, so doch wenigstens) gewählten Parlaments hinwegsetzen kann, bietet die Verfassungsbeschwerde eine Möglichkeit, die Exekutive wenigstens an das Gesetz zu binden, wenn schon keine Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Während Voranstehendes vor allem belegen soll, daß die wie jedem Gesetz so auch dem Grundgesetz anhaftenden Interpretationsspielräume durchaus nicht uferlos sind und auch keine Freiräume für Willkür, geht es bei der schon angedeuteten Frage, ob (und gegebenenfalls worin) sich die im Art. 1 genannten "Menschenrechte" und "Grundrechte" voneinander unterscheiden, um höhere Beträge. Zumeist unbemerkt versteckt sich hinter dieser terminologischen Frage kein Banalitäts-, sondern ein Brisanzproblem. Die herrschende Meinung behauptet nämlich, daß "die Grundrechte des Grundgesetzes die im Art. 1 II angesprochenen Menschenrechte im vollen Umfang abdecken" oder mit ihnen zumindest "weitgehend identisch sind"⁴. Im Verhältnis zu den anerkannten Menschenrechten seien Lücken des Grundrechtsschutzes "kaum vorstellbar" und könnten notfalls durch eine ausdehnende Auslegung von Grundrechtstatbeständen oder durch das im Art. 2 GG verbriefte Recht eines jeden auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit von vornherein vermieden werden 5

Die behauptete Inhaltsübereinstimmung von "Menschenrechten" und "Grundrechten" soll übrigens weder die eine noch die andere Bezeichnung zu einer Redundanzvokabel machen. Zwar seien die Menschenrechte und die Grundrechte (jedenfalls die der Bundesrepublik Deutschland) ihrem Regelungsgehalt nach konvergent, ihrer Regelungsquelle nach seien sie durchaus divergent: Während die Grundrechte staatlicher Herkunft sind, entstammten die Menschenrechte dem Naturrecht, seien also vorstaatlichen Ursprungs. Unter der Voraussetzung dieses insoweit dualen Systems von (Menschen-, bzw. Grund-) Rechten wird der Sinn solcher Behauptungen, daß "die Grundrechte die verfassungsrechtliche Verwirklichung der

Menschenrechte", deren "lückenlose" Realisierung seien⁷, eindeutig: Es handelt sich um eine metaphysische Verklärung des geltenden Rechts, um eine Apologie des status quo mittels einer behaupteten Rückbindung der staatlichen Rechtsordnung an eine als vorstaatlich naturgegebene oder als göttlich offenbart unterstellte, also erfundene Quelle.

Soweit die herrschende Meinung, noch immer die Meinung der Herrschenden.8 Ihr eignet allerdings im vorliegenden Fall das invariable Attribut, auf Unterstellungen zu beruhen, auf Unbewiesenem und Unbeweisbarem. Sie widerspricht allen Tatsachen der Geschichte. Erfahrungen sollen durch Einbildungen verdrängt werden, Rationalität durch Irrationalität. Recht wird so auf Vor-Recht, Urteil auf Vorurteil gegründet. Behauptungen okkupieren den Platz von Beweisen, Legitimität mystifiziert Legalität. Vor allem soll dieser Mißbrauch der Menschenrechte als bloßes Kosmetikum von Grundrechten deren Weiterentwicklungsnotwendigkeit blockieren. In den letzten Jahrzehnten hat nämlich durch die Vereinten Nationen eine Menschenrechtskonzeption Normativgestalt angenommen, die der Grundrechtskonzeption des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland genauso widerspricht wie diese jener. Gerade wenn man der Territorialität von Grundrechten die Universalität von Menschenrechten gegenüberstellt, ihren weltumfassenden Charakter, ist die Feststellung unvermeidlich, daß sich die bundesdeutschen Grundrechte von den internationalen Menschenrechten nicht nur durch die Andersartigkeit ihrer Quellen, sondern auch durch gravierende Gegensätze ihres Inhalts unterscheiden. Seit ihrer "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 haben die Vereinten Nationen unter dem nicht wegleugbaren Einfluß der Entwicklungs- und der damals sozialistischen Länder eine Menschenrechtskonzeption normativiert, zu deren essentiellen Elementen die Einheit (im Sinne von Gleichrangigkeit) der politisch, der wirtschaftlichen und der kulturellen Rechte gehört. Indem die Bundesrepublik zum Mitgliedstaat dieser Vereinten Nationen wurde, hat sie sich auch gemäß Art. 1 III, 13, 55f. der UN-Charta zu einer Zusammenarbeit verpflichtet, um u.a. "die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte" zu erreichen. Da sich aber im Grundgesetz der Bundesrepublik die Grundrechte auf die politischen und Bürgerrechte beschränken (die wirtschaftlichen und kulturellen Rechte ausgeschlossen wurden, wie ja auch die sozialstaatlichen Elemente gegenüber den rechtsstaatlichen unterbelichtet sind), kann keine Rede davon sein, daß diese lückenlos die völkerrechtlich gebotenen Menschenrechte abdecken. Im Gegenteil, die im Artikel 1 GG aufgenommene Dualität von Menschenrechten (1 II) und von Grundrechten (1 III) offenbart eine Polarität, wenn man nur willens ist, die Völkerrechtsordnung der Gegenwart, die immerhin im Ergebnis des brutalsten

Hans D. Jarass/Bodo Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Kommentar. München 1989, S. 27; Carl Creifelds (u.a.), Rechtswörterbuch, München 1990, S. 518.

⁵ Stark (Anm. 2), S. 72.

Vgl. Klaus-Dieter Vorchardt, in: Eberhard Grabitz (ed.), Grundrechte in Europa und USA, Bd. 1, Kehl am Rhein 1986, S. 129; Ralph McInery, "Natural Law and Human Rights", in: The American Journal of Jurisprudence 36(1991) 1-14.

Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III/1, München 1988,
 S. 44; Theodor Maunz, Grundgesetz. Kommentar, Bd. 1, München 1991, Rn 88 zu Art. 1
 II.

Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 46.

Krieges der Weltgeschichte entstanden ist, ernst zu nehmen, anstatt die Menschenrechtsvokabel nur als Verklärungsideologie zu benutzen. Will die Bundesrepublik ihren internationalen Verpflichtungen als UN-Mitglied gerecht werden, hat sie zunächst im eigenen Haus dafür zu sorgen, daß die Grundrechte ihrer Bürger dem internationalen Menschenrechtsstandard entsprechen.

Entgegen der herrschenden Meinung sind also weder die im Artikel 1 der Virginia Bill of Rights von 1776 formulierten Menschenrechte auf Leben. Freiheit, Eigentum, Glück und Sicherheit ("the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety") noch die im Artikel 2 der weltberühmten Déclaration des droits de l'homme et du citoven Frankreichs von 1789 aufgelisteten Menschenrechte auf Freiheit, auf Eigentum, auf Sicherheit und auf Widerstand gegen Unterdrückung, ("liberté, proprieté, sureté, résistance à l'oppression") als konzeptioneller Rahmen für das geeignet. was der Grundgesetzartikel 1 II unter Menschenrechten versteht. Bei aller Bedeutung der nordamerikanischen und besonders französischen Menschenrechtsquellen des 18. Jahrhunderts für die Grundrechtsentwicklung auch in Deutschland, hat ein seinem Universalanspruch gerecht werdendes Menschenrechtsverständnis in der Welt von heute vor allem auf das Normativmaterial zu rekurrieren, welches als The International Bill of Rights, die internationale Menschenrechtscharta, bezeichnet zu werden pflegt. Dazu gehören außer der bereits genannten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 die beiden von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1966 angenommenen Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte bzw. über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Zu den in diesen drei UN-Resolutionen genannten Rechten eines jeden Menschen ohne Unterscheidung der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Herkunft und des Eigentums zählen: das Recht

- -auf Selbstbestimmung und Entwicklung für alle Völker;
- -auf Arbeit und gerechte Arbeitsbedingungen;
- -auf Gewerkschaftsbildung -betätigung und auf Streik;
- -auf soziale Sicherheit und auf einen angemessenen Lebensstandard;
- -auf Schutz für Familien, Mütter, Kinder und Jugendliche;
- -auf Gesundheitsschutz und auf Bildung;

-auf Teilnahme am kulturellen Leben und auf Teilhabe am Nutzen des wissenschaftlichen Fortschritts;

-auf Leben und auf Freiheit und Sicherheit der Person;

-auf Freiheit von Sklaverei, Leibeigenschaft und Folter;

-auf würdige Behandlung von Häftlingen und Strafgefangenen;

-auf Freizügigkeit und Ausreisefreiheit;

-auf Unschuldsvermutung im Strafprozeß und auf gerechte Behandlung vor Gericht;

-auf Gedanken-, Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit;

-auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit;

-auf Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten;

- auf Schutz von Minderheiten.

Die Reihenfolge dieser Rechte darf nicht als deren Rangfolge fehlverstanden werden. Im Gegenteil. Wie die Erste UNO-Menschenrechtskonferenz in ihrer sogenannten Proklamation von Teheran vom 13. Mai 1968 feststellte, die übrigens die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948 als "common understanding of the peoples of the world concerning the inalienable and inviolable rights of all members of the human family" versteht, sind die Menschenrechte unteilbar: ohne Verwirklichung der ökonomischen Rechte genausowenig möglich wie umgekehrt die Verwirklichung der ökonomischen Rechte von der der politischen Rechte abhängt. Und genau diese Auffassung von der sich wechselseitig bedingenden, voneinander abhängigen und miteinander verbundenen Natur findet sich in der Wiener Erklärung der Zweiten UNO-Menschenrechtskonferenz vom 25. Juni 1993.

Nun sollen die voranstehenden Überlegungen nicht etwa suggerieren, daß, da die deutschen Grundrechte dergestalt weit hinter den Postulaten der Vereinten Nationen zurückbleiben, deren Menschenrechtskataloge via Art. 1 II GG ("das deutsche Volk bekennt sich zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten") in Deutschland unmittelbar gelten. Anstrengungen der Theorie vermögen nicht die Anstrengungen der Praxis zu ersetzen. Sie können diese höchstens stimulieren. Menschenrechtsforderungen sind nicht eo ipso Menschenrechtsnormen. Richtiges Recht entsteht nicht mit logischer Zwangsgewalt aus wahren Aussagen. Die Gewalt der Argumente bedarf, um auch Recht zu werden, der Gewalt des Staates und diese ist das Ergebnis weniger intellektueller als vielmehr sozialer Kämpfe, bei denen die Gewalt der Argumente jedenfalls dann eher gering zu veranschlagen ist, wenn die Unfähigkeit der Regierung zu regieren noch übertroffen wird von der Unfähigkeit der Opposition zu opponieren.

Was das Menschenrechtsverständnis der Vereinten Nationen anlangt, so versteht sich deren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 selbst nicht als verbindliche Völkerrechtsnorm, sondern als ein von allen

Vgl. vom Autor dieses Artikels: "Die Déclaration des droits de l'homme et du citoyen und ihre Kritik von rechts und von links", in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 3 G, Berlin 1990, S. 37-52; "Hatte Marx eine Menschenrechtstheorie?", in: Marxistische Blätter 29(1991), Nr. 3, S. 21-25.

[&]quot;Menschenrechte", in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Bd. 3, Hamburg 1990, S. 366-372.

Völkern und Nationen zu erreichendes gemeinsames Ideal ("common standard of achievement for all peoples and all nations"). Die beiden Internationalen Pakte über bürgerliche und politische bzw. über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 sind zwar seit 1976 auch in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft, nicht jedoch "als allgemeine Regeln des Völkerrechts", die gemäß Art. 25 GG ihrem Rang nach zwischen den innerstaatlichen Gesetzen und dem Grundgesetz plaziert sind, sondern als völkerrechtliches Vertragsrecht, d.h. die weiter oben aufgelisteten Rechte aus den Generalversammlungsresolutionen der UN sind zwar gemäß Art. 59 II GG zu innerstaatlichen Rechten geworden 10, aber nur im einfachen Gesetzes-, nicht im Verfassungsrang 11. Das wiederum schließt eine Verfassungsbeschwerde wegen ihrer auch massenhaften Verletzung aus. Jedenfalls hat es in einem vergleichbaren Fall das Bundesverfassungsgericht abgelehnt, eine auf die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention (die den jetzigen UN-Standard weit unterbietet!) gestützte Verfassungsbeschwerde auch nur zuzulassen. 12

Was bleibt also? Die Unterschiedlichkeit zwischen dem deutschen Grundrechtskatalog und dem internationalen Menschenrechtskatalog beruht auf einem divergierenden Menschenrechtsverständnis. Diese Nichtübereinstimmung ist so gravierend, daß es kaum angängig ist, im Falle des Art. 1 GG die territorialen Grundrechte als eine Teilklasse der universalen Menschenrechte zu begreifen. Es handelt sich weniger um quantitative Unterschiede, eher um qualitative Gegensätze. Zutreffend ist gesagt worden, daß das Menschenrechtsbekenntnis von Art 1 II GG als ein bindender Verfassungsauftrag zu interpretieren ist, nicht als bloße Absichtserklärung oder Programmäußerung.¹³ Wer aber kann diese also völkerrechtlich und staatsrechtlich gebotene Verpflichtung erzwingen? Man übersehe nicht, daß sich die Bundesrepublik bereits durch die Europäische Sozialcharta von 1961 (!) zu einer das Recht auf Arbeit ermöglichenden Vollbeschäftigungspolitik (!) verpflichtet hatte (BGBI 1964 II, S. 1262), ohne daß dies irgendwie die sich für die Arbeitsplätze von Nichteigentümern an den Produktionsmitteln für verantwortungslos erklärende und tatsächlich auch verantwortungslose politisch herrschende Klasse beeinflußt hat.t14 Gegenwärtig produziert eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts, die sich auch noch "Treuhand" nennende Behörde, sogar zielgerichtet Massenarbeitslosigkeit im Osten des Landes zugunsten von Kapitalisten im Westen.

Was also bleibt? Die normative Kraft grade des Grundgesetzes, heißt es in einem Lehrbuch, dessen Verfasser seine linke Interessenabhängigkeit nicht vertuscht, sei ebenso stark oder schwach, wie das Interesse der Bundesbürger an seiner Einhaltung und ihr Engagement bei der Überwachung der Staatsgewalt daraufhin, ob sie das Grundgesetz beachtet. Alles andere, so scheint es auch dem Autor dieses Aufsatzes, ist weder realistisch noch auch nur demokratisch gedacht. Wieder einmal liegen unsere Hoffnungen in den Widersprüchen der Gesellschaft. Diese reflektieren sich unter anderem in dem bereits im Grundgesetzartikel 1 enthaltenen Gegensatz zwischen den Grund- und den Menschenrechten.

Literaturverzeichnis

W. Abendroth (u.a.), Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt a.M. 1977.

U. Achten (u.a.), Recht auf Arbeit, Neuwied 1978.

R. Alexy, Theorie der Grundrechte, Baden-Baden 1985.

E. Benda/W. Maihofer/H.J. Vogel (ed.), Handbuch des Verfassungsrechts, Berlin/New York 1983.

G. Birtsch/M. Trauth/I. Meenken, Grundfreiheiten, Menschenrechte 1500-1850. Eine internationale Biographie, Bd. 1-5, Stuttgart 1991.

Blickpunkt Verfassung (ed.: PDS/Linke Liste im Bundestag), Bonn 1992.

E. u. W. Böckenförde/R. Spaemann (ed.), Menschenrechte und Menschenwürde, Stuttgart 1987.

E. Denninger, Der gebändigte Leviathan, Baden-Baden 1990.

Deutschland in neuer Verfassung (ed.: Friedrich-Ebert-Stiftung), Düsseldorf 1991.

N. Dimmel/A.J. Noll (ed.), Verfassung, Wien 1990.

E. Grabitz (ed.), Grundrechte in Europa und in USA, Kehl 1986.

B. Graefrath, Menschenrechte und internationale Kooperation, Berlin 1988.

D. Grimm, Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt a.M. 1991.

Vom Grundgesetz zur deutschen Verfassung (ed.: Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder), Berlin/Köln/Leipzig 1991.

H.H. Holz/H.J. Sandkühler (ed.), Die Rechte der Menschen, Köln 1987.

H. Klenner, Marxismus und Menschenrechte, Berlin 1982.

Marx/Engels, "Über die Rechte des Menschen und des Bürgers" (Anthologie), in: Schriften und Informationen (ed.: DDR-Komitee für Menschenrechte), 9(1983), Nr. 1, S. 5-25.

W.-D. Narr/K. Vack (ed.), Verfassung. Ein Lesebuch für die Bürgerin und den Bürger, Sensbachtal 1991.

J. Perels, Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988.

U.K. Preuß, Revolution, Fortschritt und Verfassung, Berlin 1990.

K.H. Schöneburg, "Der deutsche Staat braucht eine neue Verfassung", in: Neue Justiz, 46(1992) 384-386.

J. Seifert, Kampf um Verfassungspositionen, Köln 1974.

Ch. Tomuschat (ed.), Menschenrechte. Eine Sammlung internationaler Dokumente, Bonn 1992.

Verfassung statt Grundgesetz, (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, Nr. 18), Bonn 1991.

Bundesgesetzblat (BGBI) 1973, Teil II, S. 1570, 1534 (für die DDR: Gesetzblatt 1974, Teil II, S. 58, 106).

¹¹ Bodo Pieroth/Bernhard Schlink, Staatsrecht II. Grundrechte. Heidelberg 1991, S. 15.

Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 10, Tübingen 1959, S. 271; Bd. 41, Tübingen 1976, S. 105.

¹³ So: Erhard Denninger, in: (Alternativ-)Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Neuwied 1984, S. 303.

Vgl. H. Klenner, "Von der Pflicht zur Gesetzgebung im Rechtsstaat", in: Kritische Vierteljahresschrift - für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 75 (1992) 282.

Ekkehart Stein, Staatsrecht, Tübingen 1991, S. 13, 379.

Berufsverbote, Einigungsvertrag und Abwicklung

Im Jahr 1989 hat sich die wohl einschneidendste Entwicklung in der deutschen Nachkriegsgeschichte vollzogen. Mit dem Fall der Mauer am 9.11 1989 war keinesfalls absehbar, daß der Anschluß der ehemaligen DDR an die BRD so schnell erfolgen würde, wie es sich dann im Jahre 1990 nach den Volkskammerwahlen am 18.03. entwickelt hat. Standen anfangs Konzeptionen einer Konföderation oder eines Staatenbundes von BRD und DDR im Vordergrund, spitzte sich im Laufe des Frühsommers die Diskussion sehr schnell auf einen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 GG zu.

Die Auswirkungen des am 3.10.1990 vollzogenen Anschlusses haben auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR nachhaltige Auswirkungen. Zum einen mußte der aufgeblähte Staatsapparat mit ca. 2,2 Millionen Beschäftigten etwa auf die Hälfte reduziert werden. zum anderen waren die ideologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse in der ehemaligen DDR denjenigen in der alten BRD diametral entgegengesetzt: dort Sozialismus und Alleinherrschaft einer Partei, hier Kapitalismus und Pluralismus sowie Toleranz. allerdings eingebunden in das Konzept einer wehrhaften Demokratie (fdGO).

Braunthal hebt in seiner kürzlich auch in deutscher Sprache veröffentlichten Monographie¹ zutreffend hervor, daß in der bundesrepublikanischen Gesellschaft sowohl demokratische, als auch autoritäre Tendenzen vorhanden sind, wobei entscheidend ist, welche Tendenzen bei der notwendig zu erfolgenden gesellschaftlichen Umstrukturierung, so auch des öffentlichen Dienstes in den fünf neuen Bundesländern, die Oberhand gewinnen. Beeinflußt wird dieser Prozeß sicherlich auch durch die Handhabung des Radikalenerlasses und der Berufsverbote in der alten BRD sowie deren Übertragung auf die ehemalige DDR. Es soll zum einen die aktuelle Entwicklung der Berufsverbote in den alten Bundesländern nach 1989 aufgezeigt und zum anderen ein Schlaglicht auf die Entlassungs- und Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern geworfen werden.

In der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Praxis taucht sehr schnell die Frage auf, ob sämtliche Entlassungen in den neuen Bundesländern durchgehend als Berufsverbote bzw. als Diskriminierung aus politischen Gründen zu bezeichnen sind. Vom Ansatz her scheiden all diejenigen Kündigungen aus dieser Kategorie aus, die wegen mangelnder fachlicher Fignung der Bediensteten, wegen mangelnden Bedarfs oder wegen ersatzloser Auflösung von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes ausgesprochen werden. Der problematische Bereich beginnt allerdings bei Kündigungen von Beschäftigten aufgrund ihrer Mitgliedschaft und Funktion in der SED oder einer der Blockparteien oder aber wegen hauptamtlicher oder inoffizieller Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS).

Der Begriff "Berufsverbot"2 ist in den alten Bundesländern geprägt worden. Er charakterisiert die Verfolgung im öffentlichen Dienst Beschäftigter mit staatlich administrativen Maßnahmen aufgrund ihrer politischen Meinungen und Überzeugungen. Die politische Fundamentalopposition - bestrebt, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen radikal zu ändern - wird mit Hilfe einer ausufernd weit interpretierten politischen Lovalitätspflicht gleichsam aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Nach den Ausführungen des IAO-Prüfungsausschusses gilt als "Diskriminierung" im Sinne der Konvention 111 "jede Unterscheidung, Ausschlie-Bung oder Bevorzugung, die aufgrund der politischen Meinung vorgenommen wird und die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen".3 Folgerichtig greife der Konventionsschutz auch und gerade dann ein, wenn eine politische Gruppierung gegen die etablierten politischen Grundsätze opponiere. Der Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung ziele nicht nur auf die persönliche geistige Genugtuung, seine Meinung sagen zu können, sondern vielmehr auf die Chance zum Versuch, Entscheidungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der eigenen Gesellschaft zu beeinflussen. Damit politische Meinungen Wirkung haben, handele der Einzelne gewöhnlich gemeinsam mit anderen im Rahmen politischer Parteien. Sinnvollerweise erstrecke sich der Schutz politischer Meinungen auch auf ihre kollektive Vertretung.

Der mit diesem Sinngehalt aufgefüllte Begriff "Berufsverbot" kann nicht kritiklos auf die Entlassungen in der ehemaligen DDR, insbesondere nach

G. Braunthal, Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst - Der "Radikalenerlaß" von 1972 und seine Folgen, Marburg/L. 1992.

S. Pommerenke, Die Auseinandersetzung um die Berufsverbote am Beispiel des DGB-Landesbezirkes Baden-Württemberg, in: Dammann/Siemantel (Hrsg.), Berufsverbote und Menschenrechte in der Bundesrepublik, Köln 1987, S. 17ff.

Bericht des gemäß Artikel 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, durch die Bundesrepublik Deutschland, Rdn. 515f.

III.

dem 3.10.1990, angewendet werden. Dies verbietet sich schon deswegen, weil die ehemals alleinherrschende SED mit den Blockparteien und Massenorganisationen nicht als Fundamentalopposition gegen das Herrschaftssystem in der Bundesrepublik gedacht werden kann. Der ehemals selbständige Staat DDR muß vielmehr nach seinen eigenen Gesetzen, aber auch nach den übernommenen internationalen Rechtsstandards beurteilt werden. Weiter ist in die Überlegung einzubeziehen, daß die Parteien und Massenorganisationen in der DDR die politische Herrschaft ausgeübt und somit in der politischen Verantwortung gestanden haben. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiter des Staatsapparates, des Justiz- und Militärapparates und des MfS/AfNS.

Mit dieser differenzierenden Betrachtung soll keinesfalls ein Abrücken von dem erreichten Standard an Rechtsstaatlichkeit befürwortet werden, da andernfalls blinde Rachegefühle eine rationale und rechtsstaatliche Aufarbeitung der Unrechtstaten des SED-Staates unmöglich machen. Unstreitig besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, daß wirklich belastete Beschäftigte aus der ehemaligen SED-Zeit nicht nahtlos weiterbeschäftigt werden.

Vor dieser wohl schwierigsten Aufgabe standen auch die Autoren des Verfassungsentwurfs vom Runden Tisch, den Übergang von der SED-Herrschaft zu einer demokratischen Gesellschaft und zugleich auch das Zusammenwachsen von DDR und Bundesrepublik ohne allzu große soziale und politische Verwerfungen zu regeln. Die Vorstellung, daß ehemalige Größen des alten Regimes und hohe Stasi-Mitarbeiter unter Berufung auf die nunmehr jedem Bürger zustehenden Grundrechte und rechtsstaatlichen Garantien jeglicher Diskriminierung entgehen sollten, ist für viele Oppositionelle der ersten Stunde, die immerhin Freiheit und Leben riskiert haben, auch dann unerträglich, wenn ihnen Rachegefühle durchaus fremd sind. Andererseits würden Mißtrauen und Verdächtigung den demokratischen Neuanfang vergiften, wenn ihm nicht ein Akt der Versöhnung und des Aufeinanderzugehens vorausginge.

Es geht also darum, rechtsstaatliche Kriterien zu entwickeln, die eine Grenzziehung zwischen gebotener Maßnahme und unzulässiger Sanktion unter Berücksichtigung des jeweiligen Einzelfalles ermöglichen. Da in den alten und neuen Bundesländern sich hinsichtlich der Berufsverbote bzw. der Diskriminierung aus politischen Gründen unterschiedliche Entwicklungen abzeichnen, die sich allerdings gegenseitig bedingen und beeinflussen, soll eine getrennte Skizzierung für beide Teile erfolgen.

4 U.K. Preuß, in: DDR - Ein Staat vergeht (Hrsg. Blanke/Erd), Reinbek 1990, S. 90; ders., Revolution, Fortschritt und Verfassung 1990, S. 73ff. Die Zahl der Berufsverbotsmaßnahmen hat in den letzten Jahren in der alten BRD spürbar abgenommen. Im Bereich der Bundesverwaltung ist derzeit nur noch das Disziplinarverfahren gegen den Posthauptschaffner Wolfgang Repp bei dem Bundesverwaltungsgericht⁵ anhängig, der Zollbeamte Uwe Scheer ist seit dem 1.12.92 als Angestellter wieder eingestellt worden⁶. Wann im Repp-Verfahren entschieden wird, ist derzeit nicht absehbar. Das Ministerium hat allerdings auch dem Posthauptschaffner Repp den Abschluß eines Dienstvertrages angeboten, wenn er auf seinen Beamtenstatus verzichtet und aus seinem bisherigen Beschäftigungsbereich ausscheidet. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

In den Bundesländern ist die Praxis nach wie vor uneinheitlich. Während in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern keinerlei Berufsverbotsmaßnahmen mehr verhängt, die ehemals vom Berufsverbot Betroffenen vielmehr wieder eingestellt werden, verfahren Baden-Württemberg und Bayern nach wie vor nach der alten Praxis. So sind in Schleswig-Holstein nach 1988 und in Niedersachsen nach 1990 jeweils mit Übernahme der Regierungsgewalt durch die SPD die Berufsverbotsmaßnahmen beendet und die Betroffenen wieder eingestellt worden. Demgegenüber ist die Neubewerbung des in den 70er Jahren entlassenen Lehrers Lutz Bäuerle in Baden-Württemberg mit der Begründung abgelehnt worden, er habe über lange Jahre hinweg Funktionen in der DKP wahrgenommen.

Festzuhalten bleibt allerdings auch, daß mit Ausnahme des Saarlandes und Niedersachsens die übrigen sozialdemokratisch regierten Bundesländer den Radikalenerlaß von 1972 keineswegs aufgehoben haben. Sie haben lediglich die Regelanfrage bei den Verfassungsschutzämtern abgeschafft und ihre Verwaltungspraxis geändert. Im Jahre 1991 ist die Regelanfrage dann auch in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern beseitigt worden. In Bayern ist an die Stelle der Regelanfrage ein umfassender Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue getreten, der mit Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren vom 3.12.1991 in Kraft getreten ist. 8 So werden Bewerber nach Mitgliedschaften in "extremistischen Organisationen" oder aber nach Funktionen in der ehemaligen SED, den Blockparteien und den Massenorganisationen befragt. In dem beigefügten Verzeichnis "links-extremistischer Organisation" ist u.a. die Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS) aufgeführt. Als "Massenorganisationen" werden nicht etwa nur der FDGB oder die FDJ katalogisiert, vielmehr auch - in politischer Hinsicht - so unverfängliche Organisationen wie der Verband der Kleingärtner, Siedler und

Az. 1 D 92/85.

Az VII VL 20/85 - Hamburg.

Mitteilung der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" v. 3.1.1992.

Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst, StAnz Nr. 49/1991.

Kleintierzüchter (VKSK) und die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VDGB). Die Bewerber werden desweiteren über ihre Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst belehrt und darauf hingewiesen, daß Mitgliedschaften in den vorstehend aufgeführten Organisationen unvereinbar sind mit den beamtenrechtlichen Loyalitätspflichten.

In den übrigen alten Bundesländern gehen die Verwaltungen dazu über, die Bewerber nach politischen Zugehörigkeiten zur SED und/oder Massenorganisationen in der ehemaligen DDR9, zumindest aber - wie z.B. in Hamburg¹⁰ - nach einer offiziellen oder inoffiziellen Tätigkeit für das MfS/AfNS zu befragen.

Eine Neuauslage der Berufsverbotepraxis deutet sich auch dadurch an, daß die PDS als lineare Nachfolgeorganisation der SED und folglich ihre im ökologischen und demokratisch-sozialistischen Bereich angesiedelte Programmatik deswegen für verfassungsfeindlich angesehen wird, weil sie auf einem "marxistisch-leninistischen orthodoxen Fundamentalismus" beruhe, Aus diesem Grunde ist auch die Forderung erhoben worden, die PDS solle vom Verfassungsschutz "nachrichtendienstlich überwacht" werden. 11 Die Innenministerkonferenz vom 15.12.1990 ist dieser Forderung nicht gefolgt, sie hat allerdings eine "offene Beobachtung" der PDS durch den Verfassungsschutz angeordnet. Diese Beobachtung solle im Zusammenhang mit einem beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Auftrag gegebenen Gutachten zu einer "raschen und einheitlichen Klärung der Frage der Verfassungsfeindlichkeit der PDS" führen. 12 Der bayerische Verfassungsschutz hält nach wie vor an einer nachrichtendienstlichen Überwachung der PDS fest, während im Bundesbereich und in den übrigen Bundesländern eine derartige Überwachung nicht durchgeführt wird.

IV.

Auf der internationalen Ebene sind die nach wie vor bei der IAO (Genf) geführte Überprüfung der Berufsverbotepolitik in der Bundesrepublik sowie das zwischenzeitlich bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte -EKMR- (Straßburg) anhängige Beschwerdeverfahren der Lehrerin Dorothea Vogt (Niedersachsen) von Bedeutung. 13

Der Ständige Untersuchungsausschuß der IAO hat 1991 zum vierten und 1992 zum fünften Male nach Veröffentlichung des Berichts des IAO-Prüfungsausschusses vom 23.2.1987 die Einhaltung der Konvention 111 ange-

Landtag Baden-Württemberg Drucksache 10/5757 v. 13.7.1991.

mahnt, die Bundesregierung aufgefordert, die Berufsverbotepolitik zu beendigen und die Betroffenen zu rehabilitieren. Die Bundesregierung ist des weiteren aufgefordert worden, detailliert über die Entlassungen im Gefolge der Vereinigung zu berichten¹⁴.

Der niedersächsische Disziplinarhof hatte mit rechtskräftigem Urteil vom 31.10.1989 die Gymnasiallehrerin Dorothea Vogt aus dem Dienst entfernt. 15 Die hiergegen eingelegte Verfassungsbeschwerde hatte das Bundesverfassungsgericht mit Kammerbeschluß vom 7.8.1990 nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg biete. 16 Das Bundesverfassungsgericht ist von einer "prinzipiellen Belehrungsunwilligkeit der Beschwerdeführerin in der Frage der politischen Treuepflicht" auch angesichts ihrer Erklärung ausgegangen, sie trete nunmehr für einen neuen Kurs der DKP ein. Aus diesem Grunde sei die für die Fortsetzung des Beamtenverhältnisses erforderliche Vertrauensgrundlage entfallen, so daß die Wertung der Entfernung aus dem Dienst auch im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit "verfassungsrechtlich noch gerechtfertigt" sei.

Die EKMR wird nun zu entscheiden haben, ob die nationalen Judikate bis hin zum Bundesverfassungsgericht gegen die Meinungsfreiheit (Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention - EMRK) und Vereinigungsfreiheit (Art. 11 EMRK) verstoßen. Selbst nach Auffassung der Bundesregierung sei der Schutzbereich der Konventionsnormen betroffen, allerdings seien die angegriffenen Entscheidungen aufgrund "zwingender sozialer Bedürfnisse" notwendig und demnach gemäß Artikel 10 Abs. 2 bzw. 11 Abs. 2 EMRK gerechtfertigt. Im Hinblick auf bereits vorliegende einschlägige Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte -EGMR -17 dürfte die EKMR die Beschwerde zulassen, so daß der EGMR über die Beschwerde zu entscheiden haben wird.

V.

Die Entwicklung in der ehemaligen DDR ab dem 3.10.1990 ist ungleich vielschichtiger und komplizierter als die in der alten BRD. Mit Hilfe der Abwicklung staatlicher Institutionen und der Warteschleife-Regelung sind ca. 700.000 Beschäftigte der ehemaligen DDR entlassen worden. Die Gründe hierfür liegen in der Umstrukturierung des Staatsapparates der ehemaligen DDR zu einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. In-

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Senatsamt für den Verwaltungsdienst, Schreiben vom 27.1.1992.

So die damaligen Innenminister von Bayern (Stoiber) und Baden-Württemberg (Schlee) SZ v. 13.12.1990.

¹² TAZ v. 17.12.1990.

¹³ Beschwerde Nr. 17851/91 ./. Bundesrepublik Deutschland.

K. Samson, Human Rights Quarterly 14 (1992), 544 - 560.

Az NDH A (2) 4/88.

Az 2 BvR 2034/89.

EGMR in: EuGRZ 1986, S. 497ff. (Glasenapp); EGMR in: EuGRZ 1986, S. 509ff. (Kosiek).

dividuelle, politische Gründe haben in dieser Kategorie von Kündigungen keine Rolle gespielt. 18

Anders hingegen bezweckt die ebenfalls im Einigungsvertrag getroffene Regelung der ordentlichen und außerordentlichen Kündigung eine Handsteuerung insbesondere bei der Entfernung von aus politisch-ideologischen Gründen mißliebigen Beschäftigten. Es handelt sich hierbei sicherlich um eines der sensibelsten Problemfelder. Fordern die einen eine Pauschalverurteilung und Aburteilung, mahnen die anderen - wie Hans Mayer - zur Besonnenheit: "40 Jahre lang wurde in 5 deutschen Ländern nicht bloß unterdrückt, bestraft, hochmütig belehrt, sondern auch gehofft, gewartet, die Vernunft und die Menschlichkeit 'geplant': für Frauen, für Kinder, für alte Leute, für Arme und Unwissende. Es erwies sich ... als ein 'untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln'. Trotzdem kein Grund zum Gelächter. Erst recht nicht zu einer hochmütigen neuen Besserwisserei."

Diese Hoffnungen, Wünsche und Bemühungen werden in den offiziellen Anordnungen der Bundes- und Landesbehörden zur Umsetzung des Einigungsvertrages kaum berücksichtigt. Nach den vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Grundsätzen bestünden erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue bei solchen Beschäftigten, die an der Verletzung der Menschenrechte, die zum Kernbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehörten, beteiligt gewesen seien. Davon sei vor allem auszugehen bei (haupt- und nebenamtlichen) Mitarbeitern des MfS/AfNS. Ebenfalls bestünden Zweifel an der Verfassungstreue bei Personen, die sich im politischen System der DDR exponiert hätten, indem sie vor dem 9.11.1989 Funktionen in folgenden Bereichen innegehabt hätten. SED, Massenorganisationen/gesellschaftliche Organisationen.

Bei diesen Personengruppen könne nach den Richtlinien jedoch nicht generell von einer fehlenden Verfassungstreue ausgegangen werden, vielmehr müsse eine Einzelfallprüfung unter besonderer Berücksichtigung der früheren Verhältnisse in der DDR erfolgen. Hierfür ließen sich folgende Kriterien aufstellen: Höhe der Funktion, Zahl der Funktionen, Abstufung nach haupt- oder nebenamtlicher Funktion, Abstufung nach Funktionen in der SED.

Ausgehend hiervon haben die Landtage und Ministerien der jeweiligen neuen Länder - wie z.B. der Sächsische Landtag - Unvereinbarkeitskataloge von Mitgliedschaften, Tätigkeiten und Funktionen Betroffener im Staats- und Gesellschaftssystem der ehemaligen DDR erlassen. Die ein-

18 BVerfG EuGRZ 91, S. 133ff. (Warteschleife).

zelnen Bereiche der öffentlichen Verwaltung, wie allgemeine Verwaltung, Schule, Hochschule, Justiz, Polizei, Militär- und Sicherheitsbehörden werden anhand dieser Unvereinbarkeitskataloge überprüft. Selbst freie Berufe wie derjenige des Rechtsanwalts werden von dieser Überprüfung nicht ausgenommen, wie aus dem Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen in den neuen Bundesländern hervorgeht.

Eine Vielzahl arbeitsgerichtlicher Entscheidungen ist bereits zu den Anforderungen der "persönlichen Eignung" ergangen²³, das Bundesarbeitsgericht²⁴ wird sich demnächst in vier Revisionsverfahren von Lehrern, die vor Rückkehr in den Schuldienst im hauptamtlichen Bereich der ehemaligen SED beschäftigt waren, hiermit befassen. So hat das Bezirksgericht Rostock im Falle eines Lehrers, der bis zum 31.12.1989 als politischer Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung tätig war, die persönliche Eignung verneint.²⁵

Eine weitere Kontroverse ist bei der Interpretation des außerordentlichen Kündigungsgrundes der "MfS/AfNS-Tätigkeit" und daraus resultierender "Unzumutbarkeit" am weiteren Festhalten des Beschäftigungsverhältnisses entbrannt. 26

Eine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst darf nur erfolgen, wenn bei den Betroffenen individuell vorwerfbares Handeln vorliegt. Eine Kollektivhaftung, die auf die bloße Einbindung in den SED-Staats- und Herrschaftsapparat abstellt, wird rechtsstaatlichen Kriterien keinesfalls gerecht. So muß nach Mahrenholz, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, "zwischen dem politischen Unrechtsystem und den Menschen, die in ihm Funktionen gehabt haben, und zwar auf eine Weise, die sich an der Kategorie der Vorwerfbarkeit ausrichtet, differenziert werden. Was ist den Menschen zuzurechnen und was dem Unrechtstaat? Bedarf es nicht vielmehr klarer - und gesetzlicher! - Kategorien?" 27

So kann nach Mahrenholz nur vorwerfbar sein, was auch vorwerfbar bleibe, wenn man die Bedingungen der SED-Herrschaft in Rechnung stelle. Das hindere z.B. nicht die Entfernung derer aus dem Richterdienst, die Verfolgungsmaßnahmen angezettelt, beim Staatssicherheitsdienst de-

¹⁹ Der Turm von Babel, Frankfurt/M. 1991, S. 248f.

²⁰ K. Dammann, Abwicklung, Warteschleife und Fragebögen in der ehemaligen DDR, in: DuR 91, S. 242ff.

²¹ Sächsischer Landtag, Drucksache 1/395 v. 14,5.1991.

Bundesgesetzblatt 1992 I, 1386 ff.; Blau, Unwürdige Rechtsanwälte?, in: DuR 92, S. 76ff. mwN.

Vgl. im einzelnen R. Scholz, Fristlose Kündigung im öffentlichen Dienst wegen Tätigkeit für das frühere MfS, in: BB 91, S. 2515; exemplarisch LG Brandenburg Az 1 Sa 21/91 Urteil v. 25.7.91; LAG Berlin Az 11 Sa 30/91 Urteil v. 27.8.91; diese für die Betroffenen positiven Urteil esind mit Urteil des BAG v. 11.6.92 aufgehoben worden.

Ostsee-Zeitung (Rostock) v. 13.3.91.

Az BAB 76/90 Urteil v. 15.2.91.

P. Oetker, Anmerkung zu LAG Berlin Az 9 Sa 29/91 Urteil v. 22.7.91, in: LAGE 55/91, S. 1ff.

G. Mahrenholz, Justiz - eine unabhängige Staatsgewalt (maschschr. Manuskript), S. 20.

nunziert und dadurch Kollegen oder andere Bürger der DDR um ihre Freiheit oder in andere Schwierigkeiten gebracht hätten.

Bei fristlosen, aber auch fristgemäßen Kündigungen, die sich auf Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtstaatlichkeit oder auf die Tätigkeit für das MfS/AfNS stützen, ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob aus diesen Gründen ein Festhalten am Arbeitsverhältnis unzumutbar erscheint. Hier muß jedem Betroffenen der gleiche rechtsstaatliche Schutz wie jedem anderen Mitbürger im Rahmen der arbeitsgerichtlichen Verfahren zuteil werden. Auf der anderen Seite kann hier nicht pauschalisierend von Berufsverboten gesprochen werden. Nicht die politische Meinung ist Ansatzpunkt für den Ausspruch von Kündigungen, vielmehr das Handeln im Rahmen der jeweiligen staatlichen Funktion zu Zeiten der ehemaligen DDR.

Eine gleichsam klassische Diskriminierung aus politischen Gründen war sicherlich im Verfahren der Berliner Richterin Cathrin Junge gegeben, die zunächst wegen ihrer Mitgliedschaft in der PDS nicht zur Richterin ernannt werden sollte. Der Richterwahlausschuß hatte nach eingehender Überprüfung ihre Ernennung empfohlen. Berlin im Verfahren gegen den Rektor der Humboldt-Universität Heinrich Fink, mit dem die Kündigung des Dienstverhältnisses durch den Wissenschaftssenator für unwirksam erklärt worden ist. Das Arbeitsgericht hat darauf abgestellt, daß Akten des ehemaligen MfS/AfNS lediglich Indizwirkung, aber keine absolute Beweisfunktion zukomme. Werde die Richtigkeit des Akteninhalts glaubwürdig bestritten, so müsse hierfür anderweitig Beweis angeboten werden. Das LAG Berlin hat dieses Urteil zwischenzeitlich aufgehoben.

Das Europäische Parlament hat in seinem Jahresbericht vom 27.1.93 auf die erschreckende Vielzahl der Massenentlassungen im Lehrer- und Hochschulbereich sowie in den übrigen Bereichen des öffentlichen Dienstes hingewiesen.³⁰

VI.

Ein weiteres wichtiges Problem ergibt sich bei den von den Landesministerien herausgegebenen Personalfragebögen, die zur Informationsgewinnung durch die Beschäftigten und Bewerber beantwortet werden müssen. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund:

- Waren Sie jemals Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit oder beim Amt für nationale Sicherheit? Wenn ja, welcher Art war diese Tätigkeit (auch nebenamtlich) und von welcher Dauer war sie?

- Haben Sie vor dem 9.11.1989 eine Funktion in der SED, in Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen oder eine sonstige herausgehobene Funktion im System der DDR innegehabt? Wenn ja, welcher Art war diese Funktion und von welcher Dauer?

Ausgehend von diesen Grundsätzen sind dann umfangreiche Personalfragebögen entwickelt worden, die Daten zu Person, Familienstand, Eltern, Ehepartnern, Kindern, Gesundheitszustand, schulischer und beruflicher Qualifikation, bisherigen Tätigkeiten lückenlos und - last not least - politischen Mitgliedschaften und Funktionen, Tätigkeiten für das Mfs/AfNS und Verstößen gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit erheben. Zum Teil werden zusätzlich Einwilligungen zur Sicherheitsüberprüfung sowie zur weiteren gezielten Ausfragung über Art und Umfang politischer Mitgliedschaften und Tätigkeiten für das MfS/AfNS abgefordert.

Weigern sich die übernommenen Beschäftigten, die Fragebögen auszufüllen, so soll dies zur Kündigung führen. Es wird des weiteren eine wahrheitsgemäße Beantwortung gefordert, da falsche Angaben im Personalfragebogen den Bestand des Dienstverhältnisses bis hin zur außerordentlichen Kündigung gefährden würden. Gleichzeitig wird drohend darauf hingewiesen, daß es angesichts des sich stetig verbessernden Zugriffs auf Informationen aus den entsprechenden Akten des MfS/AfNS, der SED und der anderen Blockparteien sowie der Massenorganisationen möglich sei, auch später noch die Angaben im Personalfragebogen zu überprüfen.

Es dürste zweiselhaft sein, ob für die Vielzahl der ausgeführten Fragen überhaupt eine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Sollte diese sehlen, so würde das dazu führen, daß die Fragen vom Ansatz her unzulässig sind. Die Zulässigkeit von Fragen und deren Umfang ergibt sich allein aus dem Einigungsvertrag selbst. Dort heißt es, daß ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung dann gegeben ist, wenn der Arbeitnehmer

- gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 enthaltenen Grundsätze verletzt hat oder

- für das frühere MfS/AfNS tätig war und deshalb ein Festhalten am Arbeitsverhältnis unzumutbar erscheint.

²⁸ HA v. 19.12.91.

²⁹ Der Spiegel 15/92, S. 126ff.

Jahresbericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft (AR-0025/93) Ziff. 99-102 und S. 63f.

K. Dammann, a.a.O., S. 248ff.; T. Weichert, Überprüfung der öffentlichen Bediensteten in Ostdeutschland, KJ 91, S. 457ff.

Beide Fallkonstellationen sind klar umrissen, sie sind auch nicht unverhältnismäßig, da in der Tat ein überwiegendes Allgemeininteresse besteht, daß insoweit eine Aufklärung erfolgt. Der öffentliche Dienstherr hat allerdings Sorge dafür zu tragen, daß diese Informationen ausschließlich zu dem aufgeführten Überprüfungszweck verwendet werden.

Eine weitere zulässige Frage, die sich allerdings zum Teil in den Fragebögen nicht findet, ist diejenige nach der Haltung des Bewerbers zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes. Die Zulässigkeit dieser Frage ergibt sich unmittelbar aus dem Grundgesetz, da jeder im öffentlichen Dienst Beschäftigte die fundamentalen Normen der Verfassung, so insbesondere die Grundrechte zu achten hat.

Weitergehende Fragen sind entweder überflüssig oder unzulässig. Das LAG Berlin hat jedoch Fragen nach politischen Mitgliedschaften für zulässig erachtet.³² Daß bei der praktischen Umsetzung erhebliche Schwierigkeiten auftreten, ist hinreichend bekannt, weil oftmals Kraft und Zivilcourage fehlen. Die Betroffenen selbst haben es allerdings in der Hand, ihre Rechte einzufordern.

Die weitere Entwicklung der Entlassungs- und Einstellungspraxis aus politischen Gründen in den alten und neuen Bundesländern bleibt abzuwarten. Es ist zu hoffen, daß sich die toleranten und besonnenen politischen Kräfte durchsetzen und der - insbesondere im internationalen Recht - erreichte Standard strikt beachtet wird.

Detlef Joseph

Macht, Recht, Rechtsstaat

Kritisches zum Konzept von Jürgen Habermas¹

Habermas beklagt, die Rechtsphilosophie sei kein Gegenstand mehr für die allgemeine Philosophie und "abgewandert" in die Juristische Fakultät. (S. 9) Aber auch dort genieße sie ein Schattendasein. Die Juristische Aushildungsordnung sieht zwar die Vermittlung von Grundlagenerkenntnissen vor, es werden auch für diesen Unterricht Lehrmaterialien verfaßt² und die höchsten Gerichte der Bundesrepublik schwelgen in nicht wenigen Verfahren in der Urteilsbegründung in "rechtsphilosophischen" Erörterungen, aber, wie Eingeweihte zu berichten wissen, spielen allgemeintheoretische Fragen, darunter die der Rechtsphilosophie, in der juristischen Ausbildung eine absolut untergeordnete Rolle. Das Dogmatische hat Priorität. Eine Erklärung dieses Phänomens könnte darin liegen, daß nichts "gefährlicher" ist als das Besinnen darauf, daß es auch in der Gesellschaft gesetzmäßig zugehen könnte bzw. zugeht. Wo kämen wir hin, wenn beim Denken an obiektive Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung - und dann womöglich noch im idealistisch-dialektischen oder gar materialistisch-dialektischen Sinne Hegels oder Marx' - Studenten zum Nachdenken über die Beweglichkeit des status quo oder die dialektische Bezogenheit von Gesellschaft-Ökonomie-Recht angehalten würden ?!

Nun besteht im eigentlichen zur Zeit überhaupt keine Gefahr, daß das Denken an gesellschaftliche Gesetze etwa überhand nehmen könnte. Die bürgerliche Philosophie von heute ist weit davon entfernt, solches zu befördern. Jeder von Berufs wegen Philosophierende entwickelt sein eigenes System oder wenigstens ein Stückchen Systematisches, das möglicherweise ein Teilchen der Wirklichkeit reflektiert, oftmals sogar der Wahrheit entsprechend.

Ein solches Stückchen der gesellschaftlichen Realität untersucht auch Habermas mit dem vorliegenden Buch. Generell kann man konstatieren, daß Habermas den Grundgedanken seines 1981 veröffentlichten Hauptwerkes "Theorie des kommunikativen Handelns" (Frankfurt/M 1988), den er in der "zwanglos einigenden, konsensstiftenden Kraft argumentativer Rede" sieht (1. Band, S. 28), im Rechtlichen anzuwenden sucht.

³² LAG Berlin Az 9 Sa 29/92 Urteil v. 22.6.92 in: NZA 92, S. 1131ff

Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main: Suhrkamp,1992, kart. 48 DM.

So z.B. H. Coing, Grundzüge der Rechtsphilosophie, Berlin-New York 1985; R. Zippelius, Rechtsphilosophie, München 1989; Th. Schramm, Einführung in die Rechtsphilosophie, Köln-Berlin-Bonn-München 1982; W. Naucke, Rechtsphilosophische Grundbegriffe, Frankfurt am Main 1986.

Man sollte allerdings bedenken, daß der gegen die Diskurstheorie gelegentlich brutal und offen geäußerte Gedanke, es handle sich im Letzten um "universitäre Ausgeburten", die der Realität von Macht- und Machtausübung nicht entsprechen, so ohne weiteres nicht von der Hand zu weisen ist. Die Konservativen sagen eben oftmals unverblümter, was Sache ist. Es sei hier nur an die gegen die französische Revolution von 1789 im allgemeinen und die Menschenrechte im besonderen gerichtete glühende Fundamentalkritik Edmund Burkes und seines deutschen Herausgebers Friedrich Gentz erinnert. Wenn es so ist, daß, wie Gentz schrieb, der Philosoph die Systeme formt und der "Pöbel (daraus) Mordgewehre schmiedet", dann versteht man, weshalb damals gegen die Menschenrechte ebenso vehement Stellung genommen wurde, wie heute z.B. gegen das Recht auf Arbeit.

Rechtsillusionen

Habermas schreitet gemächlich voran. Er will dem Rechtsstaat dienlich sein und ihn gegen machtbesessene Entweihung und Beschmutzung verteidigen. Dazu muß er über das Recht,dessen Herkunft und dessen Rolle in der Gesellschaft meditieren.

Bemerkenswert ist zuvörderst, daß Habermas aus der Niederlage des "Staatsozialismus" offenbar nicht die Konsequenz zieht, daß der Sozialismus überhaupt nur eine unrealisierbare Phantasterei sei. Habermas zieht aus dem Zusammenbruch nur den Schluß, er habe den "theoretischen Fehler der gescheiterten Partei" offengelegt: "Sie hat das sozialistische Projekt mit dem Entwurf - und der gewaltsamen Durchsetzung - einer konkreten Lebensform verwechselt. Wenn man jedoch "Sozialismus" als Inbegriff notwendiger Bedingungen für emanzipierte Lebensformen begreift, über die sich die Beteiligten selbst erst verständigen müssen, erkennt man, daß die demokratische Selbstorganisation einer Rechtsgemeinschaft den normativen Kern auch dieses Projekts bildet." (S. 12) Ohne Zweifel gehört das Demokratiedefizit zu den Grundursachen der Niederlage des "Realsozialismus".Die Linke ist gut beraten, sowohl die Theorie als auch die Praxis des Sozialismus unter diesem Aspekt besonders intensiv zu analysieren und zu kritisieren.

Im folgenden Satz erscheint jedoch mit ziemlicher Klarheit, daß Habermas hinsichtlich der Stellung des Rechts einer gegebenen Gesellschaft in Illusionen befangen ist. Habermas meint, daß die Partei, die sich in dem "Weltbürgerkrieg" als "die siegende sieht, ihres Triumphes nicht froh" werde. Sie "verzagt ...vor der Aufgabe, die sozialstaatliche und ökologische Zähmung des Kapitalismus in den Furcht einflößenden Dimensionen der Weltgesellschaft energisch voranzutreiben." Es fehle an der "Sensibilität für die eigentlich gefährdete Ressource - eine in rechtlichen Strukturen aufbewahrte und regenerationsbedürftige gesellschaftliche Solidarität." (S. 12) An anderer Stelle hat Habermas mit Blick auf die mißlichen Folgen der Rasantvereinigung beklagt, daß sich heute "die normativen Defizite des überstürzten Anfangs" rächen würden und gemeint, daß das "klägliche Symbol des Vertrages, den Herr Schäuble in der Gestalt des Herrn Krause mit sich selbst abgeschlossen hat, ...kein Ersatz für einen Gesellschaftsvertrag (sei), der in einer Verfassungsdebatte öffentlich hätte ausgehandelt werden müssen."5

Dieser Satz offenbart mehr als manches andere die illusionäre Vorstellung, die Habermas vom Recht hat. Ist es denn wirklich so, daß es sich um "normative Defizite" handelt? Hatten nicht diese "Defizite" vielmehr gerade den Zweck, nachfolgender Siegerwillkür in der Interpretation und "Ergänzung" Tür und Tor zu öffnen und dabei rechtsstaatliches Dekor zu wahren? Nicht nur einem Juristen mußten beim Lesen des Anschlußpapiers die Augen aufgehen angesichts der vielen Konjunktive und bloßen Absichtserklärungen. Das wichtigste "Defizit" nennt Habermas nicht: im Eifer der Heimholung der DDR "ins Reich" vergaß man den DDR-Bürgern mitzuteilen, daß sie sich nunmehr der kapitalistischen Gesellschaft mit all ihren ökonomischen und anderen Gesetzen unterwerfen würden.

Hat die "siegende Partei" denn wirklich versagt? Habermas kritisiert hier etwas, was von der "siegenden Partei" niemals ins Kalkül gezogen wurde und werden kann. Die Selbstbeschränkung von Profit- und Machtstreben ist im Monopolkapitalismus nicht angelegt und kann es nicht sein: Profit- gewinnung ohne Stützung des potentiellen (Ost)Konkurrenten; Gewinnung neuer Immobilien; Nutzung der hinzugekommenen Absatzmärkte wie des vom "Feind" gut ausgebildeten jungen Fachpersonals; Zerschlagung der Institutionen und Organisationen und Demütigung der in ihnen dienenden Menschen; Einführung der eigenen Bürokratie, bewährt beim Schutze der bundesdeutschen Eigentumsverhältnisse - das waren einige der objektiven Erfordernisse des Anschlusses, denen durch Mäßigungsappelle nicht entsprochen werden kann. Das Recht hat diesen objektiven Erfordernissen zu entsprechen und entsprach ihnen, wie ein Blick auf die bundesdeutsch inspirierte Gesetzgebung der letzten DDR-Volkskammer und auf die Gesetzgebung der BRD nach dem Anschluß der DDR zeigt.

[&]quot;Lübbe hat", so heißt es in einem Bericht über eine Tagung der Tutzinger Evangelischen Akademie über Carl Schmitt, "mit Seitenblick auf politische Tendenzen der Gegenwart, darauf hingewiesen, wie bedenklich der Verzicht ist, Freund und Feind zu unterscheiden. Die Hoffnungen auf eine politisch vernünftige Welt, in der Entscheidungen nur nach der Maßgabe der diskursiven Praxis getroffen würden, sind universitäre Ausgeburten: Sie spiegeln nichts als die akademische Praxis." (A. Adam, "Werk als Werkzeugkiste", in Süddeutsche Zeitung vom 2.3.1993, S. 11). Im übrigen ist "Diskurs" nicht einmal mehr akademische Praxis, wie der rigorose Hinauswurf ostdeutscher Wissenschaftler nach dem Anschluß der DDR beweist.

E. Burke/G. Gentz, Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen. Hrsg. von H. Klenner, Berlin 1991.

Die Zeit, Nr. 51 v. 11.12.1992, S. 48.

Idee und Realität des Rechtsstaates

Warum der lange Ausflug in die Praxis des Rechts? Weil das theoretische Anliegen Habermas' gelegentlich an der Praxis überprüft werden muß, um nicht dem Irrtum zu verfallen, daß die Gedanken einer "schönen Seele" über das Eigenleben von Recht in einer gegebenen Gesellschaft so einfach zu nehmen sind, wie sie bei Habermas sprachlich oft äußerst kompliziert dargestellt werden.

Der Kernsatz, der die selbstgewählte Aufgabe des Buches bestimmt, findet sich auf S. 13. Habermas konstatiert allerorts Kleinmut hinsichtlich des Funktionierens und der Wirksamkeit bestehender demokratischer Institutionen und vermutet, daß die Beunruhigung einen tieserliegenden Grund habe: "die Ahnung nämlich, daß ... der Rechtsstaat ohne radikale Demokratie nicht zu haben und zu erhalten ist. Aus dieser Ahnung eine Einsicht zu machen, ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung." Eine höchst ehrenwerte und zu unterstützende Aufgabe. Denn wenn die Geschichte eine Lehre brachte, dann doch wohl diese: Abbau der Demokratie brachte den einfachen Menschen immer Unheil, wie der konkrete gesellschaftliche Inhalt der Demokratie auch bestimmt und angelegt sein mochte! Habermas betont, er mache sich über die Probleme und die Stimmungslagen keine Illusionen. "Aber Stimmungen - und melancholische Stimmungsphilosophen - rechtfertigen nicht die defaitistische Preisgabe jener radikalen Gehalte des demokratischen Rechtsstaates, für die ich eine neue, den Umständen einer komplexen Gesellschaft angemessene Lesart vorschlage." (S. 13)

Habermas versteht die "Idee des Rechtsstaats" prioritär als "institutionell ausdifferenzierte Gestalt" der "staatsbürgerlichen Praxis der Selbstgesetzgebung", die sich "gegen die von außen ins Recht eindringende Faktizität rechtlich nicht gezähmter Macht zur Geltung bringen soll." (S. 58). Es scheint so, als ob hier ein Standpunkt mit umgekehrten Seiten zum Vorschein kommt, der sich im "Realsozialismus" in der Reduktion des Rechts auf ein Instrument der Macht, nicht aber auch als deren Maß manifestierte. Für Habermas scheint Recht überhaupt nicht mehr Mittel (Instrument) der Macht, sondern nur noch deren Maß zu sein. Das aber wäre die illusionäre Annahme, daß das Recht ein Dasein außerhalb der Macht führen würde und nicht im Gegenteil wesenlich aus derselben entspringt. Diese Trennung des Rechts von der Macht wird deutlich an der Behauptung Habermas', daß sich die Ausgestaltung des Rechtsstaates verstehen ließe "als grundsätzlich offene Sequenz erfahrungsgeleiteter Vorkehrungen gegen die Überwältigung des Rechtssystems durch eine - illegitime - Macht der Verhältnisse, die seinem normativen Selbstverständnis widerspricht" (S. 58). Bemerkenswert der Einschub "illegitim". Hierhin gehört die Feststellung, daß die "Systeme von Wirtschaft und Verwaltung ... die Tendenz (haben), sich gegen ihre Umwelten abzuschließen und nur den eigenen Imperativen von Geld und administrativer Macht zu gehor-

chen. Sie sprengen das Modell einer Rechtsgemeinschaft, die sich über die gemeinsame Praxis der Staatsbürger selbst bestimmt." (S. 105) Was nicht ins Recht eingebracht werden kann, setzen die realen Gewalten des Kapitalismus dann eben außerhalb desselben durch.

Joseph: Kritisches zum Konzept von Jürgen Habermas

Das Recht hat sich bei Habermas offensichtlich verselbständigt und erscheint ihm nur dann als legitim zustandegekommen, wenn es das Produkt des kommunikativen Handelns, des intensiven Diskurses der Bürger ist, wobei er zudem für die Einführung eines Diskursprinzips noch voraussetzt, "daß praktische Fragen überhaupt unparteilich beurteilt und rational entschieden werden können." (S. 140) Das ist in doppelter Hinsicht illusionär: einerseits übersieht Habermas, daß die "äußeren" Zwänge der Entwicklung einer Klassengesellschaft, man kann auch sagen; die primär von den materiellen Verhältnissen her determinierten objektiven Gesetze einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln basierenden Gesellschaft, das Recht zwingend erfordern, und andererseits, daß die Willensbildung und formung der Bürger in die gegebenen Verhältnisse eingebettet ist. Habermas selbst stellt fest, daß oft genug Interessenlagen sich nur deshalb durchsetzen."weil sie die stärkeren sind und sich der legitimierenden Kraft der Rechtsform bedienen" (S. 59), erkennt das aber nicht als im Wesen des Rechtssetzungsprozesses eines kapitalistischen Staates liegend, sondern nimmt nur an, daß es sich dabei um die Absicht handle, "ihre bloß faktische Durchsetzungsfähigkeit zu bemänteln." (S. 58) Wenn Habermas dann noch beklagt, daß das Recht deshalb ein "zutiefst zweideutiges Medium der gesellschaftlichen Integration" bleibe und "der illegalen Macht" oft genug "nur den Anschein von Legitimität" verleiht (S. 59), dann ist eigentlich der Irrtum vollständig. Kann es denn in einer an das Privateigentum an den Produktionsmitteln gebundenen Gesellschaftsordnung eigentlich anders sein, als es ist?

Wie kommt das Recht zustande? Habermas meint, nur das Recht gilt als legitim, "das in einer diskursiven Meinungs- und Willensbildung von allen Rechtsgenossen rational akzeptiert werden konnte." (S. 169) Nun weiß auch Habermas, daß sich die Volkssouveränität heutzutage "nicht mehr in einer anschaulich identifizierbaren Versammlung autonomer Bürger" verkörpert (S. 170) Er sieht dafür "die gleichsam subjektlosen Kommunikationskreisläufe von Foren und Körperschaften", in die sich seiner Ansicht nach die Volkssouveränität zurückzieht, und meint, daß die politische Macht sich im demokratischen Rechtsstaat in "kommunikative und administrative Macht" differenziere (ebd.). Tatsächlich aber etablieren unter kapitaldeformierter Meinungsmanipulation und Demagogie zustandegekommene Parlamentsmehrheiten einen Gesetzgebungsmechanismus, der das Recht produziert, das den Interessen von Geld und "administrativer Macht" entspricht. Die "Zustimmung der assoziierten Staatsbürger" (S. 60), die Habermas einfordert, wird immer als vorhanden behauptet werden, sobald die bürgerlichen Wahlen die entsprechenden Parlamentsmehrheiten hervorgebracht haben. Und der Abgeordnete ist bekanntlich "nur seinem Gewissen" verantwortlich. Diese Strukturierung der Machtausübung deckt auch die von Habermas kritisierte "staatliche Selbstprogrammierung" ab (S. 60)

Die illusionäre Sicht auf das Verhältnis von Recht und Macht durchzieht das gesamte Buch. Man weiß nicht recht, ob man es dennoch loben soll, weil es mit der Kritik an "illegitimer Macht" die Anstrengung verbindet, dem Rechtsstaat gegen diese "illegitime Macht" Geltung zu verschaffen oder ob harsche Kritik vonnöten ist, weil auch Habermas mit seinem Buch dazu beiträgt, die realen Machtverhältnisse und die tatsächlichen Beziehungen von Recht-Staat-Macht zu verdunkeln.

Verselbständigung von Recht und Rechtsstaat

102

Die Verselbständigung von Recht und Rechtsstaat, der Versuch, sie aus sich selbst heraus zu interpretieren und so zum Maßstab ihrer selbst zu machen, verkleistert die wahren Zustände und propagiert einen Glauben an das Recht und den Rechtsstaat, der mit der Realität nicht übereinstimmt. Das soll nicht heißen, daß mit dem Recht, verstanden und erkämpft auch als Maß der Politik, und mit dem Rechtsstaat, verstanden und erkämpst als Anwendung seiner propagierten Kriterien, nicht auch Beschränkungen der "illegitimen Mächte" möglich sind und erfochten werden müssen und können.

S. 77/78 liest man, in Klartext übersetzt, die bemerkenswerte Feststellung, daß "die geldgesteuerte Ökonomie und eine machtgesteuerte Verwaltung" guten Worten gegenüber nur ein Achselzucken aufbringen. "Die für umgangssprachliche Botschaften tauben Medien Geld und administrative Macht reagieren nur, wenn sie durch Recht gezwungen werden.

Habermas hat recht, wenn er schreibt, "nur in der Sprache des Rechts können gehaltvolle Botschaften gesellschaftsweit zirkulieren; ohne die Übersetzung in den komplexen ... Rechtskode, würden diese in den mediengesteuerten Handlungsbereichen auf taube Ohren treffen." Aber es ist eben das tatsächliche Dilemma, daß das Recht in seinem Inhalt über den "Umweg" der "in freier Wahl" gewählten "Volksvertreter" gerade von den "Geld-und Machtinteressen" determiniert wird, die es "bändigen" soll. Was hier deutlich wird, ist die illusionäre Betrachtung des Rechts als sich selbst genügendem, independentem Faktor, illusionär insbesondere dann, wenn dieses Dilemma nicht aufgezeigt wird. Wobei keineswegs bestritten werden soll, daß die Kraft der "öffentlichen Meinung" (z.B. der solidarisch handelnden Gewerkschaften oder organisierter Minderheiten mit klarer Zielstellung oder der "Volksmassen") die machthabenden gesetzgeberischen Mehrheiten in den Parlamenten veranlassen können, aus welchen Gründen auch immer, Inhalte des Rechts so zu fixieren, daß individuelle Interessen des "Geldes und der administrativen Macht" eingeschränkt werden: im Gesamtinteresse der Stabilisierung des Gesamtsystems versteht sich, nicht unbedingt aus "freiem Willen."

Für Habermas ist das Recht "das moderne gesatzte Recht, das mit dem Anspruch auf systematische Begründung sowie verbindliche Interpretation und Durchsetzung auftritt." (S. 106) Das ist das Recht als deus ex machina. Von da an ist es nicht weit zur Illusion der Allmacht und Allgewalt des Rechts und mit ihm des Rechtsstaats. Was keineswegs bedeutet, daß Hahermas sich keine Gedanken über die Herkunft und Durchsetzungsmechanismen des Rechts macht. Das Recht benötigt "Sanktionsdrohungen", die "gegen" Normverletzungen oder widerstrebende Interessen geltend gemacht werden können." (S. 167) Es versteht sich für Habermas, daß die Sanktionsgewalt eine Organisation erfordert, "die über Mittel legitimer Gewaltanwendung" verfügt, um Rechtsnormen die gehörige Achtung zu verschaffen. "Das betrifft den Aspekt, unter dem der Staat gleichsam zur 'Deckung' seiner Befehlsmacht eine kasernierte Gewalt in Reserve hält." (ebd.) Das Recht ist legitim, wenn die "politische Willensbildung des Gesetzgebers an Bedingungen eines demokratischen Verfahrens" gebunden ist, bei deren Erfüllung die "verfahrenskonform zustandekommenden Ergebnisse per se den übereinstimmenden Willen oder den vernünftigen Konsens aller Beteiligten ausdrücken." (S. 123) Nun ist nicht zu bestreiten, daß das Recht ein Bewußtseinsprodukt ist. Es erblickt nur das Licht der Welt, wenn es, den Willen des bewußt handelnden Gesetzgebers ausdrückend, nach bestimmten Regeln seiner Produktion beschlossen wird. Das aber gibt noch keine Auskunft über die Ursachen der Setzung des bestimmten Gesetzes sowie über den Grund dafür, warum gerade dieser oder iener bestimmte Inhalt in Rechtsnormen gefaßt wurde. Oder anders gesagt: Habermas nimmt den marxistischen Standpunkt nicht zur Kenntnis, daß das Recht der in Gesetzesform gegossene Willensausdruck der politisch Herrschenden ist, dessen Inhalt in letzter Instanz in den ökonomischen Verhältnissen wurzelt. (Die ökonomische Gesetzgebung zur Beseitigung des Volks- und Genossenschaftseigentums der DDR ist ein klassisches Musterbespiel für diese These). Es sei angemerkt, daß damit nicht einem mechanistisch-ökonomistischen Determinismus das Wort geredet wird und werden soll, auch wenn dieser ohne Zweisel eine Rolle gespielt hat. Soziale Kräfte verschiedenster Gestalt und Form vermögen auf den Gesetzgeber und über ihn auf den Inhalt der Gesetze Einfluß auszuüben, was aber bleibt, ist, daß das Recht als ein Instrument der ökonomisch und politisch Herrschenden aufzufassen ist. Ungeachtet dessen bleibt zugleich wahr, daß das Recht nach seiner Setzung auch Maß der Politik der Herrschenden sein kann und muß. Wenn diese sozialen Gründe von Recht übergangen werden, ist auch der Rechtsstaat nicht erklär- und verstehbar bzw. gewinnt einen Status der Abgehobenheit von den real wirkenden sozialen Kräften in der Gesellschaft.

Habermas betont, daß "die Menschenrechte und das Prinzip der Volkssouveränität ...nicht zufällig die Ideen (bilden), in denen das moderne Recht nur noch gerechtfertigt werden kann" (S. 129) Das aber hat etwas damit zu tun, daß der Charakter des Rechts als herrschaftsbezogenes Machtmittel

meinungsmanipulierend verborgen werden soll. Es regiert sich gut im Glauben an Unparteilichkeit, Güte und Wohltat des Rechts.

Habermas interpretiert die Idee des Rechtsstaats als Forderung, "das über den Machtkode gesteuerte administrative System an die rechtsetzende kommunikative Macht zu binden und von den Einwirkungen sozialer Macht, also der faktischen Durchsetzungskraft privilegierter Interessen, freizuhalten. Die administrative Macht soll sich nicht selbst reproduzieren, sondern allein aus der Umwandlung kommunikativer Macht regenerieren dürfen." (S. 187) Aus dem bisher Dargelegten ist nur die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es eine größere Illusion über das Recht sowie den Rechtsstaat und ihre Stellung in der kapitalistischen wie auch jeder anderen Klassengesellschaft kaum geben kann. Allerdings ließe sich aus dem resignativen Hinweis auf die "faktische Durchsetzungskraft privilegierter Interessen" auch ablesen, daß Habermas seiner Illusion selbst nicht so recht glaubt. Dennoch kann man das Anliegen Habermas' nicht einfach beiseite schieben. Sein Appell an eine bessere, demokratisch durchdrungene Rechtsstaatswelt besitzt Mobilisierungswirkung. Um es deutlich zu sagen: Es muß eben immer wieder gewagt werden, dafür zu kämpfen, daß die Allmacht der politischen Klasse und der Monopole zurückgedrängt wird. Wer kämpst, kann verlieren; wer nicht kämpst, hat schon verloren.

Ein Dokument der Zeitgeschichte über einen bedeutenden Menschen und Marxisten

Reale Geschichte als Lehrmeister

Josef Schleifstein 1915 - 1992

Das politische Leben eines deutschen Kommunisten in harten und bewegten Zeiten im Spiegel der Meinungen von Freunden, Kollegen, Genossen und Weggefährten

Texte von Ernst Engelberg, Frank Deppe, Jürgen Kuczynski, Peter Gingold, Max Oppenheimer, Kurt Hager, André Leisewitz, Elvira Högemann-Ledwohn, Kurt Bachmann, Fritz Rische, Hans Jürgen Friederici, Fritz Krause, Wolfgang Heinke, Helmut Warmbier, Robert Steigerwald, Willi Gerns, Heike Flessner, Elisabeth Bessau, Georg Fülberth, Winfried Schwarz, Jürgen Reusch, Heinz Jung, Günter Judick, Wolfgang Fritz Haug, Joachim Bischoff

Die letzten politischen Briefe und Meinungsäußerungen von Josef Schleifstein. Fotografien, Faksimiles.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) e.V., Marxistische Blätter, Sozialismus, Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

DIN A4, Umschlag zweifarbig, illustriert, 56 Seiten, DM 7,- (zzgl. Zustellkosten), Eigenverlag des IMSF e.V.; Bestellungen bei: IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/739 29 34

Henning Böke

Macht und Dissidenz: Michel Foucault und die Politik

Das OEuvre Michel Foucaults gilt den einen als Wegweiser radikaler Emanzipation - andere beargwöhnen es als Rationalisierung eines romantischen Irrationalismus, der die Flucht vor den Gebrechen der modernen Rationalisierung mit der Verabschiedung der emanzipatorischen Ansprüche der Aufklärung und Moderne erkaufe. Die folgenden Überlegungen suchen einige Anhaltspunkte zur Klärung der Frage zu gewinnen, welcher Stellenwert Foucaults Theorie der Macht für emanzipatorische Politik zukommt.

Linksintellektuelle in Frankreich - zwischen Marxismus und 'Dissidenz'

In den 50er und 60er Jahren war der Marxismus ein in der französischen Intelligenz allgemein anerkannter Bezugspunkt für Forscher diverser Disziplinen. Foucault hat noch 1975 betont, daß für den Historiker Marx ebenso unhintergehbar ist wie Einstein für den Physiker. Gleichwohl ist festzustellen, daß Foucault sein eigentliches theoretisches Terrain weitgehend unabhängig von Marx erschlossen hat. Zentrale Inspirationsquelle von Foucaults Theorie der Macht war vielmehr stets Nietzsche, "der als Hauptzielscheibe für den philosophischen Diskurs das Machtverhältnis aufgestellt hat. Für Marx war es das Produktionsverhältnis. Nietzsche ist der Philosoph der Macht ..."1.

Die Auseinandersetzungen unter den französischen Philosophen und Gesellschaftstheoretikern standen in den 60er Jahren zunächst im Zeichen der Kontroverse zwischen 'Existentialismus' und 'Strukturalismus': humanistische Subjektphilosophie versus "anti-humanistische", diskursanalytische Dezentrierung des Subjekts. In beiden Lagern wurden, repräsentiert durch Sartre und Althusser, Synthesen mit dem Marxismus entwickelt. Foucault wurde dem Umfeld des Strukturalismus zugerechnet, wenngleich er sich, ebenso wie auch Althusser, bald davon zu distanzieren suchte.

Dem theoretischen Anti-Humanismus liegt, in Worten Althussers, die Einsicht zugrunde: "An den Menschen etwas erkennen kann man nur unter der absoluten Bedingung, daß der philosophische (theoretische) Mythos vom Menschen zu Asche reduziert wird."² Während Althusser indes diesen

Foucault, Mikrophysik der Macht, Berlin 1976, S. 46f. Louis Althusser, Für Marx, Frankfurt a.M. 1968, S. 179.

theoretischen Anti-Humanismus mit dem ideologisch-praktischen Humanismus der Kommunisten in eins zu denken suchte, geht Foucault einen Schritt weiter: Ihm gilt der humanistische Begriff des Menschen als eine normative, normalisierende Konstruktion, die in der Neuzeit entwickelt wurde. Sie entwirft ein Bild, wie 'der Mensch' zu sein hat; Foucault begreift diese Konstruktion nicht nur als theoretisches Hindernis der Erkenntnis der Bedingungen, welche die realen Umstände, unter denen Menschen leben, hervorbringen, sondern befragt sie auch auf ihren praktischen Zwangscharakter.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1968 ziehen in ihren Nachwirkungen eine Verschiebung des theoretischen Koordinatensystems nach sich. Angesichts der Unfähigkeit der KP, die qualitative Neuartigkeit der aufbrechenden Kämpfe zu begreifen, sahen viele Linksintellektuelle eine Alternative im Maoismus; die chinesische Kulturrevolution wurde interpretiert als Versuch der Durchbrechung der Unterwerfung unter bürgerliche Lebensformen, deren Hegemonie im sowietischen Sozialismusmodell beibehalten und reproduziert wurde, als Bedingung der Entwicklung einer neuen Produktionsweise. Im maoistischen Lager fanden sich sowohl Sartre und seine Adepten wie auch abtrünnige Althusser-Schüler. Auch Foucault bediente sich in dieser Zeit vielmals einer maoistisch getönten Klassenkampf-Rhetorik. Was ihn mit den antiautoritären Maoisten verband, war die Kritik an der etatistisch-repräsentativen Politikkonzeption der KP, die, gestützt auf geschichtsphilosophische "Wahrheit", den Massen den Weg zur Befreiung über die Zentralinstanzen Ökonomie und institutionelle Politik weisen wollte. Foucault dagegen fordert die Subversion der Machtstrukturen des bürgerlichen Systems auf allen Ebenen, in allen lokalen Zusammenhängen: "Die Frauen, die Gefangenen, die Soldaten, die Kranken in den Spitälern, die Homosexuellen kämpfen nun gegen die jeweiligen Formen von Macht, Zwang und Kontrolle, denen sie ausgeliefert sind. Solche Kämpfe gehören zur revolutionären Bewegung, wenn sie nur radikal und kompromißlos sind, wenn sie nicht reformistisch bloß den Inhaber der Macht auswechseln, diese aber beibehalten wollen. Diese Bewegungen sind mit der revolutionären Bewegung des Proletariats verbunden, sofern diese alle Zwänge und Kontrollen zu bekämpfen hat, welche überall auf dieselbe Macht zurückgehen."3 Foucault engagiert sich in den Gruppen "Gefängnisinformation" (gegründet im Zuge der Solidarisierung inhaftierter Maoisten mit gewöhnlichen Strafgefangenen) und "Gesundheitsinformation", deren Aktivitäten darauf zielten, die Überwachungssysteme des Strafvollzugs und des Gesundheitswesens zu unterlaufen und den dort Festgehaltenen und mundtot Gemachten Sprache zu verleihen.

Mit dem Verblassen des Maoismus formiert sich unter den der KP fernstehenden Linksintellektuellen der Diskurs der 'Dissidenz', der auf Ver-

weigerung aller Totalitätsansprüche zielt und im Laufe der Jahre mehr und mehr statt der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft den Marxismus angreift. Während Marxisten wie Althusser versuchen, die "Krise des Marvismus" und seine Tragödien innermarxistisch produktiv zu bewältigen. verursacht, gefördert von den bürgerlichen Medien, schließlich die von ehemaligen 68er Maoisten erfundene "neue Philosophie" einiges Getöse und okkupiert den Diskurs der 'Dissidenz' für sich. Foucault hat 1977 in Rezensionen und Interviews die Bücher von André Glucksmann zustimmend kommentiert. "Die große Wut über die Tatsachen" ist seine Besprechung von Glucksmanns Pamphlet gegen die "Meisterdenker" überschriehen, die in ihrem erregten Tonfall sich von Foucaults sonst meist eher nachdenklichem Duktus abhebt. Daß die große Wut von Renegaten die über die Illusionen der eigenen Vergangenheit ist, schien Foucault wenig zu bekümmern. Gleichwohl hat Foucault sich nicht auf das allzu dürftige Niveau der selbsternannten Meisterdissidenten herabbegeben. Als methodologisches Vorbild hat er Marx weiterhin anerkannt: "Marx hat die Anklage des Diebstahls durch die Analyse der Produktion ersetzt."4 Marx analysiert das Elend der Arbeiterklasse nicht als Abweichung von einer Norm, als Verletzung moralischer Prinzipien, sondern als notwendiges Produkt der Produktionsweise. Foucault provoziert die Marxisten, mit Blick auf die Halbherzigkeiten und Ausweichmanöver der KP, mit der Forderung, die Schrecken des Gulag-Systems nicht als Abweichungen von der reinen Lehre oder Resultate besonderer Ausnahmebedingungen, sondern als Produkt eines Machtsystems zu erklären, was auch die Frage einschließt, was an der Lehre des Marxismus sie möglich gemacht hat.

Das bedürfte freilich einer materialistischen Theorie. Foucault allerdings wendet sich nun dem Entwurf einer Ethik zu, die, trotz fortbestehender Differenzen im Subjektbegriff, eine Annäherung des 'Poststrukturalismus' an den einst bekämpften Existentialismus erkennen läßt. Das wirft ein Licht auf die Vielschichtigkeit der Zusammenhänge, auf die Foucault auf dem Weg auf ein neues Terrain stieß, und die Sackgassen, die dort drohen.

Die Macht denken

"Es hat immerhin bis zum 19. Jahrhundert gedauert, bis man erkannte, was die Ausbeutung ist. Aber was die Macht ist, weiß man wohl noch immer nicht. Und Marx und Freud genügen uns vielleicht nicht zur Erkenntnis dieser so rätselhaften Sache, die zugleich sichtbar und unsichtbar, gegenwärtig und verborgen ist, die überall ihre Hand im Spiel hat und die man die Macht nennt ... Man weiß in etwa, wer ausbeutet, wohin der Profit geht, zwischen wem er hin und her wandert, wo er wieder investiert wird. Aber die Macht? Man weiß, daß sie nicht in den Händen der Regierung liegt. Aber auch der Begriff der 'herrschenden Klasse' ist nicht sehr klar.

Foucault im Gespräch mit Gilles Deleuze, in: G. Deleuze/M. Foucault, Der Faden ist gerissen, Berlin 1977, S. 99.

Foucault, Dispositive der Macht, Berlin 1978, S. 180.

'Herrschen', 'leiten', 'regieren', 'Machthaber', 'Staatsapparat' - all diese Begriffe müßten erst analysiert werden."⁵

Traditionelle, auch marxistische, Konzeptionen deuten die Macht als zentral situiert, linear von oben nach unten und durch Einschränkungen und Verbote wirkend. Nach der im Marxismus vorherrschenden Auffassung hat die herrschende Klasse die Macht; sie übt sie aus, indem sie die ausgebeuteten Klassen gewaltsam unterdrückt und ihnen Wissen über ihre wirkliche Lage und ihre 'wahren' Interessen vorenthält. Andere Marx-Interpreten die den Begriff des Warenfetischismus in den Mittelpunkt rücken, legen den Akzent weniger auf die äußere Herrschaft einer Klasse über die andere und betonen stattdessen den "stummen Zwang" der Verhältnisse. Auch hier wird die Stabilität des Kapitalismus indes vor allem dadurch erklärt, daß durch den Fetischcharakter der Ware die dem Kapital Unterworfenen ein "falsches Bewußtsein" haben und den wirklichen Zusammenhang der Vergesellschaftung nicht kennen. In allen Fällen wird also Macht in erster Linie negativ bestimmt: sie wirkt destruktiv, indem sie Wissen und bewußtes Handeln der Beherrschten verhindert; zu wehren ist ihr folglich durch Aufklärung, Erkenntnis der Wahrheit.

Foucaults Theorie der Macht wendet sich gegen diese Auffassung, derzufolge die Macht in erster Linie zentral, destruktiv und durch Einschränkungen/Verbote wirkt. Seine Gegenthesen, gewonnen aus detaillierten historischen Untersuchungen der Herausbildung moderner Institutionen wie Psychiatrie, Gesundheitswesen, Strafsystem, lauten: Macht ist dezentral; sie wirkt überall in sozialen Beziehungen. Und sie ist produktiv: Bevor sie unterdrückt, produziert sie die Spielregeln, nach denen Unterdrückung funktioniert. Macht geht einher mit der Produktion von Wissen, durch das Ordnungen, Kodizes von Wahr und Falsch, Gut und Böse, Normalität und Abweichung oder Pathologie erzeugt und rationalisiert werden. Solches Wissen konstituiert Normalität und macht das Handeln von Menschen interpretierbar und kontrollierbar.

In seiner Untersuchung zur Geschichte der Sexualität im Abendland hat Foucault seine Kritik der Repressionshypothese exemplarisch dargetan. Das Thema Sexualität hat hier paradigmatische Bedeutung. Weit verbreitet war und ist in der Neuen Linken die namentlich von Herbert Marcuse vertretene Auffassung, daß die bürgerliche Neuzeit in bislang ungekannter Weise Sexualität unterdrücke und tabuisiere. Foucault gelingt der Nachweis, inwiefern diese These falsch ist: Tatsächlich wurde in der Neuzeit Sexualität mehr denn je zuvor Gegenstand diverser moralischer, medizinischer, psychologischer, pädagogischer Diskurse, in denen Wissen über Normalität und Abweichung bereitgestellt wird; Kataloge von Perversionen werden entwickelt, anhand derer die Individuen in diskursiven Prozeduren

Deleuze/Foucault, a.a.O., S. 95.

des "Geständnisses" ihre Selbsterforschung betreiben, ihr eigenes Verhalten interpretieren und kontrollieren. Der griechischen Antike etwa war eine grundsätzliche Unterscheidung von 'Hetero-' und 'Homosexualität' fremd; im christlichen Mittelalter wurden Personen, die bei homosexuellen Handlungen erwischt wurden, für 'Sodomie' bestraft - sie wurden als Sünder und Verbrecher behandelt; die Idee aber, daß Menschen mit homosexuellen Neigungen sich durch einen abweichenden Charakter, eine andersartige Subjektivität auszeichnen, entstammt erst der Neuzeit. Die Macht über menschliche Sexualität funktioniert also nicht einfach durch Verdrängung und Tabuisierung, sondern durch ihre diskursive Konzeptualisierung und Problematisierung, durch die Subjekt-Positionen bestimmt werden. Zugleich stellt das Sexualitäts-"Dispositiv" mit der Normierung des Fortpflanzungsverhaltens den Schlüssel der "Bio-Macht" dar, deren Wirken aus der diskursiven Konstruktion eines homogenen, regulierbaren Volkskörpers resultiert.

Foucaults zentrales Interesse gilt der Frage, in welcher Weise durch die neuzeitlichen Humanwissenschaften ein Wissen ausgearbeitet wird, das Disziplinartechnologien formiert. Seine Forschungsgebiete sind regionale, räumlich und zeitlich meist relativ eng umgrenzte Praxisfelder, in denen er den Wandel von Wissens- und Handlungsweisen analysiert. In Überwachen und Strafen etwa geht es um die Veränderungen des Strafsystems, in deren Verlauf die Ausrichtung auf die Zufügung körperlicher Qualen abgelöst wird durch die körperliche Integrität der Delinquenten respektierende Systeme der Einsperrung und Überwachung, die auf deren mentale 'Normalisierung' zielen. Zugleich zeigt Foucault, daß die Entstehung von Einrichtungen wie Fabriken, Spitälern, Kasernen und Schulen dem gleichen Muster folgt.

Daß die Herausbildung der modernen Disziplinartechnologien mit der neuen (kapitalistischen) ökonomischen Rationalität zusammenhängt, hat Foucault niemals bestritten. Infragegestellt wird durch seine Konzeption allerdings eine Interpretation der Machtverhältnisse als abgeleitetes Resultat und "Garantie" einer logisch vorgeordneten Produktionsweise. Vielmehr ist "das Funktionieren der Instrumente der Beschlagnahme (Fabrik, Gefängnis, Sparkassen, Asyle etc.)" ein konstitutiver Faktor der dominanten ökonomischen Großformation. Zu fragen wäre dann nach einem geeigneten kategorialen Instrumentarium, mit dem die Vereinheitlichung der diversen lokalen Machtverhältnisse zu einer gesellschaftlichen Formation gedacht werden kann.

Macht, Wissen, Rationalität

Marx hat gesehen, daß die Herausbildung des freien, ungeheure Arbeitsdisziplin als Notwendigkeit der eigenen Existenzsicherung wissenden

⁶ Sexualität und Wahrheit, Bd. 1: Der Wille zum Wissen, Frankfurt a.M. 1983, S. 25-66.

Mikrophysik der Macht, a.a.O., S. 143.

Lohnarbeiter-Subjekts, die notwendiges Implikat kapitalistischer Produktion ist, ein langwieriger, unerhört schmerzlicher Prozeß war. In der Analyse der Maschinerie, der der Arbeiter unterworfen ist, unterscheidet Marx allerdings zwischen der dynamisch-revolutionären, als Voraussetzung emanzipatorischen Fortschritts verstandenen, "Natur der großen Industrie" und ihrer repressiv-gewaltsamen "kapitalistischen Form"8. Er nimmt an. daß die von den Arbeitern erlernte Disziplin des industriellen Arbeitsprozesses als solche im positiven Sinne notwendiges Element der Entwicklung der Produktivkräfte und damit, in der Überwindung der bornierten Schranken der kapitalistischen Aneignungsweise, Bedingung von Freiheit ist.

Foucault würde hier Zweisel anmelden und bestreiten, daß eine grundlegende Unterscheidung zwischen der sozusagen guten, emanzipatorischen Rationalität des Industriesystems nebst des ihm zugehörigen Wissens und der schlechten, irrationalen kapitalistischen Form durchführbar ist. Solcher Zweifel verdient unbedingt ernst genommen zu werden, wenn man die Leichtigkeit, mit der Marxisten die berüchtigte "Einsicht in die Notwendigkeit" zur Freiheit verklärt haben, nicht länger zu akzeptieren vermag. Immerhin hat Marx selbst sich vom Glauben der Utopisten, daß die befreite Arbeit zum Vergnügen würde, distanziert und dem Reich unverklärter Notwendigkeit Fortdauer neben dem der Freiheit bescheinigt. Und Lenin hat, in der Auseinandersetzung mit Bucharin, betont, daß Produktivkräfte immer Produktionsverhältnisse beinhalten. Ein gewiß nicht leicht lösbares Problem bereitet die Frage, ob die Rationalität industrieller Produktivkräfte und die ihr zugehörigen Formen der Disziplin und des Wissens von hierarchischen Machtverhältnissen befreit werden kann.

Foucault hat die Annahme einer Unschuld des Wissens und der Wissenschaft, die von ihren schlechten, repressiven, kapitalistischen Anwendungen kategorial zu trennen wäre, in Frage gestellt. Von seinen irrationalistischen Nachbetern unterscheidet er sich dadurch, daß er gleichwohl jenes Desiderat nicht leichtfertig in den Wind schlägt: "Ich wäre begeistert, wenn man wirklich sagen könnte: es gibt die gute Wissenschaft, die wahr ist und doch nicht an die schnöde Macht rührt ... Wenn Sie mir das garantieren, machen Sie mich wahrhaft glücklich!"9

Foucaults Forschungsprogramm begann im Zeichen einer radikalen Selbstaufklärung der Wissenschaft in der Tradition historischer Wissenschaftsforschung (Epistemologie), die in Frankreich von Bachelard und Canguilhem begründet wurde. Seine Untersuchungen zur Wissenschaftsgeschichte des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts gelten der Frage nach den Modalitäten der Formierung der modernen Wissenschaften. Dies geschieht durch vergleichende Diskursanalyse, die die Zwischenschaltung

hermeneutischer Verstehensvollzüge umgeht und sich jeder Wertung enthält: seine "Archäologie des ärztlichen Blicks" etwa stellt keine Parteinahme für oder gegen die eine oder andere Art von Medizin dar, noch richtet sie sich gegen Medizin überhaupt¹⁰. Foucault bricht mit der traditionellen Auffassung von Wissenschaftsgeschichte als Geschichte kontinuierlichen Erkenntnisfortschritts; stattdessen geht es ihm um die Herausarbeitung der Brüche, durch die die Konstitution und Strukturierung der Objektbereiche des modernen, 'aufgeklärten' Wissens in Abgrenzung von vorangegangenen Wissensformen erfolgt. Unter "Wissen" versteht Foucault jede Art der Konzeptualisierung von Praktiken. Dabei riskiert er das, was seine Kritiker ihm als "Relativismus" anlasten: er fragt nicht nach der "Wahrheit" von Wissen, sondern nach seinem Funktionieren als diskursiver Praxis in Verknüpfung mit nicht-diskursiven (institutionellen) Praktiken, durch die die "Gemarkungsfelder" und die "theoretische Struktur" von Wissen "konstituiert oder modifiziert" 11 werden. Wahrheitsansprüche werden innerhalb bestimmter Diskurspraktiken verhandelt. Foucaults Perspektive ist ein kühler Blick von außen, gleich dem des Ethnologen, der bei der Erforschung von Stammeskulturen nicht nach der Wahrheit von deren Mythen fragt, sondern analysiert, wie ihr Diskurs funktioniert. Foucault fragt, wie "Wahrheit" funktioniert, welche Hierarchien und Ausschließungen sie produziert. In einem nächsten Schritt entziffert er den neuzeitlichen "Willen zur Wahrheit" und zum "Wissen" als "Willen zur Macht" (Nietz-sche), die moderne Rationalität als Gestalt von Macht.

Jürgen Habermas, der in mancher Hinsicht als der große Antipode Fou-caults gelten kann¹², sieht Foucault hier in die Falle eines "performativen Widerspruchs" tappen: Die radikale Ausklammerung aller Geltungsansprüche macht noch den seiner eigenen Theorie hinfällig; dem konsequenten Blick von außen verschwindet der eigene Hintergrund im Dunkel. Die Schwierigkeit, über die Situiertheit des eigenen theoretischen "Diskurses über Diskurse" Rechenschaft ablegen zu können, hat Foucault in seinem quasi-methodologischen Hauptwerk Archäologie des Wissens eingestanden: "... im Augenblick und ohne daß ich ein Ende absehen könnte, meidet mein Diskurs - weit davon entfernt, den Ort zu bestimmen, von dem aus er spricht - den Boden, auf den er sich stützen könnte."13 Dem Widerspruch suchte Foucault dann durch ein pragmatistisches Theorieverständnis zu entgehen: Theorie soll nicht wahr sein, sondern funktionieren; sie ist nicht "Wahrheit" als Repräsentanz, sondern "selbst eine Praxis ... Sie ist Kampf gegen die Macht, Kampf um ihre Sichtbarma-

Das Kapital I, Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 511. Foucault, Was ist Kritik?, Berlin 1992, S. 48.

Vgl. Die Geburt der Klinik, München 1973, S. 17.

¹¹ Archäologie des Wissens, Frankfurt a.M. 1973, S. 233f.

Habermas' Auseindersetzung mit Foucault findet sich in seinem Buch: Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M. 1985.

chung und Schwächung dort, wo sie am unsichtbarsten und hinterhältigsten ist ... Sie ist ein Kampf um die Unterwanderung und Übernahme der Macht, neben allen und mit allen, die um sie kämpfen ... Eine 'Theorie' ist das regionale System dieses Kampfes."

Kampf gegen die Macht oder um Übernahme der Macht - hier deutet sich bereits eine Ambivalenz an: Wenn alles Wissen Macht ist, dann ist das von Foucault gewonnene Wissen über die Macht schlicht Gegenmacht, der Stellenwert seines Einsatzes strategisch. Folgerichtig läßt sich dann auch nicht mehr von der Macht reden, sondern nur noch von Netzen der Macht in denen die Theorie interveniert. Ein solches interventionistisches Theoriekonzept ließe sich zwar vertreten; seine Pointe wäre aber die Verabschiedung des rational-objektiven Anspruchs, mit dem Foucault antrat und den er in seiner gern gebrauchten Metapher von der Theorie als "Werkzeugkiste" insofern aufrechterhält, als ein Werkzeug ein souverän einsetzbares Instrument ist: Wer es gebraucht, unterstellt objektive Gesetzmäßigkeiten der bearbeiteten Materie und erhebt sich, ihrer sich bemächtigend, über sie - es gibt dann, im Hegelschen Sinne, eine Relation endlicher Teleologie. Ein Konzept der Intervention im ziellosen Wechselspiel von Machtbeziehungen kann nicht einmal das in Anspruch nehmen. Statt argumentativer Geltung leistet die Machttheorie dann nur ein Zeigen von Machtbeziehungen als lokalen und kontextuellen Eingriff, ohne daß ihre 'Parteilichkeit' sich verallgemeinernd fassen ließe. Etwas seltsam mutet es daher an, wenn Foucault 1977 fordert, die Frage nach der "Wünschbarkeit" von Revolution mit Blick auf ihre möglichen Folgen "mit größtmöglicher Redlichkeit" zu diskutieren 15, denn in dieser Frage muß ja unterstellt werden, daß eine wenigstens einigermaßen unparteiliche Erörterung dieser Frage möglich wäre.

Kann die Theorie der Macht nur verstanden werden als punktuelle ironische Subversion, so begibt sie sich kategorial einer 'ernsthaften' Auseinandersetzung in den uns real als Kampffelder gegebenen Sphären politischer und ökonomischer Rationalität, in die wir als Akteure einbezogen sind und die wir wohl analytisch in irgendeiner Weise an ihren eigenen Hörnern packen müssen. Bemerkenswerterweise sieht der amerikanische Neopragmatist Richard Rorty, als politisch dezidierter Liberaler mißtrauisch gegen den von Foucault schließlich selbst widerrufenen Anarchismus, in seiner Interpretation Foucaults ¹⁶ genau diese Konsequenz, indem er Foucaults Philosophie als wertvollen "ironischen" Beitrag zur Förderung privater Autonomie und Erfindung persönlicher Lebensentwürfe deutet, die allerdings für die von Rorty einfach als kontingent gegeben akzeptierte Sphäre demokratischer Institutionen (von Ökonomie ganz zu schweigen) schlicht irrelevant sei - irrelevant, weil deren Spielregeln inkommensurabel und aus

dieser Perspektive nicht ernst zu nehmen seien. Der späte Foucault scheint das geahnt zu haben, wenn ihm Widerstand nur noch gilt als "Wille ... nicht dermaßen, nicht von denen da, nicht um diesen Preis regiert zu werden" ; er fordert, Abstand zu nehmen von dem Glauben, "in unserem Sexual- und Familienleben nichts ändern zu können, ohne zugleich auch unsere Wirtschaft, unsere Demokratie etc. umzuwälzen" und von der "Vorstellung ..., daß eine notwendige und analytische Verbindung zwischen der Ethik und den sozialen, ökonomischen oder politischen Strukturen besteht" 18.

Richtig ist sicher, daß das Verhältnis von Produktions- und Lebensweise nicht als das einer essentiellen Determination zu denken ist. Als Problem stellt sich aber die Frage nach der Formierung hegemonialer Blöcke, in denen Lebensstile mit Formen ökonomischer Ausbeutung und Subordination artikuliert werden. Foucaults regressive Wendung, sein Ausweichen vor dieser Frage mag man als Tribut an den Zeitgeist interpretieren - produktiver scheint es, es als Resultat innertheoretischer Schwierigkeiten anzusehen, die ihm den kategorialen Rahmen für eine solche, programmatisch in seiner besten Phase durchaus angelegten, Analyse verstellen.

Aus Foucaults Ansatz ließen sich wichtige Gesichtspunkte gewinnen, durch die der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx) "in eine betriebliche Mikrophysik der Macht übersetzt werden" könnte. Was dazu indes aussteht, wären materialistische Thesen zum Problem der Rationalität, durch die der Zusammenhang von Rationalität, Wissen und Macht in differenzierterer Weise verhandelbar gemacht wird. Es kann bezweifelt werden, ob die von Habermas als Rekonstruktion von regulativ schon immer Befolgtem ausgegebene Konstruktion eines "herrschaftsfreien Diskurses", die bemerkenswerterweise selbst die paradoxale Formel vom "zwanglosen Zwang des besseren Arguments" anführt, dafür geeignet ist. Das Problem kann an dieser Stelle schlechterdings nicht diskutiert werden; es muß sein Bewenden haben mit der These, daß aus einer Aufarbeitung Althussers dafür Anhaltspunkte zu gewinnen wären.

Macht und Selbstsorge

Aus den Fragestellungen, die der späte Foucault in die Ethik verlegt, geht immerhin hervor, was der politische Einsatz seiner Machttheorie ist: das Problem, wie den Praktiken der Unterwerfung Praktiken der Autonomie entgegenzusetzen sind - "Technologien des Selbst" gegen die "Technologien der Macht". Für Foucault sind die menschlichen Körper, die Lebensvollzüge des Alltags die Brennpunkte von Macht und Widerstand. Sie zu be-

¹⁴ Deleuze/Foucault, a.a.O., S. 89.

¹⁵ Dispositive der Macht, a.a.O., S. 194.

¹⁶ Vgl. R. Rorty, Contingency, Irony and Solidarity, Cambridge U.P. 1989.

Was ist Kritik?, a.a.O., S. 52.

¹⁸ Von der Freundschaft, Berlin o.J., S. 80.

Hans-Peter Krebs/Thomas Sablowski, "Ökonomie als soziale Regularisierung", in: A. Demirovic et al. (Hrsg.), Hegemonie und Staat, Münster 1992, S. 126.

²⁰ Habermas a.a.O., S. 157.

freien von der Unterordnung unter "ritualisierte" Diskurse, in denen es leider gerade die Marxisten in ihrer Fixierung auf die Ökonomie, den Staat, die Partei ... zu besonderer Meisterschaft gebracht haben, war sein Ziel. Deshalb galt sein Interesse vorrangig den Revolten derjenigen, die von Humanisten nur aus einer auf Integration bedachten Sozialarbeiter-Perspektive betrachtet und von Marxisten auf ihre Rekrutierbarkeit als Hilfstruppen des Proletariats überprüft wurden: den Kämpfen der Frauen, der Homosexuellen, der Farbigen, der Irren, der Gefangenen. Indem Foucault zeigt, wie die Macht durch normierendes, normalisierendes Wissen Subjekt-Identitäten: Selbstinterpretationen als männliches oder weibliches, hetero- oder homosexuelles, weißes oder schwarzes ... Subjekt produziert, gewinnt er Zugang zu dem, was sich in den Kämpfen dieser Gruppen tatsächlich vollzieht: der Kampf um Normen und Lebensentwürfe, die Infragestellung der durch das herrschende Wissen rationalisierten Unterordnungen - Dissidenz. 21

Technologien der Macht: Obligatorischer Bestandteil nahezu jeder illustrierten Zeitschrift sind Rubriken mit Gesundheits- und Schönheitsratschlägen, Diätempfehlungen, Sexualberatung, Angeboten aller erdenklichen körperlichen und seelischen Therapien. Die den Alltag durchdringende diskursive Konzeptualisierung all dieser Lebensvollzüge setzt in den Individuen Prozesse der "Selbstsorge" in Gang; sie erzeugt Begehrlichkeiten. Das vermag besser als alle Manipulationstheorien - die sich an dem Problem die Zähne ausbeißen müssen, wieso es denn möglich sei, den Menschen dauernd etwas aufzuschwatzen, was sie eigentlich gar nicht wollen oder wollen können - die Bindung der Subjekte an die Machtverhältnisse zu erklären. Es mag als Schreckensvision totaler Unterwerfung erscheinen. Foucault hält dem allerdings entgegen, daß solche diskursive Thematisierung des Lebens auch den Einsatz autonomer Formen der "Sorge um sich" ermöglicht: Chancen der Verweigerung, des Entwurfs einer individuellen "Ästhetik der Existenz". Die Erarbeitung von Selbstmächtigkeit ist das Thema von Foucaults Überlegungen zur Ethik.

Freilich hat Foucault seine These "Dort, wo es Macht gibt, gibt es Widerstand", kaum überzeugend gegen den Verdacht, es handele sich um einen quasi-ontologischen Grundsatz, verteidigen können.²³ Näherliegend scheint es, die Konfliktualität der "Selbstsorge" anhand des Umstands zu erörtern, daß sie an materielle Bedingungen geknüpft ist. Damit deutet sich zugleich an, was eine Reformulierung der Theorie des Klassenkampfs von Foucault zu lernen hätte: die Einsicht in den Einsatz der Politik diesseits der großen, ritualisierten Politik.

Thomas Collmer

Zur Kritik narzißtischer Intersubjektivität als einer Kritik des Warenscheins

Marx und Adorno mit Lacan gelesen

1

Der mystische Charakter der Ware, so erläutert Marx, entspringt nicht ihrem Gebrauchswert, sondern der Warenform, die sich im Wertverhältnis der Produkte menschlicher Arbeit darstellt und den Menschen somit den Tauschwert dieser Produkte zurückspiegelt. Mit der physischen Natur der Arbeitsprodukte und den daraus resultierenden dinglichen Beziehungen hat die Warenform "absolut nichts zu schaffen"; es ist vielmehr "nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt."1 Die Erscheinung dieses "Fetischismus", wodurch Arbeitsprodukte nach Art von zu Götzen und Idolen überhöhten Naturmächten den Menschen verselbständigt gegenübertreten, sei, so Marx, von der Warenproduktion überhaupt untrennbar. Erst innerhalb des Austausches schlägt der Doppelcharakter der Arbeit zu Buche, indem die via rechnendes Denken in abstrakte Arbeit umgemünzte konkrete Arbeit als gegen den Gebrauchswert sich abhebender Tauschwert figuriert, worin nun die konkreten intersubjektiven Beziehungen der produzierenden Menschen einerseits versteckt und untergepflügt sind und von dessen gesellschaftlicher Ordnungsmacht sie andererseits schon angeleitet wurden und werden. Mit anderen Worten: "Ihre eigene gesellschaftliche Bewegung besitzt für sie (die Austauschenden, T.C.) die Form einer Bewegung von Sachen, unter deren Kontrolle sie stehen, statt sie zu kontrollieren."2 Was den Waren "dinglich zukommt", ist nicht ihr Gebrauchswert und nicht der etwaige Naturstoff, den sie enthalten, sondern ihr "Wert"3 - daher der systematische Zusammenhang von Verdinglichungs- und Verwertungslogik, die sich unter kapitalistischen Bedingungen gegen die Bedürfnisse der Menschen, ihre kommunikativen Beziehungen, gegen konkret-nützliche menschliche Arbeit und gegen die Naturbasis von Produktion überhaupt verselbständigen und diese usurpieren.

Auf diese Marxschen Ausführungen über den "Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis" kann Theodor W. Adornos leider meist sehr plakative Redeweise vom "Tauschprinzip" sich zu Recht beziehen, obschon sie immer auch in Gefahr gerät, die Zirkulationssphäre gegenüber der Produkti-

Nachdrücklich herausgearbeitet ist dieser Aspekt in der kleinen Foucault-Einführung von Richard Schwarz, Aspekte einer neuen Machttheorie, Mainz 1991.

²² Dieser Begriff wird entwickelt in: Sexualität und Wahrheit, Bd. 3: Die Sorge um sich, Frankfurt a.M. 1986.

Vgl. Dispositive der Macht, a.a.O., S. 195f.

Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 86.

Ebd., S. 89. Ebd., S. 97.

onssphäre unangemessen zu verabsolutieren. Dieses Problem stellt sich auch bei Alfred Sohn-Rethel, der den Nachweis schuldig geblieben ist, daß die "Ableitung" der Denkformen aus der Waren-, Wert- und Tauschabstraktion ein mögliches und sinnvolles Projekt sei. Die Kritiker, die ihm vorwerfen konnten, seine Theorie sitze selber affirmativ dem Warenfetischismus auf und stabilisiere bestehende Verhältnisse, anstatt ihre Veränderbarkeit begreiflich zu machen⁵, sollten allerdings bedenken, daß im Sinne der von Kant vertretenen fundamentalen Selbstbezüglichkeit von Vernunft (die den Verstand und seine reinen oder unreinen Formen negativ-totalisierend übergreist), die Annahme keineswegs unsinnig sein muß, man könne mittels Denkformen, die historisch-genetisch der Waren-Wert- und Tauschabstraktion einerseits 'entstammen' (nämlich als verfestigte, 'verdinglichte' Formen), diese andererseits jedoch offenbar auch allererst ermöglicht haben (was Sohn-Rethel zu wenig beachtet!), solche Abstraktionszusammenhänge selbst kritisch dechiffrieren. In beider Hinsicht hätte Sohn-Rethel dialektisch argumentieren müssen, was er nicht tat. Indem sein Pseudo-Transzendentalismus das historisch Gewordene, sprachlich und gesellschaftlich Vermittelt-Vermittelnde mit dem angeblich

In diesem Aufsatz soll ein anderer Weg eingeschlagen werden: Ich gehe davon aus, daß eine Verbindung von Erkenntnistheorie, Ideologiekritik und Sozialpsychologie ein sinnvolles Unterfangen ist und möchte besonders auf den dritten Aspekt zu sprechen kommen. Dafür erscheint mir ein Rekurs auf Jacques Lacans linguistisch expliziertes Modell von Psychoanalyse sehr ertragreich, das, wie kurz anzudeuten sein wird, sowohl mit einem an Marx anknüpfenden historischen und dialektischen Materialismus als auch mit der Kritischen Theorie Adornos vereinbar ist. Ich kann hier keine sehr ausführliche Einführung in das Denken dieses schwierigen Autors geben. Es wird vielmehr darum gehen, den im Titel des Aufsatzes skizzierten Zusammenhang herauszuarbeiten, d.h. zu zeigen, wie und warum eine Kritik der kapitalistischen Form der Warenproduktion eine Kritik der narzißtischen Vernunft im Sinne Lacans enthalten kann und m.E. enthalten muß.

Unhintergehbaren, schlechthin Allgemeingültigen konfundiert, ohne die

Maßstäbe von Kritik zu sichern, zeigt er lediglich eine Sackgasse auf.

Das menschliche Subjekt ist nach Lacan a) geschichtlich, b) von imaginären Totalitäten zur Identifikation verführt, c) fundamental der Sprache unterworfen und d) von einem letztlich unaufhebbaren, ins Unendliche sich fortschreibenden Begehren (désir) getrieben, einem Begehren nach Aufhebung eines konstitutiven Mangels, der immer wieder neu aufbricht. Zusammengefaßt machen diese vier Aspekte (sie sind hier des besseren Verständnisses halber getrennt aufgeführt) nicht nur das 'Schicksal' des/eines Menschen aus, sondern auch seine Chance, sich und seine Lebensumstände im Rahmen des dadurch abgesteckten Feldes zu gestalten. Ich schreite die vier Pfeiler kurz ab, dann werden schon einige Hauptlinien deutlich, durch die sie verbunden sind:

a) Das Subjekt ist die Geschichte seiner Identifikationen und - dies folgt aufgrund von c) und d) - seiner Enttäuschungen und Verletzungen. Es kann nur dadurch zu seiner persönlichen Wahrheit und Wahrhaftigkeit finden, daß es seine Geschichte totalisiert und die verschiedenen Schichten seines Ich, das gebaut ist "wie eine Zwiebel", ab-trägt und durch-gräbt, um darunter auf die Sprache seines (durch Sprache) zerstückelten Begehrens zu stoßen. Der Ort, wo es ankommen soll und kann, scheint auf den Brüchen seines Diskurses, in Fehlleistungen, Träumen und Symptomen. Es ist das Feld des "Anderen", der Intersubjektivität, des Sozialen samt seiner Gesetze, Verbote und Barrieren, kurz: des "Namen des Vaters". Indem das Subjekt das ihm aufgepreßte Normen- und Wertesystem und seine jeweiligen leitenden Signifikanten (im Kapitalismus wäre dies vor allem: die selbstbezüglich-totalisierende Wertform) nicht nur durch-schaut, sondern subvertiert und 'sich' damit in die Sprache seines Begehrens einschreibt, stößt es auf das Reale, an das es bei seinem Selbst-Auflösungs-Prozeß schon immer angeeckt ist.

b) Das imaginäre Objekt, das Objekt a (als erstes Glied einer Kette von Ersatzbildungen: b, c, d... usf., unendlich ausgestaltbar) entstammt jener frühen Entwicklungsphase, die Lacan das "Spiegelstadium" nennt. Ein Kind ist zunächst völlig abhängig, bedürftig, fühlt sich 'unganz'. Die Mutter erscheint als die imaginäre Ganzheit, der das Kind (buchstäblich) entstammt und die sein Bedürfnis (wenigstens vor-läufig) stillen wird. Sieht ein Menschenkind erstmals sich selbst im Spiegel, so reagiert es be-geistert: Das Spiegelbild suggeriert Ganzheit, weist klare Linien auf und überspielt so die faktische Mangelbehaftetheit, die Disparatheit des Körpers und die stete Anstrengung des Subjekts, sein Dasein zusammenzuhalten und auf die Reihe zu bekommen. So wird das imaginäre Ich zum Götzen,

Siche dazu meinen Aufsatz: Das 'falsche Ganze' und die Totalisierung der Wertform. Zur Aktualität Adornos und Sohn-Rethels, in: Z. Nr. 10 (Juni 1992), S. 138-54.

Während mein o.g. Außatz eine eher moderate Kritik enthält, findet man eine vollständige Ablehnung der Thesen Sohn-Rethels bei: P. Brand/N. Kotzias/H.J. Sandkühler/H. Schindler/F. Schumacher/W.van Haren/M. Wilmes, Der autonome Intellekt. Alfred Sohn-Rethels 'kritische' Liquidierung der materialistischen Dialektik und Erkenntnistheorie, Frankfurt a.M. 1976.

Mittlerweile gibt es mehrere gute einführende Bücher zu Lacan: Siehe insbes. Samuel M. Weber, Rückkehr zu Freud. Jacques Lancans Entstellung der Psychoanalyse, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1978; Gerda Pagel, Lacan zur Einführung, Hamburg 1989; Peter Widmer, Subversion des Begehrens. Jacques Lacan oder Die zweite Revolution der Psychoanalyse, Frankfurt a.M. 1990.

Das Seminar von Jacques Lacan I (ed. N.Haas): Freuds technische Schriften (1953/54), Olten u. Freiburg i.B. 1978, S. 220.

Vgl. Lacan, Das Spiegelstadium als Bildner der Ichfunktion, wie sie uns in der psychoanalytischen Erfahrung erscheint (1949), in: drs., Schriften (orig. Ecrits, 1966) Bd. I, Olten u. Freiburg i.B. 1973, S. 61-70.

zum Idol. Das Ego (moi) ist in der Theorie Lacans im wesentlichen "Prunkgebärde, Herrschaftsfunktion, festverankerte Rivalität". Der Spiegel des Narzißmus reproduziert nicht nur Größenphantasien, sondern auch Aggressivität, Ohnmacht, sadomasochistische Verzweiflung. Die Mutter erweist sich als falsche Ganzheit, sie ist selbst dem Mangel unterworfen, ebenso der Vater. Das Subjekt wird hinfort zu allen Ersatzbildungen, die das Objekt a fortschreiben - Waren, Idole, Idealbildungen, kurz: imaginäre Aufheber des konstitutiven Mangels - ein ambivalentes Verhältnis haben. Die Angst, den Hals nicht voll zu bekommen, wird es ebenso begleiten wie die damit korrespondierende Angst, der Mangel könnte tatsächlich abreißen und nicht wieder aufbrechen, was zum Erlöschen des Subjekts führen würde, zu Implosion und Tod.

c) Das Unbewußte ist "aus Sprache gemacht" - dies ist die Kernthese der Konzeption von Lacan. Das Subjekt wird in eine Sprachgemeinschaft, in eine immer schon symbolisch vermittelte und vorinterpretierte Welt hineingeboren. Bestimmte Strukturen wie das Inzestverbot regulieren das intersubjektive Miteinander in allen bekannten 'primitiven' und 'fortgeschrittenen' Gesellschaften. Darüber hinaus erlernt das Subjekt, je nach Gesellschaftstypus, z.B. das 'ich'-Sagen, die Sprache des Tausches und (evtl.) die des Geldes, wird mit einem Namen angerufen, den es sich nicht selbst gegeben hat, lernt Identifikationsrituale kennen (Totem, Märchen, Verwandtschaftsverhältnisse, Geschlechterrollen etc.), freundlich oder feindlich getönte gemeinschaftliche Abgrenzungen gegenüber 'Mitbewohnern', 'Fremden', 'Gegnern' usw. Durch die Einführung der symbolischen Ordnung erleidet das Subjekt eine konstitutive Spaltung, sein Begehren wird gleichsam zerschnitten, segmentiert, auf Verschiebung, Auf-schub, metaphorische Verkleidungen und Ver-stellungen gestellt. Sprache impliziert Differenzierung, Aufeinanderbeziehen von Simultanität und Sukzessivität. Das Subjekt wird fortan die konstitutive Spaltung durch Projektion von Ganzheitsphantasmen sukzessiv (!) zu unterlaufen versuchen, doch Imaginäres und Symbolisches bleiben stets durcheinander vermittelt und aufeinander verwiesen. Das Subjekt kann aus dem Sprachuniversum nie mehr 'aussteigen', aber wohl kann es wählen, ob es "leere", strategisch-konforme Phrasen dreschen (parole vide) oder ein "volles", authentisches Sprechen (parole pleine) vor-ziehen will. Diese Lacansche Unterscheidung ist sehr wichtig, denn dadurch wird das psychoanalytische Gespräch zum möglichen Vorbild gesellschaftlicher Emanzipation. Natürlich kommt es darauf an, nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern, aber jede Veränderung bleibt auf schlüssige und zu-treffende Interpretationen angewiesen.

Zu d) brauche ich jetzt nichts mehr zu sagen, da ich es unter a)-c) bereits mitbehandelt habe. Stattdessen möchte ich auf den Zusammenhang von narzißtischer Kommunikation und Warenfetischismus eingehen.

III

Dank ihrer fundamentalen Reflexivität vermag Umgangssprache selbstexplikativ als (letzte) Metasprache zu fungieren, so daß das abstrakte Schema von Objekt- und Metasprache(n) intern schon immer dialektisch überschritten ist. Der Reflexivität der Sprache entspricht die Reflexivität des Sprechers, der sich selbst reden hört, sich flexibel auf die jeweilige Kommunikationssituation einstellt und seine Verlautbarungen an der (ebenfalls in sich flexiblen) Ausdrucksintention gegebenenfalls korrigieren kann, um sein Ziel zu erreichen (authentische Artikulation, Verständigung oder auch nur strategische Selbstdarstellung). Kommunikation basiert wesentlich auf Mikropraktiken der reflexiven (impliziten oder expliziten) Korrektur, die sich entweder als ein Glätten, Kaschieren und Vermeiden von Brüchen niederschlagen oder als ein Sich-darauf-Einlassen-Brüche, in denen relevanter Sinn sich meldet oder melden würde, sofern dies nicht durch Verschleierungsstrategien unterbunden wird. Mit Lacan kann und muß nun dieses (Selbst-)Verschleierungspotential von Kommunikation unmittelbar mit dem Ich als einer Funktion des Verkennens in Verbindung gebracht werden. Lacan hat sich, geradeso wie Adorno¹¹, mit äußerster Schärfe gegen die US-amerikanische Revision der Freudschen Psychoanalyse gewandt, die lediglich auf gesellschaftliche Wiederanpassung des Patienten durch 'Stärkung' irgendwelcher Ichfunktionen zum 'well-developmed superego' abzielt. Auf diesen konformitätsverbürgenden Revisionismus (An-na Freud, Karen Horney, Heinz Kohut u.a.), nicht aber auf den kompro-mißlosen Lacan, beziehen sich die Vertreter des in der Bundesrepublik dominierenden Kommunikationsparadigmas, allen voran Jürgen Habermas¹² und Axel Honneth. Natürlich haben sie auch mit Adornos Kritik am 'Tauschprinzip' und 'Identitätsprinzip' nichts mehr am Hut (Honneths Kritik an Adorno übersieht diese Elemente geslissentlich13, wonach Kommunikation zuallererst unter dem Gesichtspunkt des die Mo-

Lacan, Subversion des Subjekts und Dialektik des Begehrens im Freudschen Unbewußten (1960), in: drs., Schriften Bd. II, Olten u. Freiburg i.B. 1975, S. 184.

Das Seminar von Jacques Lacan XI (ed. N. Haas): Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse (1964), Olten u. Freiburg i.B. 1978, S. 206.

¹¹ Siehe in: Adorno, Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M. 1979 (text- und seitenidentisch mit Bd.8 der Gesammelten Schriften) vor allem die beiden Aufsätze: Die revidierte Psychoanalyse (1952), S. 20-41; Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie (1955), S. 42-85 (mit einem Postscriptum (1966), S. 86-92).

Daß Habermas in: Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt a.M. 1985, sich mit Lacan überhaupt nicht auseinandersetzt, wiegt um so schwerer, als zwei seiner stereotypen Einwände bei Lacan nicht gegriffen hätten: dieser vertritt kein Bewußtseinsparadigma und man kann ihn auch keiner Vernachlässigung von Intersubjektivität zeihen.

¹³ Vgl. Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, wie Honneth auch in seinem selbstkritischen Nachwort zur Taschenbuchausgabe (Frankfurt a.M. 1989) diese Versäumnisse gar nicht sieht.

derne konstituierenden Phänomens des "universale(n), ungleiche(n) und ungerechte(n) Tausch(es)" kritisch zu dechiffrieren wäre.

Z - Nr. 15 September 1993

So wie laut Marx der Warenfetischismus dadurch entsteht, daß konkrete nützliche Arbeit hinter Abstraktionsvorgängen verschwindet und Gebrauchswerte vom in Selbstbezug umschlagenden Tauschwert übertüncht werden, ist laut Adorno auch der Fetischismus der Kommunikation inclusive des kommunikativ vermittelten personalen Selbstbezuges, seiner grandiosen Selbststilisierungen und -verkennungen, zu enttarnen: Wo der Tauschwert "über das menschliche Bedürfnis und an seiner Stelle" herrscht¹⁵, werden im "Bereich des nicht zur nackten Lebenserhaltung Notwendigen (...) tendenziell die Tauschwerte als solche, abgelöst, genossen."16 Unüberhörbar verwandt klingt es, wenn Lacan von der "abschüssigen Bahn" spricht, "auf die das Subjekt gestoßen wird in einer Welt, in der seine Bedürfnisse auf Tauschwerte reduziert sind, wobei diese abschüssige Bahn ihre radikale Möglichkeit nur an jener Mortifikation hat, die der Signifikant über das Leben des Subjekts verhängt, indem er es num(m)eriert."¹⁷ Deutlich wird hier ein Bezug hergestellt zwischen der totalisierten Wertform, dem totalisierten Identitätsprinzip ('Verdinglichung' als symbolische Tötung, vergleichbar der 'mortificatio' der Alchimisten) und der herrschaftlich verwalteten Welt. Lacans Angriff auf das Phantasma vom autonomen Subjekt attackiert die bürgerliche Ideologie. die Subjekt und Psychologie den "Wünschen der Marktforschung" unterwirft¹⁸, nämlich das Subjekt pseudo-autonomisiert, um es desto leichter über den Tisch ziehen zu können. Identität wird als "ideologischer Effekt" aufgezeigt, damit wird eine Kritik systemstabilisierender Mechanismen möglich, die den strukturellen "Mangel an Sein" imaginär befriedigen¹⁹. um zugleich an seinem Immer-wieder-Aufreißen kräftig mitzumanipulieren und somit von beidem zu profitieren: von der sukzessiven imaginären 'Be-friedigung' und der letztendlichen Unbefriedigbarkeit. Möglichkeiten werden suggeriert und verschoben. Metonymie (Teil-fürs-Ganze, Stellvertretung, diskursive Verkettung, Auf-schub) und Metapher sind die beiden Figuren, nach denen, wie Lacan im Anschluß an Freud nachweist, der Primärprozeß des Unbewußten arbeitet, als Figuren, mit denen der ideologische Überbau die Subiekte im Sinne der ökonomischen Basis zu unterwerfen versucht.

leder möge hier selbsttätig Verbindungen ziehen: Karrierismus; Kulturbetriebsamkeit; Originalitätsdruck; Überproduktion, die auf aggressives Wegwerfen und sauggieriges Substituieren der gewogenen, genossenen und für zu leicht befundenen Konsumgegenstände setzt; Partizipation am derealisierenden Voyeurismus der Medien; Verführung durch 'Charaktermasken'; die Sekte, das Deutschtum, der Fußballverein, der Filmstar als Identifikationsangebot; die uferlosen Möglichkeiten von Rede und Gegenrede; eine verwirrende Vielfalt, die indes nur sehr wenigen grundlegenden Prinzipien folgt. Verschiebung und Verdichtung ermöglichen komplexes Hantieren mit Identität und Differenz. Das Wesen versteckt sich, 'diversifiziert' sich im Schein. Die "theologischen Mucken" der Ware (Marx). die mit ihren klaren Verpackungskonturen²⁰, ansprechend betitelt und eingefärbt, als Tauschwert kommensurabel gemacht, etikettiert, an der Leimrute vor dem zu stopfenden Subjekt tänzelt, diesem um sein Spaltprodukt kreisenden Ouroboros, der aus der familiären Keimzelle entlassen wird in den Konkurrenzmechanismus der Marketing-Gesellschaft und ihre sozialstaatlichen Verwaltungstrakte. Der "Phallus" ist bei Lacan der Signifikant des Signifikanten, die Leerstelle als vermeintliche Fülle, omnipräsent und ungreifbar, komplett getrennt vom physischen Organ und seinem etwaigen (dubiosen) Gebrauchswert, der Zipfel des Mangels und zugleich der Macht: Im Kapitalismus, so darf man interpretieren, nimmt dieser totalisierende Signifikant zumal die Gestalt der Wertform an, die gleichfalls "alles" zu kleben und zu vermitteln vorgibt und dabei selbst ungreifbar bleibt, sich ebenso wie ihr glitzernder Affe, das Geld, gegenüber der Grenze, dem Schweigen, dem Tod, der Materie oder der Weigerung, kurz: dem "Realen" als hohler Ver-sager erweist. Das Objekt a selbst ist "dem Tausch, der Reziprozität und der spekularen Beziehung in der Weise sakraler Objekte entzogen²¹, doch es sind genug Substitute da, die in der Geldform gespiegelt werden können, über die "das Begehren des anderen in den Kreislauf der Transitivismen des Idealichs eintritt."

Es ist die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, "alle Produktion möglichst in Warenproduktion umzuwandeln" (Marx²³), und so wird denn auch personale Identität auf Pump produziert und zirkuliert auf den Märkten, wobei die Selbstunterdrückung des sich personalisierenden und

Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung (1944/47), Frankfurt a.M. 1981, S. 52.
 Adorno, Soziologie und empirische Forschung (1957), in: drs., Soziologische Schriften I, S. 200

Adorno, Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? (1968), in: drs., Soziologische Schriften I, S. 362.

Lacan, Die Ausrichtung der Kur und die Prinzipien ihrer Macht (1958), in: ders., Schriften Bd. I, S. 204.

Lacan, Die Stellung des Unbewußten (1960/64), in: drs., Schriften Bd. II, S. 210.

Vgl. Uwe Rosenfeld, Der Mangel an Sein. Identität als ideologischer Effekt, Gießen 1984.

Interessanterweise firmiert bei Marx die Verpackung unter den "Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser letztren keinen Wert hinzusetzen" (Das Kapital Bd. II, MEW 24, S. 150). Er fand es (noch) nicht nötig, auf die Verpackung näher einzugehen. Man wird aber sagen müssen, daß z.B. bei einem kommerziellen Tonträger (LP, CD) die Verpackung konstitutiver Teil der Ware ist und nicht deren bloße Formverwandlung.

Hans-Dieter Gondek, Die Angst als "das, was nicht täuscht", in: Bernhard H.F. Taureck (Hrsg.), Psychoanalyse und Philosophie. Lacan in der Diskussion, Frankfurt a.M. 1992, S. 126.

Lacan zit, nach ebd.

Das Kapital Bd. II, MEW 24, S. 114. Vgl. auch ebd., S. 137: Auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion wird "Ware die allgemeine Gestalt des Produkts".

maskierenden 'Charakters' die Unterdrückung und Ausbeutung des anderen Menschen imaginär rechtfertigen hilft. (Sicher, auf dem Markt zirkulierende Arbeitskraft ist kein Warenkapital; erst wenn sie dem Produktionsprozeß einverleibt ist, ist sie variables Kapital und Quelle von Mehrwert.)24 Das ändert aber nichts an verqueren Reflexen im ideologischen Überbau, die z.B. auch diejenigen Personen, die weder in den Produktionsprozeß involviert sind noch auf dem Arbeitsmarkt auftreten, dazu animieren, sich nach Warenart zurechtzutrimmen, um über die Anerkennung des Anderen ein halbwegs stabiles Selbstwertgefühl zu erlangen.) Im gesteuerten Narzißmus wird das Netz der Verschleierung, mit dem sich die kapitalistische Ökonomie umgibt, zur Selbstverschleierung der Subjekte doch wie der Diskurs des Patienten oder des Knechtes und wie jeder Diskurs des Herrn (des Wissens, des Analytikers etc.) weist auch der Diskurs des Kapitalismus Brüche und Lücken auf, durch die das Wesen hindurchscheint und die Verhältnisse sich entlarven. Es müssen daher, wenn es denn möglich sein soll, Lacans Beitrag zur Dialektik der Aufklärung sowohl der Marxschen Analyse des Warenfetischismus als auch der Adornoschen Vernunftkritik einzufügen, sogleich einige Vorurteile und Mißverständnisse ausgeräumt werden, die da etwa besagen: Lacan sei a) defätistisch, b) transzendentalistisch, c) antimaterialistisch, d) patriarchalisch und dergleichen mehr.

IV

a) Lacans Theorie hat mit Heideggerschem Defätismus nichts zu schaffen. Insofern der Mensch das zur Sprache verurteilte Wesen ist, ist er das zur Unbefriedigbarkeit seines Begehrens verurteilte Wesen - wer das defätistisch findet, möge das tun, aber es besagt z.B. in keiner Weise, daß es unmöglich oder nicht sinnvoll sei, den Kapitalismus abzuschaffen. Zwar erhalten der vermeintliche Siegeszug des Kapitalismus und die relative Flexibilität dieses Systemtyps durch Lacans Theorie ein gewisses bedrückendes Maß an anthropologischer Plausibilität, aber gerade in der Ruhelosigkeit und Unzufriedenheit liegt ja auch eine Chance, eine mögliche Bereitschaft zu neuen Wagnissen, und 'Destruktivität' kann sich auch in 'konstruktiver' Form äußern bzw. in eine solche aufgehoben werden, geradeso wie andererseits Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen können. Freilich war Lacan z.B. sehr pessimistisch, ob sich die Zerstörung der Natur durch den Menschen (und damit die menschliche Selbstzerstörung) wirklich vermeiden läßt oder ob sie nicht 'strukturell' sei (gesetzt, daß eine entsprechende Konstellation von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erst einmal gegeben ist), denn für Lacan symbolisiert die zutiefst ambivalente Beziehung des Menschen zur Natur nichts anderes als die zutiefst ambivalente Beziehung (beider Geschlechter!) zur Mutter, dem Objekt a. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der Bezug

zur Natur natürlich durch die Dominanz der Verdinglichungs- und Verwertungslogik viel prekärer als etwa in einer 'primitiven' Gesellschaft von Jägern und Sammlern. Und ganz sicherlich kommt die Mischung aus romantisierender Glorifizierung, oral-rezeptiver Unterwürfigkeit und sadomasochistischem Konkurrieren mit sich und dem Anderen-seiner-selbst, die das Subjekt vom Objekt a auf seine zu stilisierende und über Idealbildungen zu stützende 'Persönlichkeit' überträgt, der kapitalistischen Gesellschaftsform, von der sie miterzeugt ist, entgegen. Auch hinsichtlich der Möglichkeit, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig abzuschaffen, war Lacan skeptisch. Aber das ist auch alles. Er hätte niemals zugestimmt, die Dialektik von Selbstbestimmung und Fremdbestimmtheit eines Individuums, einer Gruppe oder Klasse gegenüber der herrschenden Gesellschaftsordnung auf bloß passive Reflexe zu reduzieren. Vielmehr hätte er etwa dem analytischen Philosophen Harry G. Frankfurt darin zugestimmt, es sei für den Menschen charakteristisch, nicht nur Intentionen und Volitionen erster Stufe, sondern auch solche höherer Stufe zu haben. Frankfurt versucht in dieser Struktur die sogenannte Willensfreiheit zu verankern: Menschen können nicht nur wollen und begehren, sondern auch zu den entsprechenden Akten reflexiv Stellung nehmen und, wenigstens in gewissen Grenzen, Maßstäbe wählen und Korrekturen vornehmen (wie beim umgangssprachlichen Reden).²⁵ Sie können nur nicht kohärent wollen, überhaupt nicht zu wollen, m.a.W. das Begehren, das Begehren schlechthin auslöschen zu wollen, ist in sich widersprüchlich und wird nur durch den Tod 'befriedigt', als solches hat es aber im Begehren großen Einfluß. Lacan folgt dem späten Freud in dem Bemühen, Lebens- und Todestriebe als schlechthin durcheinander vermittelt zu erkennen, und betont, wer den Todestrieb aus Freuds Lehre weglasse, "verkenn(e) diese total".26

b) Obwohl das Zusammenspiel anthropologischer Invarianten und historischer Formungen und Einflüsse im einzelnen schwer zu bestimmen ist, hat Lacan die damit verbundenen Dialektiken von (verkürzt gesprochen) Zufall und Notwendigkeit und die des Einzelnen, Besonderen und Allgemeinen nicht geleugnet; sie sind mit der im Unbewußten herrschenden Gesetzmäßigkeit vereinbar. Lacan selbst hat den Ausdruck 'transzendental'

26 Subversion des Subjekts und Dialektik des Begehrens im Freudschen Unbewußten, a.a.O. (FN 9), S. 177.

²⁴ Vgl. ebd., S. 208.

Vgl. Frankfurt, Willensfreiheit und der Begriff der Person, in: Peter Bieri (Hrsg.), Analytische Philosophie des Geistes, Königstein/Ts. 1981, S. 287-302. "Kein Tier außer dem Menschen scheint (...) die Fähigkeit zur reflektierten Selbstbewertung zu haben, die sich in der Bildung von Wünschen zweiter Stufe ausdrückt" (a.a.O., S. 288). Dazu muß sogleich ergänzt werden, daß der Mensch auch diese Selbstbewertungen korrigieren und seine Selbstbewertungsmaßstäbe entwickeln und überprüfen, sie z.B. vom Fetischismus der Waren- und (Tausch-)Wertform reinigen (und auch reinigen wollen!) kann, so daß also nicht nur Wünsche zweiter, sondern wesentlich höherer Stufe vorliegen. Wie beim Sprachstufenschema wären diese abstrakten Unterteilungen und Abstufungen sogleich als dialektisch aufzuhebende bzw. implizit bereits aufgehobene zu konzipieren.

für seine Lehre nicht verwendet, die mit Blick auf Kant allenfalls als 'transzendentalkritisch', aber nicht als 'tranzszendentalphilosophisch' charakterisiert werden kann. Hingegen hat er ausdrücklich betont. die Funktion, die er der Sprache in der Theorie zuschreibe, scheine ihm

Z - Nr. 15 September 1993

c) "vereinbar mit einem historischen Materialismus, der hier eine Leerstelle läßt". 27 Daß von marxistischer Seite auf ihn zurückgegriffen wurde 28. halte ich für völlig sinnvoll und konsequent. Daß Lacan in einem an Hegel orientierten und doch dezidiert 'offenen' Sinne dialektisch denkt und argumentiert (leider wird dies in der gegenwärtigen philosophischen Diskussion um Lacan kaum beachtet²⁹), habe ich an anderer Stelle ausführlich nachgewiesen. 30 Zurückzuweisen sind auch die beiden Mißverständnisse, Lacans 'Strukturalismus' sei mit materialistischer Philosophie nicht zu vereinbaren (dies war ein strittiger Punkt schon in der Diskussion um Althusser 31) oder sein Artikulationsmodell von Sprache impliziere eine vollständige Absage an jedes Repräsentationsmodell, also auch an jegliche Korrespondenztheorie der Wahrheit und jegliche Konzeption von 'Widerspiegelung'. Das ist völlig unhaltbar. Bei Lacan sind die drei Ebenen des Imaginären (l'imaginaire), des Symbolischen (le symbolique) und des Realen (le réel) dergestalt dialektisch durcheinander vermittelt, daß keine Ebene auf eine der beiden anderen (oder beide zusammen) reduzierbar ist. Wenn Lacan - oft in schillernder und bloß andeutender Weise - vom "Realen" spricht32, so sind damit unter anderem gemeint: der 'Eingriff' und das Woher dieses Eingriffs, grundloser Grund und Woraufhin der begehrten Rückkehr; der Wiederholungszwang; Schmerz, Organlust, Schwerefeld. opake Grenze, der Körper, Feld der Implosion; das Widerständige, durch Imagination und Symbole niemals Ein-zuholende; das 'Unmögliche', doch zugleich 'Wirkliche', Ur-sache des Genießens als der sich stets verfehlenden und wiederherstellenden Möglichkeit einer wesenhaften Unmöglichkeit. Bezüge ergeben sich hier unter anderem zur 'nicht-kausalen Kausalität' des Kantischen 'Dinges an sich', das, wie von marxistischen Kritikern schon immer gesehen wurde, nicht bloß idealistische, sondern auch mate-

rialistische Aspekte aufweist: ebenso zum 'Nichtidentischen' bei Adorno, 711m 'Willen' bei Schopenhauer und Nietzsche, doch eben auch zur 'Materie' im Marxismus, die ja, wie Marx, Engels und Lenin befanden, einerseits eine reine Abstraktion ist und andererseits doch dasjenige, was jeder Abstraktion und dem Organ, das sie hervorbringt, dem menschlichen Gehirn, schon voraus- und zugrundeliegt. Ohne einen Rekurs auf ein materielles 'Außen' und materielle Gegenstände ließe sich, wie der Logiker W.V.O.Quine hervorgehoben hat³³, keine Logik und keine Ontologie aufhauen, der Sinn von 'Gegenstand' selbst sich nicht verankern. Entsprechend bedeutet die sprachliche Konstitution von in der 'Realität' gemeinten Gegenständen weder für Lacan noch für Wittgenstein noch für Lenin, daß damit diese 'Realität' erschöpft sei.

d) Zu diesem Punkt hat Gerda Pagel alles Sagenswerte zusammengefaßt, so daß ich hier einfach darauf verweisen kann.3

Wer das Freudsche "Wo Es war, soll Ich werden" als Aufforderung verstünde, dem Es Terrain abzutrotzen, würde damit nur die Geste der Herrschaft verlängern. Lacan versteht dieses Motto vielmehr so: Dort, wo 'Es' aufschien, soll ich ankommen, am Ort des Andern. Das 'Ich' (je) des Sprechens ist nicht das narzißtische Ich (moi); es verweist mich auf das, was gewesen sein wird, wenn ich meine (unsere) Geschichte, ohne sie loswerden zu können, in kreativer De- und Retotalisierung überschreite. Das 'Schwinden' des Subjekts ist nicht bloß Zerfall, sondern impliziert jene Möglichkeiten der Selbstorganisation, die die Naturwissenschaften als Wesenszug 'dissipativer Strukturen' erkannt haben. Lacan verspricht (realistischerweise) weder, daß es ein wahres Leben im Falschen gibt, noch daß jenseits des Falschen notwendigerweise alles besser wird. Doch er zeichnet dem Subjekt ein Sein vor, das auf das narzißtische Ich verzichten kann und dadurch zu wahrhafter gegenseitiger Anerkennung fähig wird. Die Demaskierung des narzißtischen Ich ist zugleich eine Demaskierung des Warenscheins.

Adorno hat 1955 den sozialisierten Narzißmus als Widerspruch zwischen dem ins Unbewußte transponierten, mit sich zerfallenen libidinösen Ich und dessen äußerer Negation und Verhärtung (als Komplexität ineinander verschränkter Abwehrmechanismen) expliziert. Jener Zerfall wäre nun mit Lacan primär als die Wirkung der von Adorno vernachlässigten Sprache auf das Begehren aufzufassen, wodurch deutlicher als bei Adorno anzugeben wäre, inwiefern die Spaltung und das Schwinden des Subjekts unaufhebbar sind und inwiefern - durch internes Sich-neu-Verorten in der Sprache - das durch Narzißmus und Abwehr charakterisierte Ich in einer Dialektik von Interiorisierung und Exteriorisierung überschritten werden kann. Im Unbewußten, so Adorno, sedimentiere sich das maßlose Maß an

²⁷ Lacan. Die Wissenschaft und die Wahrheit (1965/66), in: ders., Schriften II, S. 255. Lacan sagt dort, daß die Psychoanalyse nicht die causa formalis, sondern die causa materialis akzentuiere (vgl. ebd., S. 254).

Vgl. Louis Althusser/Etienne Balibar, Das 'Kapital' lesen I (orig. Lire Le Capital I, 1968), Reinbek 1972, S. 15 (Anm. 1); Louis Althusser, Freud und Lacan (1964/65) / Michel Tort, Freud und die Philosophie / Michel Tort, Die Psychoanalyse im historischen Materialismus (beide 1970), Berlin 1976.

So enthält der von Taureck herausgegebene Band (vgl. Anm. 21) zwar einige interessante Beiträge, aber weder einen Hinweis auf Lacans dialektische Methode noch eine sozialphilosophische Auseinandersetzung mit Lacan.

Vgl. T. Collmer, Aktuelle Perspektiven einer immanenten Hegel-Kritik. Negative Totalisierung als Prinzip offener Dialektik, Gießen 1992, insbes. Kap. IX.4.

Vgl. in: Das Argument Nr. 94 (Dez. 1975) die beiden Beiträge: Hans Jörg Rheinberger, Die erkenntnistheoretischen Auffassungen Althussers, 922-51; Christa Thoma Herterich, Althussers "Selbstkritik", 976-84 (insbes. 982//83).

Vgl. dazu Widmer, Subversion des Begehrens, a.a.O. (FN 6), S. 145ff.

 [&]quot;Physikalische Objekte hätten (...), wenn es sie nicht gäbe, erfunden werden müssen"
 (Quine, Grundzüge der Logik, Frankfurt a.M. 2. Aufl. 1978, S. 18).

Siehe Pagel, Lacan zur Einführung, a.a.O. (FN 6), Kap. 4.

vergeblicher Anpassung, dabei äußere sich der Rückstand zur verordneten Rationalität als Entfremdung zwischen Es und Ich. Gerade die Lücken und Brüche im Diskurs könnten nun dem Subjekt nach Lacan eine Art Maßstab für die Differenz von aufhebbarer und nicht aufhebbarer Entfremdung an die Hand geben (dabei gehört es zur internen Dialektik, daß der Maßstab im Fort-Schreiten dorthin, wo 'Es' aufschien, 'mitwandert'). "Das vereinzelte Individuum, das reine Subjekt der Selbsterhaltung, verkörpert im absoluten Gegensatz zur Gesellschaft deren innerstes Prinzip³⁵, eben den das Allgemeine, Besondere und Einzelne zusammenschweißenden Tauschwert. In diesem Widerspruch manifestiert sich auch der 'Aufforderungscharakter' der Verhältnisse, auf den verwiesen zu haben Adorno wie Marx von bürgerlicher Seite angekreidet wird. Solange die "Bildung eines vernünftigen gesellschaftlichen Gesamtsubjekts, der Menschheit", mißlingt. ist die individuelle Rationalität der Selbsterhaltung zum Irrationalismus verdammt³⁶. Doch diese vermeintlich einfache selbsterhaltende Rationalität ist in sich selbst vielfältig vermittelt durch das sozialisierte Verhältnis von Lebens- und Todestrieb, durch Identifikationen und deren Enttäuschung. Allein mit der Herausbildung einer nichtnarzißtischen Intersubjektivität, deren mögliche Wirksamkeit Lacans Theorie offenläßt, wäre der Verblendungszusammenhang vielleicht zu sprengen. Jene Struktur wahrhafter gegenseitiger Anerkennung (bzw. vernünftiger Aufkündigung der Anerkennung des 'falschen Ganzen'!), die die Vertreter des Kommunikationsparadigmas letztlich nur in Form einer Theorie der Moral glauben vorzeichnen zu können (Diskursethik, moralische Grammatik sozialer Konflikte³⁷), könnte so eine realistische Basis in einer Theorie psychischer Systeme erhalten, auf die jede Theorie sozialer Systeme auch zu rekurrieren hat. Luhmann versucht dies mit dem Konzept der 'Interpenetration'. fällt aber hinter den von der Psychoanalyse längst erreichten Stand weit zurück, wenn er psychische Systeme noch phänomenologisch auf Bewußtseinsbasis konstruiert³⁸.

Nichtnarzißtische Intersubjektivität wäre eine solche, die sich vom Phantasma der Omnipotenz, vom ersatzgierigen Habenwollen, von der Lebenslüge und den Gesten der Grandiosität, von der Gewohnheit der Verschleierung und Selbstverschleierung ebenso emanzipiert hätte wie von der Selbstunterwerfung unter die Wertform und vom Sadomasochismus der Herr-Knecht-Verordnungen. Kritik der narzißtischen Vernunft muß als ein Teil jeder Kritik der ökonomischen Vernunft begriffen werden, und Kritik der kommunikativen Vernunft kann auf beides nicht verzichten.

Rupert Herzog

Demokratisierung versus Modernisierung der Barbarei

Notizen zu einer Konzeption der Demokratisierung

Die Geschichte der "Demokratie" steht vor einem neuen Anfang. Sie ist keineswegs an ihrem Ende angelangt. Denn einerseits ist es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (in seinen alten Blockformen) nicht mehr möglich, "Demokratie" einfach als (guten) Gegenbegriff zum (bösen) Totalitarismus herzunehmen und zu instrumentalisieren. Andererseits ist das westliche Moderne-Modell in eine apokalvptische Krise geraten. Würde sich dieses Modell weltweit ungehindert so weiterentwickeln wie bisher, würde dies zur menschlichen und ökologischen Katastrophe führen. Politik im Interesse der multinationalen Konzerne, der rauchenden Schornsteine, der Waffenindustrie gleicht einem "Interkontinentalflugzeug mit Fahrradbremse" (Ulrich Beck). Dieses bisher dominierende Politikverständnis hat dazu geführt, daß es heute zuallererst um die Abwehr der Apokalypse gehen muß. Daran sind die politischen Konzeptionen und Kräfte zu messen. Da reicht keine engstirnige "Realpolitik", die nur das Vorhandene fortsetzt und verwaltet, aus. Wenn als Ziel der Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung die Freiheit des Menschen verstanden wird, dann ist ein grundlegender Wandel gefordert. "Demokratie" gehört - will sie Wirklichkeit werden, überleben, sich weiterentwickeln - neu verhandelt, muß neu geschaffen werden. Erforderlich ist eine Diskussion, die den Blick für grundlegende Veränderungen und Alternativen freilegt und die zumindest die Richtung notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen angibt.

Demokratiebegriff neu verhandeln

Die frühen Vertreter liberaler Demokratie leiteten ihre Vorstellungen von Demokratie von den Erkenntnissen der klassischen politischen Ökonomie und von den Verhältnissen der kapitalistischen Marktökonomie ab. Daraus schlossen sie auf die entgegengesetzten Interessen der auf Konsum und Nutzenmaximierung ausgerichteten Menschen und auf die Notwendigkeit einer "staatlichen Bändigung" der Menschen. Zwar plädierten liberale Theoretiker von Beginn an für die Freiheit aller, ihre Individualität zu entfalten und auszuleben. Sie gaben aber vor, daß dies am ehesten im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu realisieren sei. Die Freiheit des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren sollte sich in Zukunft im Rahmen staatlich fixierter Gesetze und der Marktgesetze vollziehen. Demokratie wurde dementsprechend als "marktpolitisches" Verfahren der staatlichen Entscheidungsfindung und der Regierungsbildung interpretiert.

³⁵ Adorno, Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, a.a.O. (FN 11), S. 55.

³⁶ Vgl. ebd., S. 56.

³⁷ Vgl. Axel Honneth, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a.M. 1992.

⁸⁸ Vgl. Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M. 1984, insbes. Kap. 6 u.7

Dieses Modell war freilich stets umstritten und ist vor allem durch die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte ins Wanken geraten. Diese Entwicklung verdeutlichte nämlich nicht nur, daß "Staat statt Markt" keine Lösung ist, sondern auch, daß der "freie Markt" nicht in der Lage ist, die Freiheit aller zu gewährleisten und die Entfaltung der Autonomie und der Individualität zu fördern. Ja, er scheint nicht einmal in der Lage, das Überleben der Menschheit und seiner natürlichen Umwelt zu gewährleisten. An die Stelle des Individuums trat häufig der "Sachzwang". Immer mehr gesellschaftliche Bereiche wurden als Waren verstanden und gegen Geld gehandhabt. Menschen wurden und werden zum rücksichtslos verfügbaren Mittel für die Zwecke anderer degradiert.

Ich fasse im folgenden - im Gegensatz zu den liberalen Demokratietheoretikern - Gesellschaft im allgemeinen und Demokratie im besonderen als konkrete Form und als Prozeß des Zusammenlebens (!) einzelner Individuen. Demokratie ist weder nur als Regierungsform, noch nur als technisches Verfahren zu verstehen, sondern als ein ganzes Geflecht menschlicher Beziehungen, als Überschreitung des eigenen Interessenshorizonts. als eine Haltung, die in allen Lebensbereichen gelebt sein will. Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozeß der permanenten Veränderung der Lebensverhältnisse. Erst das Zusammenleben, die Vergesellschaftung - das miteinander Denken, Reden und Handeln - läßt das Individuum zum Menschen werden. Jedes menschliche Zusammenleben setzt ein gegenseitiges Miteinander, ein gegenseitiges Bejahen voraus. Insofern ist die menschliche Gesellschaft nicht als "Krieg aller gegen alle", nicht als Aufeinandertreffen von Individuen mit entgegengesetzten Interessen zu fassen. Freilich auch nicht als ein "Honiglecken im Paradies", in dem es keine Differenzen und keine Machtkämpfe mehr gibt. Sondern als Kampf: zunächst als Kampf um gegenseitige Anerkennung und Selbstbestimmung. Axel Honneth stellt in einer ausgezeichneten Studie im Anschluß an den frühen Hegel Anerkennung als einen widersprüchlichen, von Kämpfen geprägten Prozeß dar, der sich auf drei Ebenen vollzieht: Es seien "die drei Anerkennungsformen der Liebe, des Rechts und der Wertschätzung, die erst zusammengenommen die sozialen Bedingungen schaffen, unter denen menschliche Subjekte zu einer positiven Einstellung gegenüber sich selbst gelangen können" (Honneth 1992, 271).

Freiheit von innerem und äußerem Zwang

Der österreichische Politikwissenschaftler Karl Ucakar kommt nach einer äußerst detaillierten Darstellung der Demokratieentwicklung in Österreich zur Einschätzung: "Die historisch-empirische Rekonstruktion der Demokratieentwicklung zeigt deren engen Zusammenhang mit dem Gesamtkomplex der Geschichte der Gesellschaft, mit den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sich die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens vollzieht, mit den jeweiligen Ausprägungen der so-

zialen Gegensätze, mit den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und mit den jeweils vertretenen Ideologien und Gesellschaftstheorien" (Ucakar 1985, 580). Das verweist darauf, daß das Verständnis der Gesellschaft als "Kampf um Anerkennung" natürlich nicht ausreicht. Der Kampf um Anerkennung vollzieht sich im Rahmen geschichtlich entstandener wirtschaftlicher, politischer, kultureller und psychischer Strukturen und Normen. Er wird mitgeprägt und behindert von Machtzentren. Er wird "begleitet" vom Kampf um die materiellen Voraussetzungen zum Überleben und zur Wahrnehmung der Freiheit.

Die aktuellere Demokratiediskussion - ausgehend von dem 1989 erschienenen, anregenden Buch von U. Rödel, G. Frankenberg und H. Dubiel ("Die demokratische Frage") und in letzter Zeit bereichert durch die von den USA nach Europa übergreifende Diskussion zwischen Kommunitaristen und Liberalen - hat aber gerade diese Vielschichtigkeit der Demokratieentwicklung und vor allem den Aspekt der "materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse", der konkreten Machtverhältnisse, der Spaltungen in Gesellschaft und Gemeinschaft viel zu wenig thematisiert. Sowohl die Kommunitaristen wie auch die Liberalen vernachlässigen die Analyse der inneren und äußeren Zwänge, die die Freiheit der Menschen begrenzen.

Freiheit erfordert sowohl das Fehlen von äußerem Zwang wie auch von inneren Blockierungen und Ängsten. Äußerer Zwang und innere Blockierungen hängen eng zusammen. Was im Inneren eines Menschen vor sich geht, wirkt sich auf die Beziehungen zwischen den Menschen aus. Und umgekehrt. Zum Beispiel erleichtert und ermöglicht der "stille" Zwang der uns von frühester Kindheit eingetrichterten Normen des Gehorsams Unterwerfung, Gewalt und Herrschaft. Und umgekehrt behindern autoritäre gesellschaftliche Strukturen einen solidarischen Umgang zwischen Erwachsenen und Kindern. Herrschaft hat viele Gesichter: Meist durch physische Gewalt entstanden und gefestigt, wirkt sie später eher durch Gewöhnung. Normen und Traditionen; sie wirkt durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse; sie wirkt durch den "stillen" Zwang sozialer Normen und Regeln; sie kann sich als Hierarchie, als Ohnmacht, als Drohung oder als physische und psychische Gewalt äußern. Die Familie, unser Verhältnis zu unserem Körper und zur Sexualität, unser Verhältnis zu Lust und Gewalt, der Fernseher, der Stammtisch, die Schule, die Fabrik, das Büro: Das sind die Orte, an denen Herrschaft eingeübt und verinnerlicht wird.

Ob Freiheit als reale Möglichkeit wahrgenommen werden kann, hängt wesentlich von materiellen und kulturellen Voraussetzungen ab. Die gesellschaftlichen Strukturen müssen derart umgestaltet werden, daß der Kampf um Anerkennung von äußeren und inneren Zwängen entlastet wird, daß die Herrschaft des Menschen über den Menschen überwunden und die volle Entfaltung der Individualität innerhalb der menschlichen Gesellschaft gefördert und ermöglicht wird. Dazu sind tiefgreifende Veränderungen in

allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig. Nur: welche Veränderungen? Und wie sie durchsetzen?

Ich kann im folgenden natürlich keine fertigen Antworten auf diese Fragen vorstellen. Neue Alternativen entstehen nicht am Schreibtisch, sondern nur aus der Kritik des Bestehenden und aus konkreter Politik und "kreativem Handeln" (Hans Jonas). Was ich aber möchte, ist, zumindest die Richtung, in die sich meiner Meinung nach die gesellschaftlichen Veränderungen vollziehen müssen, zu skizzieren. All das gehört noch konkretisiert und diskutiert, auf verschiedene Politik-Ebenen differenziert, auf politische Akteure und Zielgruppen aufgeschlüsselt und in konkrete politische Programme und Forderungen umgesetzt.

1. Demokratisierung als (Wieder-)Herstellung gleicher Ausgangsbedingungen, als Eingrenzung gesellschaftlicher Macht

Die Menschen sind in ihren Veranlagungen, Interessen, Bedürfnissen verschieden. Alain Touraine hat uns darauf hingewiesen, daß wir uns "an die Rechte des Individuums, es selbst zu sein in seiner Individualität und in seinem Verhältnis zu anderen Individuen, erinnern (müssen), die selber wiederum in ihrer Individualität geachtet und in ihrem Recht als Personen zu handeln und zu sein respektiert werden" (Touraine 1989, 171). Diese "Individualität der Individuen", die Unterschiedlichkeit der Menschen und die Pluralität ihrer Interessen führt - auch bei rechtlicher Gleichheit - zu Ungleichheit. Das erscheint mir unumgänglich. Diese immer wieder entstehende Ungleichheit darf sich aber nicht in Institutionen und Normen verfestigen und in eine die gesellschaftliche Ungleichheit zementierende und verschärfende Herrschaftsordnung münden. Freiheit verlangt, die Herrschaft einer Gruppe über die Gesellschaft zu beseitigen. Freiheit erfordert gesellschaftliche Eingriffe, um historisch entstandene und sich immer wieder entwickelnde Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten einzuebnen. Um Ungleichheiten in den (sozialen, politischen, bildungsmäßigen, ...) Ausgangsbedingungen auszugleichen und um gleiche Ausgangsbedingungen wiederherzustellen.

Wirtschaftliche und politische Machtzentren behindern und blockieren diese Wiederherstellung - auf nationaler und internationaler Ebene. Ich brauche hier nicht detaillierter auf die Macht der multinationalen Konzerne oder auf die Macht der Medienriesen eingehen. In der neueren Demokratiediskussion hat sich ein gewisser Konsens dahingehend herauskristallisiert, daß man von demokratisch verfaßten Gesellschaften nur dann sprechen könne, wenn alle Bürger und Bürgerinnen an der Diskussion zu einer konkreten Materie prinzipiell hätten teilnehmen und sich einbringen können - wenn sie es nur gewollt hätten - und damit das zustandegekommene Ergebnis akzeptieren würden. J. Habermas schreibt vom "Kern" der Idee der Autonomie, "wonach Menschen nur in dem Maße als freie Sub-

jekte handeln, wie sie genau den Gesetzen gehorchen, die sie sich gemäß ihren intersubjektiv gewonnenen Einsichten selber geben" (Habermas 1992, 537). Nun kann aber "von einer idealen Prozedur für Beratung und Beschlußfassung" (ebenda, 359), von einem freien Zugang zu Informationen oder von einer gleichberechtigten Teilnahme an Entscheidungsprozessen keine Rede sein, solange derart geballte Macht in den Händen einiger weniger Personen konzentriert ist. Das heißt, daß man die Eigentumsverhältnisse und die Verfügungsgewalt nicht ausklammern kann, wenn man von der Durchsetzung von Freiheit sprechen will. Freiheit erfordert - um bei der Informationspolitik zu bleiben - im Bereich der Meinungs- und Willensbildung einerseits Schutz vor Vermachtungen und Monopolisierungen und andererseits Gewährleistung der Vielfalt der Informationsträger durch gezielte Förderungen. Ähnliches gilt für andere gesellschaftliche Bereiche (ich komme darauf weiter unten noch zurück). Freiheit erfordert die Eingrenzung vorhandener gesellschaftlicher Macht.

2. Demokratisierung als Universalisierung der Menschenrechte

Die UNO-Menschenrechtskonferenz im Juni 1993 in Wien hat verdeutlicht, daß Länder des "Nordens" und des "Südens" gemeinsam die Weiterentwicklung der Menschenrechte lähmen. Die reichen Industrienationen - allen voran die USA - wollen Diskussionen über sozialökonomische Rechte verhindern, zahlreiche Staaten des Südens solche über demokratische und zivile Rechte. Dabei ist weitgehend unumstritten, daß die Freiheit des Denkens, der Kommunikation und des Handelns zu den zentralen Voraussetzungen der Emanzipation des Menschen gehören. Freie Meinungsäußerung, offene Diskussion, freier Zugang zu Informationen, politischer Pluralismus, Kritik, Toleranz, etc. sind Voraussetzungen für freies und ungehindertes Denken. Schon Kant band Aufklärung eng an die Fähigkeit, Autonomie im Denken herzustellen. Denken wird aber erst durch wechselseitige Kommunikation und durch Handeln zum wirklichen menschlichen Akt. Autonomie schließt somit die Möglichkeit und Freiheit zur offenen Kommunikation und zu kreativem Handeln ein. Zu einem Handeln, das die Selbstverwirklichung des Individuums mit der Verantwortlichkeit für "den Anderen" koppelt.

Mit den Menschenrechten liegt ein Katalog von Rechten und Pflichten vor, der mir geeignet scheint, die Freiheit des Denkens, der Kommunikation und des Handelns weitgehend zu garantieren. Liberale Freiheitsrechte müssen mit politischen Teilnahmerechten und sozialen Wohlfahrtsrechten zu einem wirksamen Rechtssystem gekoppelt werden. Die bei der Wiener UNO-Menschenrechtskonferenz nicht mehr ignorierbare aktive und positive Rolle der "Nichtregierungsorganisationen (NGOs)" - die diese vor allem deshalb einnehmen konnten, weil sie über enge Beziehungen zu den unmittelbar Betroffenen verfügen - und zum Teil die Ergebnisse dieser

Konferenz geben Anlaß zur Hoffnung, daß die Menschenrechte auf Perspektive zu einem weltweit gültigen, allgemeinen, universellen Recht ausgebaut werden können.

3. Demokratisierung als Ausdehnung demokratischer Verfahren auf alle gesellschaftlichen Bereiche

Die liberalen Demokratien der entwickelten Industrieländer haben gewaltige Fortschritte gebracht: das allgemeine Wahlrecht, politischen Pluralismus, rechtsstaatliche Verhältnisse. Diese Errungenschaften stehen nicht zur Disposition. Aber liberale Demokratie blieb stets beschränkte Demokratie. Wichtige gesellschaftliche Bereiche - die Familie, die Geschlechterverhältnisse, das Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern, die Wirtschaft - blieben von Demokratisierung weitgehend ausgespart. Lange Zeit schien es, als würde die Notwendigkeit der "gesellschaftlichen Ausdehnung" der Demokratie in der aktuellen Demokratiediskussion - unter Verweis auf die "systemische Integrationsweise" des wirtschaftlichen und staatlich-politischen Bereichs und aufgrund der Dominanz der Männer in der wissenschaftlichen Forschung und Diskussion - ausgeklammert bleiben. Das hat sich in letzter Zeit erfreulicherweise geändert. Es wird immer deutlicher, daß von Demokratie nur dann die Rede sein kann, wenn demokratische Verfahren in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam sind.

Wichtige Impulse kommen dabei aus der sich feministisch verstehenden Wissenschaft. Zahlreiche Feministinnen haben auf die ungebrochen patriarchale Struktur der liberalen Demokratien hingewiesen. Politik, Staat und (später) die kapitalistische Wirtschaftsweise haben sich von Beginn an unter Ausschluß der Frauen entwickelt. Die liberale Gesellschaft und Ökonomie ist so organisiert und strukturiert, "als ob jede berufstätige Person eine Ehefrau zu Hause hätte, die die Kinder betreut und anderen häuslichen Verpflichtungen nachkommt" (Okin 1993, 79). Die durchaus zweckmäßige Unterscheidung von öffentlich und privat hat den Zweck, die Privatsphäre vor staatlichen Eingriffen zu schützen. Tatsächlich aber wird zumindest das Familienleben auf mannigfaltige Weise von staatlichen Maßnahmen kontrolliert und reguliert. Und zwar auf eine Art und Weise, die die Macht der körperlich und ökonomisch Überlegenen und damit die geschlechtsspezifische Strukturierung der Familie, der Wirtschaft und der Gesellschaft verstärkt. Beate Krais verweist - in Anschluß an Arbeiten P. Bourdieus - auf die "symbolische Gewalt": "Symbolische Gewalt ist ein subtiler, euphemisierter, unsichtbarer Modus der Herrschaftsausübung, eine verdeckte Form der Gewalt, die es nur in der face-to-face-Interaktion gibt, die aber nur funktioniert, solange sie nicht als Gewalt erkannt wird, nicht als Nötigung oder Einschüchterung wahrgenommen wird. Symbolische Gewalt setzt voraus, daß subjektive Strukturen - der Habitus - und objektive Verhältnisse im Einklang miteinander sind, daß verinnerlicht ist, 'was sich gehört'" (Krais 1993, 232). Die Unterdrückung und Benachteiligung der Frauen hat sich strukturell in die Gesellschaft und in jedes einzelne Individuum "eingegraben" und damit rechtliche Gleichheit untergraben. Daran haben auch die liberalen Demokratien wenig geändert. Soziale und kulturelle Benachteiligungen führen zu rechtlichen Ungerechtigkeiten, Ungleichheiten. Insofern ist S. Mendus zuzustimmen, wenn sie für "the priority of difference over equality" (Mendus 1992, 213) plädiert. Erst wenn die Benachteiligung der Frauen sowohl innerhalb der objektiven Verhältnisse wie auch innerhalb der subjektiven Strukturen überwunden sein wird, wenn auch die Geschlechterverhältnisse demokratisiert sein werden, werden wir "den Unterschied in der Gleichheit" (Tzvetan Todorov) leben können.

Die feministische Literatur hat aber auch darauf hingewiesen, daß Frauen in dieser Gesellschaft nicht ohnmächtig, machtlos sind. Männer sind in vielerlei Hinsicht - in der Liebe, in der Sexualität, in der Produktion und Reproduktion - von Frauen abhängig. Die gegenseitige Abhängigkeit verleiht den Frauen Macht. Insofern heißt Befreiung der Frauen auch, daß sich Frauen ihrer Stärke, ihrer Individualität und Subjektivität bewußt werden und das Patriarchale in der Gesellschaft und in den Beziehungen verändern und zerstören.

Das Geschlechterverhältnis gehört zu den frühesten sozialen Differenzierungen, in die jedes Individuum hineingedrängt wird. Jedes "mädchenhafte" Verhalten eines Jungen wird ebenso getadelt wie jedes "burschenhafte" Verhalten eines Mädchens. Beide Geschlechter werden damit deformiert. in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt und vereinseitigt. Aber diese "geschlechtliche Normierung" ist nur einer unter vielen Zwängen. denen Kinder ausgesetzt werden. Das Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen ist ein klassisches Machtverhältnis. Dieses Verhältnis muß demokratisiert werden, um "innere" Zwänge - verinnerlicht und zementiert schon während der Kindheit durch gewaltige äußere Zwänge - und um die Bereitschaft zur Anwendung äußerer Zwänge zu lindern und abzubauen. An die Stelle der vielfältigen Machtbeziehungen im Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen muß Offenheit, gegenseitiges Lernen, gleichberechtigte Verständigung und Liebe treten. Liebe freilich nicht als alles andere überdeckende Pseudoharmonie verstanden, sondern als schwieriger Prozeß der Abhängigkeit und Selbständigkeit, der Selbstachtung und Achtung "des Anderen", der Freiheit und der Bindung. Liebe als Fundament für den freien Menschen und die freie Gesellschaft.

4. Demokratisierung als räumliche Ausdehnung demokratischer Verfahren

Globale Krisen zeichnen sich ab: gewaltige Wanderungsbewegungen, bewaffnete Konflikte, neue und alte Armut, Hungerkatastrophen, atomare und gentechnologische Super-Gaus. Krisen, die vor keiner Grenze aufzuhalten sein werden beziehungsweise sind. Die liberalen Demokratien sind

örtlich begrenzt und bauen auf (nationalen) Grundlagen auf, die schon längst hinfällig sind. Entscheidungen mit globalen Auswirkungen werden von Regierungen auf nationalstaatlicher Ebene getroffen. Rechte werden nach der Zugehörigkeit zu Nationalstaaten gewährt - oder eben vorenthalten. Liberale Demokratien haben nicht zu mehr Offenheit und Toleranz geführt. Auf der Tagesordnung stehen vielmehr pogromartige Überfälle auf Ausländer, Feindseligkeit gegenüber allem Fremden, die Forderung nach dem Polizeistaat und nach der (militärischen) Abschottung vor den nicht zuletzt durch die Dominanz der Industrienationen auf dem Weltmarkt - verarmten Menschen. In Europa entwickelt sich eine neue Form der Apartheid. Der Fremde, der Andere ist oft gerade der Schwächste, der Ohnmächtigste. S. Neckel bezeichnet Fremdheit als "eine Variante jener allgemeinen Tendenz in der modernen Gesellschaft, die etwa Jean-Paul Sartre als Objektivierung des anderen verstanden hat. Danach erweist sich Freiheit am Grad der Verfügung, den ich über andere habe, indem ich ihn seiner Subjektivität entkleide, ihn objektiviere und zum Objekt meiner eigenen Freiheit mache" (Neckel 1993, 8). Hinter Intoleranz steht immer Angst und Unsicherheit. Um Einheit, Sicherheit und Homogenität vorzutäuschen, enthalten liberale Demokratien allen "Fremden" demokratische Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte vor, schließen alles "Fremde" aus.

Würden liberale Demokratien ihre eigenen normativen Ansprüche ernst nehmen, müßten sie alle, die von ihren Entscheidungen betroffen sind, in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß einbeziehen - ohne Ausnahme. Das bezieht sich sowohl auf die innerhalb der nationalen Grenzen lebenden "ausländischen" Bürgerinnen und Bürger, wie auch auf die von einer Entscheidung eines beliebigen Staates betroffenen Bürgerinnen und Bürger eines anderen Staates. Es geht darum, die (europäische) Freiheitstradition mit dem (lateinamerikanischen) Befreiungsdenken zu verbinden, der "Welt-Bürger-Gesellschaft" (Albrecht Wellmer) näherzukommen. Aufgrund der bereits vollzogenen realen Entwicklung der Globalisierung und angesichts der sich abzeichnenden globalen Krisen hält A. Wellmer zu Recht fest: "Der Zweifel, ob nicht diese Perspektive eine pure Utopie bezeichnet, ist der Zweifel, ob nicht die Tage der liberalen Demokratien gezählt sind" (Wellmer 1993, 195).

5. Demokratisierung als Ökologisierung der Demokratie

Die globalen Krisen und die Entmündigung der Politik durch die Expertokratie verweisen auf die technokratische Herausforderung der Demokratie. Durch die Anwendung technischer Verfahren mit ungeahntem Gefahrenpotential, durch die Forschung in neuen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Humangenetik werden heute Entscheidungen getroffen und Weichen gestellt, die das Leben künftiger Generationen prägen - oder auslöschen werden. Die Entwicklung im wissenschaftlich-technischen Bereich vollzieht sich weitgehend unbemerkt vom öffentlichen Diskurs und ohne demokratische Einflußnahme. Modernisierung ist aber weder eindimensional noch unumkehrbar, sondern vollzieht sich in Form einer "unabgeschlossenen, unabschließbaren Dialektik von Modernisierung und Gegenmodernisierung" (Beck 1993, 95). Modernisierung kann auch zur Modernisierung der Barbarei führen.

6. Demokratisierung als Neugestaltung der Entscheidungsebenen

A. Tocqueville, J. Dewey und andere haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich in den modernen Massengesellschaften demokratisches Verhalten nur dann entwickeln wird, wenn es auf lokaler Ebene eingeübt und praktiziert wird. Viele Menschen schwanken zwischen Unterwerfung und individueller Rücksichtslosigkeit hin und her. Sie sind nicht bereit, über ihren eigenen, egoistischen Horizont hinauszusehen und sich für die Gemeinschaft zu engagieren. Das könnte sich durch die Dezentralisierung der Entscheidungsebenen verändern. Dabei geht es keineswegs um eine politisch bedeutungslose "Spielwiese", sondern um die vermehrte Entscheidung lokaler Angelegenheiten durch die von einer Entscheidung Betroffenen. Dezentralisierung der Entscheidungsebenen kann Macht durchschaubarer, öffentlicher machen und die Bereitschaft, Entscheidungen vom gemeinsamen Interesse aller her zu treffen, fördern. Dezentralisierung kann helfen, die Egoismen der Menschen zu neutralisieren. In der kaum überschaubaren Literatur zu Fragen der Dezentralisierung und der "lokalen Demokratie" wird zu Recht darauf hingewiesen, daß solche dezentralisierten, lokalen, direkt-demokratischen Entscheidungsstrukturen kein Allheilmittel und auch nicht risikolos sind. Sie bieten Populisten Manipulationsmöglichkeiten und können den "Lokalchauvinismus" verstärken. Aber sie beinhalten auch die Chance auf einen demokratischen Lernprozeß, auf die Weckung des Interesses am Anderen, auf die Aktivierung und Politisierung der Menschen.

Die Dezentralisierung der Entscheidungsebenen weist aber nur auf eine Ebene des Problems hin. Denn zugleich mit der "Entstaatlichung" der Politik ist es aufgrund der Globalisierung auch notwendig, oft weltweit wirksame Prozesse zu beeinflußen, zu planen und zu steuern. Die Dezentralisierung der Entscheidungsebenen muß also einhergehen mit einer Zentralisierung in anderen Bereichen. Die "lokale Demokratie" muß durch die "globale Demokratie" ergänzt werden. Während man auf lokaler Ebene auf historische Erfahrungen (etwa auf die politische Ordnung des antiken Athens oder auf Positionen der frühen Arbeiterbewegung) zurückgreifen kann, muß die globale Demokratie neu erfunden werden. Wie das im Detail funktionieren kann, kann erst die konkrete Praxis zeigen. Unverzichtbar erscheint mir, daß die "NGOs" auf der globalen Ebene gleichberechtigt, regelmäßig und institutionalisiert einbezogen werden.

Demokratisierung und Geschwisterlichkeit

Wir stehen an einem Wendepunkt. So weiterwursteln wie bisher ist nicht mehr lange möglich. Ich hoffe, daß diese Auffassung so überzeugend aufgeschlüsselt werden kann, daß sie rechtzeitig die Menschen ergreift. Gelingt uns dies nicht, so wird uns die Realität eher früher als später darauf hinstoßen. Die Natur schlägt zurück. Die erniedrigten Menschen "wandern" zurück, in die reichen Metropolen. Was bleibt, sind zwei entgegengesetzte "Antworten" auf die sich abzeichnenden globalen Krisen: einerseits Nationalismus, Militarisierung, Gewalt, Vier-Fünftel-Gesellschaft, Freiheitsfestungen; andererseits Schritte in die oben skizzierte Richtung einer neuverhandelten Demokratie. Der eine, der realistischere, ist der Weg in die Modernisierung der Barbarei. Der andere, der schwierigere, ist der Weg der Demokratisierung. Die Zeit der großen Alternativentwürfe und -konzepte ist vorbei. Demokratisierung kann nur als langwieriger, widersprüchlicher, verschiedene soziale Bewegungen, Träger, Bündnisse einschließender Prozeß - mit ungewissem Ausgang - verstanden werden. Keine Partei, keine Stellvertreter, sondern nur wir selbst können Veränderungen durchsetzen. Wir selbst müssen uns hier und heute in politischen Bewegungen engagieren, gesellschaftlichen Druck ausüben und die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern. Wir selbst müssen dem stillen Zwang der Verhältnisse widerstehen und versuchen, Selbstbestimmung mit Brüderlichkeit (besser: Geschwisterlichkeit) - jenem elementaren Prinzip, das nach Sartre "die Demokratie herstellt und immer in ihr enthalten war" (Sartre 1993, 41) - zu verbinden und zu leben. Um so - in den Worten von Leonardo Boff - "schon jetzt das einzuüben, was sich jeglicher Form von Beherrschung und Bedrückung widersetzt: die Demokratie."

Literatur:

Beck, Ulrich, 1988, Gegengifte, Frankfurt/M: Suhrkamp. Beck, Ulrich, 1993, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M: Suhrkamp. Habermas, Jürgen, 1992, Faktizität und Geltung, Frankfurt/M: Suhrkamp. Honneth, Axel, 1992, Kampf um Anerkennung, Frankfurt/M: Suhrkamp. Krais, Beate, 1993, Geschlechterverhältnis und symbolische Gewalt, in: Gebauer G., Wulf C. (Hg.), Praxis und Ästhetik, S. 208-250, Frankfurt/M: Suhrkamp.

Mendus, Susan, 1992, Losing the Faith: Feminism and Democracy, in: Dunn J. (Ed.), Democracy. The Unfinished Journey, Oxford: University Press.

Neckel, S., 1993, Kommentar zu Bonß, W.: Das Problem des Anderen in der Risikogesellschaft, Manuskript, Hamburg, zitiert in: Beck 1993.

Okin, Susan M., 1993, Für einen humanistischen Liberalismus, in: Transit, herausgegeben vom Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Nr 5, S. 74-90, Frankfurt/M: Neue Kritik.

Sartre, Jean-Paul, 1993, Brüderlichkeit und Gewalt, Berlin: Wagenbach.

Touraine, Alain, 1989, Die Verweigerung der Integration, in: H.L. Krämer, C. Leggewie (Hg.), Wege ins Reich der Freiheit. Andre Gorz zum 65. Geburtstag, S. 166-173, Berlin:

Ucakar, Karl, 1985, Demokratie und Wahlrecht in Österreich, Wien: Verlag für Gesell-

Wellmer, Albrecht, 1993, Bedingungen einer demokratischen Kultur. Zur Debatte zwischen Liberalen und Kommunitaristen, in: Brumlik M., Brunkhorst H. (Hg.), Gemeinschaft und Gerechtigkeit, S. 173-196, Frankfurt/M: Fischer.

Frieder Otto Wolf

On the road - Deutschland Transit

Notpeilungen in einem neuen Land

Gemäß wissenschaftlichen Prognosen wird das neue Deutschland der vorrangige Raum eines sich vervielfältigenden europäischen Durchgangsverkehrs sein. Nach meiner Lektüre der historischen Erinnerung war es genau dieses schon immer. Von den "Persianischen Häusern" meiner Heimatstadt bis zu der Weltkarte Behaims in Nürnberg, der Amerika seinen Namen verdankt, war es der große Durchgangs- und Begegnungsraum von Waren und Nachrichten, vergleichbar mit der Rolle von Syrien und Palästina in der Ära der altorientalischen Großreiche oder der Ägäis im Hellenismus. Wer könnte heute noch, ohne die Scheuklappen der deutschnationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, die deutsche aus der europäischen Aufklärung herauslösen oder auch nur sinnvoll unterscheiden zwischen deutscher, dänischer, russischer und schwedischer Aufklärung im Ostseeraum? Wenn ich mich über die Aufklärungsphilosophie an meiner Heimatuniversität informieren will, muß ich im wesentlichen dänische Quellen zu Rate ziehen, auch wenn wesentliche Akteure später deutsch eingemeindete Adelsfamilien oder deutsch schreibende Autoren waren. Wenn wir Französisch, Holländisch, Polnisch, Tschechisch und Englisch entsprechend berücksichtigen und dem Gewicht der fremden Macht der lateinisch sprechenden Kirche Rechnung tragen, wo in Deutschland gilt dies, mutatis muntandis, denn nicht?

Selbst als die Deutschen unternahmen, wovon ihnen Goethe weltklug abgeraten hatte -"Sich zur Nation zu bilden" - kamen gleich zwei Transitreiche dabei heraus, Kakanien und Willeminien, mitten im geistigen Verkehr zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, aber auch von Anfang an zwischen jähem Aufstieg und kaum noch zu vermeidendem Untergang angesiedelt. Leider versagt die Ironie angesichts der unvergleichlichen Verbrechen, zu denen sich das Reich aufschwang, das nicht bei seinem ersten Griff nach der Weltmacht unterging.

Mit dem Untergang der DDR und dem Selbstanschluß ihres Staatsgebietes ist eine neue Bundesrepublik entstanden, von der noch nicht restlos entschieden ist, was sie sein wird und was von ihr für die Völkergemeinschaft ausgeht. Noch hat sie wohl die Chance zu etwas anderem zu werden als jene deutschen Reiche unseligen Angedenkens. Dazu muß sie sich jedoch auch frei machen von der Vorstellung, nun endlich ein klassischer Nationalstaat zu werden, nach dem Vorbild Frankreichs oder Englands. Die Deutschen werden sich - in einer Epoche, in der der Nationalstaat als dominante politische Form vielfach ausgehöhlt ist - immer noch nicht "zur Nation" bilden können. Es sei denn in der von ihrer eigenen Sozialversicherung vorgegebenen politischen Form einer nicht-ethnischen Staatsnation, der jeder mit gleichen Rechten und Pflichten angehört, der auf ihrem Territorium seinen Lebensmittelpunkt hat. Dann werden es aber nicht mehr "die Deutschen" allein sein, die diese bundesrepublikanische Staatsnation bilden, sondern die bundesrepublikanischen Türken, Italiener, Polen, Spanier, die bundesrepublikanischen Friesen, Sorben und Alemannen gleichberechtigt neben den Vielen, die sich selbst als Deutsche verstehen werden. Außerdem wird sich diese Staatsnation zugleich in ein gesamteuropäisches großregionales Integrationsgebilde eingliedern, das die "nationale Souveränität" dieser Staatsnation in jedem Fall sinnvoll einschränken wird - wie auch immer hierarchisch oder egalitär, einschließend oder ausschließend, offen oder geschlossen sich dieses supranationale Gebilde gestalten wird. Und dies wird in jedem Fall weitreichende Rückwirkungen darauf haben, wie diese Staatsnation selbst sich entwickeln kann.

Wer aber sagt, ein solches Selbstverständnis als Deutscher wolle er nicht. er sei z.B. ein "Wilmersdorfer Kommunist", der verfehlt ein gutes Stück der historischen Realität und macht sich damit ein ganzes Stück weit selber unfähig zu einem realitätstüchtigen Handeln. Gerade wer einem völkischen Staatsverständnis im Namen der demokratischen Republik seine Absage erteilt, muß auch in diesem neuen Deutschland dazu beitragen, daß die logische Unterscheidung zwischen einem Selbstverständnis als deutsches Volk und einer nationalistischen Kollektivdefinition zu einem realen Unterscheid ausgebaut und historisch, institutionell und soziokulturell verankert wird. Denn nicht die Bundesrepublikaner, sondern speziell die Deutschen sind es, die sich immer noch den anderen Völkern der Welt als Erben der unvergleichlichen Verbrechen des deutschen NS stellen und dartun müssen, was sie daraus gelernt haben, was sie heute tun, damit sich dies nicht wiederholt. Und unter den Bundesrepublikanern sind es auch wiederum die Deutschen, nicht etwa die bundesrepublikanischen Türken, die unter sich dafür werden sorgen müssen, daß die rassistische Gewalt aufhört, daß der Anspruch dieser Bundesrepublik nachhaltig eingelöst wird, auch als das Einwanderungsland, das sie seit langem ist, demokratisch, sozial, liberal und friedfertig zu sein. Und sie sind es auch, die sich heute fragen lassen müssen, was sie denn getan haben und weiterhin tun, damit diese Gewalt in ihrer Gesellschaft geächtet wird und schließlich aufhört.

Aber wie können gerade die Deutschen ein nicht-nationalistisches Selbstverständnis als Volk gewinnen?

Die erste Bedingung ist die konsequente Trennung von politischen Rechten und ethnischer Selbstzuordnung. Auf allen Gebieten des Staats-, Sozial-, und Zivilrechtes sind alle BewohnerInnen dieses Landes konsequent gleichzustellen, ohne daß einer sich etwa aus der NSDAP-Mitgliedskarte

seines Großvaters oder aus der früheren Zugehörigkeit seines Wohnortes zum Gebiet des "Deutschen Reiches" ein Vorrecht ableiten könnte. Das erscheint vielleicht hart für manche BürgerInnen, in Ost und West, denen die gnadenlose kapitalistische Konkurrenz nichts mehr läßt als ihr "Deutschsein". Aber die Lösung kann hier einfach nicht national-sozial sein, daß das Deutschsein doch zu irgendetwas bevorrechtet. Sie muß vielmehr schlicht sozial sein, daß für niemanden die Niederlage im "kapitalistischen Wettbewerb" das soziokulturelle "Aus" bedeutet: garantierte soziale Existenzrechte für alle, unabhängig von "Volkszugehörigkeit", Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht und Alter.

Die zweite Bedingung liegt darin, daß wir als Deutsche der Versuchung widerstehen, die Schande unserer historischen Trägerschaft für den NS erneut zu verleugnen und von uns abzuwälzen, anstatt daß wir die große Chance ergreifen, die darin liegt, daß die genaue antifaschistische Aufarbeitung der Geschichte des deutschen NS jetzt nicht mehr von Rücksichten und Parteilichkeiten der Kalten-Kriegs-Konfrontation behindert zu werden braucht, daß eine schonungslose Kritik des NS jetzt nicht mehr in den Geruch gebracht werden kann, dem Stalinismus zu nützen, aber auch umgekehrt eine rückhaltlose Kritik des Stalinismus nicht mehr als eine gefährliche Spaltung der antifaschistischen Kräfte ins Gerede gebracht werden kann. Auch für Völker gilt wohl, daß ohne ein Durcharbeiten des Vergangenen zwanghafte Wiederholungsgefahr besteht. Allein rückhaltloses Durcharbeiten kann uns als Deutsche so weit geistig frei machen, wie dies mit der historischen Erinnerung an Auschwitz überhaupt möglich ist.

Die dritte Bedingung ist eine intellektuelle Aufgabe, die wir dringend in Angriff zu nehmen haben: Während im 19. und z.T. auch erst im 20. Jahrhundert Generationen von Intellektuellen in Deutschland, in Skandinavien, in Mittel- und in Osteuropa daran gestrickt haben, aus dem Patchwork von europäischen, orientalisch-okzidentalischen und lokalen bzw. regionalen Traditionslinien, die seit den frühen Hochkulturen den europäischen Subkontinent in seiner engen Symbiose mit Nordafrika und Vorderasien durchlaufen haben, klar abgegrenzte "nationale Traditionslinien" zusammenzubinden, in denen dann etwa Charlemagne, Carlomagno und Karl der Große für die jeweilige "Nationalgeschichte" vereinnahmt wurden, stehen wir vor der Aufgabe, diese Phantasien und Lügengewebe, aus denen nationale Gründungsmythen für den Volkssschulgebrauch verfertigt wurden, ein für alle Mal zu dekonstruieren und die darunter liegende Vielfalt und Vieldeutigkeit freizulegen. Ohne jetzt der älteren Schicht der Mythenkonstruktionen zu erliegen, die im Westreich den palästinensischen Juden Jesus von Nazareth zu einem okzidentalen Religionsstifter oder im Ostreich die asiatischen Turkvölker zu den natürlichen Erben der islamischen Araber gemacht haben.

Diese Dekonstruktion läßt diese Konstruktionen nicht verschwinden, hebt sie aber auf eine andere Ebene der historischen Existenz: als historische

^{1 &}quot;Europa" ist aber hier nicht mein Thema.

Entwürfe, als Kulturleistungen, die mit gegenstrebigen Entwürfen durchaus koexistieren und vor allem - aus der Distanz - gemeinsam gewürdigt und genossen werden können. Unser Deutschsein wird sich dementsprechend einerseits zu einem Gegenstand des Bildungsgenusses verflüchtigen müssen, den wir eo ipso bereit sind, mit anderen Gebildeten zu teilen, die sich aufgrund historischer Bezüge oder aufgrund ästhetischer Neugier auf seine kulturellen Konstrukte einzulassen bereit sind. Gleichzeitig werden wir aber auch anerkennen müssen, daß Leibniz oder Kant, Luther oder Marx, Bach oder Schönberg niemals bloß etwas Deutsches gewesen sind. sondern selbstverständlich immer schon dem Register der Weltkultur angehört haben. Diese historische Perspektive auf unser Selbstverständnis als Deutsche ermöglicht es auch, im Rückblick unsere 40jährige Trennung "sein zu lassen", als konkurrierende Entwürfe der Einheit zunächst, dann der Trennung, die nie völlig gelungen, aber auch im Rückblick nicht völlig mißlungen waren - und die unsere Identitäten in ihrer Widersprüchlichkeit mit geprägt haben. Indem wir uns so als Deutsche selbst verstehen, können wir uns nicht nur die Chance erarbeiten, die alten Frontstellungen hinter uns zu lassen, wir können auch beginnen, zunehmend wirklicher "europäische Deutsche" zu sein, die den Ort ihres Volkes als historischen Transitraum eines welthistorischen Subkontinents bewußt für sich annehmen. Dieser historische Selbstverständigungsprozeß der Deutschen ist dieses Mal kein Werk einer abgehobenen philologischen Gelehrsamkeit - er lebt vielmehr zugleich von der beständigen alltäglichen Begegnung mit den anderen Kulturvölkern, mit denen wir das Staatsvolk dieser Bundesrepublik bilden, mit den Nachbarvölkern und mit den anderen Völkern der Welt die in Zukunft alle mehr oder minder stark innerhalb unseres Staatsvolkes vertreten sein werden, so daß auch hier die Lebendigkeit der Auseinandersetzung, die Fruchtbarkeit der "Métissage" noch spunghaft zunehmen wird...

Hier die Bildungsaufgabe von Intellektuellen in den Vordergrund zu stellen, bedeutet keineswegs, das Problem des Selbstverständnisses als Deutsche auf eine "Elite" zu verkürzen. Im Gegenteil gehe ich hier davon aus, daß in hochdifferenzierten Gesellschaften jedeR tendenziell zum Intellektuellen werden muß und daß die Aufgabe der Volksbildung schon längst aus dem passiven in den aktiven Modus übergewechselt ist.

SoFo - Sozialistisches Forum Nr. 29 Nationalismus, Rassismus und die Linke

Dokumentation der Referate der gemeinsamen Tagung von IMSF, isw-sozialökologische Wirtschaftsforschung sowie der Redaktionen von Sozialismus, SoFo - Sozialistisches Forum, Utopie kreativ und Z. - Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Michael Menard: Das Scheitern der Rechten - Heinz Jung: Die Alternative gegen Nationalismus und Zivilisationschauvinismus ist ein neuer Internationalismus -Wolfram Adolphi: Nun neue Utopie China? - Joachim Bischoff: Renaissance der Nation - Arndt Hopfmann: (Alp)Traum Systemtransformation - die Realitätsvergessenheit der "großen Theorien" und die wirtschaftlich-sozialen Perspektiven in Mittel- und Osteuropa - Manfred Grieger: Kompensationsideologie und symbolische Integration der Mehrheitsbevölkerung (Zur Kontinuität des großrumänischen Nationalismus) - Bernhard Sander: Das Phänomen Le Pen (Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Frankreich) - Klaus Peter Weiner: Schwindende Zustimmung zur europäischen Integration - Werner Ruf: Nationalismus, Feindbild und Remilitarisierung der Außenpolitik der Bundesrepublik -Jürgen Reusch: Die Linke, die Festung Europa und der Bellizismus - Thesen - Manon Tuckfeld/Jens Christian Müller: Zwei Rassismen mit Zukunft: Zivilgesellschaft und Multikultur - Henning Böke: Dissens und der Wille zum Mitmachen (Nachlese)

Außerdem u.a.:

Bahman Nirumand; "Lamentieren und Schamgefühle bringen uns nicht weiter" (Rede bei der Protestkundgebung gegen die Morde von Solingen am 5.6.93 in Frankfurt/M.) - Frieder Otto Wolf: Thesen zur Lage und Perspektive der GRÜNEN beim Übergang zur gemeinsamen Organisation

60 Seiten, 7,50 DM. Bestellungen an SoFo-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069/739 29 34 (Schecks oder Briefmarken erbeten).

Jürgen Reusch

Nationalismus, Rassismus und die Linke

Ein Tagungsbericht

"Der Chauvinismus der Bourgeoisie ist eine bloße Eitelkeit, die alle ihre eigenen Ansprüche bemänteln soll. Er ist ein Mittel, durch stehende Heere die internationalen Kämpfe zu verewigen, in jedem Land die Produzenten zu unterjochen, indem man sie gegen ihre Brüder in jedem anderen Land hetzt, ein Mittel, die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklassen, die erste Bedingung ihrer Emanzipation, zu verhindern. (...) Man hoffte, das Volk (...) zu der Leidenschaft des Nationalhasses verdummen zu können und daß es durch künstliche Exzesse gegen Ausländer sein wirkliches Streben und seine einheimischen Verräter vergessen würde." Karl Marx (1871), Marx-Engels-Werke Bd. 17, S. 558 f.

Am 5. Mai 1993 jährte sich zum 175. Mal der Geburtstag von Karl Marxfür die sich auf ihn beziehende Linke gegenwärtig wahrlich kein Anlaß zu
Feierstunden, andererseits auch kein Anlaß zu bloß formalem Gedenken.
Der emanzipative Anspruch des Marxismus schloß immer auch den Internationalismus ein, die Absage an Nationalismus und Rassismus. Dem Anspruch wurde keineswegs immer Genüge getan. Und heute? Wie kann heute dieser Anspruch eingelöst werden?

Die Virulenz von nationalistischer und rassistischer Gewalt, ihr Aufbrechen in immer neuen Formen und Variationen in der kapitalistischen Welt-Unordnung der Gegenwart zwingt die Linke zu neuen Analyse-Anstrengungen und Versuchen der Positionsbestimmung. Aber die Zusammenbrüche der letzten Jahre haben die Linke in tiefe Ratlosigkeit versetzt. In Deutschland und Europa zeigt sie sich angesichts der globalen und europäischen Zusammenbrüche schwach, zersplittert, handlungsunfähig.

Sind Linke in dieser Situation wenigstens in der Lage, hinter der Oberfläche barbarischer Exzesse das Wesen der historischen Entwicklung zu erfassen, die richtigen Fragen zu stellen, einer materialistischen Analyse Impulse zu geben? Wie und auf welche Weise können sie dabei aus dem kapitalismuskritischen Theoriefundus der Traditionen von Marx schöpfen? Muß sich die Linke nach dem Ende des Realsozialismus zufriedengeben mit einem zivilgesellschaftlich umgeformten Kapitalismus, der ein System weltwirtschaftlicher Krisen, internationaler Konflikte und schwer überschaubarer Migrationsprozesse notfalls auch militärisch reguliert? Bleibt ihr nur, sich darin einzurichten und zu versuchen, ihn zu humanisieren? Oder gibt es Alternativen, die darüber hinausweisen? Wenn ja, welche können das sein, und welches ihre tragenden Kräfte? Muß die Linke grundsätzlich Ja sagen zur Nation in Deutschland und Europa, um der Wiedergeburt des Nationalismus wirksam entgegentreten zu können? Wie

können heute linke Positionen zur nationalen Frage aussehen, gegen Rassismus, für internationale Solidarität?

Die Erörterung dieser und anderer Fragen stand im Mittelpunkt der Taoung "Nationalismus, Rassismus und die Linke" am 8. und 9. Mai des Jahres in Frankfurt/Main. Sie wurde gemeinsam veranstaltet vom IMSF e.V., Frankfurt/M., dem isw - Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung, München, und den Redaktionen der Zeitschriften Sozialismus. Hamburg, SoFo, Köln/Frankfurt/M., und Utopie kreativ, Berlin. Vor den etwa 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (darunter nur wenige aus den neuen Bundesländern) und mit ihnen kam es für zwei Tage zu überwiegend anregenden, teilweise auch recht heftigen kontroversen Diskussionen. Ausgangspunkt war die Frage nach linken Alternativen und Utopien angesichts der krisenhaften Weltmarktentwicklungen, der Internationalisierung und der zunehmend gewaltförmigen politischen Umbrüche. Dabei wurde gar nicht erst der Anspruch erhoben, alle damit verbundenen Erscheinungen von Nationalismus und Rassismus untersuchen zu wollen. Es blieb beim kritischen Blick auf einige, allerdings wichtige Auschnitte dieser Realität, teilweise verbunden auch mit dem selbstkritischen Blick auf eigene frühere Analyseansätze. Michael Menard (Hamburg) konstatierte das Scheitern des neokonservativen Modernisierungskonzepts im internationalen Rahmen, in dessen Konsequenz mit bisher so nicht praktizierter Schärfe eine Hierarchie der Verlierer durchgesetzt werde. Dazu gehörten u. a. auch "Asylanten", "Wirtschaftsflüchtlinge", "Scheinasylanten" usw., und Nationalismus und Rassismus wirkten als legitimierende ideologische Muster zur Unterdrückung und Verfolgung dieser Gruppen. Reinhard Pitsch (Wien) führte Beispiele an, wie scheinbar längst versunkene vorsozialistische, z. T. monarchistische u.a. historische Traditionen zur Legitimation des heutigen Nationalismus wirksam gemacht werden. Wolfram Adolphi

Heinz Jung (Weilrod/Ts.) vertrat die Auffassung, die heutige Situation sei derjenigen von vor 1933 nicht vergleichbar, weil der traditionelle, ethnisch gefärbte Nationalismus und Rassismus den Interessen des weltmarktorientierten "Modernisierungsblocks" entgegenstehe und z.B. auf die neue deutsche Weltmachtrolle eher dysfunktional wirke. Man müsse vielmehr von der Existenz eines neuen "Zivilisationschauvinsimus" als dominierender Variante des Nationalismus im Metropolenkapitalismus ausgehen. Ein reiner Modernisierungsopfer-Ansatz zur Erklärung des neuen Nationalismus greife zu kurz. Dem hielt Joachim Bischoff in der Diskussion entgegen, angesichts der ungeheuren sozialen Polarisierung weise der hochkommende Rechtspopulismus durchaus Parallelen zu den 20er und 30er Jahren auf, und versuchten die Konservativen, deren Konzepte verbraucht seien, durchaus, auf den rechtsradikalen Zug aufzuspringen. Im Verlauf der sich anschließenden lebhaften Kontroverse präzisierte Heinz Jung:

(Berlin) versuchte, mit einem Beitrag über China eine eurozentristische

Verengung des Blicks bei vielen Linken zu konterkarieren.

Natürlich modernisiere sich die nationalistische Rechte und gebe es Wechselwirkungen zwischen ihr und dem Zivilisationschauvinsismus des modernen internationalen Kapitalismus. Letztlich blieb es nach diese Debatte eine offene Frage, ob und in welchem Maß Rechtspopulismus und Rassismus ins strategische Kalkül des heutigen Metropolenkapitalismus passen, und wie weit die These vom Unterschied zwischen traditionellem Rechtspopulismus und modernem Zivilisationschauvinismus trägt. Konsens war aber wiederum, daß Nationalismus und Rassismus nicht einfach nur Ausfluß zyklischer kapitalistischer Krisenverläufe sind - Claudia Stellmach hatte in der Diskussion Ansätze solcher ökonomistischen Verkürzungen kritisiert -, sondern in die gesellschaftlichen Strukturen fest eingeschrieben sind.

Der zweite Teil der Tagung untersuchte Aspekte der Renaissance des Nationalismus in Ost -und Westeuropa und stellte Fragen nach dem Selbstverständnis der Linken. Joachim Bischoff (Hamburg) merkte kritisch an. die deutsche Linke habe lange irrtümlich geglaubt, das Problem der Nation sei für sie erledigt, während es nun in immer neuen Kostümen zurückkehre. Nationalismus und Rechtspopulismus beherrschten längst das Alltagsbewußtsein und seien weder ein spezifisch osteuropäisches noch ein bloß postrealsozialistisches Phänomen. Die Nation sei auch nicht das Monopol der Bourgeoisie, sondern ein Faktum, das die staatlich verfaßte kapitalistische Gesellschaft präge. Die Linke müsse sich mit den nationalistischen Stimmungen und Gefühlen der Menschen auseinandersetzen. Folgte daraus nun auch, die Linke müsse sich auf den Boden des Nationalen stellen, um den Nationalismus besser bekämpfen zu können? Diese Frage blieb zunächst noch unerörtert; die Kontroverse darüber brach aber später mit aller Schärfe auf. Manfred Grieger (Bochum) spürte den langen und, wie heute ersichtlich, nie wirklich überwundenen Traditionen des Nationalismus in Osteuropa nach und untersuchte die Umstände ihrer Reaktivierung - am Beispiel Rumäniens etwa in Gestalt der Diskriminierung der Roma, Arndt Hopfmann (Berlin) vertrat die These, der moderne Rassismus erhalte Impulse sowohl aus wirtschaftlichen Erfolgen (so erzeuge die Lebensweise des reichen Nordens auch rassistische Überheblichkeit und seien diese Länder und ihre Bewohner auch Objekt allgemeiner Bewunderng) als auch aus Mißerfolgen (indem die Angehörigen ärmerer Nationen rassistisch diskriminiert würden). In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß der zivilgesellschaftliche Ansatz als Gegenstrategie nicht genüge. Es müsse auch klassenstrukturierte Gegenpositionen geben.

Die Linke in der Festung Europa - sie war Gegenstand des letzten Diskussionsblocks der Tagung. Klaus-Peter Weiner (Marburg) formulierte, die Festung Europa gebe es genaugenommen (noch) gar nicht, wohl aber viele kleine Festungen. Europa sei noch immer nationalstaatlich verfaßt, die europäische Integration stocke derzeit, und die osteuropäischen Krisenprozesse wirkten hemmender auf die Integration zurück als zunächst erwartet. In der abnehmenden Zustimmung zur politischen Integration Europas und

der Verunsicherung der politischen Klassen fände sich der Nährboden für Regionalismus und Nationalismus. Bernhard Sander (Hamburg) illustrierte am Falle Frankreichs, wie die Front National Le Pens aus den skizzierten Entwicklungen demagogischen Nutzen zieht. Werner Ruf (Kassel) setzte sich mit den sehr virulenten Tendenzen auseinander, Deutschland zu einem "ganz normalen Staat" mit normaler militärischer Interventionsfähigkeit zu machen und verwies darauf, daß mit der sogenannten Asyldebatte ganz andere Ziele verfolgt würden, nämlich ein wirksames metropolenkapitalistisches Krisenmananegement, auch ein militärisches, zu installieren, um den globalen Krisentendenzen effektiver begegnen zu können.

Manon Tuckfeld (Frankfurt/Main) griff indirekt die Debatte vom Vortag auf und vertrat die These, die extremen Formen des Rassismus seien auch für die herrschenden politischen Klassen eher irrational. Sie setzten mehr auf einen modernisierten Zivilisationschauvinismus. Daraus zog sie die politische Schlußfolgerung, Linke sollten sich hüten, an von staatstragenden Kräften organisierten Lichterketten und regierungsamtlichen Demonstrationen wie der vom November 1992 in Berlin teilzunehmen, weil sie damit nur vor den Karren der Herrschenden gespannt wurden, die sich auf solche Weise nur von ihnen unangenehmen rassistischen Exzessen, nicht aber vom Rassismus selbst distanzierten, Damit war eine im Wortsinne Anstoßerregende Radikalposition formuliert, die jede Links-Interpretation des Nationalen kategorisch verweigerte. Es folgte eine geradezu leidenschaftliche Debatte, in der von der linken Realpolitik bis zur radikal-linken Minderheitsposition alle Nuancen linker Diskussion vertreten waren. Im Für und Wider wurde zumindest deutlich, welche politischen Konsequenzen auch feine Unterschiede oder Unsicherheiten in der Analyse nach sich ziehen und wie unfertig und unzureichend linke Gegenstrategien gegen Nationalismus und Rassismus noch sind. Auf diesen Mangel verwies auch Jürgen Reusch (Bad Homburg), der sich kritisch mit den bellizistischen Tendenzen bei vielen Linken auseinandersetzte, also mit der Neigung, nach dem realsozialistischen Zusammenbruch Abschied zu nehmen von der Vorstellung einer möglichen sozialistischen Transformierung des Kapitalismus in jeglicher Form und sich abzufinden mit einem notdürftig zivilisierten Kapitalismus als alternativlosem Zivilisationsmodell, damit auch Partei zu ergreifen für den modernen Zivilisationschauvinismus. Diese Tendenz sei auch Ausdruck dafür, daß die Linke in ihrer bis 1989 bekannten Form mit all ihren Zerklüftungen und Parteiungen sich auflöse und neu strukturiere. Dabei würden Fragen wie die auf dieser Tagung erörterten zu einer Art Lackmustest: Es müsse sich zeigen, ob ihre Beantwortung die weitere Preisgabe antikapitalistischer Grundpositionen nach sich ziehe oder ob sie zum Impuls für notwendige linke Erneuerungen werden könnten.

Probleme wie die hier aufgeführten werden derzeit in vielen linken Diskussionszusammenhängen erörtert - häufig marginalisiert und gänzlich voneinander separiert. Die Linke, so dezimiert sie auch sein mag, steht vor

großen theoretischen und praktischen Herausforderungen. Es geht darum, in der anschwellenden Woge von Nationalismus und Rassismus die kapitalistischen Grundstrukturen zu entschlüsseln und wirksame Gegenpositionen zu entwickeln, die auch einen neuen Internationalismus einschließen müssen. Die Tagung in Frankfurt hat die damit verbundenen enormen Schwierigkeiten widergespiegelt. Sie hat die notwendige Diskussion auch ein Stück weitergebracht. Es wäre zu wünschen, daß sie auch als Impuls zu breiteren linken Diskussionszusammenhängen wirkt. (Die Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in: SoFo - Sozialistisches Forum, Nr. 29, Juni/Juli 1993)

Claudia Stellmach

Nachholbedarf: Rassismus-Theorien

- (a) Uli Bielefeld (Hg.), Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburger Institut für Sozialforschung, Junius Verlag, Hamburg 1991, 338 S., br., DM 38,-
- (b) Wolf-D. Bukow/Roberto Llaryora, Mitbürger aus der Fremde. Zur Soziogenese ethnischer Minoritäten, 2. durchges. Aufl., Opladen 1993, Westdeutscher Vlg., 184 S., br., DM 28,-
- (c) Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1992, Hoffmann und Campe Vlg., 384 S., geb., DM 39,-
- (d) Eckhard J. Dittrich, Das Weltbild des Rassismus, Frankfurt/Main 1991, Cooperative Vlg. (Reihe Migration und Kultur), 142 S., br., DM 36,-
- (e) Annita Kalpaka/Nora Räthzel (Hrg.), Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, 2., völlig überarb. Aufl., Leer 1990, Mundo Vlg., 160 S., br., DM 16,80
- (f) Julia Kristeva, Fremde sind wir uns selbst (Etrangers à nous-mêmes, Paris 1989), Frankfurt/Main 1990, Suhrkamp Vlg. (ed. suhrkamp 1604), 214 S., br., DM 14.-
- (g) Robert Miles, Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs (Racism, London/New York 1989), Hamburg 1991 (Argument Vlg.), 191 S., br., 24,- DM
- (h) Rassismus und Migration in Europa. Beiträge des Kongresses "Migration und Rassismus in Europa", Hamburg, 26.-30.9.1990, hrg. v. Institut für Migrations- und Rassismusforschung e.V., Hamburg, i. Zus. mit Buntstift e.V., Hamburg/Berlin 1992, Argument-Vlg. (Argument-Sonderband 201), 564 S., br., DM 38.-

MarxistInnen in der Bundesrepublik haben einiges zum Thema Rassismus aufzuarbeiten, geschichtlich wie aktuell. Historisch hat die Bearbeitungs-

tücke Tradition z.B. bezüglich der rassistisch begründeten Nazi-Morde; vorrangig wurde hier auf die ökonomischen und politischen Funktionen der faschistischen Diktatur geblickt, der Genozid an Jüdinnen und Juden. Sinti und Roma etc. aber wurde als eine Art Sekundärsymptom bzw. selbst nur in seiner ökonomischen und politischen Funktion beleuchtet. In den letzten Jahren wurde die Legitimität des Rassismus-Begriffs zur Bezeichnung dessen, was als "Ausländerfeindlichkeit" nicht nur unzureichend. sondern falsch benannt wird, von marxistischer Seite häufig genug bestritten abwohl bekanntlich Rassismus nicht mit Apartheid oder in KZ's beginnt, sondern dort enden kann. Wo MarxistInnen sich mit ihm beschäftigten. wurde und wird er als Ideologie und Praxis der Herrschenden verstanden (die alte Problemstelle der marxistischen Ideologietheorie: warum die Beherrschten sich dem beugen); wo er als verbreitetere Erscheinung wahrgenommen wurde, dort meist als gebunden an Neonazis und Rechtsextremisten; grundsätzlich aber als Ausnahmeerscheinung am rechten Rand. Scheu herrscht vor seiner Wahrnehmung als massenhaft verbreitete Ideologie auch der ArbeiterInnenklasse, als "Normalität". Und 1993 kann es auf einer Konferenz von MarxistInnen geschehen, daß in aller Ernsthaftigkeit vertreten wird: In der letzten Zeit seien in ihrem (einem westeuropäischen) Land, der Region, Stadt zwar Arbeitsplätze geschaffen, diese aber mehrheitlich von AusländerInnen besetzt worden, und zwar außer- oder unterhalb der geltenden Tarifbedingungen. Die AusländerInnen fungierten also als LohndrückerInnen. Im Interesse der einheimischen ArbeiterInnenklasse und der eigenen politischen Glaubwürdigkeit ihr gegenüber müßten daher jetzt Einstellungsbarrieren, eine Beschränkung der AusländerInnenbeschäftigung, eine Minderung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte gefordert werden. Kein Aufschrei der Konferenz, kein Wort dazu, daß die Lohndrücker-Funktion in der kapitalistischen Ökonomie wurzelt, die jede vom Arbeitsmarkt relativ ausgegrenzte Gruppe - Frauen, Arbeitslose, Behinderte etc. - zur Lohndrückerei nötigt, wenn dem nicht von Gewerkschaften etc. gegengesteuert wird; kein Wort dazu, daß daher an den Ausgrenzungen (durch mindere Rechte wegen nationaler Zugehörigkeit, AFGund anderen arbeitsrechtlichen Regelungen) angesetzt, diese bekämpft werden müssen, nicht etwa die Minderheiten.

So rächt sich jahrelange Unterbelichtung und Verkennung des Rassismus-Themas: in problematisch gewichteteter Geschichtsaufarbeitung, Realitätsverkennung, mangelnder theoretischer Durchdringung des aktuellen, migrationsspezifischen Rassismus bis hin zur Reproduktion rassistischer bzw. nationalistischer Thesen, die "republikaner"- und DVU-gemäß sind. Marxistische Linke sollten wenigstens zur Kenntnis nehmen, daß und was im Themenumfeld, meist durchweg in praktisch antirassistischer Absicht, in den letzten Jahren erschien. Im Folgenden werden einige theoretische Veröffentlichungen vorgestellt; die meisten aus der Bundesrepublik. Auch hier hat die rassismustheoretische Debatte seit ca. 10 Jahren begonnen und zu - wenn noch nicht sehr umfangreichen, so doch rezipierenswerten - Ergebnissen geführt.

Aus historisch, empirisch und sozial ausgewiesenen Gründen gehen aktuelle Rassismus-Analysen über die Frage nach Ideologie und Praxis der Mächtigen hinaus und nehmen ihn als massenhaft verbreitetes ideologisches Phänomen wahr. Gefragt wird, was Rassismus, dessen Herrschaftscharakter nicht bestritten wird, als Massen-Ideologie und Alltags-Praxis möglich macht, seine Verbreitung fördert und begünstigt. Aus den gleichen Gründen geht es vor allem um den gegen (Arbeits- und Flucht-) MigrantInnen gerichteten europäischen Rassismus, weniger um kolonialistische, Apartheid- oder antisemitische Rassismus-Formen. Diese Fragestellung dient nicht etwa einer "Entlastung der Herrschenden", sondern gerade der Analyse der konkreten Strukturen und Geschichte von Rassismus in Europa.

"Rassismus und Migration in Europa" hat das Zeug zum Querschnitt-Reader über die Titel-Themen und ist ein Muß für EinsteigerInnen. Der Band enthält Beiträge des bisher größten und qualifiziertesten wissenschaftlichen und politischen Kongresses, der in der Bundesrepublik zum Thema stattgefunden hat. Der Überblicks-Charakter zeigt sich in der Breite der angeschlagenen Themen zu "Rasse", "race relations", "Ethnizität", Erscheinungsformen des Rassismus, länderspezifischen Migrationsdarstellungen ebenso wie in den unterschiedlichen Forschungs- und Interventionsansätzen. Diese Breite bei hoher Spezialisierung und das meist hohe Niveau der ReferentInnen aus ca. 10 Ländern, das sich in den abgedruckten Beiträgen spiegelt, sind umso erstaunlicher, als der Kongreß im Wesentlichen von nur drei Menschen vorbereitet wurde (darunter die beiden für das Buch redaktionell Verantwortlichen und Autorinnen von (e)). Überbescheiden das Vorwort, das als Zweck des damaligen Kongresses nennt, "die Ergebnisse und Fragestellungen internationaler wissenschaftlicher Forschungen und die Erfahrungen mit politischen Strategien gegen Rassismus für die Debatte in der Bundesrepublik nutzbar zu machen" (7). Ein ausführliches integriertes Literaturverzeichnis rundet das Buch ab. Besonders positiv: die auch schon auf dem Kongreß vorzügliche DolmetscherInnen- und (Nach-) Übersetzungs-Leistung. Der Kongreß war thematisch noch breiter als der vorliegende Band; Referate zu Rechtsextremismus/Neofaschismus, Antisemitismus und Euthanasie-Debatte sind nicht abgedruckt.

Ein Teil der hier nicht enthaltenen Konferenz-Beiträge sowie weitere, die auf einem vorgeschalteten Workshop beim Hamburger Institut für Sozialforschung gehalten wurden, finden sich in Bielefeld (Hrg.). Der Band ist insofern die Ergänzung zu (h). Er stellt im gleichen Themenfeld und zusätzlich zur Konstitution des Begriffs des "Anderen" (23ff.) ähnlich informative und fundierte Aufsätze von international ebenfalls renommierten AutorInnen wie (h) bereit. Bei teilweisen Doppelungen ist auch dieses Buch gut geeignet, einen qualifizierten Überblick über das Thema

zu gewinnen. Beide Bände zusammen sind das deutschsprachige Kompendium zur internationalen Debatte mit politischem Anspruch.

Kalpaka/Räthzel's Büchlein mit dem Hauptaufsatz der Autorinnen "Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus" (und in 2. Aufl. mit einem neu eingefügten lesenswerten Beitrag von Ph. Cohen) ist inzwischen ein Klassiker der bundesdeutschen Argumentation zu Rassismus/Antirassismus. Unter Einbeziehung einschlägiger internationaler Erkenntnisse und der Arbeiten des Projekts Ideologietheorie wird ein ideologiekritisch wie kulturwissenschaftlich abgestützter, praktisch nutzbarer theoretischer Erklärungsansatz gesellschaftlichen wie individuellen Rassismus' vorgestellt, der diesen weder ökonomistisch ("Krisenfolge") noch psychologisierend ("Frustrations-Aggression"-, Sündenbock-These) mißdeutet. Die Erklärung von Rassismen als Formen "ideologischer Vergesellschaftung" (25), nämlich als "rebellierende Selbstunterwerfung" unter herrschende gesellschaftliche Strukturen, ist auf hohem theoretischem Niveau konzipiert. Komplizierte gesellschaftlich-ideologische Zusammenhänge bis zum individuellen Handeln werden an praxisnahen Beispielen sinnfällig gemacht, und dies in wunderschön klarer Sprache. Insofern auch ästhetisch ein Genuß. Politisch eine harte Herausforderung an Herrschaften verschiedener Art. Pflichtlektüre!

Miles (auch in (a.) und (h.)) präsentiert eine streng systematische Studie über die Geschichte rassistischer Ideologien und Praktiken (19ff.) sowie deren Wahrnehmung und Kritik durch Rassismus-Theorien (57ff.). Anhand reichhaltigen historischen Materials und in kritischer Durchsicht der v.a. angelsächsischen Fach-Debatte plädiert er einerseits für einen weiten Rassismus-Begriff, andererseits für seine eng begrenzte Anwendung auf die soziologische Analyse. Weit insofern, als er Rassismus als Ideologie und Praxis sieht, deren wesentliche Elemente eine lange vorkapitalistische Geschichte haben und strukturell sowohl mit dem Kapitalismus als auch nichtkapitalistischen Formationen "auf je unterschiedliche Art und Weise verknüpft" seien (131). Eng insofern, als er den Rassismus-Begriff nur für solche Ausgrenzungs-Ideologien und -Praxen reserviert (103), die mit "Rasse"-Konstruktionen im engeren Sinn, d.h. biologisch-somatischen Merkmalen, deren Negativ-Wertung und zusätzlichen negativen Bedeutungszuweisungen operieren (93ff.). Insofern seien rassistische symbolische Konstruktionen streng zu unterscheiden von anderen, z. B. sexistischen und nationalistischen, den zwei "wichtigsten, mit denen der Rassismus sich verknüpft" (117). Miles fordert daher als Anwendungsbedingung für den Rassismus-Begriff den je konkret-historischen Nachweis, daß es eine phänotypisch-somatisch argumentierende und solche Merkmale negativ bewertende Ideologie ist, die Menschen(gruppen) hierarchisiert. An vielen Beispielen aus dem britischen und Kolonial-Raum belegt er zugleich das Weiterbestehen des "Rasse"-Diskurses trotz Tabuierung des "Rasse"-Begriffs, weist aber auch auf das Problem wissenschaftlicher Definitions- und Anwendungs-Unschärfen hin. Besonders aufschlußreich: die Passagen über bestimmte Rassismusformen speziell in der Arbeiterklasse, die deren "Erfahrungen der den industriellen und städtischen Zerfall begleitenden ökonomisch-gesellschaftlichen Veränderungen sinnhaft strukturieren" (108). Dieser Fragestellung widmen sich im übrigen auch andere marxistisch orientierte britische KulturwissenschaftlerInnen schon länger.

Bukow/Llaryora's Untersuchung, wie "ethnische Minoritäten" überhaupt zu solchen werden, gibt Antwort auf die Frage nach der Entstehung rassistischer Ausschließungsstrukturen. Politik und Einstellungen sowie nach deren Funktion. Aus der umfangreichen Forschungs-Literatur in der Bundes. republik, wo v.a. ("Ausländer-") Pädagogik und Sozialwissenschaften in der sog. "Ausländer-" und "Gastarbeiterforschung" vertreten sind, filtern sie eine durchgängige problematische Implikation heraus: Die angebliche "Kultur-" bzw. "Modernitätsdifferenz" der EinwandererInnen gegenüber der bundesrepublikanischen Gesellschaft bzw. Kultur. "Integrationshemmnisse" lägen demnach bei den MigrantInnen und müßten von und bei ihnen abgebaut werden. Der Band kritisiert also das auch in der Forschung gesungene alte Lied, die "Gastarbeiter" bzw. "Ausländer" selbst und ihre Nachkömmlinge seien das "Problem". Ausgangsannahme lautet demgegenüber hier: die Tatsache selbst, daß MigrantInnen langfristig in dieser sich als aufgeklärt und rational verstehenden Gesellschaft leben und die dazu notwendigen Kulturpraktiken erbringen, ist nach den ansonsten akzeptierten sozialen Normen Beleg ihrer Integration. Die "Differenz"-Theoreme sind dagegen eher Generalisierungen unreflektierter Alltagswahrnehmungen als wissenschaftlich belegte Tatsachen: Die Situationen. Prozesse und Konflikte, die die MigrantInnen erleben, können ebensogut aus dem Neuen ihrer Lage bzw. aus ihrer Minderheiten-Situation erklärt werden, müssen aber mit ihrer ethnischen Zugehörigkeit so gut wie nichts zu tun haben. Hier wird der Schlüsselpunkt gesehen, der sich auch mit anderen Erklärungen gesellschaftlichen Rassismus' deckt: Probleme der MigrantInnen werden weniger durch deren mangelhafte soziale Kompetenz erzeugt, "vielmehr soziogenetisch zugewiesen" (17). Unter dieser Hypothese beschreiben und analysieren die Autoren die "Ethnisierung" der EinwandererInnen seitens der Aufnahme-Gesellschaft: den gesellschaftlich bedingten, produzierten und von der Forschung blind reproduzierten Prozeß der Zuschreibung angeblicher Merkmale, in dessen Verlauf die EinwandererInnen erst als "ethnisch Andere" etikettiert würden. Sie zeigen die ethnischen Zuweisungsmechanismen im Einzelnen in der soziokulturellen Bereitschaft (62ff.) und in politischen Maßnahmen auf, die Ethnisierung produzieren (101ff.). Diese "gezielte alltags- wie gesamtpolitische Identifizierung, Eingrenzung, Aufwertung und Mobilisierung einer Einstellung zur kulturellen Basispersönlichkeit und Ethnizität" (165) halte sich "nur im Verbund mit dem Fortbestand der Unterschichtung" (136) (d.h. der Besetzung der untersten Stufen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters durch die MigrationsarbeiterInnen bei gleichzeitigem sozialem "Fahrstuhleffekt" für die einheimischen Teile der ArbeiterInnenklasse) und führe zur ökonomisch-politischen Verfügbarmachung der MigrantInnen (122) u.a. als Aborenzungsobjekt für die Einheimischen.

Ohne daß der Band von Rassismus redet, ist er insofern konsequent antirassistisch, als sein Ansatz gängige politisch und wissenschaftlich praktizierte Ausgrenzungsmechanismen aushebelt und sinnvolle Schlußfolgerungen nahelegt: Aufhebung der gesellschaftlichen Ausgrenzungen und
Gleichstellung der "ethnischen" Minderheiten, nicht zuletzt aus dem Demokratieschutz-Interesse, die "kaum zu kontrollierende Eigendynamik"
(123) von "Ethnisierungs"politik als Wegbereiter und Element willkürlichautoritärer Politik zurückzufahren; forschungsprogrammatisch zweitens
Hinwendung zu den MigrantInnen als diskriminierten Minderheiten. - Ein
theoretisch so wichtiger Band - zumal in seiner "2., durchgesehenen" Auflage - sollte Autoren und Verlag jedoch eine gründlichere Korrektur der
vielen ärgerlichen Schreib-/Texterfassungs-Fehler wert sein. Positiv hingegen ist der alphabetische Index.

Die Arbeit Dittrichs, ein bearbeiteter Teil der Bielefelder Habilitationsschrift des Verfassers, gehört mit (g) zu den das "Rasse"- und Rassismus-Thema theoretisch direkt angehenden Arbeiten. Hauptthese ist der Aufhau eines kulturellen "Traditionsfundus" (59) an rassistischen Vorstellungen im Lauf der abendländischen Geschichte des Denkens (61) seit Aristoteles, der in die Moderne hineinreiche. Die zentrale Frage lautet: Warum kann bei sozialen Grenzziehungen auch in der Moderne noch "wahlweise auf Rassismus", d.h. auf ein inkompatibles soziales Konstrukt, "zurückgegriffen werden" (59). Vorurteilsforschung, ökonomische oder gar psychologische Erklärungen reichten bestenfalls zur Erklärung seiner aktuellen Funktionalität aus; nur eine umfassende kulturwissenschaftliche Aufarbeitung könne die Genese von Rassismus - als Naturalisierung gesellschaftlicher Fakten und als legitimatorische Theorie quasi-natürlicher Herrschaft - erklären; er sei "eine Möglichkeit der Moderne, deren zentrale Identitätsproblematik zu lösen" (49). Diese These wird v. a. nach einer Kritik der wichtigsten Richtungen US-amerikanischer Rassismus-Erklärungen (41ff.) sowie einiger bundes-deutscher Ansätze (51ff.) durch die Darstellung der "Entwicklung rassischer Vorstellungen im gesellschaftstheoretischen Denken seit Aristoteles" (61 ff.) bis zur Entstehung der Wissenschaften im neuzeitlichen Sinn und der Aufklärung verdeutlicht.

V. a. der Hauptteil überzeugt. Zweifel verbleiben wegen mancher (wohl der Bearbeitung geschuldeter) Schlamperei. So enthält das Literaturverzeichnis keinerlei wissenschaftliche Zeitschriften mehr; als zentral behandelte Arbeiten finden sich nicht im Literaturverzeichnis. Inhaltlich unverständlich ist die globale Abqualifizierung marxistischer Arbeiten als "merkwürdig blaß" (54): Gar nicht erst erwähnt werden Zentren solcher Studien (wie das Birminghamer Center for Contemporary Cultural Studies, CCCS), ebensowenig die wichtigsten einschlägigen Autoren (wie Hall, Miles) und ihre theoretisch hochstehenden, praktisch fruchtbaren und alles

Nationalismus und Linke

andere als reduktionistischen rassismustheoretischen Arbeiten. Sie belegen gerade den avancierten Stand der (britischen) marxistisch orientierten kulturwissenschaftlichen Rassismusforschung. Dieses Defizit bleibt auch dann unverständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Habil-Schrift schon 1986 fertiggestellt wurde: Methodische Schlüsselarbeiten zu diesem Ansatz lagen damals schon vor. Eine Aktualisierung der Arbeit wäre insofern erst recht angesichts der inzwischen hinzugekommenen Studien - sinnvoll gewesen, Indirekt gesteht das Buch dies in wenigen Verweisen zu (Anm. 113 u. 114. S. 141). Ärgerlich wie bei (b): unzählige Texterfassungsfehler.

152

Cohn-Bendit/Schmid's Band geht eher populärwissenschaftlich vor. Er vermittelt flüssig, alltagsnah und dennoch materialreich abgestützt eine Fülle von Informationen zur Realität der - historisch niemals ethnisch homogenen - Einwanderungsgesellschaft BRD und zur internationalen, auch historischen Migrationsbewegung. Dem populären Charakter des Buches ist wohl die eher launige, mit postmodernen Sprachspielereien kokettierende und wenig schlüssige Gliederung geschuldet, die eine gezielte Nutzung erschwert. Erstes Hauptargument ist eine "Entdramatisierung" der "multikulturellen Gesellschaft": Kulturelle Bereicherungs-Schwärmereien werden ebenso desillusioniert wie aufgezeigt wird, daß die längst Einwanderungsgesellschaft gewordene BRD Lösungen für die spezifischen Konflikte der Multikulturalität wie für die Unterschichtungsfolgen u.a. brauche und diese derzeit am ehesten auf pragmatischem Wege erreichbar seien zumal die Bundesrepublik auch künftig wirtschaftlich nicht mehr denkbar sei ohne bisherige und weiter zuziehende Migrationsarbeit (1. bis 5. Kap.). Zweiter Argumentationsstrang: Daher müsse Einwanderung auch von der Flüchtlings-Problematik entkoppelt werden durch die Schaffung geregelter (also beschränkter/quotierter) Einwanderungsmöglichkeiten anstelle der ungeregelten Nutzung des Asyl-Paragraphen zur Einwanderung (7. Kap., 239ff., bes. 275ff.).

Die erste Argumentation ist fachlich und wissenschaftlich kaum bestritten; im Wesentlichen positiv daran sind die Gleichstellungsforderungen. Die zweite Forderung ist kontrovers. Nicht nur wegen ihrer problematischen Konvergenz mit der herrschenden Politik und Argumentation für die völlige Abschaffung des Asylgrundrechts - wie absehbar und inzwischen geschehen ohne Einwanderungsregelungen. Sondern auch wegen des Ansatzes. Fluchtursachen zwar zu beschreiben, das GG-Asylrecht als Maßnahme gegen vielfältige Fluchtgründe zu Recht auch als eng zu bezeichnen, die Gefahr seiner Abschaffung und die hochgradige Mit-Verursachung internationaler Migrations- und Fluchtgründe durch die Bundesrepublik jedoch auszublenden. Angesichts der Komplexität dieses Themas reicht Pragmatismus eben nicht. Dennoch: Wären die hier ausgebreiteten Fakten Gemeingut, wäre kompetenter über Flüchtlingsprobleme debattiert worden und das Asylrecht nicht liquidiert; es stünde besser um Migrationspolitik und Demokratie.

Der Band der bulgarischen, in Frankreich lebenden Semiotikerin und Psychoanalytikerin Kristeva fällt wegen des psychoanalytischen Blicks auf sozialgeschichtliche, literarische und persönliche Fremdheitserfahrungen aus dem Rahmen der bisher hier vorgestellten Arbeiten heraus. K. begreift den "Fremden" bzw. das "Fremde" als den abgespaltenen Teil des eigenen Selbst. Die Begegnung mit ihm erinnere an jeweils eigene Erfahrungen von Enge und Beschränktheit, Ausgrenzung und Außenseitertum; sie verunsichere den eigenen, als fest und bekannt erfahrenen Standort und wecke Angst vor Entmachtung. Die Annäherung an das Fremde im Selbst bleibt hei K. aber auf halbem Wege, nämlich beim Selbst, stecken. Die andere Seite wird nicht erinnert: Die Herrschaft des eigenen, entwickelten Landes über das Herkunftsland der "Fremden", die eigene Einbindung in koloniale Herrschaft und Ausplünderung, eigene Macht- und Überlegenheitsgefühle gegenüber den Fremden. Reflexion und Kritik der Identifizierung nur des "Figenen" im Fremden kommt so nicht auf. Wie Frantz Fanon gezeigt hat. können psychoanalytisch inspirierte Überlegungen zu Rassismus über diesen Punkt weit hinausgehen. Problematisch scheint mir auch, daß trotz iahrzehnte-, jahrhundertelanger Einwanderung nach Frankreich die dortigen EinwandererInnen immer noch nur als die "Fremden" konzipiert werden. So unterstützt K. den herrschenden Diskurs über die angeblich unüberbrückbare Differenz mindestens zu bestimmten "Fremden gruppen. Diese Haltung mag auch ihre Akzeptanz der schon unter sozialistischer Ägide eingeleiteten Aufweichung des bisher streng am Territorialprinzip orientierten französischen Staatsangehörigkeitsrecht und der möglichen Einbürgerung auf Antrag erklären. Dort propagiert mit dem Argument, sie setze "eine bewußte, der Integration des Individuums entgegenkommende Entscheidung" voraus (211), bedeutet sie nicht weniger als die Anullierung des automatischen Erwerbs der französischen Staatsbürgerschaft durch alle im Land Geborenen. Dies ist ein Schritt hin zum Propaganda-Topos der vorher zu erbringenden individuellen Integrationsleistung und zur Staatsbürgerschaft auf Antrag, die in der Bundesrepublik samt dem blutsmäßigen Abstammungsverständnis endlich öffentlich problematisiert wird. Die neue konservative Regierung könnte K. für die Unterstützung des Projekts danken, das inzwischen verabschiedet ist.

Ein Rätsel bleibt bei c, d, h: Wieso stehen trotz elektronischer Texterfassung Anmerkungen immer noch leserInnenunfreundlich am Schluß der Aufsätze bzw. Bände? Wer nicht an Fußnoten interessiert ist, wird sich an ihrem Vorhandensein kaum stören. Wieviel Zeit, Hin- und Herschlagen und Malträtierung der meist schlechten Bindung bliebe dagegen den Fußnoten-Interessierten und den Büchern erspart!

Die Zitelmänner oder Vom Verschwinden der nationalsozialistischen Verbrechen¹

Nach dem Historikerstreit der Jahre 1986/87² bilden Publikationen, die in den vergangenen Jahren im Umfeld von Rainer Zitelmann entstanden sind, den Kristallisationspunkt einer neuerlich angestrebten Revision der historischen Betrachtung des Nationalsozialismus. Das durchsichtige Vorhaben, durch "Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus" die "Schatten der Vergangenheit" beiseite zu schieben, hat dabei durchaus kontroverse Aufnahme gefunden. Ungeachtet der z.T. harschen Ablehnung des Sammelbandes blieben die vornehmlich jüngeren Historiker und Extremismusforscher auf Kurs: Inzwischen erheischt der aggressive Ton der "Jungtürken" von Berlin, Bielefeld, Marburg und München die Meinungsführerschaft bei der Bewertung des Nationalsozialismus. Stand zunächst die Legendenzerstörung im Vordergrund, so mauserte sich die Gruppe, der sich zwischenzeitlich auch Sozialhistoriker der Kocka-Schule assoziierten, zu neokonservativen Vordenkern, die sich zuletzt dem Verhältnis von "Nationalsozialismus und Modernisierung"5 widmeten.

Mit Rückgriff auf Ralf Dahrendorf und David Schoenbaum behaupten die Autoren, daß das NS-Regime ein hohes Maß an "Modernität" besessen habe und daß durch die nationalsozialistischen Machthaber der Weg der Modernisierung der deutschen Gesellschaft sogar bewußt eingeschlagen wurde. Sie suchen damit den Nationalsozialismus nicht allein in die Kontinuität der deutschen Geschichte zu stellen, sondern geben ihn als modernisierenden und damit sinnstiftenden Teil der deutschen Nationalgeschichte aus. Wiewohl diese Auffassungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die gegenwärtige Neuorientierung der deutschen Ge-

Der Beitrag ist meiner während der Abfassung geborenen Tochter Carla gewidmet.

Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Hrsg. von Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann, Berlin 1990.

Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991.

schichtswissenschaft sind, hat sich der kritische Rest der etablierten Geschichtswissenschaft nur vollkommen unzureichend engagiert⁶. um die Unhaltbarkeit dieser Thesen zu belegen und die ideologische und politische Zielrichtung der von "Zitelmann in Gang gebrachten 'neokonservativen Revolution" zu enttarnen. Vollkommen zu Recht hat Karl Heinz Roth deshalb eine "intensive Auseinandersetzung" mit der Quellenbasis und den methodischen Prämissen dieser "neudeutschen Geschichtsschreibung"8 angemahnt.

Historisierung als Verniedlichung

In der insbesondere von Rainer Zitelmann vorangetriebenen Neubewertung des NS-Systems zählen die NS-Verbrechen zu den vernachlässigenswerten Posten. Das steht bei Zitelmann durchaus in längerer Tradition, denn bereits in seiner bei Ernst Nolte entstandenen Dissertation, die aus einer Sammlung von Hitler-Äußerungen die vermeintlich revolutionäre Programmatik des Diktators herausdestillierte, kam die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik deutlich zu kurz. Die eigentliche Zielrichtung der "revisionistischen" Auffassung Zitelmanns läßt sich aber aus dem zusammen mit den Extremismusforschern Uwe Backes und Eckhard Jesse verfaßten, programmatischen Einleitungsaufsatz zu dem Sammelband "Die Schatten der Vergangenheit" deutlicher herauslesen. Scheinbar um eine "Versachlichung der emotionsträchtigen Materie" bemüht¹⁰, plädieren sie für eine "Historisierung" des Nationalsozialismus, die sich aber in bewußter Verdrehung der Aussage Martin Broszats auf eine wortreiche Klage über die vorherrschende "volkspädagogische Betrachtung" und die Ablehnung von Frageverboten beschränkt. H Ihre Grundthese lautet, daß der "Nationalsozialismus in vieler Hinsicht modernisierend wirkte - und der Modernisierungsschub im Dritten Reich keineswegs absichtswidrig erfolgte, (...) sondern durchaus intendiert war". 12 Der Befund einer intendierten Modernisierung der deutschen Gesellschaft gibt den Autoren An-

Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München, Zürich 1987.

Beispielsweise Norbert Frei: Die neue Unbefangenheit. Oder: Von den Tücken einer "Historisierung" des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Rundschau vom 5.1.1991; Ulrich Schneider: Neue Tendenzen des Geschichtsrevisionismus, in: informationen, 18. Jg, Nr. 36 (April 1993), S. 24-26. Auffallend positiv dagegen die Beurteilung ausgerechnet durch Sozialdemokraten in der konservativen Publizistik, vgl. Peter Brandt: Wider den ahistorischen Umgang mit Geschichte, in: "Die Welt", und Brigitte Seebacher-Brandt: Gegen Legenden und Tabus, im "Rheinischen Merkur".

Eine Ausnahme bildet der grundlegende Aufsatz von Hans Mommsen: Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung, in: ders.: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 405-427.

Karl Heinz Roth: Verklärung des Abgrunds. Zur nachträglichen "Revolutionierung" der NS-Diktatur durch die Gruppe um Rainer Zitelmann, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 7 (1992), Heft 1, S. 7-11, hier S. 11.

Rainer Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg, Lemington Spa, New York 1987.

Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann; Was heißt "Historisierung" des Nationalsozialismus, in: Die Schatten der Vergangenheit, a.a.O., S. 25-57, hier S. 26.

Ebd., S. 36f.

¹² Ebd., S. 42. Als Beleg für die "gewollt modernisierende Wirkung des NS-Regimes" führt der Beitrag u.a. die Studie von Michael Prinz (Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit, München 1986) an.

Hauptaugenmerk der Zitelmann'schen Leistungsschau auf den Zusammenhang des Nationalsozialismus mit seiner "Nachgeschichte", die in der unterschwelligen Frage "Was haben wir davon?" gipfelt.²³

Als zentrale Elemente gesellschaftlicher Modernisierung benennen Zitelmann und Prinz "Säkularisierung, Abbau traditionaler Formen sozialer Ungleichheit, Verbesserung sozialer Aufstiegschancen, technischer Fortschritt, Institutionalisierung von Wissenschaft, Expertenherrschaft, wirtschaftliches Wachstum, Rationalisierung und Massenproduktion, rationalinstrumentelle Einstellung gegenüber Traditionsbeständen", an denen die "Wirklichkeit des Dritten Reiches zu messen" sei. 24 "Demokratisierung", die von den gängigen, in US-amerikanischer Tradition stehenden Modernisierungstheorien als bedeutender Indikator angeführt wird, fällt dagegen auffälligerweise heraus. Insbesondere Rainer Zitelmann bestreitet, daß Demokratisierung überhaupt ein "konstitutives Moment des Modernisierungsprozesses" ist, wie er insgesamt die "normative Aufladung des Modernisierungsbegriffs" beklagt. 25 Statt dessen schlägt Zitelmann einen "empirischen Modernisierungsbegriff" vor, der sich in seiner formalen "Objektivität" jeder historischen Beurteilungskriterien beraubt.

Aber genau darauf zielt Zitelmann ab: Da mit den Mitteln und Methoden der Geschichtswissenschaft nicht entschieden werden könne, ob Modernisierung etwas "Wünschenswertes oder Verwerfliches" ist²⁶, läßt sich auch so zumindest die Logik - über die Verwerflichkeit des Nationalsozialismus keine wissenschaftliche Aussage treffen. Als "voreilig" bewertet er demgemäß die Position Detlev Peukerts, der den Nationalsozialismus als "pathologische Entwicklungsform der Moderne" charakterisiert hatte. Zitelmann kennt nur eine einheitliche Moderne, die "die demokratische und die totalitäre" Möglichkeit umfaßt, wodurch der Nationalsozialismus apriori zum Teil der Moderne wird. Gleichzeitig bleiben "Terror, Diktatur und Inhumanität" des NS-Regimes außerhalb der wissenschaftlichen Bewertung, die nurmehr unter Bezugnahme auf eine mißverständliche Aussage Peukerts als "eine der Möglichkeiten der Zivilisation in der Krise" aufgefaßt werden. 28

Dieses empiristische und objektivistische Wissenschaftskonzept erlaubt, die Verbrechen anzuführen, ohne sie näher zu berücksichtigen. Hierdurch wird ihre Bedeutung verkleinert, um in einem nächsten Schritt gleichsam hinter der Modernisierungsthese zu verschwinden. Zwar räumt Zitelmann ein, daß die sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Regimes, das er kurzer-

hand zum "totalitären Sozialstaat" adelt, "auf dem Rücken ausgebeuteter und unterdrückter Völker" stattfand, die "von den Nationalsozialisten als 'rassisch minderwertig' angesehen" wurden. Dieser Umstand bleibt allerdings unberücksichtigt, da für Zitelmann "jedoch auch dies nicht dagegen (spricht), den Nationalsozialismus als 'modern' zu bezeichnen".²⁹

Die fast schon obsessive Einordnung des Nationalsozialismus in die Moderne macht selbst Hitler und seine Satrapen zu Modernisierungsaposteln. Die Stilisierung Hitlers zu einem Denker und Politiker der Moderne läßt sich nur dann aufrecht erhalten, wenn die vorhandenen Ouellen vollkommen vereinseitigend herangezogen und ausgewertet werden. Eine intensive Auseinandersetzung mit seinem zutiefst widersprüchlichen und allzuoft von Tagesereignissen und Einflüsterungen geprägten Denken erweist, daß seine biologistische, destruktive und antirevolutionäre Grundhaltung einer modernisierenden Politikentfaltung diametral entgegenstand. Die in seiner Person und dem Führerkult gebündelte polykratische Herrschaftsstruktur, die den korrupten Machtinteressen seiner Gauleiter und des Heeres von Sonder-. General- und Führerbeauftragten ein gleichsam sozialdarwinistisches Feld institutioneller Auseinandersetzungen eröffnete, setzte im Grundsatz nur destruktive Energien frei, deren Begrenzung wegen der gewaltsamen Zerstörung der moralischen Instanzen wie demokratischen Institutionen nicht stattfand. Für eine konsensuale Interessenabgleichung fehlte die erforderliche demokratische Öffentlichkeit und Hitlers Hang, im Falle von widerstreitenden Interessen gleichrangiger Kräfte einer inhaltlichen Entscheidung auszuweichen und statt dessen personale Lösungskonzepte zu bevorzugen, läßt sich nur schwerlich mit dem Modernisierungsverdikt vereinbaren, selbst wenn man es wie Zitelmann jeglicher inhaltlichen Füllung beraubt.

Die von schmaler Quellenbasis gestützte Neubewertung trägt überaus zynische Züge: Zwar leitete die von Hitler beabsichtigte Bauernansiedlung "im zu erobernden Lebensraum im Osten" keine "Reagrarisierung" Deutschlands ein, aber sie diente ebensowenig "lediglich der Beseitigung der gestörten Proportionalität von Landwirtschaft und Industrie" und dem "Entstehen einer relativ autarken großeuropäischen Wirtschaftsordnung". Wie Forschungen zur Besatzungs- und zur Bevölkerungspolitik in den eroberten Gebieten Polens und der Sowjetunion ausweisen, versteckt der angebliche Versuch zur "Überwindung von Disproportionen" tatsächlich millionenfachen Mord und in der nationalsozialistischen "Umvolkungs"-Politik gründende Massenvertreibungen. 31

Ebd., S. VIII.

²⁴ Ebd., S. IXf.

Rainer Zitelmann: Die totalitäre Seite der Moderne, in: ebd., S. 1-20.

²⁶ Ebd., S. 3.

Ebd., S. 11; vgl. Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 296.

Zit. nach Zitelmann, Totalitäre Seite, a.a.O., S. 11.

²⁹ Ebd., S. 17.

³⁰ Ebd., S. 15.

³¹ Vgl. aus der Fülle der Publikationen etwa Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/M. 1991; Ulrich Kimpel: Agrarreform und Bevölkerungspolitik. Bäuerliche Siedlungspolitik, rassische Auslese und Agrarstrukturänderungen durch den Reichsnährstand und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, in: Modelle für ein

Paradigmenwechsel in der Sozialgeschichtsschreibung?

Hatte sich die Sozialgeschichtsschreibung etwa 20 Jahre lang um die Aufhellung sozialer Konflikte verdient gemacht und emanzipative Tendenzen in der deutschen Geschichte rekonstruiert³², läßt sich auch in dieser historiographischen Subdisziplin ein Paradigmenwechsel feststellen, der mit einer ideologische Absetzbewegung ehemals kritischer WissenschaftlerInnen einhergeht. In diesem Zusammenhang kam es offenbar auch zu einer Annäherung zwischen ideen- oder biographieorientierten Historikern und sozialgeschichtlich ausgewiesenen Wissenschaftlern, die in der dezidiert auf die engere Geschichtswissenschaft Einfluß nehmenden Publikation das Gros der Beiträge lieferten. Den formellen Ausdruck dieser Kooperation bildet, daß der jüngst mit einer Arbeit über das deutsche Genossenschaftswesen an der Bielefelder Universität habilitierte Michael Prinz in der Herausgeberschaft an die Stelle der Extremismusforscher Uwe Backes und Eckhard Jesse trat. Für diesen Wechsel können sachliche Begründungen, etwa größere Fachkompetenz in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus, angeführt werden. Außerdem gewann Prinz einige jüngere Historiker der Bielefelder Schule, wie Willi Oberkrome und Hans-Walter Schmuhl³³, zur Mitarbeit.

Prinz näherte sich über die Flanke der historischen Sozialstrukturforschung der Modernisierungsthese und bereits seine 1986 publizierte Dissertation kam zu dem Ergebnis, daß der soziale Status der Angestellten durch den Nationalsozialismus modernisiert worden sei. Der programmatische Aufsatz, den Prinz über die "soziale Funktion moderner Elemente in der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus" beisteuert, setzt sich von der verbreiteten Auffassung ab, "daß der Nationalsozialismus von seiner gesellschaftspolitischen Vision nur die destruktiven Seiten in aller Konsequenz realisiert habe". Demgegenüber schlußfolgert Prinz aus dem ausgebreiteten Material eine umfassende Modernisierung der deutschen Gesellschaft, die eine "neuzeitliche technokratische Rationalisierungsideologie" zur Basis hatte. Auf dieser Grundlage unterstützte etwa die DAF

deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 10), S. 124-145, insb. S. 132ff.; Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer. Hrsg. von Werner Röhr, Berlin 1992, insb. S. 239ff.

32 Vgl. etwa Hans-Ulrich Wehler: Was ist Gesellschaftsgeschichte? in: ders.: Aus der Geschichte lernen? Essays, München 1988; Kritik der Sozialgeschichtsschreibung. Zur Diskussion gegenwärtiger Konzepte. Hrsg. von Rüdiger Scholz, Hamburg 1991.

Willi Oberkrome: Reformansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit, In: ebd., S. 216-238; Hans-Walter Schmuhl: Reformpsychiatrie und Massenmord, in: ebd., S. 239-266.

Prinz, Mittelstand, a.a.O.

den "Fortschritt der Rationalisierungsbewegung" ³⁶ und auch die nationalsozialistische Frauen- und Familienpolitik wird ungeachtet ihrer rassistisch-biologistischen Komponente als "Politik der sozialen Rationalisierung" gewertet. ³⁷ Zwar räumt Prinz auf diesem Feld die Beteiligung von Gesundheitsämtern und sogar von Erbgesundheitsgerichten ein, leitet jedoch aus deren biologistischen und rassistischen Interventionen keinerlei Schlußfolgerungen zum Wesen der NS-Frauen- und Familienpolitik ab.

Auch für die Sozialpolitik weist er jeden Verdacht ab, daß die sozialpolitischen Maßnahmen zuallererst propagandistisch überhöhte und symbolisch aufgeladene Kompensationsleistungen waren, die zudem einen rassistischen Kern besaßen. Prinz stellt die Behauptung dagegen, die materielle Substanz des Weimarer Sozialstaates habe im "wesentlichen unbeschadet" fortbestanden. Als offenkundig unwesentlich bewertet er implizit dessen Deformation durch rassistische Bestimmungen und die Zerschlagung der demokratischen Struktur der Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungen. Obwohl er für die gesamte Sozialpolitik die "scharfen Kontraste zwischen der vergleichsweise schonenden Behandlung der Bevölkerungsmehrheit (...) und der äußersten Gewaltsamkeit in der Behandlung von Minderheiten" konstatiert³⁸, verkümmern bei ihm die Mordtaten zu "den barbarischen Aspekten nationalsozialistischer Sozialpolitik", die sowohl durch atavistische Ideen einzelner Personen als auch durch moderne Tendenzen der Sozialpolitik, wie Prävention und wissenschaftliche Eugenik, vorbereitet wurden.

Es ist wohl kaum hinnehmbar, daß der verordnete Mord in psychiatrischen Anstalten oder in Pflegeheimen unter dem Begriff der "barbarischen Aspekte" subsumiert und daß die Tendenz zur immer ausgreifenderen Gegnerdefinition und -bekämpfung, wie sich am Beispiel der sogenannten "Asozialen" klar belegen läßt⁴⁰, schlichtweg übersehen wird. Durch die Ausblendung mißliebiger Tatbestände, etwa des vollständigen Scheiterns der umfassenden sozialpolitischen DAF-Visionen vom "Sozialwerk des Deutschen Volkes"⁴¹, und die vereinseitigende Herausstellung gewisser sozialfürsorgerischer Leistungen ergibt sich bei Prinz ein insgesamt unzutreffendes, da geschöntes Bild der nationalsozialistischen Sozialpolitik.

Michael Prinz: Die soziale Funktion moderner Elemente in der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, a.a.O., S. 297-327, hier S. 299.

³⁶ Ebd., S. 302.

³⁷ Ebd., S. 303.

³⁸ Ebd., S. 305.

Ebd., S. 306.

Vgl. aus der Fülle der Publikationen etwa Klaus Scherer: 'Asozial' im Dritten Reich. Die vergessenen Verfolgten, Münster 1990; Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6).

Prinz nimmt damit Bezug auf den Ley-Biographen Ronald Smelser, der über "Die Sozialplanung der Deutschen Arbeitsfront" einen Beitrag beisteuerte; Nationalsozialismus und Modernisierung, a.a.O., S. 71-92.

Christoph Sachße und Florian Tennstedt, die wohl besten Kenner der Materie, halten dieser Position entgegen, daß der "völkische Wohlfahrtsstaat", der sich nach 1938 über die ohnedies autoritäre Wohlfahrtspflege stülpte, als "Instrument des völkischen Krieges nach innen" anzusehen ist. Die individuelle Daseinssicherung ordnete sich dem rassistischen Gesellschaftsentwurf unter und lief auf eine Begünstigung der "erbgesunden deutschen Durchschnittsbevölkerung" hinaus, während diejenigen, die von den gesellschaftlichen Normen abwichen oder ohnehin zum Klientel der autoritären Wohlfahrtspflege gehörten, als "Gemeinschaftsfremde" ausgesondert oder "ausgemerzt" wurden. Den Befund hochgradiger Modernität. den Prinz für die nationalsozialistischen Sozialpolitik zu erkennen glaubt. vermögen Sachße und Tennstedt nicht zu teilen. Sie verweisen darauf, daß dem Wohlfahrtsstaat ursprünglich das Prinzip der Integration als Leitvorstellung diente, während die nationalsozialistische Sozialpolitik die Exklusion, also die Verschärfung rassistisch definierter Ungleichheit zum Ziel hatte. 43 Deshalb lassen sich die sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Systems auch nicht in die Kontinuität des Wohlfahrtsstaates in Deutschland einreihen, wie dies Prinz unterstellt. Bei näherer Betrachtung der NS-Sozialpolitik zeigt sich, daß eine modernisierende Wirkung allein auf die instrumentelle Ebene beschränkt blieb, wozu etwa der forcierte Ausbau und die Säkularisierung der Kindergärten, die Einbeziehung der Psychologie in die Erziehungsberatung oder die Etablierung der Familienpolitk als eigenständiger sozialpolitischer Bereich zu zählen sind.

An der Inhumanität der Herrschaftspraxis änderte dies alles nichts und Michael Prinz gibt verschämt zu, daß "der Nutzen, der in der Schwächung mancher Tradition lag, in keiner irgendwie begründbaren Relation zu den Kosten (steht), die diesen Prozeß zwischen 1933 und 1945 begleiteten". ⁴⁴ Mal abgesehen davon, daß der Begriff der "Kosten" das Ausmaß und die Dynamik der NS-Verbrechen eher couvriert, so kann außerdem nicht davon gesprochen werden, daß die Rassen- und Vernichtungspolitik das NS-System "begleiteten". Vielmehr basierten sowohl die Struktur wie auch die Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus auf dem Prinzip biologistisch definierter Höher- bzw. Minderwertigkeit, dessen Willkürlichkeit durch die vermeintlich "wissenschaftlichen" "Aussonderungs"-Kriterien der beteiligten Bevölkerungswissenschaftler, Eugeniker und Kriminalbiologen sogar noch gesteigert wurde. ⁴⁵ Sieht die Analyse vom menschenverachtenden

Kern der NS-Herrschaft ab, münden die Schlußfolgerungen allzu rasch in einer Relativierung der NS-Verbrechen, die hinter der geschriebenen Erfolgsgeschichte nur noch schemenhaft aufscheinen.

Wenn wohl von Prinz auch keine programmatische Absicht verfolgt wird, spricht aber einiges dafür, daß hier das nicht ganz seltene Phänomen der nachträglichen Faszination eintritt, die neuerdings auch Sozialhistoriker bei der Rekonstruktion der propagandistisch überhöhten und symbolisch aufgeladenen NS-Politik ergreift. Vielleicht kommt hierin eine Tendenz der quantifizierenden Sozialgeschichtsschreibung zum Ausdruck, die ihre Befunde nicht immer mit der konkreten Gesellschaftsgeschichte in Verbindung zu bringen versteht. Auf der Grundlage einer langfristigen Betrachtungsweise gilt der Nationalsozialismus per se als Übergangsstein zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, obwohl aus phänomenologischen Ähnlichkeiten nicht vorschnell auf ein missing link geschlossen werden sollte.

Überhaupt scheint Prinz in seinen Bewertungskriterien stark von den bundesrepublikanischen Verhältnissen geprägt zu sein, die ihn nach der Vorgeschichte der heutigen Modernität fragen lassen. Ansonsten ist kaum zu erklären, warum er ausgerechnet dem Nationalsozialismus eine "Sensibilität für ökologische Probleme" zuschreibt. Zwar schreckt er davor zurück, die "letzten Errungenschaften der Jetztzeit" unmittelbar mit dem "Barbarismus des NS-Regimes" in Verbindung zu bringen. Aber er konstatiert die "verblüffend moderne Weise", in der ökologische Fragestellungen aufgegriffen wurden.

Aber selbst eine Betrachtung der von der DAF vorangetriebenen Förderung von Windkraftwerken, die Prinz bei Kenntnisnahme sicherlich als zusätzliches Argument gedient hätte, führt zu einem konträren Ergebnis. Vordergründig läßt sich aus den weithin im Planungsstadium steckengebliebenen Vorhaben eine vorausschauende Sensibilität des NS-Regimes für erneuerbare Energieformen konstruieren. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber auch an diesem Beispiel, daß das in heutiger Perspektive durchaus wünschenswerte Modell einer dezentralen Energieversorgung eng mit den Besiedlungsplänen im eroberten "Ostraum" verbunden war, mithin also der gewaltsamen Germanisierungspolitik einen Teil der erforderlichen elektrischen Energie verschaffen sollte. Eine historiographische Analyse kann an diesem Aspekt nicht einfach vorbeigehen und wenn

⁴² Christoph Sachße, Florian Tennstedt: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus, Stuttgart, Berlin, Köln 1992 (Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 3), S. 219.

⁴³ Ebd., S. 276.

Prinz, Die soziale Funktion, a.a.O., S. 327.

⁴⁵ Vgl. Feinderklärung und Prävention, a.a.O.; Ludger Weß: Wissenschaft und Massenmord. Einige Schlußfolgerungen aus der konzeptionellen Beteiligung der deutschen Intelligenz an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, in: "Vernichtungspolitik": Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland. Hrsg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, S. 103-108.

Peter Reichel: Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München, Wien 1991.

Ähnliches kann auch für die Planungen der Volkswagenwerk GmbH zur Errichtung eines "Volkstraktorenwerkes" im oberbergischen Waldbröl gesagt werden. Das wirtschaftliche Unternehmen der DAF wurde nicht müde, die Vorteile eines höheren Motorisierungsgrades der deutschen Landwirtschaft zu betonen. Die seit Anfang 1941 forcierten Planungen zielten aber gleichzeitig darauf, die deutschen Neubauern in den eingegliederten Gebieten Polens und den eroberten Territorien der Sowjetunion mit Basistechnologien zu versorgen. Vgl. VW-Sammlung Bochum, VWW 7.056.

auch Robert Ley auf seinem Waldbröler Gut "Rottland" Pappeln anpflanzen ließ, um die Windrichtungen zu beeinflussen und auch die Fundamente für ein Windkraftwerk gegossen wurden: Das zur Jahreswende 1940/41 durch die Treuhandgesellschaft für die wirtschaftlichen Unternehmungen der Deutschen Arbeitsfront mbH. übernommene Projekt machte unter der Ägide der großtechnologisch orientierten DAF eine für den Nationalsozialismus typische Metamorphose durch, die die Windenergie letztlich als Energiebasis für rüstungsrelevante Elektrostahlwerke vorsah. Die Überformung der energiepolitischen Initiative durch die Bedürfnisse der deutschen Besatzungs- und Kriegspolitik nimmt dem Faszinosum einen Gutteil seiner Ausstrahlung.

Genau an diesem Punkt setzt auch der Umdeutungsversuch an: Mittels eines rein phänomenologischen Modernisierungsbegriffs wird dem strukturell destruktiven Nationalsozialismus durchaus beispielgebende Gestaltungskraft eingehaucht. Es kommt zu einer Stilisierung des NS-Systems als Durchlauferhitzer, der erst in vieler Hinsicht die vergleichsweise modernen Verhältnisse der Bundesrepublik ermöglicht habe. Die Leichenberge des Nationalsozialismus beginnen hinter dem aufgetürmten Berg der Neuerungen zu verschwinden und eine Entsorgung der deutschen Geschichte greift Raum. Geben die Zitelmänner auch zunächst nur manche Elemente der nationalsozialistischen Sozialpolitik als beispielgebend aus, drängt die Gesamtaussage doch auf eine schrittweise Rehabilitierung des Nationalsozialismus, da dieser in längerfristiger Perspektive die deutsche Gesellschaftsentwicklung vom Ballast mancher sozialen oder institutionellen Altlast befreit habe. Wenn Jürgen W. Falter die NSDAP zur ersten deutschen "Volkspartei des Protestes" macht⁴⁹, und Bernhard R. Kroener für die Wehrmacht eine aus einem Modernisierungskonzept des NS-Regimes resultierende Entwicklung vom "elitären Führerheer" zur Chancengleichheit ermöglichenden "egalitären nationalsozialistischen Volksarmee" erkennen will⁵⁰, dann lassen sich hinter den effekterheischenden Bezeichnungen die weiteren Absichten revisionistischer Umbewertung des Nationalsozialismus für das bundesdeutsche Geschichtsbild bereits erahnen.

Tatsächlich sprechen aber viele Einzelbefunde gegen die Annahme einer modernisierenden Wirkung des Nationalsozialismus, auf die nur durch die willkürliche Umdeutung gesellschaftlicher Prozesse und die Fehldeutung der entsprechenden Dokumente rekurriert werden kann. Insgesamt ist die Frage zu stellen, ob das Modernisierungstheorem nicht ohnedies zu falschen Bewertungen einlädt.

Lothar Peter

Gibt es in den Betrieben noch Solidarität?

1. Was bedeutet Solidarität?

Die folgenden Überlegungen verstehen sich als bescheidener Beitrag zu einem Thema, das noch vor einigen Jahren die Diskussion der Linken wesentlich prägte, inzwischen aber fast ganz in den Windschatten des politischen und sozialwissenschaftlichen Interesses geraten ist: Ich meine das Thema des sozialen und politischen Bewußtseins der Lohnabhängigen bzw. des sogenannten "Arbeiterbewußtseins". Inhaltlicher Ausgangspunkt meines Beitrags ist die These, daß Solidarität in der traditionellen Arbeiterbewegung eine zentrale Bedeutung für die soziale Identität und das politische Handeln hatte, daß aber auch gegenwärtig und zukünftig die Lohnabhängigen ohne Solidarität ihre Situation innerhalb und außerhalb des kapitalistischen Arbeitsprozesses nicht entscheidend verändern können.

Was meint in diesem Zusammenhang Solidarität? Berücksichtigt man die historische Dimension der Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe, dann umfaßt der Begriff vor allem zwei strukturelle Aspekte:

- a) Solidarität als notwendiges Prinzip des sozialen Verhaltens und interessenpolitischen Handelns, um die Verkaufs- und Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft zu sichern oder zu verbessern. Diese Dimension von Solidarität beruht auf der Erkenntnis gemeinsamer Interessen und einer gemeinsamen Klassenlage. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten der wissenschaftlichen Arbeit von Karl Marx und Friedrich Engels, die ökonomischen Ursachen des Warencharakters der Arbeitskraft und die Notwendigkeit des organisierten Zusammenschlusses der Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen analysiert und dargestellt zu haben.²
- b) Solidarität als sozialmoralischer Wert, der nicht nur das Handeln für materielle Interessen bestimmte, sondern die gesamte Lebensführung der Arbeiterklasse beeinflußte und ihr kollektives Selbstbewußtsein befestigte. Gegenseitige Hilfe, die Bereitschaft, die Schwächeren in der eigenen Klasse zu unterstützen und die Haltung, auch unter Inkaufnahme persönlicher Risiken, gemeinsam den Übergriffen des Kapitals und des bürgerlichen Staates Widerstand entgegenzusetzen, kennzeichnen Verhaltensformen, die sich aus dem normativen Gehalt von Solidarität herleiteten.

⁴⁸ Aktennotiz über eine Besprechung beim Reichsorganisationsleiter Dr. Ley am 26.3.1943, ebd.

⁴⁹ Jürgen W. Falter: War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? in: Nationalsozialismus und Modernisierung, a.a.O., S. 21-47, hier S. 45.

⁵⁰ Bernhard R. Kroener: Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: ebd., S. 267-296, hier S. 292.

Dieser Beitrag ist die schriftliche Fassung eines Vortrages, den der Verfasser am 22.04.1993 bei der MASCH (Marxistische Abendschule) in Bremen gehalten hat.

Eine gute Zusammensassung von Arbeiten von Marx und Engels zu dieser Frage enthält der seinerzeit in der DDR erschienene Sammelband: Karl Marx/Friedrich Engels: Über die Gewerkschaften, Berlin 1971.

Welche existenzielle Bedeutung einem so verstandenen Begriff von Solidarität in der traditionellen Arbeiterbewegung zukam, wird eindrucksvoll bei Georges Friedmann sichtbar, der über die Erlebnisse des französischen Arbeiters Georges Navel in den zwanziger und dreißiger Jahren folgendes schreibt: "Trotz der Konkurrenz und auch trotz der Unwissenheit. die zuweilen zu Rivalität und Zwietracht führen - wie z.B. bei den unglücklichen, verelendeten Saisonarbeitern in den Seealpen - erfüllt die Solidarität ... die bittere Wirklichkeit der Arbeit und der Maschinenwelt wie in der natürlichen Welt mit Licht und Wärme ... Die Solidarität verlangt nach Organisation. Die beiden gehören zusammen. Man muß verstehen, was die gewerkschaftliche Organisation für den Arbeiter bedeutet: nicht nur Verteidigung seiner Interessen, sondern auch einen Kompaß im Dschungel der Industrie und ein menschliches Band, ohne die er sich verloren fühlen würde. Navel hat sein Probestück gemacht. Aber er braucht zwölf Stunden dafür und die Zeit ist weit überschritten. Er ist gedemütigt und beunruhigt. Der Betriebsrat beruhigt ihn, man wird seine Einstellung trotzdem durchsetzen. Der Betrieb braucht Facharbeiter, man wird ihn bei einfacheren Arbeiten beschäftigen, als Schlosser in einer Gruppe, die Pleuelstangen und Lagerschalen macht. Ohne den Betriebsrat stünde Navel ietzt wieder auf der Straße. In einer Fabrik, in der die Arbeiter organisiert sind und Solidarität herrscht, atmet es sich freier'."3

Mit der durch die übergreifenden Prozesse kapitalistischer Modernisierung hervorgerufenen Erosion der Arbeiterklasse vollzieht sich gleichzeitig eine Krise der Solidarität. Indem die Merkmale sozialer Einheitlichkeit abnehmen und sich die sozialen Differenzierungen und Segmentierungen vertiefen, wird auch die Solidarität von einer Krise erfaßt. Diese Krise stellt sich heute vor allem in vielfältigen Formen der Individualisierung dar. Sie macht vor allem die gegenwärtigen Erscheinungsformen der Konkurrenz und Entsolidarisierung im Spektrum der Lohnabhängigkeit in hohem Grad erklärbar. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn sich schon Beschäftigte unterschiedlicher Betriebe selbst unterschiedlichen "Klassen" zuordnen oder die soziale Loyalität gegenüber der Unternehmensleitung des Unternehmens, in dem man arbeitet, größer ist als gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben der gleichen Branche.

Die technologisch vermittelte Differenzierung der Belegschaften wird durch neue kapitalistische Strategien der Rationalisierung ("lean production"), der Flexibilisierung und Deregulierung vorangetrieben. Die damit einhergehenden Tendenzen der Individualisierung im Sinne des Verlustes kollektiver Bindungen und Verpflichtungen, aber auch des Rückhalts und der Gemeinschaftlichkeit untergraben die traditionellen sozialpsychologi-

schen und normativen Voraussetzungen von Solidarität und begünstigen das Entstehen von Egoismus als übersteigerter Ich-Bezogenheit und eines solidarischem Denken entfremdeten Individualismus. Wo die einzelnen objektiv und subjektiv immer mehr auf sich selbst zurückgeworfen sind, läßt sich Solidarität als fraglos akzeptiertes und verinnerlichtes Verhaltensund Handlungsmuster nicht einfach durch theoretische Ableitungen und nolitische "Aufklärung" ersetzen. Diese Situation hat in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu der These Anlaß gegeben, daß, wie Rainer Zoll iüngst behauptet hat, von einem irreversiblen Verlust des Zusammenhangs von traditioneller Lebenswelt der Arbeiter und betrieblichem Arbeitsalltag ausgegangen werden muß.⁵ Zoll schreibt, daß das "alte Modell von Solidarität", das auf "dem lebensweltlichen Einverständnis über die grundlegende Notwendigkeit des Zusammenhalts der Lohnabhängigen" beruhte, auseinandergebrochen und damit auch die Solidarität im Betrieb, die "alte Arbeitersolidarität", unwiderruflich dem historischen Verfall unterworfen sei. Chancen für die Entfaltung von Solidarität sieht Zoll deshalb vor allem und im wesentlichen in einer nicht mehr durch klassenspezifische Arbeitsund Lebenserfahrung determinierten "Alltagssolidarität", die durch das Interesse an Kommunikation - hier stützt sich Zoll auf Habermas' Begriffe der "kommunikativen Vernunft" und des "verständigungsorientierten Handelns" - und lebensweltlichem Konsens gestiftet werde.

2. Widersprüche der sozialen Interaktion am Arbeitsplatz

Anknüpfend an die Thesen von Rainer Zoll sollen im folgenden einige Ergebnisse einer Studie vorgestellt und kommentiert werden, die sich mit Problemen sozialer Interaktion am Arbeitsplatz und im Betrieb beschäftigt. Es handelt sich um eine empirische Untersuchung auf der Grundlage "problemzentrierter Interviews" mit mehr als 70 Beschäftigten und Experten/Expertinnen der betrieblichen Interessenvertretung und des Managements u.a. in Betrieben der Stahlindustrie, der Autoproduktion, des Flugzeugbaus, des Handels, der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens und der Post. Vergleicht man die Ergebnisse dieser Studie mit den Aussagen von Rainer Zoll, so ergeben sich teilweise Übereinstimmungen, teilweise aber auch Abweichungen, deren Interpretation zu anderen Schlußfolgerungen führt.

Die Antworten auf unsere einleitende Frage nach sozialen Kontakten im Vergleich von Arbeitszeit und privat verfügbarer Zeit zeigten sehr deutlich, daß bei vielen Beschäftigten mit Arbeitsschluß die Verbindung zu Arbeitskollegen und -kolleginnen vollständig abbricht. Dieser Befund deckt sich in

³ Georges Friedmann: Zukunft der Arbeit. Perspektiven der industriellen Gesellschaft, Köln 1953, S. 51/52.

Vgl. dazu Peter Strutynski: Differenzierung und Segmentierung der Arbeiterklasse durch neue Produktionskonzepte; in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 13/1993, S. 76-87.

Vgl. im folgenden Rainer Zoll: Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel, Frankfurt am Main 1993.

Ebd., S. 137.

Vgl. Rolf Gust, Rainer Moitz, Lothar Peter: Soziale Interaktion im Arbeitsprozeß. Eine betriebssoziologische Untersuchung. Abschlußbericht, Universität Bremen 1992.

gewisser Weise mit der These von Rainer Zoll, daß die Entwicklung der Persönlichkeit und die Realisierung sozialer und kultureller Bedürfnisse sich von der Arbeitswelt entfernt und in die Sphäre der Lebenswelt verlagert. In unseren Interviews klang vor allem bei älteren Industriearbeitern eine gewisse Nostalgie im Rückblick auf frühere Erfahrungen an. Früher habe man häufig noch nach Feierabend gemeinsam in einer in der Nähe des Betriebs gelegenen Stammkneipe ein Bier getrunken, dabei über die Arbeit gesprochen und konkrete, für die Beteiligten praktisch verbindliche Verhaltensstrategien gegen als ungerecht empfundene Leistungsanforderungen oder Schikanen von Vorgesetzten geplant und festgelegt.

Die Äußerungen über das Auseinanderfallen von Arbeitsalltag und privat verfügbarer Zeit scheint den in der sozialwissenschaftlichen Theorie und Forschung von prominenten Fachvertretern behaupteten strikten Dualismus von Arbeitssystem und Lebenswelt zu bestätigen, ein Dualismus, der innerhalb der Betriebe soziale Gemeinschaftlichkeit, persönliche Vertrautheit, Empathie, gegenseitige Hilfe und Solidarität nicht mehr zur Entfaltung kommen lasse. So hat bekanntlich Jürgen Habermas schon in den sechziger Jahren "Arbeit" und "Interaktion" gegenübergestellt⁸, wobei Arbeit einen nur noch von technischer Vernunft und Zweckrationalität beherrschten Bereich repräsentiert, während "Interaktion" für den außerhalb des Arbeitsprozesses gelegenen Raum sinnhafter, identitätsbildender symbolisch vermittelter Beziehungen zwischen den Menschen steht. Habermas hat den Dualismus von Arbeit und Interaktion in seinem Hauptwerk "Theorie des kommunikativen Handelns" wieder aufgenommen. Aber die mit Hilfe dieser Theorie begründete Annahme, daß im modernen Arbeitsprozeß soziale Interaktion und kommunikative Sinnvermittlung nicht mehr möglich seien, hält, wie ich zeigen möchte, einer empirischen Überprüfung nicht ohne weiteres stand.

So haben wir zum Beispiel festgestellt, daß es im betrieblichen Arbeitsprozeß eine wichtige stabile Beziehungsform gibt, die wir als "Arbeitsolidarität" bezeichnet haben. Was heißt das?

Darunter verstehen wir die dauerhafte, nicht von Zufällen abhängige praktische Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und kooperativem Sozialverhalten in der täglichen Arbeitsverrichtung. Diese Bereitschaft ist weder rein instrumentell noch selbstlos und altruistisch. Sie beruht auf dem Prinzip des "Do ut des", also strikter Wechselseitigkeit und Äquivalenz. Arbeitssolidarität setzt eine gewisse Gleichheit der Arbeitssituation, der Qualifika-

tion, des Lohnes usw. voraus. Aus Arbeitssolidarität folgt keinesweg automatisch eine politisierte Bewußtseinsform von "Arbeitersolidarität". Dennoch kann man sagen, daß da, wo Arbeitssolidarität ausgeprägt ist, - das gilt etwa für kooperative Formen der Industriearbeit (z.B. Hochofen) oder industrieähnliche Arbeitsvollzüge in Dienstleistungsbetrieben (z.B. Paketsortieren bei der Post) der Übergang von der Arbeitskooperation zu einem gemeinsamen interessenbezogenen Handeln eher möglich ist als in Arbeitsprozessen, die entweder durch isolierte Arbeitstätigkeiten und/oder extrem arbeitsteilige, repetitive Arbeitsprozesse wie etwa die Fließbandarbeit geprägt sind. Letztere stellt zwar eine traditionelle Stufe der Industriearbeit dar, aber nach unserer Erhebung bildet sie durchaus keine günstige Grundlage für gemeinschaftlich-solidarisches Handeln, Arbeitssolidarität reicht von der zeitlich eng begrenzten Übernahme von Arbeitsfunktionen anderer bei heimlichen Zigarettenpausen oder dem Gang zur Toilette über den privat geregelten Tausch von Dienst- und Schichtzeiten bis zu der Bereitschaft, für andere einzuspringen, "wenn sie mal einen schlechten Tag haben" (Steuerstandbediener in der Stahlproduktion). Die Bereitschaft zur Arbeitssolidarität setzt allerdings die unhinterfragte Akzeptanz durch die beteiligten Akteure voraus. Nur wer selbst Hilfestellung leistet und zupackt, wenn es nötig ist, darf seinerseits damit rechnen, die Unterstützung anderer zu erhalten. Allerdings konnten wir nirgends feststellen, daß Arbeitssolidarität in Handlungsweisen übergeht, bei denen die Akteure damit rechnen müssen, daß ihr Handeln ihnen selbst mit hoher Wahrscheinlichkeit Nachteile einbringt. Selbstloses Einstehen für Kollegen und Kolleginnen bei Konflikten mit Vorgesetzten zum Beispiel erscheint als ein Residuum der Vergangenheit. Opferbereitschaft und persönliche Hingabe an ein Kollektivinteresse als Elemente traditioneller proletarischer Solidarität sind, auch wenn das von nicht wenigen Beschäftigten heute beklagt wird, empirisch nicht mehr feststellbar.

Auf höherem technischen und arbeitsinhaltlichen Niveau steigen die Chancen für arbeitssolidarische Interaktion wieder an. Die kooperativen Anforderungen zum Beispiel bei der Software-Entwicklung und Programmierung umfassen Zonen kommunikativer Verständigung, die sogar über die Grenzen der oben beschriebenen Arbeitssolidarität hinausgehen und die Erfahrung persönlicher Sympathie und Vertrautheit ermöglichen. So berichtet ein Informatiker über die Kooperation bei der Erstellung von Programmierrichtlinien: "Ja, das war schon eine ziemlich wichtige Geschichte, wo auch so viel an Erfahrungsaustausch lief ... Und das war also die große Kooperation, dann war es so, zum Beispiel, mit der Kollegin habe ich recht eng zusammengearbeitet. Ich hatte so meinen Teil und sie ihren. Und wir haben auch Schnittstellen definiert ... Da hat es durchaus Reibereien gegeben ... Aber das war ein sehr schönes kollegiales Verhältnis. Und dann haben wir eine Idee, ja genau so machen wir das. Dann ist jeder wieder hingesprungen an seinen Terminal oder Schreibtisch und hat für sich alleine losgelegt. Aber so die Kooperation war total wichtig."

Vgl. z.B. Jürgen Habermas: Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt am Main 1968. S. 62ff.

⁹ Vgl. Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handels, 2 Bde, Frankfurt am Main 1988.

Von einer "instrumentalen Arbeitsorientierung", also einer nur am Lohn interessierten Arbeitseinstellung der modernen Industriearbeiter sprechen John Goldthorpe, David Lockwood u.a. in ihrer inzwischen zum industriesoziologischen Klassiker avancierten Untersuchung: Der wohlhabende Arbeiter in England, 3 Bde, München 1970/1971.

3. Solidarität, Aktion und Gewerkschaften

Die Bedeutung von Solidarität beschränkt sich natürlich nicht auf den Bereich der unmittelbaren Kooperation und Interaktion am Arbeitsplatz, sondern berührt, wie schon eingangs hervorgehoben, ebenso Probleme des interessenpolitischen Handelns, der Arbeitskonflike, Aktionen und gewerkschaftlichen Praxis.

Aus unseren Interviews geht hervor, daß selbst da, wo die von uns Befragten an Arbeitskonflikten teilnahmen, sich solidarisches Verhalten nach Beendigung der Konflikte nicht als stabiles Beziehungsmuster aufrechterhalten ließ. Das rasche Abbröckeln eines eher flüchtigen Gemeinschaftsgefühls scheint nicht zuletzt ein Reflex auf den häufig als rituell und aufgesetzt empfundenen Charakter begrenzter Arbeitsniederlegungen und Warnstreiks zu sein. Nur im Falle eines Streiks in einem großen Warenhaus gegen die Einführung des verkaufsoffenen Donnerstagsabends hatte die gemeinsame Streikerfahrung eine solidaritätsstiftende Wirkung, die ihren Anlaß überdauerte. Offensichtlich kam diesem Streik eine neue Erfahrungsqualität zu, weil die Akteure, zumeist Frauen, einen wirklichen sozialen Lernprozeß durchliefen, der es ihnen ermöglichte, Schablonen einer individualistischen und geschlechtsspezifischen Angestelltenmentalität aufzubrechen und das konventionelle Selbstbild von der dienstbeflissenen Verkäuferin in der gemeinsamen Aktion außer Kraft zu setzen. Sieht man einmal vom Beispiel dieses - regional wichtigen - Streiks ab, so spiegeln die Äußerungen der befragten Beschäftigten ganz überwiegend einen eklatanten Verlust an Solidaritätserfahrung sowie den mehr oder weniger diffusen Wunsch wider, daß es doch gut wäre, wenn es mehr Solidarität gäbe. Dieser Verlust wird besonders mit übergreifenden Tendenzen der Individualisierung und Entsolidarisierung in modernen Gesellschaften in Verbindung gebracht: "Die Gesellschaft ist ein Haufen isolierter einzelner. Die Parole der Solidarität ist meistens, so habe ich's erlebt, eine Art Hilfeschrei der einsamen Masse. Früher habe ich gemeint, man müßte dagegen angehen, es müßte Solidarität geben. Heute sage ich: Allein machen sie dich ein. Das ist nun mal das finstere Gebot dieser Gesellschaft." (Postangestellter) Der mit Enttäuschung registrierte Mangel an konkret erfahrbarer Solidarität verweist auch auf Defizite im Verhältnis der Gewerkschaften als traditionellen Trägern des Solidaritätsgedankens zu ihrer Mitgliedschaft in der heutigen Situation. Während einige unserer Gesprächspartner und -partnerinnen zu einzelnen, ihnen persönlich bekannten Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten noch eine von solidarischen Empfindungen begleitete Wertschätzung zum Ausdruck brachten, nimmt der Grad der Verbundenheit mit den Gewerkschaften in dem Maße ab, wie sich die Gewerkschaften ihrer Mitgliedschaft als anonyme bürokratisierte Großinstitutionen präsentieren. Im günstigen Fall werden die Gewerkschaften noch als Dienstleistungsagentur, als "ADAC der Arbeitnehmer" hingenommen, ¹¹ weitaus eher und schärfer aber als das direkte Gegenteil organisierter Solidarität geächtet, wie das folgende, nur scheinbar paradoxe Zitat belegt: "Ich bin zwar in der Gewerkschaft, aber ich würde nie sagen, daß ich mit der Gewerkschaft solidarisch bin" (Inge-nieur).

4. Entsolidarisierung und Konkurrenz

Die skeptische Bewertung von Solidarität am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Verhältnis zu den Gewerkschaften korrespondiert mit Momenten von Ausländerfeindlichkeit (Deutsche contra Türken), Gruppenkonkurrenz (z.B. Stahlkocher contra Maurer im Stahlwerk) und Spannungen zwischen Beschäftigten und unmittelbaren Vorgesetzten, auch wenn deren Status den der Masse der Beschäftigten nur geringfügig übersteigt. Besonders überraschend, ja konsternierend war für uns aber der Befund, daß sich Frauen extrem negativ und aggressiv über die Zusammenarbeit und soziale Interaktion mit anderen Frauen äußerten, während Männer ihre Interaktion mit anderen Männern als ausgesprochen umkompliziert beschrieben. Bedeutet das, daß sich Männer am Arbeitsplatz kollegialer verhalten als Frauen? Da uns das mehr als unwahrscheinlich erschien, haben wir Arbeiten der kritischen und feministischen Frauenforschung zur Hilfe genommen, um den Befund der erbitterten Konkurrenz in den Sozialbeziehungen reiner Frauengruppen besser erklären zu können. 12 Daraus ergab sich folgender Interpretationsversuch:

- a) Frauen werden geschlechtsspezifisch zu einer allgemeinen Geringschätzung des eigenen Geschlechts sozialisiert.
- b) Für Frauen haben soziale Beziehungen, expressive Bedürfnisse und Kommunikation einen hohen sozialen Wert. Werden die an diese Wertvorstellungen geknüpften Erwartungen enttäuscht, dann entsteht die Gefahr, daß die ursprünglich positiven Erwartungen ins Gegenteil umschlagen.
- c) Die Gefahr für ein solches Umschlagen ist umso größer, je schlechter die Arbeitsbedingungen sind. Bekanntlich sind aber die Arbeitsbedingungen von Frauen allgemein wesentlich schlechter als die der Männer.

Wenn Männer in weitaus geringerem Maß über unkollegiale Reaktionen oder Aggressivität im Umgang mit anderen Männern klagen, dann hat das wohl weniger den Grund, daß der Gruppe der Männer generell ein sensibleres Sozialverhalten zu bescheinigen wäre. Im Gegenteil, hinter den moderaten Äußerungen verbirgt sich wohl eher eine - wiederum geschlechtsspezifische - Gleichgültigkeit gegenüber menschlichen Beziehungen schlechthin. Was sich tatsächlich an Konkurrenz und Entsolidarisie-

Vgl. Walther Müller-Jentsch: Mußmaßungen über die Zukunst der Gewerkschaften (5 Thesen), in: Prokla, 54/1984, S. 28.

¹² Vgl. stellvertretend Brigitte Brück u.a.: Feministische Soziologie. Eine Einführung, Frankfurt/New York 1992.

rung zwischen Männern am Arbeitsplatz abspielt, tritt im männlichen Bewußtsein hinter der Ideologie technischer Rationalität und Effizienz zurück. Im Unterschied dazu tendieren Frauen in der Wahrnehmung ihres Arbeitsumfelds zu Personalisierungen und personalisierenden Schuldzuschreibungen, was wiederum die Einsicht in die strukturellen Bedingungen der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse erschwert.

5. Arbeitsgruppe und Wir-Gefühl

Die bisher von mir erwähnten Befunde unserer Studie über soziale Interaktion im Arbeitsprozeß legen die Vermutung nahe, daß der gemeinschaftliche Charakter sozialer Beziehungen am Arbeitsplatz, daß Kollegialität und Solidarität im Arbeitsalltag unwiderruflich im Zerfall begriffen sind, während gleichzeitig Individualismus, Egoismus und Entsolidarisierung Triumphe feiern. Dieser Eindruck ist jedoch nur teilweise gerechtfertigt. Zwar unterliegt es keinem Zweifel, daß von solidarischem Klassenbewußtsein und kollektiver Klassenidentität in der modernen Arbeitswelt nicht mehr gesprochen werden kann. Selbst ein auf gemeinsame Merkmale der Soziallage zugeschnittenes Arbeitnehmerbewußtsein ("wir sind alle Arbeitnehmer"), wie es noch bis in die siebziger Jahre durchaus typisch war, ist inzwischen erloschen und von der Realentwicklung überholt worden. Andererseits läßt sich aber nicht behaupten, daß an die Stelle des früheren proletarischen Klassenbewußtseins unvermittelt ein total entgegengesetzter Typ von lohnabhängig Beschäftigtem getreten ist, der sich ausschließlich negativ durch Individualismus und egoistische Selbstbezogenheit auszeichnet.

In unserer Studie sind wir nämlich auf folgende Erscheinung gestoßen: Es gibt durchaus auch heute am Arbeitsplatz Formen sozialer Interaktion und Kommunikation, die Elemente von Gemeinschaftlichkeit beinhalten und den engen Radius individualistischer Selbstreferenz überschreiten. Es handelt sich dabei vor allem um die Gemeinschaftlichkeit kleiner Gruppen, also der jeweils eigenen Abteilung, Schicht oder Arbeitsgruppe, auf die sich die Beschäftigten beziehen und vermittels derer sie ihre Identität im Arbeitsprozeß definieren.

Es gibt in zahlreichen Betrieben, Büros und Warenhäusern ein gruppenbezogenes Wir-Gefühl, das - positiv wie negativ - für die Beteiligten eine wichtige soziale Funktion hat. In einigen Fällen ist dieses Wir-Gefühl mit den räumlichen Grenzen und der personellen Zusammensetzung der formellen Arbeitsgruppe deckungsgleich. In anderen Fällen sucht sich das Wir-Gefühl in der Bildung von informellen Cliquen seinen Ausdruck. Manchmal, wenn auch äußerst selten, entsteht aus dem gruppenspezifischen Wir-Gefühl sogar eine "verschworene Gemeinschaft" (Kern/Schu-

mann)¹³, die sich nicht nur durch Stabilität und Abwehrfähigkeit nach außen charakterisieren läßt, sondern auch entwickelte Formen persönlicher Interaktion innerhalt der Gruppe aufweist.

6. Zusammenfassung

Die Ergebnisse unserer Studie widerlegen die These einer starren Polarisierung der Struktur betrieblicher Lohnarbeit zum einen und sozialer Autonomie der Lebenswelt zum anderen. Zwischen beiden gesellschaftlichen Bereichen gibt es keine chinesischen Mauern und trotz aller systemischer Zwänge ist auch der Arbeitsplatz ein gesellschaftlicher Ort, an dem sich Redürfnisse nach sozial befriedigender, handlungsbefähigender Interaktion und das heißt unter den Bedingungen kapitalistisch-patriarchalischer Herrschaft über den Arbeitsprozeß - gleichzeitig auch nach Solidarität der abhängig Arbeitenden - im Interessengegensatz zu den Kapitaleignern und den über die Schlüsselpositionen unternehmerischer Macht verfügenden Fraktionen des Managements entwickeln. Im Unterschied zu früheren Phasen gesellschaftlicher Arbeit lassen sich Solidarität und gemeinschaftliches Handeln aber immer weniger über klassenspezifische sozialökonomische Makrostrukturen oder ein inzwischen fiktives Gesamtinteresse "der Arbeiterklasse" herstellen. Als Bezugs- und Kristallisationspunkt von Gemeinschaftlichkeit, Kollegialität und Solidarität treten statt dessen deutlicher kleinere soziale Einheiten, insbesondere die der persönlichen Erfahrung zugängliche Gruppe im Betrieb hervor. Die Ausweitung von Grupnenarbeit ist deshalb nicht nur hinsichtlich der Qualifikation und Arbeitsinhalte wichtig, sondern sollte auch unter dem Gesichtspunkt der Einübung kooperativer, solidarischer Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz Beachtung finden. So wäre zum Beispiel darüber nachzudenken, inwieweit die inzwischen angelaufene Diskussion über eine Reorganisation der Gewerkschaften die wachsende Bedeutung gruppenförmiger Arbeit produktiv in neue organisatorische Konzepte umsetzen kann. 14 Die Ergebnisse unserer Studie legen die begründete Vermutung nahe, daß die Aussichten auf eine erfolgreiche Realisierung übergreifender Projekte und Ziele lohnabhängiger Schichten und Gruppen in dem Maße wachsen, in dem sich die Arbeitenden in ihrem persönlichen Erfahrungsbereich mit solidarischen Verhaltensweisen und Handlungsformen identifizieren können. Der Begriff der Solidarität im Zusammenhang mit Widersprüchen und Konflikten des betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsprozesses ist auch heute nicht veraltet, aber er muß neu gedacht und praktisch entfaltet werden.

Vgl. Horst Kern/Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984, S. 85.

Vgl. dazu beispielsweise die Überlegungen von Oskar Negt: Herausforderung der Gewerkschaften. Plädoyers für die Erweiterung ihres politischen und kulturellen Mandats, Frankfurt/New York 1989.

Henning Böke

Sozialismuskonzepte: Marx und seine Zeitgenossen

Tagung der AG Marx-Engels-Forschung am 12./13. Juni 1993

Die diesjährige Arbeitstagung der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF am 12. und 13. Juni war der Auseinandersetzung von Marx und Engels mit verschiedenen Ansätzen zur Lösung der sozialen Frage gewidmet.

Marx-Engels-Forschung, führte AG-Sprecher Winfried Schwarz (Hanau) zu Beginn der Sitzung aus, ist keine rein akademische Angelegenheit, sondern durchsetzt und inspiriert von durch die reale Geschichte aufgeworfenen Fragen, anhand derer das Werk von Marx und Engels ausgewertet wird. Nun ist heutzutage ohnehin die Anzahl derer, die sich hauptberuflich und akademisch mit Marx-Engels-Forschung beschäftigen, auf ein Minimum zusammengeschrumpft. In bezug auf die Herkunft der Teilnehmer und Referenten machte sich dieses Jahr eine deutliche Verschiebung in Richtung Osten bemerkbar - nur einer der Referenten stammte aus Westdeutschland. Aus der ehemaligen DDR waren zugegen sowohl bekannte Vertreter der Marx-Engels-Philologie und MEGA-Edition als auch Wissenschaftler, die im Gespräch mit der Marx-Engels-Forschung Ansatzpunkte zur Überwindung eines dogmatisch verengten Marxismus-Verständnisses suchen. Aus der alten Bundesrepublik indes fehlten dieses Mal einige exponierte Diskutanten der letzten Sitzungen; in einzelnen Fällen hatte das Gründe aktueller Verhinderung - es scheint aber, daß insgesamt das Interesse nachläßt, was freilich objektive Ursachen hat. Reputationsstrategisch bringt die Teilnahme an der AG sicher nicht sonderlich viel Gewinn; so zeichnet sich eine Verschiebung des Teilnehmerspektrums in Richtung auf solche ab, die umso dringlichere inhaltliche Interessen mitbringen. Einigermaßen homogen sind diese Interessen aber wahrscheinlich nur im Osten, wo die Auseinandersetzung mit den Doktrinen der Vergangenheit den Leitfaden darstellt. Im Westen sind die übriggebliebenen Interessen an und Zugänge zu Marx äußerst disparat; die Aufgabe, sie integrierend zu Fragestellungen an die Marx-Engels-Forschung zu bündeln, steht noch aus. - Infolge einer Verschlechterung objektiv-materieller Bedingungen kann auch kein Sammelband mit den Referaten der Tagung mehr erscheinen. Dafür werden die Beiträge in dieser Zeitschrift (Z 16) einem größeren Publikum zugänglich gemacht.

Wolfgang Jahn (Halle) nahm sich der Marxschen Rezeption der Schriften des Linksricardianers Thomas Hodgskin an. Bekanntlich hat Marx durch Ausarbeitung seiner Wert- und Lohntheorie gezeigt, daß die moralischen Forderungen der linken Ricardianer nach "Gerechtigkeit" und dem "vollen

Arbeitsertrag" unsinnig sind. Jahn stellte demgegenüber heraus, daß Marx gerade Hodgskin entscheidende Einsichten in die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes verdankt. Solange Marx der ricardianischen Lohntheorie mit ihrer Bestimmung des "Werts der Arbeit" durch ein natürliches Existenzminimum verhaftet blieb - also bis Mitte der 1840er Jahre -, vermochte er gewerkschaftlichen Kämpfen keinen Sinn beizumessen. Demgegenüber hat Hodgskin in "Labour Defended" 1824 bereits das antizipiert, was in Marx' ausgearbeitete Theorie als "historisches und moralisches Element" des Werts der Arbeitskraft eingeht und Marx zu einer neuen, positiven Einschätzung des gewerkschaftlichen Kampfes führte. Winfried Schwarz forderte in der Diskussion als Konsequenz dieser Einsicht eine Neubewertung der Linksricardianer, die ihnen mehr als die Rolle bloßer "Vorläufer" beimißt.

Der Erziehungswissenschaftler Ekkehard Sauermann (Halle) suchte aus einer Erörterung über das Verhältnis von Marx zu Fourier Anhaltspunkte zur Kritik der im Marxismus-Leninismus gepflegten autoritär-erzieherischen Konzeption des "Hineintragens" des revolutionären Bewußtseins ins Proletariat zu gewinnen. Bei Fourier stellt sich das Problem durchaus widersprüchlich dar: Vordergründig scheint es, daß die Utopisten die Urheber des "Hineintragens" seien; andererseits finden sich, so Sauermann, bei Fourier aber auch Ansätze, in denen entscheidender Stellenwert der Selbstverwirklichung und Selbstvervollkommnung der Volksmassen, der Arbeit als "erstem Lebensbedürfnis" zukommt. Die Diskussion kreiste vorwiegend um die Leninsche Problemstellung. Erich Hahn (Berlin) bemühte sich hier um Differenzierung: das "Hineintragen" stammt von Kautsky; bei Lenin meint die Metapher "von außen" eine Entwicklung des revolutionären Bewußtseins aus der Perspektive der Gesamtgesellschaft. der politischen Beziehungen. Heinrich Opitz (Glienicke/Brandenburg) verwies auf in der DDR entstandene Studien, in denen der Prozeß der Entstehung der Marxschen Theorie epistemologisch als kommunikativer Prozeß innerhalb der Arbeiterklasse gedeutet wird, auch wenn Marx und Engels ihr nicht unmittelbar angehörten.

Christoph Lieber (Hamburg) stellte die Überlegungen der Sozialistischen Studiengruppen zum Sozialismuskonzept in der Kritik der politischen Ökonomie vor. Zentralen Stellenwert hat darin der Gedanke, den Prozeß der Sozialisierung aus seinen dem Verlauf der kapitalistischen Vergesellschaftung inhärenten Ansätzen zu begreifen: Herausbildung von Formen der Assoziation und einer "politischen Ökonomie der Arbeit" gegen die "politische Ökonomie des Kapitals". In der keimhaften Entwicklung einer Genossenschafts- und Kooperativbewegung deuten, so Lieber, sich Formen des Übergangs an; Banken und Kreditsystem eröffnen Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle. Der werttheoretische Kern dieser Prozesse sei eine Relativierung des Kapitalfetischs. Es sei ein Fehler gewesen, daß man, auf der Ebene des ersten Bandes verharrend, aus der Werttheorie eine einfache Frontstellung gegen das Kapital bezog und die Komplexität kapi-

talistischer Modernisierung übersah. Sogleich stellte Hermann Jacobs (Berlin) die Gegenfrage, warum denn aber realhistorisch derartige Perspektiven einer an genossenschaftlichen Formen anknüpfenden Umgestaltung nie realisiert wurden - warum scheiterte die jugoslawische Selbstverwaltung? Auch Werner Goldschmidt (Hamburg) forderte, derartige Konzepte an ihrer historischen Realität ebenso streng zu messen wie den Staatssozialismus. Reinhard Schweicher (Frankfurt) gab zu bedenken, daß Genossenschaften innerkapitalistische Organisations- und Regulierungsformen sind, die mit gesamtgesellschaftlicher Verteilung der Arbeit nichts zu tun haben. Christoph Lieber und Fritz Fiehler (Hamburg, ebenfalls SoSt) erwiderten, daß die kapitalistische Degradierung der Genossenschaften von Produktions- zu Konsumgenossenschaften kein notwendiger Prozeß sei und daß das jugoslawische Modell an seiner etatistischen Deformation gescheitert sei. Entscheidend sei die Herausbildung eines alternativen Eigentümerverhaltens.

Jürgen Jungnickel (Berlin) beschäftigte sich mit der Perspektive einer zukünftigen Gesellschaft in den "Grundrissen". Gestellt werden müsse die Frage nach normativen Grundlagen, die Marx zu prognostischen Aussagen geführt haben, die in der strikt theoretischen Ausarbeitung nicht eingelöst werden. Das betrifft die Frage, ob die Aufhebung der entfremdeten Form der gesellschaftlichen Vermittlung tatsächlich der Aufhebung der Ware-Geld-Beziehungen als Medium der Vermittlung bedürfen oder eine Steuerung dieses Mediums möglich ist. Ernst Theodor Mohl (Hannover) machte darauf aufmerksam, daß sich in der prognostischen Annahme einer welthistorischen Stufenfolge keineswegs bloß Marx, sondern auch Schumpeter, Galbraith und die Konvergenztheorie blamiert haben. Gestellt werden müsse die Frage nach dem Marxschen Theorietypus. Wir seien gut beraten, uns auf den szientistischen Marx zurückzuziehen: aus dessen Perspektive einer analytischen Kapitalismuskritik könne kein Vorgriff auf sozialistische Zukunft erfolgen.

Am zweiten Sitzungstag bemühte sich Carl Erich Vollgraf (Berlin) um eine differenziertere Einschätzung des von Engels in Verruf gebrachten Eugen Dühring. Dabei setzte er sich zunächst mit den Gründen auseinander, die Theoriegeschichte im Marxismus zu Dogmengeschichte werden ließen: Faktoren hierzu seien die Notwendigkeit vereinfachender, popularisierender Darstellungen für die Arbeiter ebenso gewesen wie auch innertheoretische Gehalte, aufgrund welcher der Marxismus eine arbeitsteilige Ausdifferenzierung der ökonomischen Theorie verweigerte und folglich nicht fähig zur Erschließung des kapitalistischen Alltags und seiner "kleinen Widersprüche" gewesen sei - hier aber liege die Stärke Dührings. Engels' polemisch gegen Dühring gerichteter Ablehnung der Ware-Geld-Beziehungen lägen moralisierende Auffassungen Weitlings zugrunde. Engels habe sich genötigt gesehen, in der Auseinandersetzung mit Dühring dessen Konzept einer umfassenden "wissenschaftlichen Weltanschauung" ein Gegenkonzept gleichen Anspruchs vorzuhalten, aus dem die Dogmatisierung

hervorging. - Dührings Reformideen nehmen in den 1870er Jahren die Gestalt einer Idee von "Wirtschaftskommunen" an, denen jeder jederzeit frei heitreten können soll. Dühring lehnte gesellschaftliches Eigentum ebenso wie abgeschlossenes Gruppeneigentum ab. Jeder soll "Selbstwirtschaftler" sein und über seinen vollen Arbeitsertrag verfügen; dabei hält Dühring am Markt und an Ware-Geld-Beziehungen fest. Die ökonomische Begründung weise allerdings zahlreiche Unklarheiten auf. Ernstzunehmen sei jedoch der demokratische Grundcharakter von Dührings "Sozialität": später wendet sich Dühring dem Anarchismus zu. Kompromittierend allerdings ist sein vor allem nach 1900 intensivierter Antisemitismus. Die Diskussion war durch drei Aspekte bestimmt: Winfried Schwarz verwies darauf, daß Johann Most, dessen Popularisierung des ersten Kapital-Bandes von Marx ausdrücklich gebilligt wurde, in der Sozialdemokratie eine Mittelstellung zwischen Marx und Dühring einnahm, was die Möglichkeit von Alternativen zu schematischen Frontstellungen andeutet. Erich Hahn wies auf das Problem hin, daß offenbar die Logik politischer Auseinandersetzung es mit sich bringt, daß differenzierte Gedankengänge notwendig ideologisch vereinfacht werden. Schließlich deutete sich eine aus Zeitgründen nicht mehr ausgetragene Kontroverse zwischen Vollgraf und Ehrenfried Galander (Erfurt) an: Vollgraf hatte behauptet, daß dogmatisierende Rezeptionsformen auch dem Umstand zuzuschreiben sind, daß das Erscheinen von Band II und III des Kapitals ausblieb und die Theorie auf dem Stand von 1867 stehenblieb. Zur Schließung der Lücke in bezug auf viele Fragen, die an Marx und Engels herangetragen wurden, war eine Publikation nötig - der "Anti-Dühring" sollte diese Lücke füllen. Galander bewertete diese Einschätzung allerdings als völlig falsches Theorieverständnis und bezweifelte, daß durch ein Vorliegen aller sechs Bücher des Kapitals die Dogmatisierungsgefahr hätte abgewehrt werden können.

Schließlich trug Hans Steußloff (Berlin) einige Überlegungen zur Frage "Sozialismus - eine Wissenschaft?" vor. Er vertrat nachdrücklich die Auffassung, daß der Sozialismus angesichts der Tatsache, daß seine Realisierung bislang vorrangig zur Machtfrage reduziert wurde, mehr denn je einer wissenschaftlichen Fundierung bedürfe; dies schließe keineswegs die Existenz von Lücken, Unvollkommenheiten und Problemantinomien aus, die in jeder Wissenschaft zur Normalität gehören. Werner Goldschmidt wollte statt eines szientistischen eher einen demokratischen Ansatz in den Vordergrund gestellt wissen und gab zu bedenken, daß zur "Befähigung" der Massen zu Problemlösungen und alternativen Gesellschaftsentwürfen zwar auch Wissenschaft, aber nicht nur sie gehöre. Notwendig sei das Verständnis einer kommunikativ erzeugten Macht, die die jahrzehntelang diktierten Rezepte überflüssig macht.

Als Appendix erfolgte zunächst noch eine Intervention von Emst Theodor Mohl, der angesichts der Tendenz, die Marxsche Theorie in historischer und philologischer Differenzierung zu "dekonstruieren", die Frage nach der Beschaffenheit und Genese des Konstruktes stellte, das dekonstruiert wer-

den soll: Wie war es denn möglich, daß diejenigen, die heute den fragmentarischen Charakter und die Uneindeutigkeit des Marxschen Werks und der Konzeption des Sozialismus betonen, vor einigen Jahren noch ganz genau zu wissen glaubten, was Sozialismus ist? - Schließlich informierte Rolf Hecker (Berlin) über seine Studien bisher nicht zugänglicher Ouellen in Moskau zur Geschichte der ersten MEGA (20er-30er Jahre). Danach können erstmals die Lebensschicksale von MitarbeiterInnen und KorrespondentInnen des Moskauer Marx-Engels-Instituts dargestellt. komplizierte und vielschichtige Kontakte des Instituts zum SPD-Parteivorstand als Verwalter des Marx-Engels-Nachlasses weiter dokumentiert, der Weg von Marx-Engels-Dokumenten u.a. nach Moskau verfolgt und überlieferte Redaktionsunterlagen der MEGA¹ für die Arbeit an der MEGA² genutzt werden. Auch ist eine weitere Annäherung an die Klärung der Umstände des Endes der ersten MEGA möglich, das mit der von Stalin betriebenen psychischen und physischen Liquidierung der MitarbeiterInnen einherging. Die neu zutage geförderten Materialien bekräftigen. daß Marx-Engels-Forschung und -Edition sich stets im historischen Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Wissenschaft bewegten. (Mit diesem Thema beschäftigen sich einige Beiträge im soeben erschienenen Almanach Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1993, Argument-Verlag, Hamburg 1993.)

Vorschau

Z - Nr. 16

erscheint Anfang Dezember 1993 mit dem Schwerpunktthema

Sozialismus: Erfahrungen - Konzeptionen - Diskussionen.

Erste Zwischenbilanz nach dem crash

Beiträge u.a. von K.H. Tjaden/D. Düe, U. Kremer, H. Modrow/O. Arnold, W. Gerns, W. Goldschmidt, A. Brie, J. Bischoff/M. Menard, E. Bessau, H. Jung.

Standpunkte zu: "Was ist heute marxistische Erneuerung?"

Ferner: J. Juchler zu Formationstheorie und Sozialismus, H. Neubert zur europäischen Nachkriegsordnung, P. Scherer zur Geographie des Widerstandes, G. Wernicke zum Trotzkismus als Alternative zum Stalinismus u.a.

Sowie: Beiträge zu einer Tagung der AG Marx-Engels-Forschung zu "Das Sozialismuskonzept von Marx und andere zeitgenössische Modelle zur Lösung der sozialen Frage".

Kritik aus betrieblicher Sicht

Anmerkungen zu "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" von Lothar Peter in Z 13

Lothar Peters Beitrag reizt zum Widerspruch vor allem der Pauschalisierung und Leichtigkeit wegen, mit denen linke Betriebspolitik der Vergangenheit abgekanzelt wird. Die Pauschalisierung übergeht die konkret-geschichtliche Wahrheit. Gesamtgesellschaftliche und betriebliche Strategien haben immer etwas mit den jeweils vorhandenen Bedingungen und Möglichkeiten zu tun, so der Handlungsbereitschaft und dem Bewußtsein der sozialen Akteure, den wirtschaftlichen und strukturellen Bedingungen einer Branche, eines Industriezweiges usw. Zwar kann eine Bewegung zum großen Sprung Anlauf nehmen, die Wirklichkeit läßt sich damit aber nicht überlisten. Bestimmte Aufgaben müssen erst gelöst sein, bevor weitere Schritte gegangen werden können. Sie können zum jeweiligen Zeitpunkt meist noch gar nicht in voller Klarheit erkannt werden. Diese stellt sich erst Schritt um Schritt ein.

Die konkreten Wirkungsbedingungen linker gewerkschaftlicher Betriebspolitik bei der Verwirklichung betrieblicher Strategien zur Demokratisierung von Arbeitsprozessen sind sehr unterschiedlich. Da die Gewerkschaften seit längerem sozialdemokratisch geführt werden, gab es Zeiten des Ausschlusses und der Stigmatisierung linker Positionen. Dies gibt es auch noch heute. Der "Pragmatismus" der Hauptamtlichen ist heute eine Quelle fortgesetzter Ausgrenzungen. Die beiden politischen Hauptströmungen der Arbeiterbewegung hatten immer auch eine Fähigkeit, bestimmte Momente ihrer betrieblichen Arbeit, der Auswirkungen betrieblicher Auseinandersetzungen und Kämpfe nicht mehr wahrnehmen zu wollen.

Ich empfinde es als äußerst provokant, aber zugleich auch blind, den von Lothar Peter beschriebenen Spagat der "Schnittstelle" mit der betrieblichen Fixierung zu beantworten. Wer der Technik und den Kapitalisten moralische Eigenschaften unterstellt, muß schon fern der betrieblichen Wirklichkeit sein. Wer heute Betriebspolitik ohne gesellschaftspolitische Überlegungen betreibt, kann kaum handlungsfähig werden. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung betrieblicher Regelungen. Dem Kapital und seinen Funktionären in ihrer Rolle Moral abzusprechen, heißt nicht, ihre unterschiedliche moralische Konditionierung als Individuen zu übersehen.

In den Betrieben gibt es eine jahrzehntelange Tradition der Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Meist sind die Bedingungen und Regelungen in Betriebsvereinbarungen fixiert. Schließlich gibt es auch Statute, in denen Erweiterungen der Rechte der Einzelnen festgehalten sind. Sie entsprechen natürlich kaum dem neuen Charakter der Bedingungen und Anforderungen, etwa nach einer neuen Betriebsweise usw. Das soll nicht überse-

hen werden. Zu berücksichtigen ist auch, daß mit der Verlagerung der Tarifpolitik auf die betriebliche Ebene, etwa bei Arbeitszeitregelungen, das betriebliche Potential gewachsen ist. Damit wird der Sprung vom Akteur zum handelnden Subjekt möglich. Dessen sind sich aber meist noch nicht einmal die gewerkschaftlich Aktiven bewußt. Dies gilt auch für den Charakter der technischen Umwälzungen. Es gibt eine gewisse Kopflosigkeit. Was Lothar Peter in dieser Hinsicht anbietet, befördert eine ähnliche Richtung: Da wir nicht wissen, wie tief die gegenwärtigen Brüche und Veränderungen sind, werden wir zu Mitmachern und nutzen die sich aus der Technik ergebenden Veränderungen, um damit neue Bedingungen zu erzielen. Auf betrieblicher Ebene ist aber ein solches Herangehen tödlich. Denn dieser Lauf der Dinge vollzieht sich über die Aufspaltung und Selektierung der Beschäftigtengruppen.

Ziel der Kapitalisten ist die Differenzierung und Spannung zwischen den Beschäftigtengruppen. Dies realisiert sich etwa in der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, was bedauerlicherweise auch noch bei Linken als Realisierung von Individualisierungswünschen gedeutet wird. Sie wollen die Öffnung der Tarifverträge und Betriebsräte, die ihnen die Wünsche von den Lippen ablesen. Die zur Zeit noch im Betriebsverfassungsgesetz festgeschriebenen und ohnehin begrenzten Rechte der Betriebsräte sollen unterlaufen werden. Wenn Lothar Peter nun für eine Mitbestimmung am Arbeitsplatz plädiert, bei der es "durchaus denkbar, ja wünschenswert ist, Formen von Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu entwickeln, die nicht Bestandteil der Betriebsverfassung oder gewerkschaftlicher Strukturen im Betrieb sind", dann zielt er leider ebenfalls in eine solche Richtung. Schon heute werden die Tarifverträge durch individuelle Arbeitsverträge unterlaufen. Da gibt es im Tarifvertrag die 37-Stunden-Woche und im Arbeitsvertrag die 40-Stunden-Woche. Eine Gruppe ist festangestellt, die andere nur auf Zeit, auf Abruf usw. Man kann sich ausmalen, was alles noch individuell möglich ist. Damit ist aber der Ausbeutungscharakter des Arbeitsprozesses nicht aufgehoben, im Gegenteil. Die Entfaltung autonomer Formen kann sich nicht im Individualismus der herrschenden Ideologie vollziehen. Solidarität ist sehr wohl auch ein individuelles Glücksgefühl, ohne daß damit die Autonomie aufzugeben wäre. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die Stärkung der individuellen Rechte in den Tarifverträgen für die Lohnabhängigen kaum Fortschritte gebracht hat.

Berechtigte individuelle Wünsche können ohnehin nur kollektiv durchgesetzt werden. Die Betonung kollektiver Rechte ist dabei kein schlecher Traditionalismus. Nach der herrschenden Rechtsauffassung mußt Du als Individuum gehört, neuerdings auch rechtzeitig vor unternehmerischen Entscheidungen informiert werden, aber Deine individuellen Rechte kannst Du nicht rechtlich durchsetzen. Wer den Weg der Leistungsklage beschritten hat, weiß, was es heißt, sich veränderten Arbeitsbedingungen zu stellen, die man gerichtlich bekämpfen will. Weder kannst Du Maßnahmen im Vorfeld verhindern, noch strafrechtlich belangen. Wenn Dich

Dein Boß nicht hört, hast Du eben Pech gehabt. Ein Leistungsverweigerungsrecht nach dem BGB kann daraus nicht abgeleitet werden. Die Möglichkeiten des Betriebsrates, dieses Organs des "Kollektivismus", sind hier schon anderer Natur. In Wahrnehmung seiner kollektiven Rechte können individuelle abgesichert werden (z.B. Beschwerderecht, Eingruppierungsfragen). Aber auch die kollektiven Rechte sind gering und werden durch technische Änderungen ständig ausgehöhlt.

Die von Lothar Peter beschworenen autonomen Formen stehen konträr zu den Erfahrungen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, etwa wenn er meint, daß die "industriellen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit diskursiv verändert werden können" oder daß die Kapitalisten lernfähig seien. Dies sind sie zweifellos, aber es hat kaum etwas mit der Aufwertung des menschlichen Faktors in der Produktion zu tun. Aber wenigstens einmal im Jahr kommt es in Gestalt von Tarifverhandlungen und ihren Abschlüssen zu diskursiven Veränderungen und diese sind kollektiver Natur. Aber auch hier liegen - aktuell oder potentiell - Kräfteverhältnisse zugrunde. Bekanntlich sind die Unternehmer daran interessiert, die Gewerkschaften faktisch aus dem Betrieb zu halten und die Geschäfte mit den Betriebsräten abzuwickeln, in der Regel die "besseren Sozialpartner" wie die Gewerkschaften. Viele Gewerkschaften, so die IG Medien mit "Chancen 99", nehmen heute fortgeschrittene Positionen in der Frage der Mitbestimmung am Arbeitsplatz ein, die mit gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen konzeptionell vermittelt wird.

Eine euphorische Sicht auf die ökonomisch-technischen Prozesse im modernen Kapitalismus verstellt den Blick auf die realen Strategien. Die Überbetonung des "menschlichen Faktors" für unternehmerische Entscheidungen geht meist davon aus, daß der Arbeiter von morgen "software-Spezialist, Elektroniker, Systembetreuer und -regulierer" sein wird. Damit wird auch die Orientierung auf die Individualisierung begründet. Zweifellos werden mit den komplexen und vernetzten Technologien in den Betrieben heute neue Bedingungen gesetzt. Sie müssen aber vor allem in ihren widersprüchlichen Wirkungen erfaßt werden, auch in Bezug auf die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Und sie müssen zum anderen in den gesamtgesellschaftlichen Zusammehang gestellt werden. Hier fand ich die von Ulrich Briefs in Z 11 vorgestellten Ansätze realitätsnah.

Ich finde es fraglich, ob in Zukunft die Konzepte der Mitbestimmung am Artbeitsplatz aufgehen werden. Auf jeden Fall wird sich auf ihrer Basis kaum die notwendige übergreifende Solidarität entwickeln können. Die Prozesse der Entsolidarisierung, Ausgrenzung und Differenzierung der Beschäftigten eines Betriebes, eines Konzerns, einer Branche, zwischen Ost- und Westdeutschland, in der EG usw. einerseits und die Sicherung von demokratischen Einflußmöglichkeiten andererseits stellen eine zentrale Herausforderung für eine gewerkschaftliche Strategie dar. Eine falsche Betonung betrieblicher und technischer Besonderheiten außerhalb

der Gesamtentwicklung bedeutet den Einstieg in den Ausstieg solidarischer Interessenvertretung. Wer, wie Lothar Peter, auf die "Gewinner" setzt, bewegt sich in die falsche Richtung.

Holger Artus

"Sozialistischer Kapitalismus"?

Nachfragen zu Hans Wunderlich in Z-13

Was Hans Wunderlich in Z 13 (S. 185/6) anfragt ("Stimmt überhaupt die Voraussetzung, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse erst in der sozialistischen Gesellschaft - 'also nach Veränderung der politischen Machtverhältnisse'- entwickeln können?"), kann eine interessante Diskussion ergeben. Nicht deshalb, um die angeschlagenen Gemüter des "Realsozialismus" für den Verlust zu entschädigen, oder die Bäume auf der anderen Seite nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Aber die darin stekkende Fragestellung: Gibt es Kommunisten der Idee, der Ideologie (oder dem Bekenntnis) nach, und gelingt es ihnen, "die Macht zu erobern", so gibt es, so kann es Kommunismus geben. Aber scheitern diese Kommunisten, aus welchen Gründen auch immer, kann es den Kommunismus nicht geben. Die Idee von ihm wäre somit immer der Realität resp. einem Objektivwerden des Kommunismus vorausgesetzt. Bliebe da nicht zuguterletzt der ganze materialistische Anspruch des Kommunismus, oder der aus dem Marxismus abgeleitete, auf der Strecke?

Der Kommunismus als objektives Verhältnis muß sich auch unabhängig vom Geschick von Kommunisten oder sich dazu Bekennenden "in letzter Konsequenz" durchsetzen. Der Umstand, daß er die einzige bisher in der Geschichte ideell vorweggenommene Gesellschaft ist, also auch auf einer ideellen Vorgeschichte aufbaut, ist kein die Objektivität aufhebender, d.h. ist ebenfalls ein unabhängig vom Gedanken ablaufender Prozeß. Überspitzt formuliert: Könnte es uns ebenfalls passieren, daß wir eines Tages "im Kapitalismus aufwachen" und "inmitten des Sozialismus" sind?

Nun, so dumm werden wir nicht sein. Aber die Frage lautet ja anders herum: Können sich vom Objektiven her sozialistische Verhältnisse der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen und Verhältnissen schon herausbilden? Die Frage kann nur objektiv beantwortet werden. Aber es ist dann auf keinen Fall eine Frage unseres Kampfes. Aber zunächst haben wir uns der Frage zu versichern, ob dadurch ein bewußter Kampf für den Sozialismus, der bisher nur über eine Revolution führte, entwertet würde. Geht es bei der kommunistischen Kritik am Kapitalismus um Objektivität, dann ist ein vom Bewußtsein nicht vorgesehener oder ein von kapitalistischen Machtverhältnissen verhinderter Sozialismus natürlich das gleiche

wie ein durch politischen Kampf herbeigeführter Sozialismus, nämlich Sozialismus als objektiver Prozeß.

Nicht der Sozialismus hörte auf, eine objektive Kritik des Kapitalismus zu sein, fielen seine Verhältnisse schon in seine Voraussetzung, also in den Kapitalismus, sondern die politische Form der Revolution hörte auf, absolute Bedingung zu sein, um ihn zu erreichen. Ist das Reformismus, Revisionismus? Mitnichten, ist doch hier nicht die Frage gestellt, daß politischer Eifer sich wende und Resultate zeitigt, sondern daß der objektive Eifer, die Entwicklung sozialer Verhältnisse im Kapitalismus uns überrascht. Dazu können wir als Subjekte gar keinen Beitrag leisten. Es kann keine soziale Form durch Bewußtsein bestimmt sein.

Der Kommunismus als soziale Form ist eine Entwicklung, die sich aus der Warenökonomie herleitet. Diese Besonderheit ist zu beachten. Wir verstehen den Kapitalismus selbst als soziale Revolution, die mit einer politischen beginnt. Wir übersehen dabei aber, daß sich hierin das Verhältnis des Kapitalismus resp. jene Form, die er als Warenproduktion darstellt, zum Feudalismus hin bestimmt. Bestimmt sich damit der Kapitalismus als Revolution der Warenproduktion in der Warenökonomie? Aus der Warenökonomie ist der Kapitalismus revolutionär hervorgegangen, aber nie über deren Revolution. Die Frage dabei ist also, wie bestimmt sich die innere Revolution in der Warenökonomie. Eigentlich durch Zerfall der Voraussetzungen. Es ist eine Analogie zur Revolution des Kapitalismus zum Feudalismus unterstellt, wenn "absolut" erwartet wird, der Sozialismus müsse seine Geschichte ebenfalls mit einer politischen Erhebung beginnen. Das mag unter bestimmten Bedingungen so sein, hebt aber nicht auf, daß Kapitalismus wie Sozialismus aus der Warenökonmie hervorgehen und diese umgestalten, also nicht politisch verstanden werden müssen.

Verfolgt man den Arbeiter in seiner objektiven Rolle im Kapitalismus, dann vermag man die Frage schon viel besser zu beantworten. In der Betrachtung des Kapitalismus wird bisher zu stark gesehen, daß er die Warenökonomie entwickelt hat, nicht aber, daß er sie umgeworfen und entwertet hat. Diese wird viel zu sehr als seine Voraussetzung betrachtet, als einfache Warenökonomie, und nicht als durch den Kapitalismus negiertes Verhältnis. Das Thema ist jedenfalls spannend. Wir sollten es fortsetzen, denn wir haben Zeit. Uns nimmt im Moment kein durch die Revolution entstandener Sozialismus in die Erkenntnispflicht.

Hermann Jacobs

Wider den Gorbatschowismus!

Eine subjektive Erwiderung auf eine subjektive Bemerkung

Ich halte die Einführung des Begriffes Gorbatschowismus in die politische und theoretische Debatte für fragwürdig, mehr noch: für schädlich. Heinz Jung definiert den Begriff als eine Strömung oder Gruppierung, die, am Anfang mit dem Anspruch der Reform und Erneuerung des Sozialismus angetreten, sich als unfähig zur Initiierung, Konzipierung und Durchführung dieses Prozesses erwies und in ihrem Scheitern schrittweise der kapitalistischen Restauration zuarbeitete und sich ihr in der Konsequenz bedingungslos unterwarf (Z 14, S. 47). Der Satz beschreibt - m.E. zutreffend - jenen Prozeß. der die Verhältnisse in der ehemaligen UdSSR und die internationale Konstellation so grundlegend veränderte. Ihn begleiteten Verheißungen und Visionen - illusorische, wie sich zeigte -, Forderungen und Erklärungen wechselnden Inhalts, denen keine Lehre, kein System zugrundelag, Heinz Jung selbst spricht von einer Metamorphose des Gorbatschowismus. nennt die theoretische Reflexionslosigkeit überraschend und bezeichnet den Protagonisten als einen gegenüber dem jeweiligen Zeitgeist nachgiebigen Pragmatiker. Und er empfiehlt, den Gorbatschowismus als Tendenz zur Selbstaufhebung bzw. Selbstliquidierung sozialistischer Positionen (ebd.) aufzufassen.

Der Name Gorbatschow ist und bleibt mit dem Prozeß verbunden, der die versteinerten Tendenzen zum Tanzen und schließlich das politische System als Ganzes zum Einsturz brachte. Für Heinz Jung steht die Schuld Gorbatschows und der Gorbatschowisten für den Untergang des Sozialismus fest; er hält es für sehr wahrscheinlich, daß es die UdSSR, die DDR und das ganze sozialistische Lager noch gäbe, wenn sich im März 1985 das Politbüro der KPdSU für Grigori Romanow oder Viktor Grischin statt für Michail Gorbatschow als Generalsekretär entschieden hätte.

Auch ich gehörte zu denen, die auf eine Erneuerung des Sozialismus setzten und habe den von Gorbatschow initiierten Prozeß mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Auch mir fiel schon bald der Mangel einer zündenden Konzeption für die Erneuerung auf, mehr aber noch, daß die KPdSU als eine Millionen Mitglieder zählende Partei nicht in Erscheinung trat, nicht als Ganzes beriet, beschloß, voranschritt. Wäre die Partei des Sozialismus auch eine Partei mit innerparteilichen demokratischen Strukturen gewesen, hätte eine andere Bewältigung möglich sein können (S.56). Sie war es aber nicht! Und das Volk? Es verhielt sich, darin bin ich mir mit Heinz Jung einig, wie ein Publikum, das es gewöhnt war, jede "von oben" veröffentlichte Meinung als amtlich und Verhaltensvorgabe anzusehen (S.56).

Mir scheint, daß damit die entscheidenden Voraussetzungen für eine Erneuerung des Sozialismus praktisch fehlten. Dafür spricht nicht nur die passive Rolle des Volkes als allein nach oben schauendes Publikum - der

großen Worte müde. Dazu gehörte auch, was Heinz Jung den beispiellosen Grad politisch-moralischer Zersetzung der früheren kommunistischen Partei und ihrer Führungsschichten (S.50) nennt. Diese Verfassung der Gesellschaft hat tiefe und weit zurückreichende Ursachen - sie sind in Z wiederholt erörtert worden, zuletzt von Horst Heininger (im selben Heft). Sie lassen sich nicht mit Gorbatschows Heimtücke erklären.

Heinz Jung selbst weist darauf hin, daß sich schon lange vor Gorbatschow, Anfang der 80er Jahre, anläßlich der Krise in Polen zeigte, daß der Entfremdung der Arbeiterklasse vom Sozialismus und vor allem dem totalen Hegemonieverlust der Kommunisten keine Konzepte entgegengesetzt werden konnten, die die Krise im Sinne des Sozialismus hätten lösen können (S.53). Der zur reinen Machtlegitimation verkommene "Marxismus-Leninismus" erwies sich als impotent. Das kann Gorbatschow so wenig angelastet werden wie das Fehlen einer dialektischen Entwicklungstheorie der sozialistischen Gesellschaft (S.54). Ich frage mich, wie Heinz Jung angesichts dieser Bedingungen davon ausgehen kann, daß es sich um eine Zwischenkrise gehandelt habe, die sehr wahrscheinlich zur Katharsis eines demokratisch erneuerten High-Tech-Sozialismus (S.54) geführt hätte, wenn 1985 der richtige Mann an die Spitze der KPdSU getreten wäre.

Abgesehen von der Frage, ob und wie eine Erneuerung des Sozialismus möglich gewesen wäre, unabhängig von der Einschätzung Gorbatschows und seiner Rolle als Treibender und Getriebener in diesem Prozeß halte ich es für überflüssig, die von Gorbatschow geäußerten und zu Papier gebrachten Gedanken zu einem Ismus zu erheben, den es künftig zu meiden und zu bekämpfen gilt. Gorbatschows Handlungen und Unterlassungen fanden in einer historisch einmaligen Situation statt, die sich so oder ähnlich nicht wiederholen wird. Dieser Ismus ist nicht nur überflüssig, sondern auch der Diskussion abträglich, die heute unter den einst in ihren Hoffnungen auf den realen Sozialismus Verbundenen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geführt wird. Ich gebe zu, daß meine Bedenken in Erfahrungen aus den 50er Jahren wurzeln, in Erfahrungen mit einer nie ganz überwundenen Praxis, verinnerlicht von jenen, die einmal studierten: "Die KPdSU(B) wuchs und erstarkte im prinzipiellen Kampf [...] innerhalb der Partei gegen die menschewistischen, opportunistischen Strömungen, die Trotzkisten, Bucharinleute, Vertreter nationalistischer Abweichungen und anderer antileninistischen Gruppen" (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion < Bolschewiki>, Kurzer Lehrgang, Berlin 1945, S.3.).

Heinz Jungs Definition ist in ihrer Allgemeinheit so undifferenziert und, da sie auf das Ergebnis abhebt, so beliebig auslegungsfähig, daß sie sich als Kampfbegriff bestens eignet. Die Art und Weise, wie tatsächlich schon mit dem Begriff des *Gorbatschowismus* umgegangen wird, läßt mich - auch wenn ich mir meiner Einordnung sicher bin - die böse Frage stellen: Muß der Feindliste des "Kurzen Lehrgangs" nun hinzugefügt werden: "gegen

Gorbatschowisten" - die Anhänger des falschen Zaren, dem die Pfaffen rieten, sich zu verstellen?

Klaus Weigle

SMK: Eine Gesellschafts- oder nur eine Monopoltheorie?

In Heft 13 der Zeitschrift Z wurde ein kritischer Beitrag von Prof. H. Heininger¹ veröffentlicht, der trotz selbstkritischer Betrachtungen über die Stamokaptheorie von Seiten der Wissenschaftler der ehemaligen DDR charakteristisch für ein - unserer Meinung nach - verkürztes analytisches Selbstverständnis ist.

1. Wie H.H. zu Recht in seinem Beitrag feststellt, hat die Stamokaptheorie eine Reihe wichtiger Analysen zum Verständnis des heutigen Kapitalismus geliefert. Allerdings, was von H.H. nicht gesehen wird, betrachtete diese Theorie in ihren bekanntesten Varianten (der französischen, der russischen, und derjenigen der ehemaligen DDR, den staatsmonopolistischen Kapitalismus als eine "Phase", manchmal sogar als ein "selbständiges Stadium" und nicht als innere Tendenz des Kapitalismus. Dadurch geriet sie aber in methodologische Schwierigkeiten. Meistens blieb unklar, ob der staatmonopolistische Kapitalismus (SMK) mit dem Imperialismus identisch ist oder "nur" eines seiner Phänomene, das erst nach einer bestimmten Periode auftritt, ob der Stamokap ausschließlich ein Produkt der Entwicklung des Monopolkapitals ist oder auch der Entwicklung des Staates und des gesamten Institutionensystems innerhalb des Kapitalismus.

2. Es ist richtig, wie H.H. meint, daß die fatale "Verkettung des irrigen Dogmas vom 'Charakter der heutigen Epoche' ... und von der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit dem Konzept" des fast gesetzmäßig niedergehenden Kapitalismus⁵ einer der Fehler der Stamokaptheorie war. Der Grundfehler der Theorie aber, so wie sie von den drei oben genannten "Schulen" entwickelt wurde, war nicht einfach die falsche Verbindung von

verschiedenen Phänomenen, sondern, primär, ihr grundsätzlich falsches Herangehen an die Analyse des "modernen Kapitalismus".

Die sogenannte falsche Verkettung war kein "eigenständiger Fehler", sondern vor allem das Ergebnis einer mechanistischen Betrachtung der Geschichte des Kapitalismus, wobei die Tendenzen seiner Natur als Ereignisse betrachtet wurden, die erst nach bestimmten Phasen und nach der Schaffung bestimmter Vorausetzungen, also nachträglich, auftreten könnten. Danach wurde die Geschichte dieser Tendenzen und ihrer Durchsetzung von den "traditionellen" Stamokaptheoretikern meist nach Phasen klassifiziert und entsprechend die innneren Tendenzen, die das System von Beginn an aufweist, negiert.

Die real existierenden Tendenzen des Kapitalismus wurden primär als Ergebnisse der jeweiligen Phasen des Anschlusses einiger Länder an den sogenannten realen Sozialismus verstanden. Im Grunde genommen wurden eine Reihe von Übergängen und politischen Ereignissen im Osten zur fast ausschließlichen Ursache für das Auftreten der inneren Tendenzen bzw. Phasen des Kapitalismus erklärt.

Wenn man die Methode der Analyse des Kapitalismus, und nicht die einzelnen Ergebnisse, die durch deren Anwendung gewonnen wurden, in den Vordergrund stellt, wird ersichtlich, daß die oben genannte Verkettung ein Ergebnis und nicht eine Ursache für die Fehler der wissenschaftlichen Analyse und Intepretation seitens der Stamokaptheorie gewesen war, bzw. daß die allgemeineren methodologischen Fehler (die unmittelbare praktische Konsequenzen hatten) die Grundlage waren, worauf jene Art "fataler Verkettung" überhaupt enstanden ist.

3. Unser wichtigster Einwand gegen eine kritische Betrachtung und Bewertung der Stamokaptheorie, wie sie von H.H. vorgenommen wird, ist, daß die Stamokaptheorie - die teilweise als eine Wirtschaftstheorie entwikkelt wurde⁶ - heute immer noch als eine allseitige Theorie der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft verstanden wird, wodurch sehr oft in der Vergangenheit verhindert wurde, eine "totale" Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die auch die Stamokaptheorie integrieren würde, zu entwickeln. Hinter dem Versuch, die ökonomisch bestimmte Stamokaptheorie mit einer allumfassenden gesellschaftlichen Theorie gleichzustellen, verbirgt sich die Gefahr des Ökonomismus, d.h. der Konstruktion eines theoretischen Modells hauptsächlich aus ökonomischen Erklärungsmustern, die nicht in der Lage sind, die gesamten Integrations- und Legitimationsmechanismen des gegenwärtigen Kapitalismus, also auch die außerökonomischen Faktoren, in Betracht zu ziehen und zu analysieren, und diese mit der Ökonomie in einer "Totalität" (im Hegelschen Sinne) zu integrieren.

Horst Heininger: Anmerkungen zur kritischen Aufarbeitung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Z 13, S. 174-178.

Siehe exemplarisch: Le Capitalisme monopoliste d'Etat, Tome 1, 2, Editions Sociales, Paris 1971.

Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Dietz Verlag, Berlin 1972; E.J. Bregel, A.D. Smirnow: Politische Ökonomie (Vorkapitalistische Produktionsweisen und kapitalistische Produktionsweise), Dietz Verlag, Berlin 1973.

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Imperialismus heute, Dietz Verlag, Berlin 1965, und ders.: Der Imperialismus der BRD, Dietz Verlag, Berlin 1971.

Horst Heininger, a.a.O., S. 174.

Siehe exemplarisch im Beitrag vom Horst Heininger selbst, insbes. S. 175, Punkt 2.

Anders gesagt, statt ein gesellschaftliches Modell des modernen Kapitalismus anhand seiner eigenen vielseitigen Tendenzen und unter besonderer Berücksichtigung der Bewegungen und Verhältnisse der Ökonomie zu entwickeln, wurde in den meisten Variationen der Stamokaptheorie ein ökonomisch-gesellschaftliches Modell aufgestellt, das als solches als eine wissenschaftlich-methodologisch generelle und ausreichende Grundlage für die Betrachtung und Analyse jeder Seite der gesellschaftlichen Tätigkeit in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft verstanden wurde.

Entsprechend wurde die Stamokaptheorie in vielen Analysen als eine Theorie sowohl für den modernen kapitalistischen Staat als auch für die Kapitalverhältnisse angesehen, bzw. die Analyse der ökonomischen Funktionen und Tätigkeiten des modernen kapitalistischen Staates wurden als Ersatz für eine politikwissenschaftliche, institutionelle Analyse betrachtet und die Beziehungen zwischen Staat und Kapital, die sich "verschmelzen", als eine Beziehung zwischen dem bewegenden Kapital und einem starren, kompakten Staat, der höchstens - methodologisch -eine relative Selbständigkeit hatte und in einige Funktionen und Apparate zerlegbar wäre. Die innere Struktur des Staates, die Tatsache, daß verschiedene Apparate des Staates auch verschiedene Grade der relativen Selbständigkeit gegenüber dem Gesellschaftssystem und seinen Widersprüchen aufweisen, die Stellung der Machtbewegungen und der Entscheidungsgewalten, die dominierenden sowie nach außen als wichtig angegebenen Institutionen und Felder im Staat, blieben meist außerhalb einer umfassenden Untersuchung.

Wir wissen aber, daß das Phänomen des Staatsmonopolkapitalismus nicht nur aus Monopolen oder aus Formen der Kapitalbewegung besteht, sondern auch aus mehreren anderen Akteuren und Verhältnissen sowie relativ selbständigen Beziehungen, Verhältnissen und Institutionen, darunter auch dem Staat. Mit anderen Worten, trotz der Priorität der materiellen Verhältnisse, der Ökonomie und des Kapitalverhältnisses gibt es mehrere andere Akteure, Strukturen, Formen und Bewegungen innerhalb des Kapitalismus, die eine entscheidende Rolle für seine Entwicklung, und noch mehr für seine Überwindung spielen. Eine Kapitalismustheorie muß also heute den Staat und die Politik stärker in Betracht ziehen, denn, auch wenn die ökonomisch-materiellen Verhältnisse der bestimmende Faktor für die gesellschaftliche und auch für die institutionelle Entwicklung sind, so wirkt insbesondere, was den Staat betrifft, die Politik viel unmittelbarer auf ihn ein als die Ökonomie.

Man kann also nicht alle Phänomene und Verhältnisse unter die Ökonomie subsumieren und noch weniger auf die Analyse der Monopole beschränken. Dadurch würde z.B. auch die relative Selbständigkeit des Staa-

tes und seine Rückwirkungen auf die anderen Sphären, auch die Ökonomie, nicht verständlich.

K. Marx hat im "Kapital" - hier als methodologisches Beispiel angeführt nicht nur die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Gesellschaftsformation anhand der ökonomischen Gesetze dargestellt, sondern gleichzeitig auch die Methodologie und die Kriterien einer Analyse des gesamten Kapitalismus als Totalität geliefert, die sogar auf die Analyse auch vorhergehender gesellschaftlichen Formationen anwendbar waren. Dabei hat er nie "das Kapital" als Ersatz für die konkrete Analyse des Staates, der anderen Institutionen und außerökonomischen Beziehungen sowie der ideologischen Verhältnisse und individuellen Bewustseinsformationen im Kapitalismus verstanden. Dagegen hat sich die Stamokaptheorie als eine solche allumfassende Theorie dargestellt.

Mit dem obigen Beispiel wollten wir darauf aufmerksam machen, daß eine Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus nicht mit den Kapitalverhältnissen beginnen und enden kann, sich nicht mit dessen Analyse begnügen noch die Kapitalismusuntersuchung nur auf diese beschränken kann. Und dies nicht nur, weil es noch andere Verhältnisse und wichtige materielle und ideologische Beziehungen im SMK gibt, sondern auch deswegen, weil die Ökonomie, die Monopole und das System des Stamokap von mehreren anderen Bereichen entscheidend mitbeeinflußt werden, bzw. Elemente von ihnen in sich selbst integrieren.

Die Ökonomie ist keine "reine", "an sich "bestehende wirtschaftliche Sphäre, die einfache Wechselbeziehungen mit anderen Bereichen menschlicher Tätigkeit eingeht, sondern sie entsteht und entwickelt sich, indem sie "fremde" Momente und Elemente mitintegriert. Die Beziehung Staat und Monopole ist nicht nur ein Verhältnis gegenseitiger Beziehung und Durchdringung, sondern auch ein Verhältnis, in dem der Staat selbst als ökonomisches Monopol fungiert und die Monopole als politischer Faktor wirken.

Die Trennung zwischen Staat und Monopolen in der Realität ist relativ, aber auch methodologisch darf sie nicht als absolut angenommen werden. Wenn man aber z.B. den SMK theoretisch als eine Stufe der Entwicklung des Kapitalismus vermittelt und durch das ökonomische Monopolverhältnis definiert, wird man den Monopolen nicht nur deren entscheidende Rolle anerkennen, sondern den Staat als einen Träger oder Multiplikator dieses Verhältnisses verstehen. Wenn man also das Verhältnis zwischen Staat und Monopolen so einseitig sieht, dann ist es fast "selbstverständlich", die Schwächen der Stamokaptheorie nur auf der Seite der Monopolverhältnisse und deren theoretischer Widerspiegelung zu suchen.

4. Eine Intepretation des heutigen Kapitalismus, wonach die Ökonomie und die Monopole zum einzigen Faktor der gesellschaftlichen Bewegung erhoben werden, verkürzt nicht nur den Sinn einer Staatstheorie, sondern verkennt auch, daß die Kapitalistenklasse über den Staat hegemoniale Be-

Beispielhaft in: Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Der politische Mechanismus der Monopoldiktatur, Berlin 1977, insbes. Kapitel 1, 3, 4.

ziehungen organisatorisch-politisch transformieren, unter Umständen sogar erst schaffen, und nicht einfach bestehende Verhältnisse in der Sphäre der Ökonomie auf den Staat projizieren, bzw. reproduzieren.

Die Klasse der Bourgeoisie besteht aus mehreren Schichten, die untereinander hart um die Klassenführung kämpfen (es geht dabei nicht nur um die verschiedenen Kapitalfraktionen und deren Profite und Einflüsse auf den Staat, sondern auch um die verschiedenen Abteilungen innerhalb der Klasse, die durch ihre innere Arbeitsteilung bestimmt werden). In diesem Rahmen gibt es einerseits Kämpfe unter den Kapitalisten und deren Fraktionen und andererseits zwischen den Abteilungen, d.h. z.B. zwischen den Produktionsmitteleigentümern und dem politisch-repräsentativen Flügel der Klasse; ein Kampf, der unter bestimmten Umständen zur politischen Krise führen kann, insbesonders dann, wenn die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der Kapitalisten nicht mit denjenigen innerhalb der gesamten Bourgeoisie (deren Kern sie sind) zusammenfallen. Es kann immer vorkommen, daß die "Minderheitsfraktion" innerhalb des Kapitals in Zusammenarbeit mit der politischen Führung des Staates die Oberhand gegenüber den stärkeren Kapitalfraktionen gewinnt. Wenn eine solche Konstellation auftritt - dies zeigt zumindest unsere Analyse Griechenlands und der heutigen konservativen Regierung des Landes -, ist es immer möglich. daß die wichtigsten und größten Kapitalfraktionen das Gefühl erhalten, politisch unterrepräsentiert zu sein, und daß sie den Versuch unternehmen, die politische Führung der Klasse zu übernehmen, und mithelfen. diejenige des Staates zu wechseln, um eine für sie günstige innerbürgerliche "Hierarchie" mitzugestalten bzw. frühere, für sie günstigere "Gleichgewichte" wiederherzustellen.

Diese Art von Kräftekonstellationen, Auseinandersetzungen und politischer Krise, auch innerhalb der bürgerlichen Klasse und bestimmt durch deren Abteilungs- und Fraktionskämpfe, ist ein Phänomen, das eine ökonomisch angelegte Stamkokaptheorie nicht begreifen und somit nicht erklären kann.

Würden wir versuchen, nach den traditionellen Variationen der Stamokaptheorie eine politische Krise zu erfassen, die bedingt ist durch eine innerbürgerliche Auseinandersetzung, dann würden wir sehr wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, daß nur die inneren Kräfteverhältnisse der Kapitalisten und nur diese vorbestimmen, welche von ihren Fraktionen den größten Einfluß auf die Regierung haben werden, und wir würden entsprechend jede Regierung als durch das Kapitalverhältnis und nur dieses bestimmt betrachten. Eine solche Einschätzung würde aber, was viel wichtiger ist, jede politische Krise als ein ausschließliches Ergebnis der Ökonomie und der Kapitalbewegung verstehen und nicht auch als eine Krise, die durch innerbürgerliche Auseinandersetzungen enstehen kann.

Man kann also mit H.H. übereinstimmen, daß es ein großes Verdienst der Stamokaptheorie war und ist, daß sie das "Monopol immer als Kapitalverhältnis begriff und es nicht auf Marktformen reduzierte wie viele andere theoretische Konzepte"8, aber gleichzeitig muß man ihre Schwäche sehen. daß sie den gegenwärtigen Kapitalismus meist auf dessen ökonomische Basis reduziert, und daß ihre Untersuchungen mehr oder weniger auf das Monopol als unmittelbares ökonomisches Kapitalverhältnis beschränkt sind bzw. sich nicht genügend auf die Frage des Staates und der politischen Krise ausdehnen.

5. Diese Schwäche und Kurzsichtigkeit der meisten Varianten der Stamokaptheorie wiederholt H.H. gerade in seiner selbstkritischen Betrachtung. Es ist kein Zufall, daß er einerseits feststellt, daß die Stamokaptheorie es nicht geschafft habe, "eine umfassende Monopoltheorie vorzulegen". daß er aber andererseits das gleiche nicht zum staatstheoretischen Selbstverständnis der SMK-Theoire sagt. Das einzige was ihn in dieser Hinsich stört, ist, daß "es in der Stamokaptheorie zumindest zeitweilig zu einer Überbetonung der ökonomischen Rolle und Potenzen des Staates kam"9

Wenn man dieses Zitat liest, würde man zuerst denken, daß H.H. die Reduzierung des Staates auf die Ökonomie anspricht. Dies ist aber gerade nicht der Fall. Auch hier geht es H.H. wieder nur um die ökonomische Sphäre, denn einige Zeilen weiter unten behauptet er, daß durch diese Überbetonung "die eigenständige Bedeutung der Veränderung in der Rolle von kleinen und mittleren Kapitalen nicht rechtzeitig erkannt" wurde 10.

Fassen wir diese, unserer Meinung nach, ökonomistische Betrachtung und Kritik der Stamokaptheorie zusammen. Laut H.H. rührte die Schwäche der Stamokaptheorie aus der Unterentwicklung der ökonomischen Theorie des Monopols, aus der Überbetonung der ökonomischen Möglichkeiten des Staates und aus der Unterbewertung des nichtmonopolistischen Kapitals. Wäre also die Ökonomie noch fruchtbringender, dann hätten wir eine noch effizientere und "totalere" Theorie und wären der Konstruktion einer vollständigen Gesellschaftstheorie noch näher. Daß der Staat und der Klassenkampf zuerst (natürlich nicht in letzter Instanz) eine Frage der Politik sind, daß der Staat durch die Verkürzung seiner Rolle auf seine ökonomischen Funktionen von seiner besonderen gesellschaftlichen Funktion als ein besonderes Objekt sowohl der Theorie als auch des realen gesellschaftlichen Kampfes entleert wird, dies scheint kaum in Betracht gezogen zu werden.

6. Aufgrund dieser Schwächen der Stamokaptheorie wird die Analyse der Interdependenz zwischen Nationalstaat und internationalisierter Ökonomie sowie zwischen den nationalen Institutionen und denjenigen des Regionalisierungs- bzw. Internationalisierungsprozesses, ihre gegenseitigen

H. Heininger, a.a.O., S. 176.

Ebenda, S. 177, Punkt 3. 10 Ebenda.

Verflechtungen und Beziehungen erschwert. Nur wer das Problem dieser Beziehung als ein Problem der wirtschaftlichen Regulierung versteht, kann annehmen, daß die traditionelle Art, die Stamokaptheorie zu betrachten (also verkürzt ökonomistisch), genügen würde, um den neuen Problemen gerecht zu werden.

D.h. wenn man die Stamokaptheorie auf die internationalen Beziehungen anzuwenden versuchen würde, würde man bald feststellen, daß der Mangel der SMK-Theorie nicht nur ein Mangel an "theoretischer Verallgemeinerung" des "in zahlreichen Studien und Veröffentlichungen empirisch" analysierten Materials war¹¹, noch daß die Monopolanalyse noch nicht genügend "exakt" war, sondern daß ihr eine grundlegende theoretische Analyse der modernen kapitalistischen Institutionen und Politikverhältnisse, des Verhältnisses von Nationalstaat und Staat und insofern der Beziehung zwischen Staat und Monopolen fehlte. Eine produktive Kapitalismustheorie kann nicht nur eine ökonomische- bzw. Monopoltheorie sein, sondern muß auch eine Gesellschaftstheorie sein, d.h. sie muß auch eine selbständige Theorie des Staates beinhalten.

Nikos Kotzias

Eine werttheoretische Erklärung

Hans Kalt: Neu Beginnen mit Marx. Die politische Ökonomie und die Veränderung der Welt, PapyRossa Verlag, Köln 1993, 236 Seiten, 32.-DM.

Dieses Buch unternimmt den Versuch einer politökonomischen, ia man könnte sogar sagen arbeitswerttheoretischen Erklärung des Gangs des Jahrhunderts und der heutigen Situation. Es ist der Rekurs auf ein marxistisches Selbstverständnis, wie es lange im Austromarxismus lebendig war und für das sich gesellschaftliche Entwicklung in der Hauptsache als naturgeschichtlicher Prozeß darstellt. Gesellschaftliche Strukturund Entwicklungsgesetze erscheinen als Quasi-Naturgesetze. Dies gilt insbesondere für das Wertgesetz als grundlegendem Regulationsgesetz bisheriger arbeitsteiliger Produktion und bisherigen Austauschs.

Es ist das Verdienst des Verfassers, daß er uns deutlich macht, über welch rationalistischen Schlüssel zur Erklärung von Grundprozessen wir mit diesem Ansatz verfügen. Dies gilt selbst dann, wenn die Werttheorie in der Hauptsache nur auf der Ebene der Produktionssphäre, also des 1. Bandes des Marxschen "Kapital", thematisiert wird und die diffizilen Vermittlungsprobleme bis zur Erscheinung beiseite geschoben sind - ganz abgesehen vom werttheoretischen An-satz einer breiteren Gesellschaftsanalyse und -kritik, wobei

auf die Stichworte Fetischisierung, Entfremdung usw. zu verweisen ist. Wird dies ausgeblendet, ergibt sich eine etwas einseitige Sicht auf die ökonomische Rationalität der Warenproduktion. Damit wären auch die wesentlichen Einwände formuliert, die seitens des Rezensenten gegen die Grundargumentation des Verfassers vorgetragen werden könnten.

Darüber hinaus, oder besser: in diesen Kontext gestellt, behandelt das Buch Fragen, die in dieser Zeit alle Anhänger des Sozialismus beschäftigen: Aufstieg und Fall des Realsozialismus, die Frage nach den Ursachen und nach dem, was bleibt. Auch dazu trägt Hans Kalt. der österreichische Kommunist und Publizist des Jahrgangs 1922, viele kluge und anregende Gedanken mit Engagament, aber auch mit jener Distanz vor, die dem Eiferertum keinen Raum läßt. Auch deshalb gewinnt sein Plädoyer für einen Rekurs auf einen orginalen Marx als Schlüssel zur Gewinnung neuer sozialistischer Perspektiven Überzeugungskraft.

Die Erörterung der Wertproduktion und der sie beeinflussenden Faktoren ist in den Zusammenhang mit dem Weltmarkt gestellt. Das Wertprodukt der einzelnen Nationen stellt, selbst wenn es mit der gleichen Arbeitszeit hergestellt ist, einen unterschiedlichen Anteil an der internationalen Wertmasse, wenn bei ihnen Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität unterschiedlich sind. Schafft auf dem Binnenmarkt intensivere Arbeit ein größeres Wertprodukt - dies gilt nicht für produktivere Arbeit, die

¹¹ Ebenda, S. 178.

sich (nur) in einer größeren Waren- bzw. Gebrauchswertmasse niederschlägt -, dann stellt sich produktivere Arbeit auf dem Weltmarkt in einem größeren internationalen Wert dar. Produktivere Arbeit gilt auf dem Weltmarkt also als intensivere. "Faktoren, die die Wertbildung auf dem Binnenmarkt nicht beeinflussen, gelten auf dem Weltmarkt als wertbildend." (154)

194

Solange nur ein Teil der Waren in den internationalen Wertbildungsprozeß eingeht, also international ausgetauscht wird, hat für den Binnenmarkt die innere Wertbildung das Übergewicht. Das wird aber mit zunehmender Internationalisierung hinfällig. Und so kann nun im Kern das Gefälle von Armut und Reichtum als Gefälle der Arbeitsproduktivität dargestellt werden. Freilich ist auch heute dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen. Die Herausbildung dieser Verhältnisse, also der Produktivitätsentwicklung. ist eng an den Akkumulations- und Kapitalbildungsprozeß und an die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals gebunden. Die Metropolen vom Beginn des Jahrhunderts sind es auch an seinem Ende. Der Grund: Unter den Bedingungen eines internationalen kapitalistisch-imperialistischen Systems ist ein autochthoner Nachvollzug der kapitalistischen Entwicklung wie in Westeuropa nicht mehr möglich. Das gilt auch dann, wenn an die Stelle politischer Herrschaftsverhältnisse im internationalen System die ökonomischen Mechanismen treten. Mit der Öffnung der Entwicklungsländer für den Weltmarkt erfolgt die Zersetzung

der Subsistenzwirtschaften, an die dort noch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gebunden ist und die massenhafte Freisetzung der Arbeitskräfte. Es können sich heute dort in diesem Prozeß keine tragfähigen Binnenmärkte konstituieren, wie es einst in Westeurona bei der Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware der Fall war. Stattdessen bildet sich eine Zwei-Sektoren-Wirtschaft, in der die Enklaven des Auslandskapitals als zersetzendes Element fungieren. So könnte in aller Kürze die Grundargumentation des Verfassers skizziert werden.

Für diesen folgt daraus: "Daß in absehbarer Zeit aber für die Mehrheit der Menschen kein Ausweg aus dieser Abhängigkeit sichtbar ist. wird überwiegend durch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bestimmt." (32) Er stellt zwar nicht die durch politische Herrschaftsverhältnisse errichteten Ausbeutungsverhältnisse infrage, interpretiert sie aber als abgeleitete Phänomene. Vor allem an der Verschuldungsfrage kann er den Zusammenhang zwischen einem erfolgreichen und vom Keynesianismus inspirierten Regulierungssystems der Metropolen mit den Verheerungen an der Peripherie herausarbeiten. Unter dem werttheoretischen Ansatz betrachtet er auch die heutigen Bevölkerungsbewegungen. Er wendet sich in diesem Zusammenhang gegen "abstrakt humanitäre Prinzipien" in der Einwanderungspolitik (212) und gibt der Regulierung und Kontrolle und der Gleichstellung der Immigranten den Vorzug.

Finanzkapital und Währung sind wichtige Vermittlungsglieder in der Konstituierung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Geld- und Währungsfrage reduziert er, nach Ansicht des Rezensenten, zu stark auf die Funktion des Geldes als alloemeines Wertmaß. Hieraus läßt sich aber das heutige Währungssystem kaum erklären. Denn neben der internationalen Produktivitätshierarchie gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die an der Herausbildung der Währungshierarchie beteiligt sind.

Im thematisch zweiten Teil des Buches (Kap. 5-8) stehen die Komplexe Sozialismus, Arbeiterbewegung im Vordergrund. War schon im Vorwort darauf verwiesen worden, daß nach dem Sieg der Oktoberrevolution die marxistische Weltanschauung die wissenschaftliche Potenz verloren hatte, "die Entwicklung der von ihr initiierten, im Ansatz sozialistischen Produktionsweise zu analysieren und weiterzutreiben" - aus seiner Sicht die "Hauptursache" des Zusammenbruchs (12) -, so wird nun darauf auch im einzelnen eingegangen. Etwa: "Hauptursache für dessen Unterlegenheit war das jahrzehntelange Ignorieren der auch im Sozialismus spontan wirkenden ökonomischen Gesetze." (175) Dem kann freilich entgegengehalten werden, daß gerade in diesen Jahrzehnten der Sozialismus die unbestreitbar größten Erfolge hatte.

Geistesgeschichtliche Ursachen dafür sieht er auch in unaufgelösten Widersprüchen der Marxschen Sicht auf die Übergangsperiode, in der das Wertgesetz noch das Maß

des Austauschs vorgibt, aber gleichzeitig mit dem Entstehen der Produzentenassoziation der Warenaustausch aufgehoben wird. (129) So habe die Sowjetführung immer in dem illusionären Bewußtsein gelebt, die Zeit der Aufhebung von Wert, Geld (159), Staat usw. sei angebrochen, ohne daß dafür die objektiven und subjektiven Voraussetzungen vorhanden gewesen wären. Als Alternative für Vergangenheit und Zukunft sieht Hans Kalt eine sozialistisch gesteuerte Marktwirtschaft, in der, wie bei der NÖP, die Ausnutzung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten für sozialistische Ziele im Mittelpunkt zu stehen hätte, was natürlich an erster Stelle eine wertgebundene Währung mit Geld als allgemeinem Wertäquivalent und ein funktionierendes Kredit- und Finanzsystem voraussetzen würde.

Hier und in anderen Zusammenhängen geht der Verfasser auch auf die Probleme des Administratismus und der Bürokratie ein. Dies ist übrigens ein Thema, das heute bei allen Kritiken auftaucht, verbal aber auch zu den Verlautbarungen aller Sowjetführungen - von Stalin bis Gorbatschow - gehörte. Aber es liegt auf der Hand, daß die Steuerung der komplexen Zusammenhänge einer gelenkten Marktwirtschaft ohne eine zumindest gleichgroße Bürokratie nicht zu haben wäre. Nicht das kann also die Frage sein, sondern die Oualität und Kontrolle der Bürokratie. Der Vergleich mit den Sozial- und Interventionsstaaten des Kapitalismus oder mit den Konzernbürokratien könnte in dieser Frage weiterführen.

Der Verfasser vergißt auch nicht, daß mit dem jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus dieses Modell zumindest in den Grundzügen einst schon existierte. Sein Argument, daß es gescheitert sei, weil es mit der betrieblichen Verfügung über den Mehrwert den gesamtgesellschaftlichen Charakter des Mehrwertgesetzes mißachtet habe (149), ist wenig überzeugend, träfe dies doch für das Wertgesetz gleichermaßen zu.

Bei aller nachhaltigen Kritik an den Verfehlungen des Stalinismus und seiner Verantwortung für die Unfähigkeit des Sowjetsozialismus, "sich aus sich selbst heraus weiterzuentwickeln" (139), wendet er sich gegen eine einseitige Betrachtungsweise: "Der Begriff 'Stalinismus' kann zur Erklärung dieser Herrschaftsform nicht ausreichen. Er übergeht die Tatsache, daß dieses Modell vom Ansatz her sozialistisch war und blieb. Allein dadurch läßt sich das Positive in seiner Auswirkung erklären." (139) Er warnt davor, daß als Gegenreaktion auf einen undifferenzierten und hvsterischen Antistalinismus im Prozeß des retrospektiven Bewußtwerdens der Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft die Mythologisierung des Stalinismus wahrscheinlich sei.

Mit der Keule des Antistalinismus wurde unter Gorbatschow bekanntlich das bis dato akzeptierte Axiom der Kommunisten zertrümmert, daß vom Standpunkt der werktätigen Menschen ein schlechter Sozialismus immer noch besser sei, als ein guter Kapitalismus. Mit der antistalinistischen Lesart wurde aus

der Sowietgesellschaft ein System des stalinistischen Totalitarismus und mit hemmungslosen Enthüllungen der Prozeß der Selbstzerstörung der KPdSU in Gang gesetzt. (201) Für den Rezensenten liegt es auf der Hand, daß nur mit der Überwindung dieser Positionen in den Reihen der Sozialistinnen und Sozialisten eine Wiedergeburt zustande kommen kann. Wenn angesichts der Abstufung dieser Länder und der Massenverelendung heute - immerhin bei einer Bevölkerung, die über zwei Generationen soziale Sicherheit, Arbeitsplatzgarantie und steigenden, wenn auch bescheidenen Wohlstand kannte, worauf der Verfasser verschiedentlich verweist - heute am alten Sozialismus auch wieder gute Seiten entdeckt werden und die Parole "Zurück auf den Weg des Sozialismus!" wachsende Resonanz findet, so kann dies als reale Dialektik der Restaurationsperiode und der Möglichkeit ihrer Infragestellung verstanden werden. Ein Grund zum Weinen kann es für Sozialisten auf jeden Fall nicht sein.

Für die Moskauer "Marxisten" der Gorbatschow-Richtung findet der Verfasser nüchterne Urteile und Bemerkungen wie: "Aber niemand kann sich ein ganzes Leben lang auf schlechte Schulen, Lehrer oder Professoren herausreden." (140) Er vermißt bei Gorbatschow ein auf die ökonomische Basis bezogenes Reformkonzept, kritisiert die Unfähigkeit zur Herstellung eines funktionierenden Finanz- und Kreditsystems, sieht die Durchführung einer notwendigen Währungsreform wie einst 1923 in der NÖP auf

die lange Bank geschoben und markiert die Orientierung auf die allgemeinmenschlichen Interessen als politisch-ideologische Fluchtbewegung. Letzteres gilt auch für das Ausblenden der Gewalt aus politischen Machtbeziehungen: "Man suchte das Heil in einer allgemeinen Verurteilung von Gewalt in der Politik." (202) (Figuren wie Schewardnadse waren die Vorkämpfer dieser Haltung!)

Daß Kommunisten des Westens nicht durchgängig blind waren gegenüber den Schwächen und Fehlentwicklungen des Realsozialismus, belegt Hans Kalt mit dem Abdruck eines Memorandums, das er 1980 als damaliges Mitglied des Pol. Büros der KPÖ der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU übergab. Der personelle Aderessat, W. Sagladin, der stellvertretende Leiter dieser Abteilung, mag auf anderen Gebieten Qualifikationen gehabt haben, aber kaum für Fragen ernsthafter Analysen oder Strategieentwicklung, was übrigens fast durchgängig für das dortige Personal galt. Dessen Hauptqualifikation waren Sprachkenntnisse. Über die "Denkfabriken", wie das renommierte IMEMO - einstiger Chef: A. Jakowlew, Gorbatschows Hauptberater - gelangten schon geraume Zeit weniger die Ergebnisse schöpferischen marxistischen Denkens auf ihre Schreibtische, sondern als solche ausgegebene Adaptionen sozialdemokratischer oder bürgerlicher Theorieproduktion des Westens - eine Facette des anhebenden Zerfalls.

Bliebe anzumerken, daß in einem abschließenden Kapitel nach den

Orientierungspunkten für Sozialistinnen und Sozialisten heute gesucht wird. Hans Kalt macht dabei vor allem auf die wesentlichen Widersprüche der Gegenwart (Arbeit-Kapital, zentraler-peripherer Kapitalismus, Pole der Triade) aufmerksam und setzt auf das "strategische Bündnis" der Arbeiterklassenbewegung der Metropolen mit den Befreiungsbewegungen. Insgesamt: ein wichtiges, anregendes und notwendiges Buch. Man sollte hierzulande überhaupt die Bemühungen der Marxistinnen und Marxisten in unseren Nachbarländern stärker beachten.

Heinz Jung

Weltanalyse und -prognose

Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, S. Fischer, Frankfurt a.M. 1993, L., 528 Seiten, 48.- DM.

Thematisch knüpft Kennedy in seinem neuen Buch "In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert" an das Schlußkapitel von "Aufstieg und Fall der Großen Mächte" an. Im Unterschied zu diesem charakterisieren die neue Publikation aber zwei Neuerungen: zum einen die stärkere Gewichtung zukunftsbezogener Fragestellungen; zum anderen ein methodologischer Perspektivenwechsel. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr, wie noch in "Aufstieg und Fall...", die Akteure des anarchischen Staatensystems, sondern die Kräfte des globalen Wandels in Gestalt neuer transnationaler Herausforderungen (11).

Im ersten Teil entwickelt Kennedy sein Analyseinstrumentarium. mit dem die Chancen einzelner Weltregionen und ihrer Länder dann später untersucht werden. Seines Erachtens prägen in den nächsten dreißig Jahren fünf dominante Trends die Weltszenerie: die demographische Entwicklung. die ökologischen Risiken sowie drei technologische Revolutionen (die Bio- und Gentechnologie, die Robotik sowie die globalisierten Kommunikations- und Finanzstrukturen). Insgesamt werde damit der politische Einfluß der transnationalen Konzerne gestärkt.

198

Bevor die Ursachen, Begleitumstände und Konsequenzen der benannten Trends näher betrachtet werden, geht es im 1. Kapitel darum, die Fragestellungen und Probleme - z.B. das Verhältnis von demographischer Entwicklung und Industrialisierung - historisch einzuordnen. Laut Kennedy bestehen die Unterschiede zu früheren Perioden, z.B. dem späten 18. Jahrhundert, vor allem in der größeren Tragweite der Probleme (25). Zwei Divergenzen gehen damit einher: 1. im Gegensatz zu früher kompensiere der technologische Fortschritt nur noch unzureichend die Probleme der Überbevölkerung; 2. ergäben sich geographisch höchst unterschiedliche Entwicklungen. Während sich das demographische Wachstum und die ökologischen Risiken auf die Entwicklungsländer konzentrierten, beschränkten sich die positiven Effekte der technologischen Revolutionen weitgehend auf die Industriestaaten.

Danach befaßt sich Kennedy im zweiten Kapitel mit den vielfältigen Implikationen des rapiden Wachstums der Weltbevölkerung. Obwohl für ihn "die globalen demographischen Ungleichgewichte zwischen reicheren und ärmeren Gesellschaften" die grundlegenden Voraussetzungen für alle anderen Kräfte des Wandels bereitstellen (67), versäumt er es, näher und systematischer auf die Ursachen des Bevölkerungswachstums einzugehen. Insofern beschränkt sich die Argumentation auf die augenscheinlichen Konsequenzen dieses Prozesses: Hunger, Armut, politische Konflikte, ökologische Belastungen, Migrationsschübe etc.

Die Kapitel drei bis fünf beschäftigen sich mit den wichtigen technologischen Umbrüchen. Primär geht es Kennedy dabei um den Widerspruch zwischen den Chancen der "sauberen" Technologien und ihrer strukturell begrenzten Anwendung. Leider werden die strukturellen Grenzen von Kennedy nur deskriptiv erfaßt. Häufig stellen sich die aktuellen Trends und Probleme im Vergleich zu früher nur größer, schmutziger und unübersichtlicher dar. Erst nachfolgend werden einige Unterschiede hervorgehoben, die auf einen veränderten Charakter der Schwierigkeiten schließen lassen: z.B. das wachsende Unbehagen, mit dem die Bevölkerung der Internationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und den damit gewandelten Handlungsmöglichkeiten der Politik entgegentrete (76).

Maßgebliche Wirkungen gingen, so Kennedy, von der Kommunikati-

ons- und Finanz- sowie der Biotech- und Robotikrevolution aus. Von großer Bedeutung sei deren Beitrag zur Neubestimmung zukünftiger "Gewinner" und "Verlierer". Die Konsequenzen der Biotechnologie seien allerdings noch ungewiß und bewegten sich zwischen zwei Polen: entweder werde die "Malthussche Falle" von den Entwicklungsländern aufgebrochen, oder ein "biologischer Imperialismus" der Multis etabliert (107ff). Eindeutiger präsentierten sich hingegen die Wirkungen der Robotik. Unabweisbar müsse mit ihr ein gravierender sozialer Wandel und die Neubewertung der Arbeit einhergehen. Eine dritte Konsequenz der Robotik liege zudem in der weiteren "Verschiebung der globalen ökonomischen Gewichte weg von Großbritannien, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten und hin zu Japan und Deutschland" (123).

Trotz der Beständigkeit der historischen Logik, dem immerwährenden Auf und Ab der Nationen, veränderten zwei Entwicklungen den internationalen Hegemoniezyklus: erstens die stärkere Integration der Weltwirtschaft, die sich insbesondere in der wachsenden Macht der großen multinationalen Konzerne ausdrücke. Allerdings zeigten diese insgesamt "mehr globale Reichweite als Verantwortung" (68). Die zweite Modifikation werde durch den Charakter und die steigende Bedeutung der globalisierten demographischen und ökologischen Gefahrenlagen verursacht. Im Stile des "Club of Rome-Berichts" veranschaulicht Kennedy denn auch im 6.

Kapitel die Schärfe und Irreversibilität der ökologischen Schäden. Eingängig legt er dar, daß sich angesichts der beschleunigten Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums ein Dilemma ergebe: ohne die Folgen eines ökologischen Desasters scheint die Bekämpfung von Armut und Unterernährung kaum durchführbar zu sein. Denn aus Sicht der Entwicklungsländer stände weder das Schrumpfen der Bevölkerung noch die selbstauferlegte Entindustrialisierung zur Debatte (140).

Den Abschluß des ersten Teils bildet die Frage nach der zukünftigen Bedeutung des Nationalstaats. Obwohl dessen Sicherheitsapparate in der Periode der Systemkonkurrenz ausgebaut und gefestigt worden seien (166f) und seine Institutionen immer noch "im Zentrum des Geschehens" stünden (168), sei seine zunehmende Überforderung nicht mehr zu leugnen. Immer deutlicher hinterließen die transnationalen Herausforderungen ihre Spuren. Allerdings übertreibt Kennedy das Ausmaß des weltpolitischen Wandels nicht. So treten die neuen globalen Kräfte nur neben die alten Bedrohungen und "ersetzen sie nicht" (171). Klingt diese salomonische Gewichtung von Neuem und Altem noch banal, so treibt die darin angelegte strukturelle Beschränktheit nationalstaatlichen Handelns in der Konsequenz auf ein schwerwiegendes Grundproblem zu: Da der Nationalstaat für viele Probleme zu groß, für andere zu klein sei, erodierten seine Macht- und Kontrollpotentiale; nichtsdestotrotz bleibe er aber auch

weiterhin die bedeutenste politische Institution, zumal er in wachsendem Maße von der Bevölkerung in Anspruch genommen werde (176f). Nach der eher oberflächlichen Analyse - hinter den aufgeführten Indikatoren läßt sich die Struktur der (welt-)gesellschaftlichen Beziehungen häufig nur vermuten - begibt sich Kennedy im zweiten Teil auf das Gebiet der Prognose. Seine Betrachtungen der einzelnen Weltregionen bleiben durchweg ohne größere Überraschungen:

- Zunächst betont er (im 8. Kapitel) den kollektiven Geist und die produktive Gesellschaftsstruktur Japans (182ff). Trotz der weltweit besten Ausgangsposition würden "all seine Stärken vor allem auf den Gebieten der Technologie, der Produktion und der Finanz ... nicht ausreichen, um das Land aus herauszuhalten" Schwierigkeiten (199). Insbesondere die weltwirtschaftliche Verletzbarkeit - der Preis für Japans globale Handelserfolge - sei in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen.

- Vollkommen anders stelle sich die Ausgangslage Indiens und Chinas dar (9. Kapitel). Für beide Länder bildeten "überdehnte Ressourcen", d.h. "ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Bevölkerung und Ressourcen" (218), den Kern der Probleme. Ohne "ausländische Technologie, ausländische Waren und Dienstleistungen" (231), die ihrerseits die Devisenbilanz verschlechterten, sei eine weitere Modernisierung nicht zu bewerkstelligen.

- Im 10. Kapitel klinkt sich Kennedy in den Kanon derer ein, die

aufgrund der großen Unterschiede und der zunehmenden inneren Differenzierung den Begriff der "Dritten Welt" für unangemessen halten (252f). Nachfolgend verdeutlicht er dies anhand verschiedener Entwicklungsregionen: von den ostasiatischen Schwellenländern an der Spitze über Lateinamerika bis hin zu vielen afrikanischen Ländern am Ende der Rangliste . Aus seiner Sicht ist zu erwarten. daß sich "das alte Bild von den Gewinnern und Verlierern der Geschichte" fortsetzt, "nur daß diesmal die modernen Kommunikationsmittel uns die wachsenden Unterschiede vor Augen halten werden" (295).

- In Osteuropa (11. Kapitel) sei die Modernisierung aufgrund dreier Krisen blockiert worden: Ohne einen tiefreichenden Umbruch seien die Probleme der politischen Legitimität, der ökonomischen Produktion und Versorgung sowie der ethnischen und kulturellen Beziehungen (299) nicht mehr zu bewältigen gewesen. Nach den revolutionären Umbrüchen seien die Hände noch längst nicht frei, um den globalen Veränderungen - d.h. der modernen Technologie, den ökologischen Gefahren und dem demographischen Wandel - aktiv zu begegnen.

- Auch die EG werde sich nicht um die globalen Kräfte des Wandels herumdrücken können. Insbesondere müsse sie sich um die zukünftige Gestaltung des Kontinents kümmern (329). Drei konkrete Fragestellungen scheinen damit unausweichlich: die nach der Politischen Union, die nach neuen Formen der Einbindung Deutschlands und die

nach dem Verhältnis von EG-Integration und Triade-Beziehungen (338ff). Wahrscheinlich ergebe sich für Westeuropa eine schwankende Haltung zwischen Verschanzung und Problemöffnung.

- Zum Abschluß des zweiten Teils widmet sich Kennedy den Problemen der USA und wiederholt die mittlerweile hinlänglich bekannte Argumentation des "imperial overstretch": So vertieften die Kosten des Militärhaushalts die gesellschaftlichen Schwächen und den Zerfall der Infrastruktur, während die bestehenden sozialen Strukturen und Machtverhältnisse einen reformfeindlichen Modus der Reichtumsverteilung reproduzierten (388f). Allerdings dürfe der Bezug auf die brüchige Wirtschaftsstruktur nicht überzogen werden. Denn selbst wenn die USA nicht zu den "klaren Gewinnern" gehörten, müßten sie nicht automatisch zu den "Verlierern" gerechnet werden (411).

Im Schlußteil rekapituliert Kennedy die umfassenden Ausführungen über die Perspektiven der einzelnen Weltregionen und beleuchtet in diesem Zusammenhang denkbare Politikstrategien. Diese stünden dabei vor der keineswegs leichten Aufgabe, die wachsende Kluft zwischen politischem Nationalismus und ökonomischem Kosmopolitismus zu verringern (418). Entsprechend seien die Voraussetzungen für eine aussichtsreiche Reformpolitik denkbar ungünstig. Zudem verschlechterten zwei weitere Faktoren die Ausgangslage: 1. die mutmaßliche "Unvermeidbarkeit der weltweiten demographischen

und ökologischen Trends"; und 2. die nur langfristig erzielbaren Erfolge (425f). Denn in dem Maße wie Politik und Öffentlichkeit auf kurzfristige Ziele fixiert blieben, werde eine Vielzahl praktikabler Lösungen abgewürgt (428f).

Am Ende des Buches werden schließlich drei Schlüsselelemente präsentiert, ohne die tragfähige Reformvorschläge nicht bestehen könnten: Mit Erziehung und Aufklärung müsse die Rückständigkeit vieler Entwicklungsländer reduziert werden; die Gleichberechtigung der Frauen wirke dem Bevölkerungswachstum entgegen; und eine politische Führung mit langfristigen Visionen müsse dringend notwendige, risikoreiche Veränderungen einleiten.

Kennedys Plädoyer für gemäßigte Reformvorschläge bleibt damit nicht nur farblos. Es steht auch in deutlichem Kontrast zu den vorher dargelegten gewaltigen weltweiten Herausforderungen. Deutlich mangelt es ihm an Mut zu radikalem Denken: nicht ein Gedanke wird der politischen Regulierung weltwirtschaftlicher Prozesse gewidmet. Die Dichotomie von Nationalstaat und internationalem System wird somit nur oberflächlich überdeckt und tritt schließlich doppelt hervor: analytisch in Gestalt des "einen Bootes" von Industrie- und Entwicklungsländern; politisch in Form moralischer Appelle. Letztlich kommt Kennedy nicht darüber hinaus, den derzeitigen Zustand der herrschenden Politikvorstellungen zu reproduzieren.

Der Mangel an Ideen könnte sicherlich noch verziehen werden, wenn die analytischen Erkenntnisse theoretisch fundierter vorgetragen würden. Durch den theoretisch inkohärenten Zugang - die Herangehensweise der "realistischen Schule" wird verwässert - reizt die Studie nur selten zum Widerspruch. Dazu tragen auch das "Quellenmaterial" (zumeist Zeitungsartikel) und das Stilmittel journalistischer Deskription bei. Produktive Auseinandersetzungen über die kommenden Herausforderungen sollten sich auf der Grundlage "dickerer Bretter" entzünden. Aus dem dargebotenen Zusammenspiel von historischen Analogien und zufälligen Differenzen läßt sich die "neue Qualität" weltgesellschaftlicher Entwicklungen kaum erschließen.

Hans-Jürgen Bieling

Wandlungen im Parteien-Gewerkschaftsverhältnis

Helga Grebing, Thomas Meyer (Hrsg.), Linksparteien und Gewerkschaften in Europa - Die Zukunft einer Partnerschaft. Bund-Verlag, Köln 1992, 265 S., 34,- DM.

Die Untersuchung des Beziehungsverhältnisses zwischen sozialdemokratisch-sozialistischen bzw. kommunistischen "Mutterparteien" und den Gewerkschaften sowie dessen Wandlungen in diesem Jahrhundert in den Ländern Westeuropas ist gewiß eine Aufgabe mit politischem Reiz. An ihr versuchte sich eine Gruppe von Autoren (Th. Meyer, W. Merkel, A.S. Markovits, W. Müller-Jentsch, G. Frederikson, H.

Ostleitner, G. Degen, B. Groppo, M. Telo, A. López-Pina, W. Buschak, H. Grebing) in dem von Grebing und Meyer vorgelegten Band mit lesenswerten Feststellungen.

Meyer leitet das Buch mit einer Analyse zur "Programmentwicklung der demokratischen Sozialisten in Europa" ein. Er sieht in der Sozialismusbewegung drei "große paradigmatische Diskurse" (22ff), nämlich jenen zwischen Anarchisten und Marxisten in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, einen weiteren, der sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts am Begriff des Revisionismus festmachen läßt, und einen dritten über die Frage Demokratie oder Diktatur des Proletariats, "der die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialistischen und einen kommunistischen Flügel bewirkte". Dabei sei es ausschließlich um die Frage der Rolle von Demokratie und Pluralismus in der Politik des Sozialismus gegangen. "Heute ist diese Debatte entschieden. Der Paradigmenwechsel ist, jedenfalls in Europa, vollzogen" (29).

Bei allen ideologischen Differenzen über Umsetzungsfragen habe es dennoch einen "traditionellen Fortschrittskonsens" gegeben, der sich auf das Ziel bezog, "die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch eine neue und bessere Ordnung zu ersetzen, in der die gleiche Freiheit aller, nicht nur in der Politik, sondern in der gesamten sozialen und ökonomischen Lebenswelt, Wirklichkeit wird" (21). Der Konsens, was heute "Fortschritt" ist, sei in den sozialistischen Parteien seit

Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre zerbrochen. Stichwort: Krise des Fortschritts. Meyer sieht mit diesem Inhalt gegenwärtig eine vierte paradigmatische Diskussion der Linken zu neuen politischen Fragen wie Wachstumsbegriff, ökologische Gefahr, soziale Techniksteuerung, sozialverträgliche Energieerzeugung, Zukunft der Arbeit. neuer Individualismus (30). Diese Fragen fänden bereits in den programmatischen Aussagen mehrerer sozialdemokratisch-sozialistischer Parteien (unterschiedlichen) Niederschlag. Auch mache den Parteien des demokratischen Sozialismus seit dem "Kollaps des Kommunismus" der Begriff "Sozialismus" zu schaffen.

Der Umgang mit diesen neuen Fragen bewirke in vielen Ländern auch "neuartige Spannungen" zwischen sozialistischen Parteien und "Gewerkschaften als Repräsentanten der alten Arbeiterbewegung". "Viele sprechen bereits von einem 'Ende der Arbeiterbewegung', weil die ehedem relativ geschlossene Formation von Gewerkschaftsbewegung, Arbeiterparteien und Arbeiterkulturbewegung zerbricht und einer neuen Konstellation gewerkschaftsübergreifender sozialistischer Volksparteien, unabhängiger Gewerkschaften und dem weitgehenden Verschwinden der ehemali-Arbeiterkulturbewegung gen weicht" (45).

Wolfgang Merkel setzt sich kritisch mit den verschiedenen "Niedergangstheorien zur Sozialdemokratie" auseinander, die nur eine rein statische Wahrnehmung der sozialdemokratischen Parteien wider-

spiegelten und sie darum "schlicht mehr oder minder (als) passive Opfer in einer sich wandelnden Welt" sähen. Solche Theorien "unterschätzen die 'revisionistische' Fähigkeit der Sozialdemokratie, Strategien, Ziele und Politiken im Lichte des ökonomischen Wandels zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren, um die Bedingungen ihres politischen Überlebens und Erfolges herzustellen, zumindest aber zu beeinflussen" (75). Diese zweifellos zutreffende Wahrnehmung ließe sich ebenso auch in bezug auf Gewerkschaften, die sich politisch an sozialdemokratisch-sozialistische Parteien anlehnen, machen, womit Merkel sich in seinem Beitrag jedoch nicht befaßt. Zumindest die programmatischen Thesenvorgaben des DGB für die in Aussicht genommene Erneuerung des Grundsatzprogramms läßt diesen Schluß zu.

Andrei S. Markovits stellt in dem "Traditionsbündnis" zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien seit dem Ende des 2. Weltkrieges drei Perioden fest (81ff). Die "orthodoxe Periode" setzt er zwischen 1945 und 1968 an. Sie habe "im großen und ganzen das seit 1918 eingespielte Verhältnis innerhalb der Linken, d. h. das Verhältnis Gewerkschaften - Parteien, widerspiegelt. Die "heterodoxe Periode" zwischen 1968 und den späten 70er Jahren charakterisiert Markovits - "zwar etwas gewagt" - so: Die Gewerkschaften seien überall in Westeuropa politischer, theoretischer, weitsichtiger, gesellschaftspolitischer und "zu aktiven Reformern über den Betrieb und die engen Grenzen der Tarifpolitik hinaus" geworden und zugleich unabhängiger von den ihnen jeweils nahestehenden Parteien, sozialdemokratisch-sozialistischen wie kommunistischen. Diese "Entwicklung zur gewerkschaftlichen Mündigkeit" sei überall von einer Radikalisierung der Basis getragen worden, wobei als Stichworte Paris 1968, Italien 1969, Septemberstreiks 1969 und die "wilden" Streiks 1971, 1973 und 1974 in der Bundesrepublik angeführt werden. In dieser Zeit seien auch die Grenzen zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie "brüchiger, offener und poröser" geworden.

Die dritte Periode schließlich, die der "Neuen Unübersichtlichkeit" zwischen den späten 70er Jahren und 1989, stelle einen Paradigmenwechsel dar. Markovits subsumiert hier die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen, die Gründung grüner Parteien, die Wandlungen des Fortschrittsbegriffs im Zeichen Umweltproblematik, menschheitsbedrohende atomare Hochrüstung. Nicht mehr die traditionellen linken Parteien und die Gewerkschaften, sondern die neuen sozialen Bewegungen hätten in den 80er Jahren die Inhalte linker Politik bestimmt. "Die Gewerkschaften erlitten eindeutig einen Bedeutungsverlust" (91).

In Länderanalysen Bundesrepublik Deutschland, Schweden, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien werden im wesentlichen die zuvor gezeichneten groben Entwicklungslinien verfeinert nachgezogen. Da der Bücher-

markt mit so spezifischer Fachliteratur über die "Beziehungskisten" von Parteien und Gewerkschaften der genannten Länder nicht gerade reich bestückt ist, kommt für den interessierten Leser doch manche Information dabei heraus.

Walther Müller-Jentsch sieht in seiner Analyse zu Deutschland den "geborenen Gewerkschafter" als "aussterbende Spezies", nicht aber den Gewerkschafter selbst. Die Gewerkschaften hätten entgegen vieler Prognosen durchaus eine Zukunft, aber "als moderne Arbeitnehmerorganisationen mit einer sozial heterogenen Mitgliedschaft, mit starken und schwachen Arbeitsmarktgruppen, die wiederum höchst divergierende Parteipräferenzen haben werden" (115). Willy Buschak stellt in seiner sehr kritischen Zustandsbeschreibung des "schlafenden Riesen" Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) denn auch fest, "lupenrein parteipolitisch zusammengesetzte Gewerkschaften gibt es längst nicht mehr" (223). So fänden sich, als nur ein Beispiel, in den "kommunistischen" Commissiones Obreras (Spanien) Wähler und Mitglieder aller Parteien und noch mehr Mitglieder, die parteipolitisch überhaupt nicht gebunden seien.

Mit "zusammenfassenden Thesen zum sogenannten 'Ende der Arbeiterbewegung in Europa'" von Helga Grebing schließt der Band (247ff). Richtig sei, daß es die Arbeiterbewegung "auf klassisch" nicht mehr gibt, woraus aber nicht zwingend folge, daß das Ende des "sozialdemokratischen Jahrhunderts" eingetreten sei und das Ende

jeder Arbeiterbewegung und des Sozialismus festgestellt und "nur noch historisch definiert werden könne". Aus dem anhaltenden Trend zur Individualisierung, der Tendenz zur Pluralisierung der Lehensstile und dem Wandel in der Beschäftigtenstruktur zu schließen. es gebe keine Handlungspotentiale für gesellschaftliche Veränderungen, sei "ein deterministischer Trugschluß". Der Zusammenbruch des "bürokratisch-autoritären Kollektivismus" bedeute nicht, daß der Kapitalismus eine gesicherte Entwicklungsperspektive hätte.

Als erwiesen falsch bezeichnet Grebing in These 5 die Prognose, die Sozialdemokraten in Europa würden sich "zu "Allerwelts- und Jedermannparteien deformieren". Vielmehr seien sie auf dem Wege, die gesellschaftliche Vielfalt zu widerspiegeln und "die Kompetenz des organisierenden Zentrums breiter sozialer Bündnisse für eine mehrheitsfähige Linke zu erwerben". Grebing konstatiert den "Verlust der Führungsrolle der großen Industriegewerkschaften bei der Gegenmachtbildung im Kapitalismus" und eine zögernde Einstellung der Gewerkschaften auf die "neue gesellschaftliche Unübersichtlichkeit" mit der Folge, daß die historische Arbeitsteilung zwischen Linksparteien und Gewerkschaften "scheinbar obsolet" geworden sei. In den beiden letzten Thesen werden "ausreichend Handlungsträger für die offensive Gestaltung eines neuen Projektes 'Arbeiterbewegung' in der europäischen Gesellschaft" ausgemacht. Ihre Aktivierung für ein "Projekt 'Jenseits des

Kapitalismus" werde aber nur gelingen, wenn der vermeintliche Gegensatz von Individualisierung und Solidarität "als ein bloß scheinbarer ausgewiesen werden kann".

Gerd Siebert

Erwin Eckert - Pfarrer und Kommunist

Erwin Eckert - Pfarrer und Kommunist. Zeitzeugen erinnern sich. Herausgegeben vom Gesprächskreis Geschichte + Politik e.V., Mannheim 1993, 158 S., 16,00 DM.

Friedrich Martin Balzer (Hg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben. Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., Bonn 1993, 394 S., 38,00 DM.

Beide Herausgeber nennen einen Ausgangspunkt: es ist der 100. Geburtstag des ehemaligen Mannheimer Stadtpfarrers und religiösen Sozialisten/Kommunisten Erwin Eckert. Zeitzeugen und Wissenschaftler stellen sein kämpferisches Leben für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Befreiung von Unterdrückung in den Mittelpunkt ihrer Beiträge.

Eckert war Mitbegründer des "Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands" und von 1926 bis 1931 ihr geschäftsführender Vorsitzender. 1931 trat er als evangelischer Pfarrer und Sozialdemokrat zur KPD über. Eckert verlor deshalb sein Pfarramt. "Der Schritt Eckerts war nicht weniger spektakulär und sensationell als die zeitgleiche Annäherung des damaligen

Reichswehrleutnants Richard Scheringer an die KPD" (H. Mies - S. 138). Die Nazis steckten den populären Kommunisten ins Zuchthaus. Nach 1945 wurde Eckert KPD-Landtagsabgeordneter und Staatsrat bzw. Minister in Baden. E. kandidierte im Juli 1949 in Mannheim bei der Wahl zum Oberbürgermeisters für die KPD und erhielt fast 35 Prozent der Stimmen. Er wurde in der Ära Adenauer wegen seiner aktiven Tätigkeit in der Friedensbewegung (Mitglied des Weltfriedensrates) gerichtlich verfolgt. Eckert blieb bis zu seinem Tode 1972 Christ und Kommunist.

20 Zeitzeugen, darunter viele Mannheimer, berichten in "Pfarrer und Kommunist" über ihre persönliche Begnung bzw. politische Zusammenarbeit mit Eckert - so u.a.: Paul Wandel, August Locherer, August Fend, Max Faulhaber, Balthasar Ehret, Hilde Wagner, Franz Wacker, Sonja Denz, Walter Ebert, Walter Diehl, Herbert Mies, Darin wollen sie seine Persönlichkeit und seine Tätigkeit als Kommunist "lebendig erhalten und der heutigen Generation nahebringen" (5). Das geschieht auf der Grundlage verschiedener Abschnitte: Von der Jugend in Mannheim bis zum Vorsitzenden des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands (1893 -1927); Vom Redakteur der "Roten Fahne" in den Widerstand und durch die Gefängnisse Nazi-Deutschlands (1931 - 45); Aktionseinheit und Entnazifizierung in Südbaden, Staatsrat und Landtagsabgeordneter (1945 - 56); In der deutschen und internationalen Friedensbwegung (1950 - 72). Die Ab-

schnitte werden durch eine knappe Darlegung der historischen Rahmenbedingungen ergänzt. Der Abdruck einiger Dokumente sowie von Literaturhinsweisen rundet den Inhalt des Buches vorteilhaft ab.

Nach wie vor aktuell sind die Ausführungen zur Vereinigung der Arbeiterparteien, über den Düsseldorfer Prozeß vom 10. November 1959 bis zum 8. April 1960 und nicht zuletzt sein Verhältnis als Christ zur KPD bzw. zum Marxismus.

Zurecht werten die Hg. im Vorwort dieses Taschenbuch als Beitrag zur "Geschichte von unten".

Der Sammelband "Ärgernis und Zeichen" namhafter Autoren (u.a.: Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Emil Fuchs, Georg Fülberth, Hans-Heinz Holz, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Manfred Weißbecker) versteht sich "als eine zusammenführende, analytisch vertiefende und dokumentarisch erhellende Ergänzung der bisherigen Literatur über Erwin Eckert" (9). Mehrere Dokumente, auch bisher noch nicht veröffentlichte, geben einen konkreten Einblick in das Lebenswerk des "sozialistischen Revolutionärs aus christlichem Glauben".

Eckert kommt am Anfang in "Vernehmung zur Person" selbst zu Wort. Darin gibt er in eindrucksvoller Art und Weise Auskunft über die Gründe des Christen für seinen Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung - ab 1931 in der KPD. Er setzt sich schon hier, aber dann auch in den Reden und Aufsätzen, gründlich mit der Amtskir-

che auseinander. Er wollte "Christentum und Kapitalismus auseinander"bringen (366). Die Beiträge "... um Gerechtigkeit willen verfolgt" (Hanfried Müller), "Zu Erwin Ekkerts Predigten" (Gert Wendelborn), "Der 'Klassenverrat' des Erwin Eckert" (Frank Deppe), "Erwin Eckert - Ärgernis und Zeichen" (Hans-Werner Bartsch), "Achtung für eine Aporie" (Hans Heinz Holz) gehen ebenfalls auf diese Thematik ein. Das geschieht im geschichtlichen Zusammenhang.

Vor allem möchte ich Eckerts "Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg", geschrieben im Gefängnis Düsseldorf-Derendorf während der Nazizeit, hervorheben. Zurecht schreibt dazu der Hg.: "Die präzisen, ehrlichen und lebendigen Schilderungen erinnern gelegentlich an Erich Remarques Buch 'Im Westen nichts Neues" (29). E. berichtet darin "über eine Generation (...), die vom Kriege zerstört wurde - auch wenn sie seinen Granaten entkam" (ebd.). Auch die "1933 -Briefe aus dem Gefängnis" sind unersetzliche Zeugnisse der Zeit. Das gilt ebenfalls für die abgedruckten Reden. Hier ist unbedingt das "Schlußwort des Angeklagten Erwin Eckert im Düsseldorfer Prozeß vom 4. April 1960" zu erwähnen. Manfred Weißbecker ruft in seinem Beitrag - "Auf der Anklagebank des kalten Krieges" - "... den umfassendsten und zugleich auch absurdesten unter zahlreichen politischen Prozessen in der frühen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" (308) in Erinnerung. Georg Fülberth verneint in seinem Beitrag "Gab es einen 'Fall Eckert'

in der KPD?" zurecht die Frage. Erwin Eckert wurde in der KPD sehr geachtet. Zweifel darüber - zumindest vom Hg. angedeutet und vor allem im "Pressetext" hervorgehoben - haben m.E. keine Berechtigung. Das geht auch aus "Pfarrer und Kommunist - Zeitzeugen erinnern sich" hervor. Helmut Ridder würdigt abschließend aus der Sicht von heute Eckerts Vermächtnis. Er vertritt abschließend die Auffassung: "Es handelt sich (...) um ein Geschichtsbuch" (363) und ich meine, um eine gelungene historische Darstellung.

Fritz Krause

Breitenan

Gunnar Richter (Hrsg.): Breitenau. Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers. Mit Beiträgen von Wolfgang Ayaß, Ralf Löber und Gunnar Richter, Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1993, 320 S., DM 20,-.

Die im Oktober 1984 eingerichtete Gedenkstätte Breitenau erinnert an die nationalsozialistischen Verbrechen, die in der dortigen Landesarbeitsanstalt begangen wurden. Unter dem Dach des ehemaligen Benediktinerklosters litten zwischen dem 15. Juni 1933 und dem 17. März 1934 470 Konzentrationslagerhäftlinge; während des Krieges nahmen die Gebäude u.a. ein Arbeitserziehungslager (AEL) auf, in das die Gestapo Kassel bzw. Weimar zwischen Mai 1940 und Kriegsende mehr als 8.400 Häftlinge, darunter etwa 1.800 Frauen,

einwies. Das vom stellvertretenden Leiter der Gedenkstätte Breitenau herausgegebene Buch will historisch Interessierten und Multiplikatoren der Bildungsarbeit einen "Einblick in die Geschichte Breitenaus vermitteln" (14) und legt den Schwerpunkt der Darstellung entsprechend auf die Geschichte des frühen Konzentrationslagers und des Arbeitserziehungslagers. Auf Grundlage von etwa 3.000 Haftakten der Gestapo-Gefangenen des AEL und weiterer umfangreicher Aktenüberlieferungen der Landesarbeitsanstalt entsteht ein überaus dichtes Bild der Haftbedingungen beider Lager. Von besonderer Bedeutung ist, daß die personenbezogenen Akten und die breit erhobenen Erinnerungsberichte überlebender Häftlinge eine geradezu minutiöse Schilderung auch individueller Schicksale ermöglicht.

Die im Umfeld der Gedenkstätte entstandenen Forschungen zeigen aber auch, daß Breitenau "seit Ende des letzten Jahrhunderts bis in die Nachkriegszeit als Ort der Ausgrenzung, Diskriminierung und Bestrafung von zwangseingewiesenen Menschen diente" (11), wie insbesondere die Überblicksdarstellung über die Landesanstalt und das Landesfürsorgeheim Breitenau erweist. Die im Oktober 1874 eröffnete "Correktions- und Landarmenanstalt" wies in ihrem besonderen Straf- und Abschreckungscharakter ein hohes Maß an Kontinuität auf und selbst noch das 1973 aufgelöste Mädchenerziehungsheim "Landesjugendheim Fuldatal" stand unter dieser Prämisse.

Daneben bildete das Konzept der "Erziehung durch Arbeit und zur Arbeit" (12) eine durchlaufende Legitimation der Inhaftierung sozial oder politisch Ausgegrenzter und ihres zwangsweisen Arbeitseinsatzes, der daneben auch der Selbstfinanzierung der Anstalt diente. Diese deutsche Arbeitsideologie fand ihre gesundheitsraubendste Ausprägung in dem Arbeitserziehungslager, dessen Insassen zu fast 80% aus ausländischen Zwangsarbeitern bestand. Während der Arbeitseinsatz in anderen AELs der systematischen Tötung von Häftlingen diente und zu enormen Mortalitätsraten führte, hielten sich die 41 Todesfälle im AEL Breitenau in relativ engen Grenzen. Hierbei mag die enge Verzahnung der Verwaltung und Bewachung mit der weiterhin existierenden Landesarbeitsanstalt, die wegen der aus der Häftlingsarbeit erzielten Überschüsse an deren Arbeitsfähigkeit interessiert war, eine Rolle gespielt haben. Von wesentlicher Bedeutung erweist sich aber, daß die landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem angeschlossenen Gutshof bzw. bei Privatbauern ebenso wie der Arbeitseinsatz für Textilunternehmen beim Knopflochnähen oder in der Fußmattenfabrikation nur in Ausnahmefällen zum körperlichen Raubbau führten, wie dies etwa von Baukommandos des AEL Nordmark bekannt ist. Gleichsam als Eruption der nationalsozialistischen Gewaltsamkeit kam es noch in den letzten Kriegstagen zur Hinrichtung von 28 AEL-Häftlingen. Interessanterweise wiesen die rund 100, zumeist älteren Korrigenden, die während des

Krieges noch in der Landesarbeitsanstalt inhaftiert waren und deren Lebensbedingungen sich in der überbelegten Anstalt denienigen im AEL annäherten, aber eine weit höhere Mortalitätsrate auf, da zwischen 1942 und Kriegsende immerhin 43 von ihnen verstarben. Wenn auch die Überlebenschancen der AEL-Haft in Breitenau vergleichsweise günstig waren, so blieben die Gestapo-Gefangenen allerdings Hunger, Drangsalierungen und einem drakonischen Strafsystem unterworfen.

Das vorliegende, im übrigen dank der Zuschüsse der Bundeszentrale für politische Bildung recht preisgünstige Buch, bietet dem interessierten Laien einen anschaulichen Einstieg in das Thema. Allerdings weist die Publikation gewisse Nachteile der Gedenkstättenliteratur auf, die sich u.a. in vermeidbaren Wiederholungen, einer unpräzisen Sprache, einer mißverständlichen Verwendung des Begriffs des "Schutzhäftlings", wie insgesamt in der unausgewogenen Auswertung des präsentierten Materials zeigt.

Manfred Grieger

Von der "demokratischen Elite" zur "politischen Klasse"

Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein (Hrg.). Die politische Klasse in Deutschland. Eliten auf dem Prüfstand, Bouvier Verlag, Bonn, Berlin 1992, kart., 504 S., 48.-DM. Die Herausgeber, Mitdreissiger, Politologen der Nach-APO-Generation. Herausgeber auch des SPDnahen "Forschungsjournal neue soziale Bewegungen" präsentieren in dem vorliegenden Band 28 Beiträge unterschiedlichen Charakters (Analysen, Essays, Interviews) und unterschiedlichen Niveaus. Ihre Verfasser: Wissenschaftler, Publizisten, Politiker des etablierten Spektrums. Der Griff ins volle Leben per per-Abhandlungen sonenbezogener und Interviews soll für Realitätsnähe sorgen. Die gewichtigeren Texte sind Beiträge zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Außerdem sind drei Beiträge einer ähnlich thematisierten Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing (Schäuble, Miegel, Vogel) aufgenommen. Das politische Spektrum reicht von Konservativen wie Dettling, Schäuble, Miegel über Sozialdemokraten wie Vogel, Meyer, Glotz bis zu Grünen wie Frau Vollmer und Frau Weiske.

Mit dem Band soll der politologisch-soziologische Paradigmenwechsel von einer eher elitetheoretischen Lesart der Herrschaftsverhältnisse in Repräsentativdemokratien zum Konzept der politischen Klasse befördert werden, wie es vor allem von dem Westberliner Politologieprofessor Dietrich Herzog in jüngster Zeit präsentiert wurde. Seine Position bzw. sein Aufsatz in diesem Band sind dementsprechend auch Bezugspunkt der meisten Beiträge. Die Annahme liegt nahe, daß dieser Wechsel nicht nur mit wachsenden Steuerungsproblemen der Systeme demokratischer Herrschaft zusammenhängt. Vielmehr wächst offenkundig auch mit dem Wegfall eines durch die Systemkonkurrenz bedingten Legidemokratischer timationszwangs Repräsentativsysteme die Neigung, die früheren normativ-ideologischen Prämissen zu verabschieden. Sie hatten einst den Gegensatz zwischen den Postulaten demokratischer Volksherrschaft und der faktischen Herrschaftsausübung durch das Führungspersonal zu kaschieren und fanden nicht zuletzt im Osten die Resonanz eines Publikums, das die Ideologie für bare Münze nahm. Mit ihrem Erfolg haben sie heute ausgedient. Auch hier also ein Ruck nach rechts, der nun als Orientierung an den ungeschminkten Realitäten und der ideologisch-politischen Systemreproduktion in Erscheinung treten kann.

Mit dem Übergang zum Konzept der politischen Klasse stehen nicht mehr Kontrolle, Konkurrenz und Wechsel der Führungsgruppen - im Selbstverständnis der Akteure als politische Eliten aufgefaßt, was sich denn auch in den Politikerbeiträgen dieses Bandes reflektiert - im Vordergrund, sondern der Kooperationszusammenhang des politischen Spitzenpersonals, der Zwang zur Kompromißfindung, zur Koalitionsbildung und zur Konfliktregulierung im Sinne der Systemsteuerung. Das schafft über die Parteigrenzen hinweg das "gemeinsame Verantwortungsbewußtsein", ja den Korpsgeist, was die "kollektive Identität der Politischen Klasse", so Herzog (136), ausmache. Sie ist nun nicht mehr (nur) Interessenvertreter und -vermittler, Reprä-

sentant der Volkssouveränität, sondern gewinnt Handlungsfähigkeit (auch) aus "einer eigenen 'Autonomie' als kollektive Handlungseinheit". (136)

Diese Position wird von Alex Demirovic, der zweifellos den kritisch gehaltvollsten Beitrag des Bandes liefert, als eine Ideologie der politischen Intellektuellen - er hält diesen Begriff in der Gramsci-Tradition zur Charakterisierung der politischen Herrschaftssubjekte in einer breiteren Fassung für angezeigt - interpretiert, mit der ein Selbstverständnis und Selbstverhältnis ausgearbeitet werde, "mit dem sie sich positiv als eine politische Klasse korporativ allein auf sich selbst beziehen können", "es wird ihnen nahegelegt, sich als ein neuer Adel zu verstehen". (462)

Herzog faßt die heutige politische Klasse Deutschlands "als eine Zusammensetzung aus Regierungsmitgliedern, den Parlamentsabgeordneten, im föderativen System den Landesregierungen, den Leitern der staatlichen Betriebe und öffentlicher Körperschaften, den Spitzen der Ministerialbürokratie, den Mitgliedern politischer Beratungsgremien, den Vorständen der politischen Parteien sowie den Spitzenfunktionären der großen Interessenorganisationen" (128), soziologisch bestimmt durch die Herkunft aus der oberen Mittelschicht, das männliche Geschlecht, die mittleren Altersgruppen sowie durch eine bereichsinterne Rekrutierung - im Unterschied zu Frankreich und England, wo Elitehochschulen und -universitäten Sozialisationsanstalten der Herrschenden sind. Diese Gruppe umfaßt etwa 3000 Personen.

Demirovic hält dem vor allem entgegen, daß der Rekurs auf das Bürgertum als insgesamt herrschender Klasse unterbleibe und die Rolle der Medien ("Journalist ein wichtiger politischer Akteur", 461) für die Organisierung des Klassenkompromisses, in seiner Sicht das Hauptgeschäft der politischen Klasse, ausgeblendet sei. Die Medien übernähmen in Hauptfragen die Staatsräson und die Politiker agierten auf Medienwirksamkeit hin. Dies ist zweifellos ein Grundzug der Herrschaft des Metropolenkapitalismus heute, also moderner bürgerlicher Klassenherrschaft. Herzog reflektiert das Verhältnis von Ökonomie und Politik nur funktionell, eben als gewachsene Rolle des Steuerungsproblems - oder im marxistischen Kontext von gestern ausgedrückt: der gewachsenen Rolle von Staat und Politik in der Regulierung des Akkumulationsprozesses -, nicht aber von der soziologischen Struktur der herrschenden Klasse und dem Zusammenwirken ihrer Gliederungen und Fraktionen.

Auch die übrigen Beiträge verhalten sich gegenüber dem Komplex Ökonomie und Politik, Ressource Geld usw. bei der Erörterung der politischen Elite bzw. Klasse weitgehend abstinent. Dabei ist aber ohne dies kaum das soziale Gewicht und die Motivation der politischen Klasse aufzuklären. Die Geldgier der politischen Klasse ist kaum verständlich ohne den Umstand, daß die funktionelle Aggregierung in die herrschende Klasse erst mit einem entsprechenden

Vermögen eine Statusbefestigung erhält und sich ein Minister oder Abgeordneter natürlich schon gegenüber dem Einkommen eines mittleren Unternehmers unterprivilegiert vorkommen muß.

Mit der Lesart von der politischen Klasse wird das Parteibuch für das Verhalten des politischen Spitzenpersonals eine nebensächliche Angelegenheit. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Beiträge der sozialdemokratischen Politiker und Autoren von Interesse, Hans-Jochen Vogel bringt es auf den Begriff: "Unsere Demokratie braucht eine Elite." (107) Dies zeige sich ja gerade daran, daß man im Osten die alten Kader unbedingt ablösen müsse, um zu einer Demokratie zu kommen. Thomas Meyer hat Skrupel im Umgang mit dem Begriff der politischen Klasse, u.a. weil sie aus seiner Sicht ja nicht über das Mehrprodukt verfüge. Aber wer sonst ist wohl der Dirigent über die Hälfte des Volkseinkommens, das durch die staatlichen Kassen läuft! Aus pragmatischen Gründen mag er ihn allerdings gelten lassen, der parteiübergreifenden Gemeinsamkeiten (Einkommensquelle, Berufsbild, Karriere, Positionsinteresse, politische Kultur, Professionalität) aber vor allem des Grundbestands "gemeinsamer Identität und eine(r) Vielzahl übereinstimmender Kommunikations- und Interaktionsgewohnheiten" wegen (175).

Im Unterschied zum Kaiserreich und auch noch zur Weimarer Republik ist, nach Meyer, die SPD-Elite heute in die politische Klasse integriert - Ausdruck einer Normalisierung, d.h. in seiner Sicht des Abschieds von handfesteren sozialistischen Zielsetzungen im Sinne der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft. So stehe die Sozialdemokratie heute in der Spannung von partizipatorisch-emanzipatorischen Programmaussagen und ihrem "Beitrag zur Realität der politischen Klassenbildung" (186). Nachdem nun Lenins Traum von einer Gesellschaft, in der die Leitung der Staatsgeschäfte jederzeit von einer Köchin übernommen werden könne, ausgeträumt sei, bleibe nur noch, auf die Änderung der politischen Kultur zu setzen.

Denunziatorisch wird die Stimme des SPD-Vorstandes, wenn es um ernsthaftere Herausforderer geht. So im Beitrag des SPD-Vorstandsberaters Tiemann, früher bei der Grundsatzabteilung im IG Metall-Vorstand, gegenüber jener Strömung in der IGM, die aus den Realitäten der kapitalistischen Klassengesellschaft noch entsprechende Orientierungen und Einsichten zu gewinnen wagt und von ihm mit dem Etikett Stamokap-Richtung bedacht wird. (335ff.) Peter Glotz findet dies in seinen ansonsten belanglosen Schlußbemerkungen - es sei denn, man sieht seine Adaption des Elitekonzepts des Konservativen Meinhard Miegel für bemerkenswert an - so wichtig, daß er die Denunziation unter die Elitetugenden des kritischen Nachfragens einsortiert.

Neben den personenbezogenen und eher illustrativen Interviews mit Politikern der Bonner Parteien sind die Herausgeber auch bemüht, die sogenannten neuen sozialen Bewe-

gungen und ihr Führungspersonal als Herausforderung und Gegeneliten zum Establishment in Szene zu setzen. Freilich sind die empirischen und analytischen Befunde, etwa im Aufsatz von Roland Roth oder der informativen Analyse von Markus Kaczor eher ernüchternd. Für demokratische Euphorie bleibt da wenig Raum. Den Grünen wird von Winne Hermann "Normalisierung" und Professionalisierung ihrer Führungsgruppen attestiert und somit zunehmende Integration in die politische Klasse, an deren Türen sie, angeheizt von den Medien (starke Mediensteuerung), Eintritt und Dabeisein erheischen. Roth sieht in ihnen geradezu eine Art trojanisches Pferd des Establishments in den neuen sozialen Bewegungen.

Verwunderlich ist, daß die Herausgeber der Herausforderung von rechts keine Aufmerksamkeit widmen. Dem Band hätte es schließlich auch gut angestanden, er hätte den empirisch-statistischen Dimensionen der politischen Klasse einige Druckseiten gewidmet. So geistert denn ohne Aufschlüsselung nur die Zahl von 3200 Personen durch das ganze Buch, deren Umfang angesichts der 80 Millionen Untertanen den Klassenbegriff kaum rechtfertigen würde.

Die vielgeschmähte Stamokap-Richtung oder genauer gesagt die marxistische Analyse der Klassenverhältnisse der BRD war in ihren ernsthafteren Arbeiten da schon weiter. Sie hatte zwar für das Führungspersonal des politischen Systems und des Staates den Klassenbegriff abgelehnt, aber dieses als funktionell aggregierte Gruppe der herrschenden Klasse aufgefaßt, dessen Bedeutungsgewinn für die ideologisch-politische aber auch die ökonomische Reproduktion der Klassenherrschaft und die Steuerung des Regulierungssystems schon längere Zeit unübersehbar ist. Insofern trifft sie sich auf der Aussageebene mit den Protagonisten der Konzeption der politischen Klasse, rekurriert aber auf eine gesamtgesellschaftliche Klassenanalyse und eine kapitalismuskritische Interpretation.

Heinz Jung

Die politische Soziologie von Robert Michels

Hetscher, Joachim: Robert Michels. Die Herausbildung der modernen Politischen Soziologie im Kontext von Herausforderung und Defizit der Arbeiterbewegung, Bonn 1993 (Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger), 241 S., 38,- DM.

In einer Periode, in der einerseits Demokratiedefizite im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" diskutiert werden, andererseits eine angeblich durch den "Sieg der Marktwirtschaft" angestoßene Redemokratisierungswelle viele Teile der Welt erfaßt hat, kann die abermalige Beschäftigung mit einem "Klassiker" der Politischen Soziologie, der die Entwicklungsbedingungen demokratischer Organisationen (besonders von Massenparteien) zum zentralen Thema erhoben hat, auch Aufschlüsse zu aktuellen Problemen bieten.

Die jetzt in Buchform erschienene Marburger politikwissenschaftliche Dissertation von J. Hetscher über Robert Michels (1876-1936) weist diesen Aktualitätsbezug in mehrfacher Hinsicht auf. Im Unterschied zum "Mainstream" der Michels-Forschung, die der Verfasser kritisch resümiert, geht es ihm nicht primär um die politisch-biographische Wende von Michels von einem "linksradikalen" Sozialisten zu einem faschistischen Ideologen im Italien Mussolinis (und die damit verbundenen Totalitarismuskonzepte etc.), sondern a) um die Frage der gesellschaftlichen Bedingungen der Herausbildung der Politischen Soziologie und der Soziologie der Massenparteien (Beispiel des Michelsschen Frühwerkes) und b) um die Problematik, warum bestimmte (tragfähige) Elemente der Michelsschen Analyse in die politische Theorie des Marxismus und der Arbeiterbewegung kaum oder gar nicht Eingang gefunden haben (12).

Vor allem im dritten Kapitel der Arbeit (40-103) versucht der Verfasser die mit der Konsolidierung des industriellen Kapitalismus und der Herausbildung der Massendemokratie verbundenen "Herausforderungen und Defizite" der Arbeiterbewegung zu beschreiben. Diese sieht er insbesondere in der Unterschätzung der intermediären Organisationen und Institutionen zwischen Staat im engeren Sinne einerseits und der bürgerlichen, ökonomisch bestimmten Erwerbsgesellschaft andererseits, d.h. in der Sprache Gramscis im Problem der Hegemonie innerhalb der zivilge-

sellschaftlichen Sphäre. Fazit dieser vielschichtigen - auch die Geschichte der Soziologie einbeziehenden (73ff.) - Ausführungen sind fünf Thesen zur Dialektik der Organisation der Sozialdemokratie von 1890-1910. Der Ausbau der Partei zur Massenpartei (mit den dazugehörigen Erscheinungen wie z.B. Bürokratisierung, Auftreten von Berufspolitikern und intellektuellen Parteifunktionären etc.), welche in Wahlkämpfe eingreift und sich kurzfristig mit den gegebenen Umständen arrangiert, hat seiner Auffassung nach von Beginn an die revolutionäre Arbeiterpartei in einen "schärferen inneren Gegensatz zwischen politischem Ziel und Organisationspraxis" (95) gebracht. Dennoch sieht der Verfasser keine "eherne Notwendigkeit" in dieser Tendenz. "Entscheidend wäre ... ein politisch bewußter Umgang mit der Organisation und ihren Problemen, d.h. die Entwicklung einer politischen Organisationskritik in freier wissenschaftlicher Auseinandersetzung im Rahmen der Sozialdemokratie selbst gewesen." (96) Auch die Ansätze zu derartigen Reflexionen in den entsprechenden Debatten Lenins und Rosa Luxemburgs und der Kritik Gramscis an der Parteiensoziologie Michelsschen (97-103: 145-176) blieben nach Auffassung Hetschers letztlich unzureichend.

Im vierten Kapitel (104-144) greift der Verfasser die generelle Problematik noch einmal am Beispiel der konkreten Stufen der Herausbildung der Michelsschen "Soziologie des Parteienwesens" von 1901-1910 auf und arbeitet m.E. recht präzise die entscheidenden Wendenunkte der wissenschaftstheoretischen und inhaltlichen Fortentwicklung der Michelsschen Theorie heraus. Der Wandel vom linken sozialdemokratischen Intellektuellen mit weitreichendem demokratischem Anspruch zum "Politischen Soziologen", der die Parteienentwicklung im allgemeinen und die Arbeiterpartei nunmehr nur noch unter der Perspektive des Untersuchungsobjektes wahrnimmt, wird außer durch die persönliche Erfahrung und Enttäuschung Michels in iener Periode - vor allem durch die Rezeption der französischen Syndikalisten (besonders Sorels), der Elitekonzeptionen von Mosca und Pareto sowie die zeitweise engen wissenschaftlichen Kontakte zu Max Weber und Werner Sombart vermittelt. In dieser Lesart stellen die Herausbildung der systemkonformen Politischen Soziologie der Parteien und die strukturellen Defizite der organisationsinternen Kritik der Arbeiterparteien gewissermaßen zwei Seiten (144) einer Medaille dar.

Z - Nr. 15 September 1993

Das fünften Kapitel schließlich (145-224) ist der Rezeption und Diskussion des Michelsschen Hauptwerkes gewidmet: es enthält eine detaillierte Rekonstruktion der Rezeptionsgeschichte a) in der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung, b) in der politischen Soziologie der USA und c) in der politischen Soziologie der BRD nach 1949. Hier wird nochmals die angedeutete Gabelung zwischen Arbeiterbewegung einerseits und etablierter Politischer Soziologie andererseits in ih-

ren langfristigen Folgewirkungen minutiös und informativ nachgezeichnet.

Die Vorzüge der Studie Hetschers sehe ich in dem Aufgreifen einer wichtigen Fragestellung sowie in der teilweisen Zuspitzung der Demokratie-Problematik in großen Arbeiterorganisationen unter Bedingungen des entwickelten Kapitalismus. Die Einbettung dieses Themas in die allgemeine Gesellschaftsgeschichte und die Geschichte der Soziologie scheint mir sehr gut gelungen und weiterführend zu sein. Allerdings blieb dem Rezensenten stellenweise unklar, auf welche positiven bzw. negativen oder problematischen Elemente der Michelsschen Parteienanalyse Hetscher sich im einzelnen bezieht, wenn er von der Nicht-Rezeption der Michelsschen Impulse im Denken der Arbeiterbewegung als Defizit spricht. Die von ihm aufgeworfene Fragestellung nach den Gründen der "Tabuisierung der internen Organisationsfragen" (225) in der Arbeiterbewegung bleibt letztlich nicht oder nur höchst vage (mit dem abstrakten Hinweis auf die Unterschätzung des zivilgesellschaftlichen Raums im Denken der Arbeiterbewegung) beantwortet. Die Schlußfolgerung und Empfehlung des Verfassers hält sich auf einem ähnlichen Abstraktionsniveau, wenn er für die Verbindung von kritischer Wissenschaft und sozialer Emanzipationsbewegung plädiert, welche vor allem die Aufgabe habe, die Gefahr der "Verkehrung der Organisation aus einem Mittel zu einem Selbstzweck ständig zu benennen, zu kritisieren und auf diese

Weise aufzuhalten...: Eine Kritik an der Organisation als Bestandteil der Organisation." (228). - Dennoch dürfte deutlich geworden sein, daß die Studie Hetschers - aus der Sicht des Rezensenten - eine sehr instruktive und anregende Lektüre vermittelt.

Dieter Boris

Politisches System im Dünndruck

Klaus von Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung, vollständig überarbeitete Neuausgabe 1991, Piper Verlag, München, Zürich 1991, 415 S., 18,80 DM.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit der Vereinigung an Bevölkerung und Fläche gewachsen. Klaus v. Beyme hat angesichts dessen sein 1979, damals anläßlich des 30. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, erschienenes Buch "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Eine Einführung" das sechste Mal, diesmal völlig neu überarbeitet, aufgelegt. Das Buch hat nun 2/3 mehr an Umfang und der Leser fragt sich, angesichts des nur 1/3 mehr an Deutschland, wie es dazu kommt. Richtig, nun fehlt der Untertitel "Eine Einführung". Der Autor scheint ein Standardwerk vorlegen zu wollen. Über mangelnden Fleiß seitens des Autors, dies zu erreichen, kann man sich nicht beklagen. Nach jedem der 10 Kapitel erscheint eine umfangreiche und auf den aktuellen Stand gebrachte Literaturübersicht (die erfreulicherweise im Gegensatz zur älteren Auflage nun alphabetisch geordnet ist), und dieser neue Forschungsstand ist auch im Text eingearbeitet. Auf den ersten Blick scheint es, als habe v. Beyme einfach nur jeweils ein Kapitel an die alten drangeheftet, um auf diese Weise den neuhinzugefügten Teil an Deutschland mit einem neuhinzugefügten Teil an politikwissenschaftlicher Weisheit zu würdigen. Doch dem ist, trotz angeführter Bedenken (S. 13) des Autors, nicht so. Das 2/3 mehr an Seiten ist nicht nur dem Mehr an Deutschland geschuldet, sondern auch dem Fortschritt der politischen Wissenschaft. So wurden einige Kapitel völlig neu gestaltet, die in der ersten Auflage etwas dünn daherkamen. Dies betrifft die Kapitel "2. Die politische Kultur", "5. Interessengruppen" und "6. Elitenrekrutierung und Machtstruktur".

Den Autor, der während der Vereinigung in der Südsee weilte, Vergrößerung die schockte Deutschlands wenig, allenfalls die Aussicht, nicht ein völlig neues Werk zum besten geben zu können. (S. 12) Angesichts der "friedlichen Kerzenrevolution" (S. 11), deren Erfolg der friedliche Revolutionär Gorbatschow ermöglichte (S.12), auch Beyme angesichts deutschtümelnder Politiker und nationalbesoffener Massen, durch die mancher im Ausland verunsichert wurde, nicht beeindruckt. Vielmehr schien die deutsche Einigung sogar der von v. Beyme so bezeichneten dritten Welle des Rechtsextremismus, insbesondere den Republikanern, die Show zu stehlen. (S. 165, 168) Der Rechtsextremismus sei allenfalls nur für Helmut Kohl ein Problem, der, so v. Beyme, angesichts massiver Ablehnung seitens der Rechtsextremen die Oder-Neisse-Grenze nicht prompt als deutsche Ostgrenze anerkennen wollte. (ebda.)

Es erscheint mir überflüssig und den Rahmen sprengend, zu allen Kapiteln dieses Buchs etwas zu sagen. Insgesamt habe ich den Eindruck, solange es um das Historisch-deskriptive, das Darstellen von wichtigen Forschungsergebnissen und -methoden und das Komparative geht, bleibt v. Beyme im wesentlichen übersichtlich, gründlich und prägnant, bei der Interpretation dagegen wird er merkwürdig unentschlossen oder verkrampft ausgewogen, bisweilen aber schlicht nebulös-faselig. Positiv zu bewerten sind m. E. in der erstgenannten Hinsicht vor allem die Kapitel "2. Die politische Kultur", "9. Der Föderalismus" und mit Abstrichen "3. Wahlen", "5. Interessengruppen" und "10. Das Bundesverfassungsgericht".

Wenn es darum geht, die innenpolitischen Hindernisse des schwierigen Prozesses der deutschen Einigung darzustellen, kommt v. Beyme mit solch nebulösen ideologischen Feststellungen wie: "Manches spricht dafür, daß sie (die optimistischen Anfangsprognosen bezüglich der Vereinigung, d. R.) im Rückblick am Ende der neunziger Jahre wieder günstiger beurteilt werden können." (S. 412) Oder, wenn angesichts schwieriger Eigentumsverhältnisse einer verunsicherten Bevölkerung und angesichts mangeln-

den marktwirtschaftlichen Knowhows "die heilenden Kräfte der 'Unsichtbaren Hand' wesentlich langsamer wirksam sind als angenommen". (S. 413) Der derzeitige Kurs der Bundesregierung, der auf die Vernichtung, Enteignung und Versilberung des hart erarbeiteten Volkseigentums hinausläuft, wird apologetisch und apodiktisch als einzige Option (S. 24, S. 412) hingestellt. Die von den Gewerkschaften in der ersten Tarifrunde geforderten und durchgesetzten Lohnerhöhungen, die ja bekanntlich Gegenstand der just abgeschlossenen Tarifauseinandersetzungen gewesen sind, werden dagegen als "wirtschaftspolitisch fast unverantwortlich" klassifiziert (S. 411), wo doch gegen die scheinbar wirtschaftspolitisch ganz verantwortlichen Mieterhöhungen eine "Obstruktionsmacht" (ebda.) am Werke ist. Den Errungenschaften der LPGs (8-Std.-Tag, geregelter Urlaub) weint v. Beyme auch keine Träne nach, denn leider sterben die LPGs rasch und ganz von alleine, ohne daß die verträumten Marktwirtschaftler und Junker eingreifen müßten (S. 409).

Einige weitere Kapriolen schlägt der Autor, wenn es um den "Extremismus" geht, der bezeichnenderweise mit den neuen sozialen Bewegungen und natürlich als Linksund Rechtsextremismus abgehandelt wird. Der Rechtsextremismus ist laut v. Beyme eine Wellenbewegung. Wir befinden uns gerade in der dritten Welle, die aber nicht so schlimm sei. Denn schließlich habe sich der Anti-Amerikanismus gemildert, die CSU habe sich, dank starker Republikaner in Bayern, zu einer Partei der Mitte gewandelt (S. 168), und überhaupt gebe es ja auch im Ausland (Italien und Frankreich) viel stärkere rechtsextremistische Gruppen (S. 167). Regelrecht ins Schwadronieren kommt der Autor, wenn er die Radikalisierung faschistischer Gruppen dem Eindruck des linken Terrorismus und dem Staat gleichzeitig eine verschärfte Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus zuschreibt. (S. 159) Peinlich, aber immanent logisch wird es dann, wenn der Autor die Studien Adornos und seiner Mitarbeiter mit einem Federstrich für "wenig brauchbar" erklärt. (ebda.)

Zum Glück ist ja auch der Linksextremismus Ende der achtziger Jahre in die Krise geraten (S. 169) und v. Beyme, der hier die PDS problemlos diesem Rotgleichbraunschema unterordnet, gibt der PDS, hier das einzige Mal Marx bemühend (S. 118), auch keine Chance (S. 117ff, S. 170). So findet v. Beyme ein Verbot der PDS nicht erstrebenswert, war doch das Verbot der DKP, das der Autor entdeckt zu haben sich rühmen kann, "wenig ermutigend". (S. 172)

Unangenehmes ist auch im Kapitel "6. Elitenrekrutierung und Machtstruktur" zu finden. Übertrieben sind natürlich Feststellungen aus dem Ausland bezüglich der Elitekontinuitäten vom Nazideutschland zur BRD. Als Beweis des eigenen Standpunktes gilt die Feststellung, daß die "Spitzenpolitiker der NSZeit .. nicht wieder ins Amt gekommen" seien. (S. 222) Es war wohl eine Errungenschaft der deut-

Nachkriegsgerichtsbarkeit, schen daß die Nazigrößen sich vor dem Einmarsch der Alliierten selbst umbrachten und z. T. durch die Nürnberger Prozesse in den Orkus befördert wurden. Da die Kontinuität des Führungspersonals in den Verwaltungshierarchien, die den millionenfachen Völkermord erst so reibungslos ermöglichten, unbemerkt blieben (ebda.), kann v. Beyme dann auch feststellen, daß die politische Elite durch den Naüberwiegend tionalsozialismus nicht belastet war (S. 223). Einzelfälle haben dann dem Ansehen der Bundesrepublik schwer geschadet. (ebda.) Schließlich wundert sich v. Bevme, daß der "antinazistische" Adenauer Männer wie Globke und Oberländer nicht oder nur schweren Herzens fallen ließ und findet eine Begründung dessen in der Rücksicht gegenüber den "Betroffenen". (ebda.) Das ist deutsche Täter-Opfer-Dialektik. Daß dem einzigen wirklichen antifaschistischen Kanzler Zeit seines Lebens der Makel des Vaterlandsverrats angeheftet wurde, findet v. Beyme nicht weiter erwähnenswert. Selbstverständlich hingegen können Kontinuitäten ostdeutscher Verwaltungseliten nicht unbemerkt und folgenlos bleiben, denn diesen fehlt es natürlich an "Know-how". (S. 247) Es ist in Deutschland eben ein maßgebender Unterschied in der beruflichen Qualifikation, ob man den Massenmord an Juden organisieren kann oder ob man der SED-Spitze Badezimmerarmaturen aus Chrom in Wandlitz organisierte.

Insgesamt ist v. Beymes Buch ein teils ärgerliches, teils banales, aber

eben auch ein teils informatives Werk. Als Einführung, auch wenn es nicht mehr draufsteht, ist es dann zu gebrauchen, wenn die oder der an der Materie Interessierte weiß, wo auch Bücher mit einem polit-ökonomischen Ansatz und die der Frankfurter Schule und ihrer Nachkommen zu finden sind. Über die anderweitige Literatur gibt v. Beyme, wie bereits erwähnt, einen guten Überblick.

Jonas Dörge-Weidemann

Staats- und Staatsgrenzenutopie jenseits des Nationalstaates

Burkhard Wehner: Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat. Neue Staatsgrenzen für neue Staatstypen, WB-Forum Bd. 73, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992, 162 S., 24,80 DM.

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß mit der internationalen Formation der Systemkonkurrenz (Frank Deppe) auch das System sakrosankter Grenzen und die ihm zugrunde liegenden Souveränitätsvorstellungen untergegangen sind. Separatismus und Irredentismus treten nun unbefangen allerorten nach außen. Im Osten gelangt an die Stelle übergreifender Gemeinschaften (SU, Jugoslawien) das ethnisch-nationalistische Prinzip. Gegenüber unbotmäßigen Staaten der Dritten Welt ist das Wort von der "Entsouveränisierung" längst Aktionsprogramm eines UNO-kaschierten Metropolenimperialismus geworden. Das Prinzip öko-militärischer Macht scheint sich von dieser Seite als Ordo der neuen Weltordnung aufzuherrschen.

Diese Realität ist auch Hintergrund des hier zu notierenden Buches. das freilich nicht alle der hier skizzierten Züge aufnimmt, sondern sich durch eine seltsame Ignoranz des Machtcharakters von Staaten und ihrer internationalen Beziehungen auszeichnet. Das heißt aber nicht, daß hier eine unkritische Bestandsaufnahme vorläge. Sie ist für den Verfasser aber nur Ausgangspunkt zur Entwicklung einer Art Staats- und Grenzziehungsutopie, mit deren Verwirklichung eine individualisierte Demokratisierung vorangetrieben werden soll. Er hebt ab auf eine staatlich-gesellschaftliche Ordnung und ihre Abgrenzung nach außen. also ihre Grenzziehung, die vom Konsens der Bürger getragen werden soll, vor allem aber auf ein Verfahrens- und Regelsystem, inklusive seiner institutionellen Voraussetzungen, das eine friedliche Anpassung der Grenzen an sich ändernde Bedürfnisse und Meinungen ermöglichen soll. Aus der Sicht des Verfassers muß das neue Dogma lauten, "daß Staatsgrenzen nach der aktuellen Bedürfnislage zu revidieren und jedem künftigen Wandel des Bürgerwillens anzupassen sind" (14). Nach Meinung des Rezensenten sollte angesichts des gegenseitigen Abschlachtens von Menschen in Jugoslawien, Georgien/Abchasien u.a. ethnisch begründeter Grenzen wegen auch der utopischste Vorschlag als Rationalitätsbrücke zur Konfliktlösung

Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen.

Der Verfasser legt seinem Entwurf die ins Politische gewendete Marktideologie zugrunde. Wie sich diese in der Ökonomie bewährt und zum Triumph über planwirtschaftliche Alternativen geführt habe, und erst damit habe sich die ungeteilte Zustimmung eingestellt, so müsse nun eine analoge Wettbewerbsordnung für die Politik Raum greifen. Der Bürger als politischer Konsument müsse vom beschränkten Wettbewerb befreit werden. In diesem Sinne trete nun auch die "konsequente Demokratisierung der Grenzfrage" auf die Tagesordnung (19). Sie wird verstanden als die Wahlfreiheit des Bürgers/Konsumenten für die Bestimmung von Grenzen und Staatsbürgerschaft. also als individualisierte Souveränität. Allerdings erscheint der Staatsbürger als Monade dieses Systems und als Träger von Bedürfnissen und Optionen seltsam unstrukturiert, also jenseits von Klassen- und Sozialstrukturen. Das gilt auch für die von Wehner vorausgesetzten Staaten als den Subjekten im internationalen System.

Des Verfassers Option zielt nicht auf eine Weltgesellschaft, in der Nationalstaaten aufgehoben sind, oder auf das Europa von Maastricht. Er plädiert für eine institutionelle Verselbständigung der Funktionen der bisherigen National- und Universalstaaten. Vom bisherigen Staat soll nur noch das Gerippe des Verwaltungsstaates übrig bleiben, während sich die übrigen Funktionen zu selbständigen Spartenstaaten mit jeweils eigenen

Grenzen nach außen und faktischer Souveränität konstituieren. An die Stelle der bisherigen Staatsbürgerschaft soll dementsprechend für den einzelnen Bürger ein Bündel von Mitgliedsausweisen der Spartenstaaten treten. Diese Gliederung soll bis zu einer analogen Struktur der UNO reichen. An der Spitze soll ein Weltrepräsentant stehen.

220

In diesem Konstrukt sind die Landkarten der Spartenstaaten nicht deckungsgleich. Sie mögen sich im Kern überlappen, hätten aber entsprechend der Bedürfnisse der Bürger unterschiedliche optimale Größen, die sich im Prozeß des Wettbewerbs durchsetzen. Neben die territoriale Abgrenzung kann auch die personale Mitgliedschaft treten, etwa bei Kultur- und Bildungsgemeinschaften/-spartenstaaten.

Wie alle Utopien so kann auch die vorliegende durchaus auf reale Tendenzen und Strukturen verweisen und daraus Plausibilitätsargumente ziehen. Dies betrifft hier etwa die Trennung von Kirche und Staat, das System der Sozialversicherungen, das Währungssystem und seine Strukturen. Letztere dienen dem Verfasser als eine Art Konstruktionsfolie: Der Währungsspartenstaat mit zum Währungsrat umgeformtem Zentralbankrat, nun nicht mehr der Regierung, sondern einem Währungsparlament verantwortlich, sich nach außen per Währungsunionen bis zur optimalen Größe erweiternd.

Die Ausgestaltung der Details oder die Finanzierungsfragen bringen den Autor nicht in Verlegenheit. Seine Verweise betreffen weder Ouellen noch Autoren - hier steht der Verfasser bewußt alleine für seinen Entwurf -, sondern Funktionserläuterungen. Dabei geht es um die Steuern der Spartenstaaten, um ein Bürgergeld als eine Art Sockel- und Mindesteinkommen, das allen weiteren Umverteilungsprozessen vorausgesetzt ist. Gerade bei diesen Fragen rastet die Konstruktion völlig in die gängige Marktideologie ein bzw. bringt sie hier zur Geltung. Ein System des Wettbewerbs der Staaten als Anbieter politischer Leistungen kann ie nur dadurch zustande kommen, daß der Bürger über kollektive oder individuelle Willensbekundungen, vor allem über Wahlen, die Mitgliedschaft im Spartenstaat des Territoriums A, dessen Steuer z.B. aus seiner Sicht zu hoch ist, kündigt und zum gleichen Spartenstaat des Territoriums B wechselt. Aus Wehners Sicht kann sich so über den Wettbewerb eine optimale Steuerquote einpendeln.

Es gäbe Gründe genug, in Wehners Entwurf lediglich eine etwas skurrile Begleiterscheinung derzeit triumphalistischer Marktwirtschaftsideologie zu sehen. Was die grundsätzlichen Einwände betrifft, so wären sie analog ienen, die gegen die Auffassungen einer von den Produktionsverhältnissen losgelösten Zirkulationssphäre vorgetragen werden können. Dies beträfe auch den Sachverhalt des Auseinanderreissens eines Reproduktionsprozesses bzw. von Staatsfunktionen, die im arbeitsteiligen Zusammenspiel darauf eingestellt sind. Darüber hinaus lassen sich natürlich alle Einwände vorbringen, die ge-

gen utopisches Denken generell vorgetragen werden. Aber die positive Seite des Entwurfs besteht darin, daß die Infragestellung eines historisch gewordenen und durch fragwürdige Interessen zusammengehaltenen Status quo befördert und eine Alternative zum Nationalstaat als "Demokratisierung des Problems der Staatsgrenzen und der Staatszugehörigkeit" (148) entwickelt wird. Daran, daß die "selbständigen Spartenstaaten, die ihre Größe und Grenzen im demokratischen Prozeß laufend zu rechtfertigen haben" (146), selbst für die Repräsentativdemokratien des Metropolenkapitalismus eine Utopie sind. läßt der Verfasser keinen Zweifel. Auch daran nicht, daß sie für die übrigen Zonen der Welt noch nicht einmal als Utopie gedacht werden können.

Heinz Jung

Fortschreibung oder Verabschiedung?

Hans Jörg Sandkühler: Die Wirklichkeit des Wissens. Geschichtliche Einführung in die Epistemologie und Theorie der Erkenntnis. Frankfurt am Main. Suhrkamp, 1991 (es 1679), 410 S., 20,- DM.

Das Buch enthält Veröffentlichungen Sandkühlers aus den Jahren 1989 und 1990. Die umfangreiche Darstellung zur Geschichte der Erkenntnistheorie (44-349) besteht aus dem geringfügig überarbeiteten Beitrag für die Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften (Bd. 1, 772-904). Sie wird umrahmt von Ausführungen

zu theoretisch-methodologischen Grundlagen der philosophiegeschichtlichen Rekonstruktion (13ff., 353ff.). Das abschließende Kapitel erörtert einige "praktisch-philosophische Konsequenzen", die sich aus Sandkühlers gegenwärtiger Position ergeben (370-391).

Die philosophiegeschichtliche Rekonstruktion orientiert bewußt eurozentrisch auf Stationen europäischer Aufklärung, für das späte 19. und 20. Jahrhundert ergänzt um die Perspektive auf amerikanische Geistesgeschichte. Sie favorisiert die Linie eines methodisch bewußten. also rationalen Empirismus und findet dort den "rote(n) Faden der Verwissenschaftlichung der Erkenntnistheorie" (103). Das muß natürlich zusammen mit den ausdrücklichen und häufigen Warnungen vor eben dieser Verwissenschaftlichung der Erkenntnistheorie gelesen werden, die in Formulierungen wie "Naturalisierung" (11 u.ö.) oder "Vergesellschaftswissenschaftlichung" (in bezug auf eine bestimmte Tradition des Marxismus) (343) negativ konnotiert wird. Das gilt auch für die Epistemologie, soweit sie "eine der seit den 1920er Jahren sich artikulierenden Absagen an Philosophie überhaupt und an philosophische Erkenntnistheorie" ist (307). Wie kann man der Verwissenschaftlichung Rechnung tragen, ohne der Naturalisierung zu verfallen, wie verhindern, daß der "rote Faden" ins Labyrinth der "Antiphilosophie" führt? Sandkühler findet die Antwort in der Transzendentalphilosophie. und nur sie allein, gestatte die Anerkennung von Verwissenschaftlichung und Erfahrung, ohne die Ansprüche der Philosophie auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie preiszugeben. Dramatischer noch: ohne sie wäre philosophische Erkenntnistheorie bereits an ihr Ende gelangt (129). Wenn Sandkühler daher Kants Werk emphatisch als "geschichtliche(n) Höhepunkt der Philosophie der Erfahrung" bezeichnet, "erstmalig, einmalig und letztmalig in der klassischen Philosophie" (130), ist die philosophiegeschichtliche Verortung nicht als Relativierung von Geltungsansprüchen zu verstehen. Vielmehr gilt für ihn, daß Erkenntnistheorie im 20. Jahrhundert das kantische Erbe verwaltet (275: "innovativ ist sie mit wenigen Ausnahme nicht"); Epistemologen und Erkenntnistheoretiker schreiben "Fußnoten zu Kant" (40). Nicht nur Hegel führt in dieser Sicht auf einen Seitenweg, sondern auch der Marxismus, soweit er die transzendentalphilosophische Schulung ausschlägt. "Die Erkenntnistheorie der materialistischen Dialektik (>Widerspiegelung<) wird hier nicht als selbständige nachhegelsche Alternative bezeichnet. Denn entweder verlängert sie - vor allem im deutschen, das Erbe Hegels favorisierenden Marxismus - in Form der Wende zu einer Ontologie der Natur den für Hegel charakteristischen Weg der spekulativmetaphysischen Auflösung der Erkenntnistheorie in eine Theorie sekundärer Qualitäten der Materie; oder sie trägt - in der Regel - als historisch-materialistische Bewußtseins- und Ideologietheorie zur nunmehr gesellschaftswissenschaftlichen, an Praxis orientierten Naturalisierung der Erkenntnistheorie bei; oder aber sie nimmt - dies freilich erst in jüngster Zeit - mit naturwissenschaftlicher Orientierung die Programmatik sowohl eines methodologisch nominalistischen Empirismus wie auch Kants wieder auf und fordert eine kritische Epistemologie und transzendentale Begründung für Sätze sei es der Ontologie, sei es der Wissenschaften ..." (152).

Das führt zu einem zweiten, systematischen Aspekt, unter dem das Buch nicht nur für speziell an Erkenntnistheorie und ihrer Geschichte Interessierte lesenswert ist. Es dokumentiert nämlich auch den Übergang des Verfassers von einer widerspiegelungstheoretisch gefaßten Lesart marxistischer Philosophie hin zu einem internen Realismus, "also" zur "Position der Theoriegeladenheit der Erfahrung und Erkenntnis" (221). Viele Widersprüche und Ambivalenzen des Textes und entsprechende Schwierigkeiten seiner Lektüre rühren daher, daß er unentschieden ist darüber, ob dieser Übergang, diese "Transformation materialistischer Erkenntnistheorie" (349) ihre Fortschreibung oder ihre Verabschiedung betreibt. Für letzteres spricht nicht nur, daß Sandkühler "Transformation" von "Reformulierung" absetzt, und nicht nur die terminologische Überarbeitung der dem Buch zugrunde gelegten früheren Veröffentlichungen. Jede affirmative Selbstverortung im Feld materialistischer Dialektik wird getilgt. Nannte der Aufsatz zur Epistemischen Dialektik 1989 als seine "theoretische Grundlage" noch die "ma-

terialistische Dialektik", heißt sie 1991 in der Überarbeitung des Buches "epistemologischer Realismus" (23). Aus "materialistischer" Hermeneutik wird "realistische" (32), und aus der "Widerspiegelung der Widerspiegelung" als Prinzip philosophiegeschichtlicher Rekonstruktion wird "Reflexion der Reflexion" (35). Das sind aber lediglich Symptome, die zunehmende Distanzierung erkennen lassen. Da die Überarbeitung nur die Markennamen wechselt, den Argumentationsduktus der Vorlagen jedoch unverändert läßt, geben dessen Widersprüche die gewichtigsten Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage nach Fortschreibung oder Verabschiedung.

Gegen das, was Sandkühler als Erkenntnishindernisse des gängigen Marxismus nicht nur auf dem Feld Philosophiegeschichtsschreibung ausmacht: Historismus, Praxis-Universalismus und Dualismus und Ableitungsreduktionismus, beharrt er auf der "Wirklichkeit des Wissens". Diese Formulierung besitzt drei Nuancen. Erstens bezeichnet er damit den ontischen Status ideeller Entitäten, die zusammen mit materiellen praktischen Objektivationen die Totalität 'Wirklichkeit' bildeten (17). Zweitens bildeten diese ideellen Entitäten insofern eine "objektive epistemische Wirklichkeit", als sie "unabhängig vom Bewußtsein einzelner Subjekte" existieren (16). Und schließlich gilt: Als konstituierte ist Wirklichkeit immer eine Wirklichkeit des Wissens. Konsequent konstitutionalistisch heißt es: "Der Naturalist fragt: Wie gelangt

die physikalische Welt, wie gelangen Momente dieser vermeintlich bewußtseinsunabhängigen Welt in unser Gehirn? Mein Vorschlag ist, die Fragestellung umzukehren: Wie konstituiert unser Geist das, was wir 'Wirklichkeit' nennen? In dieser Umkehrung der Kopernikanischen Wende folgend, möchte ich die These verteidigen: Erkenntnis und Wissen sind Übersetzungen von Formen des Bewußtseins in Formen des Seins, von ideellen in materielle Entitäten - und nicht umgekehrt." (41) Diese Position steht nicht nur vor dem Problem ihrer Vereinbarkeit mit materialistischen Ansprüchen. Sie steht vor allem vor dem Problem, wie sie die Fallen des Relativismus umgehen kann. Sandkühlers Lösungsversuch besteht im Rekurs auf apriorische logische Konstanten und Invarianten als iene "Stabilitätsstrukturen" des Denkens, die "die Evolution des Wissens über die objektive Welt ... überhaupt erst ermöglichen" (49, 362).

Wie immer man die Tragweite dieser Lösung beurteilt, sie dürfte wohl kaum zu dem "Ziel" führen, an dem Sandkühler immer noch als ein richtiges festzuhalten beansprucht: "die dialektische Rekonstruktion der Genesis von Bewußtseinsobjektivationen und deren historischer und/oder aktueller Geltung" (31). Seine "Revision" von "Praxis und Geschichtsbewußtsein" (1973) geht weiter, als er sich und seinen Lesern eingesteht. Nachvollziehbar ist, warum Sandkühler auf eine interne Geschichte des Denkens setzt, sieht er doch in den ahistorischen Invarianten des Denkens jene Strukturen und Funktionen, die "Tradierbarkeit der Erkenntnis und Operationen wie Verallgemeinerung und Vergleich" ermöglichen (49). Weit weniger plausibel ist, wozu er noch eine externe Geschichte zur Ergänzung benötigt, zumal man nur schwer als Ergänzung akzeptieren kann, was zuvor als "externalistische und reduktionistische Methodologien der Wissenschaftsgeschichte" einer prinzipiellen Kritik unterzogen worden war (16). So wirkt der Hinweis auf die "Repräsentation der Wirklichkeit" (47) eher wie eine Reminiszenz, ist die Rede von der "Formationsfolge" der Wissen (45) nur metaphorisch, und hat der Hinweis auf die geschichtlich heraufgeführte "Umkehrung der Ursachenbeziehung zwischen Theorie und Praxis" (370) mehr eine flankierende als eine systematische Funktion. Eine Kritik, die die Frage aufwürfe, ob Sandkühlers Vorwürfe des Historismus, Reduktionismus oder Praxisuniversalismus nicht allzu pauschalisierend und anonymisierend verfahren, und nachfragen wollte, welche Marxisten heute noch ernsthaft Philosophien und Theorien "aus isoliert vorgestellten Interessen isoliert gedachter sozialer Bewegungen" ableiten (30) - in der Aufsatz-Version dieses Abschnittes hatte Sandkühler die Ableitung der Hegelschen Philosophie aus dem "gesellschaftlichen Raum 'Preussen'" als abschreckendes Beispiel gnannt (Dialektik 18, 1989, S. 91), beträte wohl einen Nebenkriegsschauplatz.

Ebenso erginge es einer Kritik, die genauere interpretatorische Belege

einforderte für den Schnitt, den Sandkühler durch das gesamte Werk von Marx und Engels (und Lenin) zieht und der quersteht zu dem, den Althusser mit der "Deutschen Ideologie" und den Feuerbach-Thesen vorgenommen sieht. In diesen Schriften sieht Sandkühler eine Tendenz zu empiristischer Reduktion und Ableitung des Denkens manifestiert, der sich allenfalls im Spätwerk von Marx und schwach auch bei Engels eine "unausgereifte dialektische Konzention" (26) entgegenstelle: "je reifer das Theorieprogramm in der Positivierung zur Wissenschaft ... wird, desto größer wird die Annäherung an Philosophie, erweitern sich die Erkenntnismittel in die Dimension transempirischer Kategorien zur Erklärung epistemischer Prozesse und komplexiert sich die Methodologie, die nun nicht mehr monokausale Reduktionen verlangt, sondern dialektische, multifaktorielle Erklärung, in der die konstitutive Rolle von Epistemata zunehmend Gewicht erhalten hat." (26; auch 170f.) Von Lenin schließlich bleibt noch ein einziger Satz, der aus dem Hegel-Konspekt über das Bewußtsein, das die objektive Welt nicht nur widerspiegele, sondern auch schaffe (LW 38, 203). Er erfreute sich bereits 1973 großer Beliebtheit, damals jedoch als Beleg für den dialektischen Charakter materialistischer Widerspiegelungstheorie, heute als Beleg für Konstitutionalismus und "Nähe zu Kant" (263). Interpretationsfragen sind nicht gänzlich unwichtig, zumal wenn es um sei's "realistische", sei's "materialistische" Hermeneutik

geht. Aber für Sandkühler ginge es in diesem Kampf um die Interpretation schon lange nicht mehr um die Frage des angemesseneren oder besseren Marxismus, sondern allenfalls darum, ob der "Theorietypus 'Marx'" einen Platz in den "Fußnoten zu Kant" beanspruchen kann.

Auch der Kritik der Inkohärenz seiner Übergangsposition könnte Sandkühler noch mit dem Hinweis begegnen, dies sei ein unvermeidliches Moment der Theoriebildungsdynamik, da sie Theorieüberprüfung, -revision und -revolution provoziere (21). So bleibt zentral die immanent-kritische Frage, ob Sandkühlers Rekurs auf logische Invarianten als Sicherung der Erfahrungssynthesis und des Wissens Transzendentalphilosophie nicht nur beansprucht, sondern überbeansprucht, und danach, welches Kriterium eine Position der Theoriegeladenheit aller Erkenntnis für die Unterscheidung zwischen wahren und falschen Theorien besitzt. Es ist, so Sandkühler, eine "Grundfrage" menschlicher Existenz, "wie wahre Urteile über Sein und Seiendes möglich sind und eine humane Praxis begründen" (44f).

Hans-Otto Rößer

Ins Kritische gewendete Transformationsideologie

Theorie und Praxis von Transformation in der Gegenwart. Beiträge zu einer Tagung des FB Wirtschaftswissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin (HUB) am 10./11.Oktober 1992. Wissenschaftliche Zeitschrift der HUB (Mittelstrasse 7/8, 10117 Berlin), Reihe Geistes- und Sozialwissenschaften 41 (1992) 10, DIN A 4, 130 S., 23.- DM.

Wenn die Formel von der Transformation in jüngster Zeit durch den Raum geistert, so war (und ist) dies meist Ausdruck dafür, daß der Zeitgeist noch zum Begriff seiner Realität unterwegs ist. In Osteuropa geht es um den Abbruch des alten Sozialismus und die Restauration kapitalistischer Verhältnisse, ein macht- und sozialpolitischer Systemwechsel, dessen Täter und Opfer freilich die gefällige Formel von der Transformation bevorzugen.

Diese Sicht versuchte die Tagung, deren Beiträge nun in der WZ der HUB vorliegen, zu durchbrechen. Es ginge, so Hans Wagner, wohl gründlichster Kenner des ökonomischen Werkes von Marx an der HUB und Repräsentant einer unbestritten auf hohem intellektuellwissenschaftlichen Niveau stehenden Politökonomie, die sich selbst als "evolutionstheoretische" versteht, um den Versuch, die "Transformationsproblematik ... als die globale und soziale wie ökologisch entscheidende sozialwissenschaftliche Problematik der Menschheit darzustellen" (129). Die Globalisierung enthält heute zwangsläufig auch eine Radikalisierung, in der sich Haltung und Stimmung der aus ihrer sozialen Funktion "freigesetzten" marxistischen Intelligenz der EX-DDR, besonders in Berlin, ausdrücken, die ihren neuen Adressaten, das Subjekt, auf das Fortschritt zu setzen hat, noch nicht gefunden hat. Bekanntlich hatte Kassandra im Realsozialismus allzeit ein begieriges Publikum; die pluralistische Marktwirtschaft steckt demgegenüber den Aufschrei des sensibilisierten Subjekts ungerührt weg.

Diese Tagung war auch eine Art Abschiedsveranstaltung jener marxistischen Politökonomen, die für die Übergangsfrist aus dem alten Institut für politische Ökonomie übernommen worden waren und nun "abgewickelt" sind. Die Mehrzahl der Tagungsreferenten hatte dies schon hinter sich. Eine an Marx orientierte "evolutionstheoretische" politische Ökonomie wird nun als wissenschaftliche Schule im angeblich pluralistischen und nur dem diskursiven Wettbewerb unterworfenen Wissenschaftssystem der Marktwirtschaftszeiten nicht mehr geduldet. Das Monopol der Marktwirtschaftsideologie soll an der HUB ohne Herausforderer bleiben. Damit mußte dem Kampf um die Erhaltung der Politökonomie des Hauses als "bewahrenswertes Erbe" (U. Busch) der Erfolg versagt bleiben. Alle Bemühungen, den Ruch der "marxistisch-leninistischen Ideologie der Kommunisten" doch noch los zu werden, haben dabei nichts geholfen. So steht denn auch am Ende der Tagung die resignativ-realistische Feststellung, daß seit Dschingis-Chan das Muster der Sieger wohl "immer das gleiche ist: zuerst besetzen sie die Staatsfunktionen und danach machen sie die Intelligenz nieder" (129).

Freilich ist die Intelligenz nicht wehrlos. Und zur Gegenwehr unter den gegebenen Bedingungen gehören Konferenzen wie diese, die bemüht sind zu verhindern, "daß der Fremdsteuerung des Systemwandels im Osten Deutschlands nun auch noch die 'Fremdinterpretation' folgt" (6). So kommen denn außer dem Prokonsul der Marktwirtschaftsideologie in Mission an dem Wiwi-FB der HUB, dem Münsteraner Volkswirtschaftsprofessor Ernst Helmstätter, nur noch zwei weitere "Wessis", die Linken Frieder O. Wolf und Herbert Schui, zu Wort.

Gewicht und Spannung erhält die Textsammlung vor allem durch Thesen, Referat, Replik und Schlußwort von Hans Wagner und die kritischen Einlassungen Ernst Helmstätters, also den Schlagabtausch zwischen einer zum kritischen Globalismus entfalteten evolutionstheoretischen politischen Ökonomie mit einer Marktwirtverpflichteten schaftsdogmen Volkswirtschaftslehre, der heute herrschenden Ideologie in diesem Lande.

Für Wagner spielt die Verarbeitung des "staatssozialistischen Debakels" eine zentrale Rolle. Auf der Ebene globaler Verallgemeinerung drükken sich im Untergang des Realsozialismus die Züge einer Zivilisationskrise aus, mit der sich die Situation einer "kritischen Wende der Geschichte" konstituiert. In Analogie mit der Regulierungskrise und Evolutionsblockade zu Beginn des Jahrhunderts - die ihre Lösung dann im Übergang zum Monopolkapitalismus finden - werden von Wagner ihre Charakteristika bestimmt: Umwälzung der Bedingungen des Stoffwechsels MenschheitNatur, Natur als absolute Schranke der Evolution nach bisherigem Muster, ökologische Krise des Stoffwechsels als "totale Strukturkrise der industriellen Technologie" und der Industrie, Krise des Regulationssystems und Gefahr der Auflösung und des Zusammenbruchs der sozialen Verhältnisse.

Als springender Punkt ergibt sich für Wagner aber, daß die ökonomische Effektivität als Prinzip der Ökonomie in einer Zielrevolution überwunden werden müsse. Dabei gehe es darum, "das ökonomische Maß der Überlebenschance der Zivilisation unterzuordnen, oder das Naturmaß und das menschliche Maß über das ökonomische zu stellen. Für Marx wäre das die Aufhebung des Mehrwertgesetzes." (14) Weil damit das Kapitalverhältnis ins Visier kommt, erhält der kritische Globalismus eine antikapitalistische Wendung. Zugespitzt steht aus Wagners Sicht die Alternative: "Wiedervereinigung menschlicher Ökonomie und menschlichen Lebens mit der Natur, oder Untergang der Zivilisation" (15).

Zur zentralen Frage wird, wer als Subjekt der notwendigen Veränderungen ausgemacht werden kann. Als Axiom steht nach den jüngsten Erfahrungen im Raum, daß ohne die soziale Aktivität der Individuen nichts zu befestigen und zu erreichen ist. In der sozialen Revolution entstünden - hier argumentiert er ganz in der Richtung Oskar Negtsjene Freiräume, die durch massenhafte Suchprozesse besetzt werden könnten, und erst aus einem solchen Suchprozeß erwachse wieder ein Übergang zu gerichteter Ent-

wicklung. Wagner setzt vor allem auf die neuen sozialen Bewegungen und reproduziert hier nochmals die bei den Westlinken in der Anfangsphase vorherrschende Euphorie und Idealisierung, die durch den realen Gang der Dinge längst aufgebraucht sind. Im Vollzug sieht er auch den "von Marx vorausgesagten Prozeß der Aushebung der Klassen" (19) - recht verwunderlich für eine globale Sichtweise und die derzeitigen Erfahrungen mit dem Wiederauferstehen der nackten Klassengesellschaft im Osten. Zu Recht diagnostiziert er dem politischen System des Metropolenkapitalismus Überforderung zur Lösung der anstehenden Probleme. Soweit einige Grundaussagen in Referat und Thesen von Hans Wagner.

Ernst Helmstätter äußert zwar gönnerhaft sein Verständnis für Wagners aus dem Debakel des Staatssozialismus und seiner individuellen Sozialisation gespeistes Krisenbewußtsein, sieht es aber als nicht durch die Wirklichkeit gedeckt an (S.76 ff.). Mit der Deklaration des Naturmaßes sieht er zu Recht die Marktwirtschaft und ihre Wirtschaftlichkeitsrechnung in Frage gestellt und zieht alle Alarmglocken. Massiv kritisiert er darüber hinaus vor allem die beibehaltene, wenn nun auch demokratisierte marxistische Evolutionskonzeption, die als "Evolutionsvision. die ihre Prophezeiungen am Kapitalphantom festmacht" ausgedient zu haben habe. Dies kompromißlos zu Wagner in "Deutlichkeit und Freundschaft" (82). Im Zusammenhang der Kapitalkritik macht er frü-

her durchaus gut besetzte, heute aber zu Argumentationslücken gewordene Leerstellen bei Hans Wagner aus, dem er nun vorhält eine seltsame Frontverkehrung -. das Kapital könne nicht überwunden werden, wenn man keine Alternative in der Eigentumsfrage habe, "Klarheit ist nur zu erreichen, wenn man sich an der Eigentumsfrage, wie es der nationalökonomischen Tradition entspricht, orientiert." (80) Wagners Ablehnung der Änderung der Eigentumsverhältnisse durch despotische Eingriffe und sein Verweis auf einen soziologischen Eigentumsbegriff sind demgegenüber eher defensiv. Helmstätter hält selbstredend auch jegliche Zusammenbruchsszenarien der Marktwirtschaft für irreal. Markt und Wettbewerb werden demgegenüber als "größte sozialtechnische Erfindungen des wirtschaftenden Menschen" (81) abgefeiert. Und weil sich Wagner mit einer strukturellen Kritik der Marktwirtschaft zurückhält, nur in der Marktwirtschaft Evolutionsräume für die Zukunft wahrnehmen zu können glaubt und die Defekte in der Hauptsache an den globalen Problemen festmacht, kann Helmstätter ihm vorhalten, daß er den konkreten wirtschaftlichen Problemen ausweiche, indem er "sie globalisiert", eine "letztlich doch stark DDR-bezogene" Weltsicht (81). In der Tat, die Sieger sehen die Welt völlig anders.

Den auf Osteuropa bezogenen Transformationsbegriff lehnt Helmstätter mit zutreffenden Gründen ab. Es gehe dort nicht um evolutionäre Umwandlung, sondern um Strukturbruch, "der bestimmte alte Komponenten durch neue ersetzt hat mittels eines Transfers von außen" (81). Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß sich aus illusionären Transformationspositionen auch Verteidigungshaltungen der Opfer gegen das Plattmachen speisen können.

Für Helmstätter ist der von Wagner für soziale Revolutionen geortete Suchprozeß zumindest für die DDR völlig gegenstandslos. Diese Beobachtung ist für den außengesteuerten Restaurationsprozeß im Osten zutreffend. Aber hierbei geht es ja auch nicht um den Aufbruch in "terra incognita", wie er bei einer globalen Revolution auf der Tagesordnung stünde. Nur nebenbei sei erwähnt, daß Helmstätter sich vehement gegen die Rede vom Versagen der Marktwirtschaft im Osten wendet, weil es eine solche ia überhaupt noch nicht gebe. Er scheint aber vergessen zu haben. mit welch anmaßenden Vorgaben gerade seine Zunft noch vor kurzem in die politische Arena getreten war.

Selbstredend war die Konferenz mehr als die Kontroverse Wagner-Helmstätter. Es gab Beiträge zur Landwirtschaft (W. Augustin), zum Arbeitsmarkt (K. Grehn, A. Miesler), zu den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (R. Musch, A. Schüler, K. Brandenburg, G. Krause), zur philosophischen Methodologie des Transformationsbegriffs (F.O. Wolf), zur Systemgrenze des Kapitalismus (H. Schui), zur Nutzung des Prozesses des Plattmachens der Wirtschaft zum Ausstieg aus der Moderne (R. Bahro),

eine exzellente Analyse des Zusammenhangs von Bevölkerungsentwicklung und globalen Problemen (P. Khalatbari), zum Unterschied des Konsumismus im Osten und Westen (W. Hahn), eine sehr informative Analyse der gescheiterten Transformationsprozesse in Osteuropa (U. Busch), über Selbstorganisation (R. Mondelaers), zur Regional- und Industriepolitik (H. Hanke, H. Paarmann) und schließlich auch eine etwas unkritische Betrachtung der Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Osteuropa (E. Siarova).

Insgesamt präsentierte sich ein beachtliches intellektuell-wissenschaftliches Potential, das für die Regeneration einer sozialistischen Linken in Deutschland unverzichtbar sein dürfte. Insofern sind dem Aufbau neuer Kommunikationsstrukturen, die in der Ex-DDR nach Lage der Dinge ihre Hauptbasis nicht mehr an den Hochschulen haben werden, schnelle Fortschritte zu wünschen.

Heinz Jung

Grenzen der Parteilichkeit

Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Berlin: Elefanten Press 1993, 133 S., 19,90 DM.

In seinen autobiographischen Schriften kommt Jürgen Kuczynski immer wieder auf den Knick zu sprechen, den seine Laufbahn in den Jahren 1957/58 erfuhr. Nach einer kampagnenartigen Verurteilung seiner neueren Publikationen verzichtete er damals für einige Zeit auf weiteres öffentliches Auftreten und beschränkte sich auf seine wissenschaftliche Facharbeit. Eine merkwürdige Niederlage könnte man meinen, hat dieser Rückzug doch die literarische Produktion Kuczynskis nicht gehemmt, sondern eher begünstigt. Es erschienen danach u.a. die vierzigbändige "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" und die "Geschichte des Alltags des deutschen Volkes".

Jürgen Kuczynski selbst hat jenen Einschnitt immer anders gesehen: als Kaltstellung. Nunmehr hat er die Geschichte dieser Affäre dokumentiert, in einem Bändchen mit dem Titel "Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit".

Der Konflikt von 1957/58 gehört in den Zusammenhang der restriktiven Intellektuellenpolitik, zu welcher die SED-Führung nach dem XX. Parteitag der KPdSU und nach dem Ungarn-Aufstand von 1956 überging. Die politische Rolle, die insbesondere die Schriftsteller des "Petöfi-Clubs" in Budapest gespielt hatten, legte den Argwohn nahe, in Berlin könne Ähnliches geschehen. Dabei müssen zwei Komplexe unterschieden werden:

Angebliche oder tatsächliche "Plattformbildung" wurde als staatsfeindliche Tätigkeit mit den Mitteln des
Geheimdienstes und der Strafjustiz
verfolgt. Walter Janka und Wolfgang Harich haben neuerdings in
Buchform über ihre Prozesse berichtet. Der Kreis der Bestraften
war aber weiter. Hierher gehört
zum Beispiel auch Herbert Crüger,

ein ehemaliger KPD-Funktionär und danach Dozent an der Humboldt-Universität, der im Dezember 1958 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Seine autobiographischen Aufzeichnungen sind vor drei Jahren erschienen (Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit. LinksDruck Verlag, Berlin 1990), Die Aktionen, die ihm vorgeworfen wurden, beschränkten sich auf einen Brief an Walter Ulbricht, in dem er das Verhalten der Generalstaatsanwaltschaft im Fall Harich kritisierte. und auf regelmäßige Gespräche mit Gleichgesinnten über die Notwendigkeit von Demokratisierung. Dies genügte für die Verurteilung wegen "schweren Staatsverrats".

Die zweite Art des Zugriffs richtete sich nicht gegen angebliche oder tatsächliche organisierte und politische Delikte, sondern gegen die Verbreitung von Ansichten, die als "revisionistisch" galten. In der Regel handelte es sich um Positionen. welche im Zusammenhang mit dem KPdSU-Parteitag von 1956 als Suche nach systemimmanenten Alternativen interpretierbar waren, deren Verfechter sich aber auf literarische Tätigkeit beschränkten. In diesen Fällen wurden nicht Geheimdienst und Justiz aktiv, sondern - auf Veranlassung der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED - die Kollegen, die Presse, der Versammlungs-Volkszorn. Angestrebtes Ziel war nicht die Inhaftierung, sondern die Selbstkritik und die Entfernung der Angegriffenen aus ihrem bisherigen Wirkungskreis. Besonderes Aufsehen

erregte die Kampagne gegen Ernst Bloch in Leipzig. Gravierend war auch das Vorgehen gegen den Ökonomen Fritz Behrens. Er hatte Vorschläge für eine striktere Beachtung des Wertgesetzes in der Planung gemacht. Nach scharfen Angriffen mußte er im "Neuen Deutschland" Selbstkritik üben: "Meine Konzeption war revisionistisch".

Der "Fall Kuczynski" war typisch für die zweite Form der Auseinandersetzung. Den Anlaß bildeten einige Aufsätze und ein Buch, die 1956/57 erschienen. Zwei dieser Artikel hat Kuczynski nunmehr erneut veröffentlicht.

Der erste befaßte sich mit "Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung". Am Beispiel von Jacob Burckhardt und Leopold von Ranke demonstrierte Kuczynski, daß eine konservative, ja reaktionäre politische Gesinnung durchaus nicht die Fähigkeit zu methodischer Innovation und korrekter wissenschaftlicher Wirklichkeitswahrnehmung ausschließen muß. Engels hatte dies bereits an Balzac gezeigt. Ein weiterer Artikel - in "Frost nach dem Tauwetter" nicht dokumentiert - weitete diese Feststellung auf die bürgerliche Soziologie aus. Sie sei keine Pseudowissenschaft, sondern "ein echter Zweig der Gesellschaftswissenschaften" so faßte Kuczynski seine These in seinem Buch "Ein linientreuer Dissident", in dem er ebenfalls über die Ereignisse der Jahre 1957/58 berichtet, zusammen.

Die beiden Artikel stellen den Versuch dar, den Marxismus wieder manövrierfähig zu machen, was eine Neuinterpretation des Postulats der Parteilichkeit erforderte: Stramme Gesinnungstüchtigkeit durfte methodische Strenge und korrekte Tatsachenwahrnehmung nicht ersetzen.

Ein im engeren Sinne politisches Thema hat der Aufsatz "Der Mensch, der Geschichte macht". erstmals 1957 erschienen, jetzt neu gedruckt. Hier stellte Kuczynski die These auf, daß die Volksmassen, solange ihre Tätigkeit notwendig auf die Produktion materieller Werte beschränkt sei, nicht kulturell schöpferisch sein könnten. Das negative Aufsehen, welches er damit erregte, muß wahrscheinlich durch die Verbindung mit dem 1957 erschienenen Buch "Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie" erklärt werden. Kuczynski kam dort zu dem Ergebnis, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, welche am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, sich völlig in Übereinstimmung mit ihrer Basis befunden habe und daß die deutsche Arbeiterbewegung nicht subjektiven Verrat geübt habe, sondern durch die Politik der Reichsleitung in vollendeter Weise getäuscht worden sei. Sie habe keine Möglichkeit gehabt, die Wahrheit über die Kriegsursache herauszufinden.

Anschließend dokumentiert Kuczynski die Kampagne, die gegen ihn geführt wurde und mit seiner Selbstkritik endete. Unverkennbar hat die Abteilung Wissenschaften

des ZK damals ein paar publizistische Kettenhunde losgelassen. Aber als Kontrahenten Kuczynskis traten auch Wissenschaftler auf, die seiner Meinung nach "in gewissem Sinne ordentliche Historiker waren" und die politisch in anderen Situationen Geradlinigkeit und klaren Blick bewiesen. Er urteilt: "Aber entweder unterlagen sie dem Druck der Partei aus wissenschaftlicher Feigheit oder aus Karrieregründen, oder sie ließen sich von dem unmarxistischen Unsinn, den diese verbreitete, überzeugen." Der dritte Hinweis bedarf einer weiteren Erläuterung. Die kommunistische Bewegung in Deutschland datierte die Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Trennung von der Sozialdemokratie nicht erst seit der Oktoberrevolution 1917, sondern bereits seit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs. Hatte Kuczynski recht, dann waren Luxemburg, Liebknecht und Pieck nicht nur ohne Massenbasis, sondern es fehlten ihnen im August 1914 auch unmittelbar einsichtige tagespolitische Argumente, sie blieben also auf eine allgemein anti-imperialistische oder gar nur pazifistische Orientierung verwiesen, wie sie eine einschlägige Resolution des internationalen Sozialistenkongresses 1907 enthielt. Das war allemal einige Aufregung und eine gründliche Diskussion wert. Letztere ist allerdings durch die Kampagne gerade vermieden worden.

"Frost nach dem Tauwetter" kann von der Sache her kein Lesevergnügen sein. Das Büchlein erhält aber ein besonderes Gewicht durch den Wiederabdruck von zwei der damals angegriffenen Texte. Sie sind sogar aktuell. Eine fundamentalistische Auffassung von Parteilichkeit ist nicht auf den ehemaligen Realen Sozialismus beschränkt, und Populismus ohnehin nicht.

Die Auslieferung des Buches "Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie" ist 1958 eingestellt worden. Es wäre gut, wenn Jürgen Kuczynski sich zu einer unveränderten Neuauflage entschließen könnte und wenn ein Verlag sich dafür fände.

Georg Fülberth

Publikationseingänge

Christoph Butterwegge, Siegfried Jäger (Hrg.): Europa gegen den Rest der Welt? Fluchtbewegung - Einwanderung - Asylpolitik, Bund-Verlag, Köln 1993, kart., 340 Seiten, 29,90 DM. (Breites Spektrum von Autoren von Werner Ruf, Jürgen Trittin und Ralph Giordano bis Heiner Geißler) Uwe Backes, Patrick Moreau: Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte - gegenwärtige Gefahren - Ursachen - Gegenmaßnahmen, Akademischer Verlag München, München 1993, 153 Seiten.

Peter Strutynski (Hrg.): Schlanke Produktion, Regionalentwicklung und Industriepolitik. Auswirkungen neuer Produktionskonzepte auf Arbeit, Umwelt und Verkehr, Hans-Böckler-Stiftung, Graue Reihe Nr. 53, Düsseldorf 1993, 234 Seiten, 16,80 DM.

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Halbjahresschrift, Nr. 25, Juni 1993, Schwerpunktthema: Arbeitslosigkeit - wirtschaftspolitische Alternativen, 208 Seiten, sFr.18.- (Bezug: PF 652, CH-8026 Zürich).

Detlef Siegfried: Zwischen Einheitspartei und Bruderkampf, SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Malik Regional Verlag (Waitzstr. 6, 24105 Kiel), Kiel 1992, 584 Seiten, 39,80 DM.

Marek Edelmann: Das Ghetto kämpft. Aus dem Polnischen. Vorwort von Ingrid Strobl, Harald-Kater-Verlag (Görlitzer Str. 39, 10997 Berlin), Berlin 1993, 100 Seiten, 14,80 DM.

IKUS Lectures, hrg. vom Institut für Kulturstudien (Bauernmarkt 10/20, A-1010 Wien), 6 Hefte jährlich, jeweils ca. 50 Seiten, Einzelheft öS. 95,- (Themenschwerpunkte der letzten Hefte: Kulturpolitik der 90er Jahre, Architekturdiskussion, Kriegspolitik, Fremdenfeindlichkeit).

Prof. Dr. Helmut Bock (fr. DDR-Historiker): Partei - Staat - bürokratische Kaste. Zu einigen strukturanalytischen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR; Hrg.: Schweizerische Vereinigung für Marxistische Studien (VMS), VMS-Materialien Nr. 1, Bem 1993, 38 Seiten, sFr. 8, (Bezug: VMS, PF 68, CH-1702 Freiburg).

Stefan Bollinger: Zwischen Alptraum und Utopie. Linke Zukunftssuche und ihre Ängste; Hrg.: Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. (Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam), Potsdam 1993, 42 Seiten, 5,- DM (Zur Tätigkeit des Vereins gehört auch die Herausgabe von Broschüren, deren Verfasser meist be-

kannte Wissenschaftler und Publizisten der fr. DDR sind).

Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung Zweimonatszeitschrift, Leipziger Universitätsverlag, Einzelheft ca. 170 Seiten, 12,80 (Jahresabo 66.-), ISSN 0940-3566 (in dieser Zeitschrift publizieren u.a. die Schüler von Walter Markov und Manfred Kossok).

Nr.3/93 erschien mit dem Schwerpunktthema: Die Nation. Möglichkeiten und Grenzen eines Konzepts der Neuzeit. Hrg. Matthias Middell.

Der Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig (Rosa Luxemburg Str. 19-21, 04103 Leipzig) gibt folgende zwei Broschürenreihen heraus:

- Mitteilungen des RLV. Heft 9 berichtet vor allem über eine Ausstellung zum 175. Geburtstag von Karl Marx "Ausgaben des 'Kommunistischen Manifest" mit einem Geleitwort von Heinrich Gemkow und einem Beitrag von Helmut Seidel; Leipzig 1993, 52 Seiten.
- Texte zur politischen Bildung. Die letzten Hefte:

Heft 2: R. Gilsenbach, J.S. Hohmann, Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma, Leipzig 1992, 52 Seiten.

Heft 3: Manfred Kossok, Das Jahr 1492. Wege und Irrwege in die Moderne, Leipzig 1992, 44 Seiten.

Heft 4: Bärbel Bergmann, Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden, Leipzig 1993, 44 Seiten.

Autorinnen und Autoren

Holger Artus - Hamburg, Betriebsrat im IG Medien-Bereich

Michael Berndt - Kassel, Doktorand der Politikwissenschaften

Hans-Jörg Bieling - Marburg/Lahn, Doktorand der Politikwissenschaften

Henning Böke - Frankfurt/Main, Doktorand der Philosophie

Prof. Dr. Dieter Boris - Marburg/Lahn, Soziologe, Hochschullehrer

Dr. Thomas Collmer - Hamburg, Publizist auf dem Gebiet der Philosophie

Dr. Klaus Dammann - Hamburg, Rechtsanwalt

Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Doktorand der Politikwissenschaften

Prof. Dr. Georg Fülberth - Marburg/Lahn, Historiker, Hochschullehrer

Manfred Grieger M.A. - Bochum, Doktorand der Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Keizo Hayasaka - Morioka, Japan, Sozialwissenschaftler an der Iwate-Universität

Dr. Hans G Helms - Köln, Sozial- und Wirtschaftshistoriker

Dr. Rupert Herzog - Purkersdorf bei Wien, Österreich, Sozialwissenschaftler

Hermann Jacobs - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Detlef Joseph - Berlin, Rechtswissenschaftler, ehem. Hochschullehrer an der HUB

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Hermann Klenner - Berlin, Staatsrechtler, ehem. Mitglied der AdW der DDR

Dr. Nicos Kotzias - Athen, Griechenland, Sozialwissenschaftler

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/Main, Historiker, Vorsitzender des Forum Marxistische Erneuerung e.V.

Prof. Dr. Lothar Peter - Bremen, Soziologe, Hochschullehrer

Hans Preiss - Frankfurt/Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall i.R.

Dr. Jürgen Reusch - Bad Homburg v.d.H., Politikwissenschaftler, Vorsitzender des IMSF e.V.

Dr. Hans-Otto Rößer - Haiger, Lehrer

Prof. Dr. Werner Ruf - Kassel, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Dr. Werner Seppmann - Haltern i.W., Sozialwissenschaftler

Gert Siebert - Borstorf/Mölln, Gewerkschaftsjournalist

Claudia Stellmach - Bonn, Sozialwissenschaftlerin

Klaus Weigle - Quickborn

Dr. Frieder O. Wolf - Berlin, Philosoph, Mitarbeiter bei der Grünen-Fraktion des Europa-Parlaments

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 15,- DM (zzgl. Versandkosten). Das Abonnement kostet 45,- DM (inkl. Versandkosten).

Abonnement

O Ich bestelle ein Z-Abo. Der Abo-Preis beträgt 45,00 DM inkl. Versandkosten. Das Abonnement gilt ab Heft und für mindesten ein Jahr (vier Hefte). Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnementzeitraums schriftlich gekündigt wird.			
Name, Vorname:			
Straße:	PLZ/Ort:		
Datum/Unterschrift:			
O Ich bezahle bis a	uf Widerruf bequem und bargeldlos per Bankeinzug.		
Geldinstitut/BLZ:	KtoNr.		
O Ich bezahle nach	Erhalt der Rechnung.		
Vertrieb, Kölner Str. 66	weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim Z- , 60327 Frankfurt/M., widerrufen kann und bestätige dies durch ift. Zur Fristwahrung genügt das rechtzeitige Absenden des		

Geschenk-Abonnement

Widerrufs.

Datum/2. Unterschrift

Name Vorname

O Ich verschenke ein Z-Abo. Das Abonnement gilt für ein Jahr und kostet 45,00 DM (inkl. Versandkosten). Das Abonnement wird nicht automatisch verlängert.

Turne, Vomanie.		
Straße:	PLZ/Ort:	
Datum/Unterschrift:		11 1120

Das Geschenk-Abo soll geliefert werden an:

Name, Vorname:				
Straße:	PLZ/Ort:			
	Beschenkten soll mitgeteilt w von mir geschenkt wurde.	erden, daß ihm/ihr das		
Unterstüt	zung des Projekts			
Prozent Rabat regelmäßig	tt zzgl. Versandkosten). Ich r	Exemplare von Z Nr		
Name, Vorname:				
Straße:	PLZ/Ort:			

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Herausgeber: Forum Marxistische Erneuerung e.V. und IMSF e.V. Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. Reinhard Schweicher Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner Anschrift von Redaktion und Vertrieb: Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. 1, Tel. 069/739 29 34.

Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V. Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02), Konto-Nr. 34595

21. INTERNATIONALE TAGUNG DER SOZIALAKADEMIE DORTMUND

Verlust der politischen Utopie in Europa?

Herausgegeben von Peter Kühne und Klaus-W. West

280 S, 1992 (3-428-07531-5) DM 24,80 + öS 194,- i sFr 25,-

Die anhaltende Durchsetzungskraft neoliberaler bzw. neokonservativer Politikmodelle, zuletzt greifbar im Zusammenbruch der Staatssysteme Osteuropas, und der daraus erwachsende Eindruck einer Unveränderlichkeit gegebener Verhältnisse hat bei den einen Jubel, bei den anderen Zwiespältigkeit ausgelöst. Diese ist kennzeichnend auch für viele, die unter westlichen Bedingungen nach gesellschaftlichen Alternativen gesucht haben, unter ihnen nicht zuletzt zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Sie stehen zur Zeit unter dem Eindruck eines Triumphalismus, der auf den status quo der Weltverhältnisse verweist und Abweichung, Differenzierung sowie die Suche nach Alternativen ins gesellschaftliche Abseits drängt.

Aber die Suche nach Wegen in eine andere europäische Moderne hält an, in der das Verhältnis von Staat und Individuum, Kapital und Arbeit, Maskulin und Feminin, Einheimisch und Eingewandert vernünftig reguliert ist. Welchen Beitrag können Gewerkschaften zur Gestaltung der näheren und weiteren Zukunft leisten? Und wie müssen Gewerkschaften sich selbst verändern, wollen sie einem solchen Gestaltungsanspruch gerecht werden? Die Beantwortung dieser Fragen wurde auf der 21. Internationalen Tagung der Sozialakademie versucht. Zu dieser Tagung trugen folgende aus- und inländische Referentinnen und Referenten bei: Gerhard Bäcker, Jochen Blaschke, Rahim Burhan, Ludwig Bußmann, Roberto Ciulli, Paul Hirst, Jürgen Hoffmann, Lutz Hoffmann, Claus Koch, Jiři Kosta, Eva Kreisky, Heinz-Werner Meyer, Adam Michnik, Ulrich Mückenberger, Walther Müller-Jentsch, Wolf-Dieter Narr, Jutta Roitsch, Karin Roth, Eberhard Schmidt, Peter Schoenemann, Lorenz Schwegler, Bruno Trentin.

Duncker & Humblot · Berlin
Postfach 41 03 29 · D-12113 Berlin · Telefax (0 30) 79 00 06 31